

Das Parlament

Berlin, Montag 30. November 2015

www.das-parlament.de

65. Jahrgang | Nr. 49 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Idealbesetzung für Ausschuss

Clemens Binninger Er gilt als Idealbesetzung für die Aufgabe: Der CDU-Abgeordnete Clemens Binninger wurde auf der konstituierenden Sitzung vergangene Woche zum Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses zur Terrorgruppe NSU gewählt. Das Gremium ist eine Neuauflage des NSU-Ausschusses der vergangenen Legislaturperiode und soll noch offene Fragen rund um die Gruppe und ihre Morde klären. Im ersten Untersuchungsausschuss war Clemens Binninger Obmann der Unionsfraktion. Damals trieb der gelehrte Polizist die Aufklärung durch präzise Fragen voran. Der 53-Jährige, seit 2002 direkt gewählt für den Wahlkreis Böblingen im Bundestag, war in dieser Wahlperiode schon einmal kurz Vorsitzender eines U-Ausschusses – dem zum US-Geheimdienst NSA. Den Posten legte er im April 2014 unter ungeklärten Umständen nieder. Das werde diesmal nicht passieren, versichert Binninger. (Seite 11) *kru*



ZAHL DER WOCHE

10

Untersuchungsausschüsse haben der Bundestag sowie sechs Landtage bisher bereits zum NSU-Komplex eingesetzt. Der Bund, Thüringen und Sachsen je zwei, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Hessen je einen Ausschuss.

ZITAT DER WOCHE

»Wir haben alle ein gemeinsames Anliegen.«

Norbert Lammert (CDU), Bundestagspräsident, über die Einsetzung des Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der NSU-Verbrechen.

IN DIESER WOCHE

THEMA
Interview Der SPD-Haushaltssprecher Johannes Kahrs im Gespräch **Seite 2**

Arbeit und Soziales Der größte Etat hat ein Volumen von 130 Milliarden Euro **Seite 5**

EUROPA UND DIE WELT
Terror Europaparlament debattiert über Frankreichs EU-Beistandswunsch **Seite 10**

KEHRSEITE
Bundestag Eine Ausstellung zu Christos „Verhülltem Reichstag“ **Seite 12**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Schulterschluss mit Paris

GENERALDEBATTE Opposition kritisiert Einsatz der Bundeswehr gegen den „Islamischen Staat“

Es gibt Daten, die die Welt verändern. Der 9. September 2001, als Flugzeuge in die New Yorker Hochhaustürme rasten, war so ein Tag. Und der 13. November 2015, als in Paris über 120 Menschen im Kugelhagel und durch Bomben von Terroristen des „Islamischen Staates“ (IS) starben, ist ebenfalls ein Tag, durch den das Weltgeschehen seine Richtung ändert. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) brachte dies in der Generaldebatte des Bundestages über den Etat 2016 bereits am vergangenen Mittwoch zum Ausdruck: Sie verlangte einen „gemeinsamen Kampf der Weltgemeinschaft gegen den IS“. Einen Tag später erklärte sie nach einem Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten Francois Hollande die deutsche Bereitschaft, an diesem Kampf in Syrien mitzuwirken. Inzwischen ist die Bundesregierung übereingekommen, Frankreich mit Tornado-Flugzeugen, Marineeinheiten und Aufklärungssatelliten zu unterstützen.

„Dieser Anschlag trifft uns alle und meint uns alle“, sagte Merkel zu den Morden in Paris. Deutschland stehe „solidarisch an der Seite Frankreichs in der Trauer um die Opfer, und wir stehen solidarisch an der Seite Frankreichs im Kampf gegen den Terror.“

Zweifel der Opposition Allerdings wurden bereits in der Generaldebatte Zweifel der Opposition an einem militärischen Engagement in Syrien deutlich, über das der Bundestag wahrscheinlich in dieser Woche beraten wird (Bericht auf Seite 8). Der Vorsitzende der Linksfraktion, Dietmar Bartsch, lehnte ein deutsches militärisches Eingreifen an der Seite Frankreichs in Syrien ab. Terror könne nicht mit Krieg bekämpft werden. Solidarität sei notwendig, „aber keine Tornados. Das ist nicht der Weg.“ Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter sagte, der „Islamische Staat“ könne am Ende nur politisch besiegt werden. Er bezeichnete den Abschuss des russischen Kampfflugzeugs durch die Türkei als schweren Rückschlag für die Bemühungen um eine internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen den IS.

Welche Konsequenzen aus den Anschlägen in Paris für die innere Sicherheit in Deutschland gezogen werden sollen, ist noch nicht klar. Einzelne Forderungen aus der CDU/CSU nach einem Einsatz der Bundeswehr im Inland zur Terrorabwehr lehnte Hofreiter ab. Die Polizei müsse besser ausgestattet werden. Auch SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann wandte sich

gegen einen Einsatz der Bundeswehr im Innern: „Wir brauchen keine Militarisierung der inneren Sicherheit.“

Neben dem Kampf gegen den Terrorismus bildeten die Herausforderungen durch die stark steigenden Flüchtlingszahlen einen Schwerpunkt der Debatte. Deutlich wurde, dass die Große Koalition das Tempo des Zuzugs von Flüchtlingen drosseln will. Merkel erklärte, Ziel müsse es sein, „die Zahl der bei uns ankommenden Flüchtlinge zu reduzieren“. Wie die Kanzlerin sprach sich auch der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, für eine europaweit zu vereinbarende Kontingentlösung aus. Er erklärte aber auch: „Wir müssen die Geschwindigkeit des Zustroms deutlich verringern.“ Im November seien 180.000 Flüchtlinge gekommen, fast so viel wie im gesamten Vorjahr. Merkel brachte die Erwartung zum Ausdruck, dass in einem rechtsstaatlichen Verfahren abgelehnte Bewerber auf einen Schutzstatus „dann auch das Land wieder

verlassen müssen, damit die, die Schutz brauchen, diesen Schutz von uns bekommen“. Eine Abschottung Deutschlands lehnte die Bundeskanzlerin ab: „Die simple Abschottung wird uns nicht das Problem lösen.“ Sie rief dazu auf, mit der Bekämpfung der Fluchtursachen zu beginnen. Um die EU-Außengrenzen zu sichern, sei eine Zusammenarbeit mit der Türkei, dem „Schlüsselpartner für die Europäische Union“, notwendig. Sie appellierte auch an die Solidarität der europäischen Länder, gab jedoch andererseits zu: „Die Erscheinung Europas ist im Augenblick verbesserungsmöglich.“ Die Oppositionsfraktionen kritisierten die Zerstörung der Regierung

und besonders die Angriffe der bayerischen CSU gegen Merkel. „Es muss Schluss sein mit den verantwortungslosen Gedankenexperimenten und den verbalen Entgleisungen von Seehofer und Söder“, sagte Linken-Fraktionschef Bartsch zu den Forderungen des bayerischen Ministerpräsidenten und

des bayerischen Finanzministers unter anderem nach einer Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen. Auch der Grünen-Fraktionsvorsitzende Hofreiter erklärte, Seehofer habe die Bundeskanzlerin wie ein Schulmädchen auf offener Bühne gemäßigelt – „und dann hat er noch nicht einmal die Größe, sich bei ihr zu entschuldigen“.

Wie Bundestagspräsident Norbert Lammert zur Eröffnung der Haushaltberatungen (siehe Debattendokumentation) zeigten sich auch alle anderen Redner entsetzt über das Blutbad in Paris und über die anderen Anschläge islamistischer Terroristen unter anderem in Bamako (Mali) und Tunesien. Die Feinde der offenen Gesellschaft könne man nur erfolgreich mit mehr Offenheit bekämpfen, sagte der Linke Bartsch: „Wir brauchen mehr Offenheit, mehr Menschlichkeit, mehr Integration und Teilhabe.“ Hofreiter sagte, wenn es den Terroristen gelinge, die westlichen Metropolen dauerhaft in Angst und Schrecken zu versetzen, „haben sie fast gewonnen“.

Oppermann sagte, die Anschläge hätten die französische Gesellschaft tief getroffen. Deutschland sei solidarisch mit Frankreich. *Hans-Jürgen Leersch*



Seit den Terroranschlägen erstrahlt der Pariser Eiffelturm in den blau-weiß-roten Farben der Trikolore.

© picture-alliance/ATP

EDITORIAL

Etat mit Tücken

VON JÖRG BIALLAS

In diesen Zeiten ist es noch komplizierter als sonst, den Finanzbedarf der öffentlichen Hand für das kommende Jahr zu kalkulieren. Die Kosten zur Bekämpfung des Terrors sind ebenso schwer abzuschätzen wie die Belastungen des Bundeshaushaltes durch den anhaltenden Flüchtlingsstrom und, auch die gibt es noch, die Euro-Krise in Griechenland. Deshalb war es richtig, bei der Verabschiedung des Etats für 2016 trotz sorgfältiger Planung auf die zahlreichen Unwägbarkeiten hinzuweisen, wie es in der vergangenen Woche im Bundestag mannigfach geschehen ist.

Eine Haushaltsdebatte, die unter dem Eindruck der Terroranschläge in Paris geführt wird, verlangt den Parlamentariern besondere Disziplin ab. Es besteht die Gefahr, emotionaler zu urteilen und zu entscheiden als die Vernunft gebietet. Den Abgeordneten ist es trotzdem gelungen, mit einem konstruktiven Austausch von Argumenten eine Strategie gegen den Terror zu entwickeln.

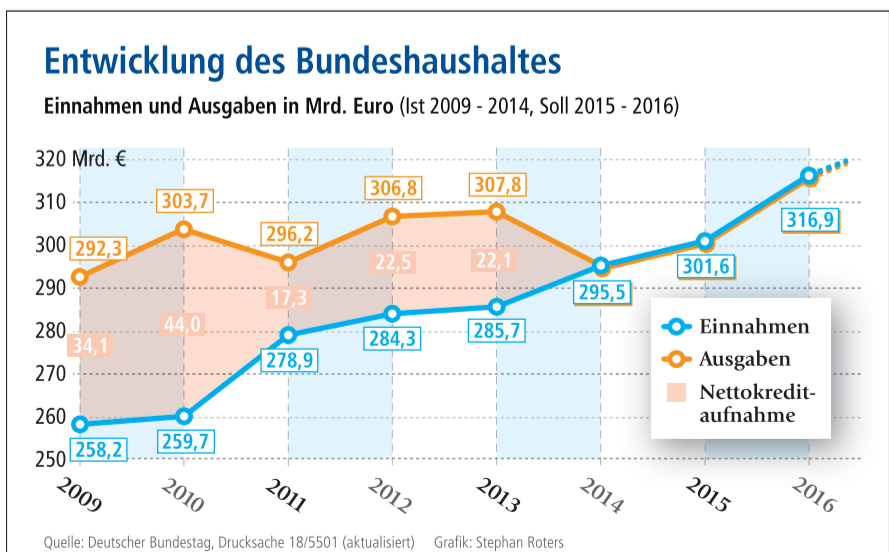
Diese Strategie beruht auf zwei Säulen. Zum einen muss die innere Sicherheit gefestigt werden. Es bedarf eines Stellenaufwuchses bei der Polizei, die zudem besser mit den Geheimdiensten vernetzt werden sollte. Auch müssen Flüchtlinge, die sich derzeit zu Zehntausenden ohne Registrierung in Deutschland aufhalten, bei der Einreise effektiver erfasst werden. Zum anderen braucht Europa ein koordiniertes Vorgehen gegen die selbsternannten Herrscher des „Islamischen Staates“ (IS). Die verbreiten nicht Religion, sondern Angst und Schrecken. Wenn politische Führer der westlichen Welt jetzt von einem Krieg gegen den IS sprechen, ist das zwar emotional nachvollziehbar, aber wenig hilfreich. Denn diese Rhetorik spielt der IS-Propaganda in die Hände. Ganz abgesehen davon, dass in einem Krieg früher oder später die Frage nach dem Einsatz von Bodentruppen steht, der vor dem Hintergrund ernüchternder Kampferfahrungen ausländischer Soldaten in dieser Region nur schwer zu befürworten ist. Zielführend ist es, dem IS den finanziellen Nachschub abzuschneiden, indem etwa Konten der Terroristen eingefroren oder ÖL-Geschäfte stärker unterbunden werden. Das würde den IS unmittelbar und nachhaltig treffen. Die westliche Welt wird islamistischen Mördern die Stirn bieten. Diese Botschaft hat der Bundestag in seiner Haushaltswoche ausgesandt – und damit Mut und Entschlossenheit aller Demokraten eingefordert.

»Schwarze Null« trotz Ausgabensteigerung

HAUSHALT 2016 Zahlreiche Änderungen bei den parlamentarischen Beratungen des neuen Etats

Auch im kommenden Jahr will der Bund keine neuen Schulden machen. Dies beschloss der Bundestag am vergangenen Freitag, an dem er dem Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/5500) in geänderter Fassung auf Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (18/6125) mit großer Mehrheit zustimmte. Für das Gesetz votierten in namentlicher Abstimmung 466 Abgeordnete, 114 Parlamentarier stimmten dagegen. Die Gesamtausgaben (siehe Tabelle auf Seite 3) betragen demnach im kommenden Jahr 316,9 Milliarden Euro. Das sind 4,9 Milliarden Euro mehr als von der Regierung vorgesehen. In diesem Jahr betragen die Ausgaben nach dem zweiten Nachtragsetat 306,9 Milliarden Euro. Für Investitionen stellt der Bundestag 31,48 Milliarden Euro zur Verfügung. Das sind 1,06 Milliarden Euro mehr als die Regierung eingeplant hatte.

Bei den parlamentarischen Beratungen wurden vor allem die Mittel erhöht, die im Zusammenhang mit den Flüchtlingen und Asylsuchenden stehen. Insgesamt sollen dafür aus dem Bundesetat 2016 mehr als 7,5 Milliarden Euro aufgewendet werden.



Zur schuldenfreien Finanzierung dieser Kosten wurde die Rücklage auf 6,1 Milliarden Euro erhöht. Bisher waren nach dem Nachtragsetat dafür fünf Milliarden Euro eingeplant. Die Rücklage bildet sich hauptsächlich aus Mitteln, die in diesem Jahr nicht verwendet werden.

Erhöht wurde auch der Etat des Bundesministeriums des Innern um 1,02 Milliarden Euro. Davon profitieren vor allem das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, die Sicherheitsbehörden des Bundes und das Technische Hilfswerk (THW). Insgesamt sollen dem Innenministerium im kom-

menden Jahr somit 7,8 Milliarden Euro zur Verfügung stehen.

Vor allem wegen der Flüchtlinge und Asylsuchenden erhöhte der Bundestag auch die Ausgaben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales um 2,6 Milliarden Euro auf insgesamt 129,89 Milliarden Euro. Von der Erhöhung stehen 1,9 Milliarden Euro im Zusammenhang mit der Entwicklung der Flüchtlingszahlen. Um 410,27 Millionen Euro wurde bei den parlamentarischen Beratungen der Ansatz des Auswärtigen Amtes auf 4,81 Milliarden Euro erhöht. Diese Mehrausgaben sind vor allem für humanitäre Hilfe und Krisenprävention vorgesehen.

Im Familienministerium wurde unter anderem das Elterngeld um 205 Millionen Euro auf sechs Milliarden Euro aufgestockt, da die Geburtenzahlen wahrscheinlich ansteigen werden. *Michael Klein*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

IST DIE »SCHWARZE NULL« HALTBAR?

Die Symbol-Null

PRO



Manfred Schäfers
»Frankfurter Allgemeine Zeitung«

Der Flüchtlingsansturm und die verschärfte Bedrohungslage durch die Mörderbande des selbsternannten „Islamischen Staats“ erfordern einen starken Staat – und damit eine Verteidigung der „Schwarzen Null“ im Bundeshaushalt, solange es irgendwie geht. Eine Regierung, die mehr für die Vergangenheit ausgehen muss, hat keine Kraft, um neue Herausforderungen zu bewältigen. Natürlich erfordern die neuen Aufgaben neue Ausgaben. Aber die Umstände sind günstig wie selten, um diese ohne neue Schulden zu finanzieren. Dazu gehört, erstens, die Rücklage von mindestens 6,1 Milliarden Euro. Diese bildet die Große Koalition aus den Überschüssen des laufenden Jahres. Zweitens wachsen die Steuereinnahmen rasant. Daran ändert auch der kleine Dämpfer wenig, den die Steuerschätzer für den Bund vorhergesagt haben. Drittens zahlt der Bund kaum noch Zinsen. Auch das entlastet massiv. Die „Schwarze Null“ ist Symbol, kein Selbstzweck. Eine Rückkehr in die Zeit des Schuldenmachens wäre ebenfalls ein Zeichen, aber ein schlechtes. Um die Euro-Staatsschuldenkrise ist es still geworden, aber ausgetragen ist sie nicht. Der Rückgriff auf neue Kredite wäre ein Präzedenzfall. Andere Euro-Länder könnten das als Einladung ansehen, ebenfalls mehr Schulden zu machen. Hinzu kommt, dass keiner weiß, wie lange die Zinsen so niedrig wie heute sein werden. Wenn das Vertrauen in die Solidität der Staatsfinanzen nur marginal leidet, werden die Anleger das einpreisen. Wer auf neue Handlungsspielräume durch neue Kredite hofft, kann sich somit böse täuschen. Vorsicht ist bekanntermaßen die Mutter der Porzellankiste. Um im Bild zu bleiben: Auch in der Finanzpolitik ist ein Scherbenhaufen leichter produziert als beseitigt.

Voller Defizite

CONTRA



Markus Sievers
»Berliner Zeitung«,
»Frankfurter Rundschau«

Haushaltspolitisch sei Deutschland gut vorbereitet auf die Flüchtlingskrise, erklärte Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) bei der Präsentation der Steuerschätzung. Auf den ersten Blick lässt sich dies aus den Zahlen sogar ableiten. Selbst zweistellige Mehrausgaben kann sich der Bund leisten, ohne Kredite aufnehmen zu müssen. Doch bei genauerer Betrachtung erweist sich die „Schwarze Null“ als dunkelrot. Nur indem die Koalition Reserven anzapft, kann sie 2016 Schulden vermeiden. Eigentlich wollte und sollte sie die Etatüberschüsse aus diesem Jahr zur Tilgung von Altschulden einsetzen. Stattdessen nimmt sie den Betrag ins nächste Jahr mit. Zwar stellte der Finanzminister in der Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag klar, dass die „Schwarze Null“ für ihn nicht mehr oberste Priorität hat. Doch der Kniff mit der Rücklage spricht eine andere Sprache. Deutschland verzichtet auf den Abbau von Krediten in guten Jahren, um die „Schwarze Null“ in schlechteren Zeiten zu retten. Bis heute denkt die Koalition zudem darüber nach, Infrastrukturinvestitionen zu den Konditionen privater Kapitalgeber zu finanzieren, statt die günstigen Zinsen des Bundes dafür zu nutzen. So kommt die „Schwarze Null“ unsere Kinder und Enkel teuer zu stehen. Um Schulden zu vermeiden, lässt die Politik die Vorsorge für die Zukunft schleifen. Sie leistet zu wenig, um das Land fit zu machen für das 21. Jahrhundert, um die Infrastruktur zu modernisieren und Bildung und Kinderbetreuung den heutigen Anforderungen anzupassen. Konsolidierung nützt künftigen Generationen nur, wenn sie begleitet wird von einer ausreichenden Investitionstätigkeit. Davon ist Deutschland weit entfernt. Diese „Schwarze Null“ steckt voller Defizite.

➔ Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 8. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Kahrs, kein Gesetzentwurf verlässt den Bundestag so wie er hineingekommen ist. Das war auch beim Haushalt 2016 der Fall. Gegenüber dem Regierungsentwurf gab es eine Steigerung der Ausgaben um 4,9 Milliarden Euro auf insgesamt 316,9 Milliarden Euro. Warum?

Das hängt vor allem mit dem im Sommer noch nicht vorhersehbaren Anstieg der Flüchtlinge und Asylsuchenden zusammen. Dafür stellen wir alleine 7,5 Milliarden Euro bereit. Kommunen und Länder erhalten davon 3,3 Milliarden Euro. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und das Innenministerium kriegen mehr Geld für Integration, Soziales und innere Sicherheit. Das Auswärtige Amt bekommt 400 Millionen Euro mehr für humanitäre Hilfe und Krisenprävention. Wir haben aber auch jenseits des Flüchtlingsthemas weiter Politik gemacht. So haben wir 500 Millionen Euro mehr für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt und wir werden 700 Millionen Euro mehr ausgegeben für Regionalisierungsmittel. Die freierwerbenden Mittel aus dem Betreuungsgeld werden für Verbesserungen in der Kinderbetreuung ausgegeben, das sind nächstes Jahr rund 350 Millionen Euro.

Allein das Ministerium für Arbeit und Soziales bekommt 2,6 Milliarden Euro mehr. Wozu wird das Geld verwendet?

Wir nehmen 400 Millionen Euro für Eingliederungs- und Bildungsmaßnahmen für Flüchtlinge in die Hand. Wir stellen 300 Millionen Euro bereit, damit die Jobcenter auch richtig aufgestellt werden. Der Rest ist Hartz IV: Wenn Flüchtlinge anerkannt sind, dann stehen ihnen Leistungen nach SGB II zu.

Eine Milliarde Euro mehr bekommt das Innenministerium. Wer profitiert?

Also 250 Millionen gehen wir alleine mehr für Integrationskurse aus. Insgesamt stehen somit 560 Millionen Euro für Integrationskurse bereit. Wir finden, wenn Menschen nach Deutschland kommen, ist das allerwichtigste, dass sie Deutsch lernen, damit sie sich hier anpassen, eingewöhnen, unsere Werte übernehmen. Dazu brauchen sie auf jeden Fall die Sprache. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erhält 2.700 mehr Stellen als geplant und wird auch noch mit 1.000 Stellen temporären Kräften gestärkt. Wir haben 3.000 neue Stellen bei der Bundespolizei beschlossen, eine ganz wichtige Entscheidung, die aus meiner Sicht überfällig war. Das heißt, es kommt einmal richtig Geld, auch ins Innenministerium, weil die, die helfen oder für die Sicherheit sorgen, die muss man auch in die Lage dazu versetzen.

Und das Technische Hilfswerk?

Das sind die Dinge, die wir selber durchgesetzt haben. Wir haben dem THW 208 neue Stellen und bis 2018 jedes Jahr acht Millionen Euro Selbstbewirtschaftungsmittel für die Ortsverbände gegeben. Weil die THW-Mitarbeiter alle freiwillig und ehrenamtlich arbeiten, haben wir ihnen auch noch den Verdienstausfall mitvergütet. Das sind alles Gelder, die oben drauf gekommen sind. Mir ist es ganz wichtig, dass wir neben den großen Ausgabenblöcken für Soziales und Integration vor allem dafür sorgen, dass wir die ehrenamtlichen und hauptamtlichen Helfer ganz konkret stärken. Ohne diese Helfer und ihre Organisationen würde vielerorts nämlich gar nichts laufen. Das gilt vor allem für den THW und die Bundespolizei, aber auch für viele andere Organisationen und Initiativen.

Und welche Ministerien werden noch bedacht?

»Wir haben Reserven gebildet«

JOHANNES KAHRs Der SPD-Haushaltssprecher hält den Etat 2016 für solide aufgestellt und hofft auf eine deutliche Senkung der Flüchtlingszahlen



© Frank P. Wartenberg

Welche Risiken sehen Sie sonst noch im Etat 2016?

Das größte Risiko ist mittelfristig das Zinsrisiko. Durch die historisch niedrigen Zinsen spart der Bund über 20 Milliarden Euro im Jahr. Das wird nicht ewig so bleiben. Zudem weiß keiner, ob sich der Ölpreis und der Eurokurs weiter so günstig entwickeln oder ob die deutsche Wirtschaft weiter so gut läuft.

Und wo liegen die Chancen?

Die Investitionen der Großen Koalition in Höhe von insgesamt 23 Milliarden Euro in die Infrastruktur und für die Kommunen müssen jetzt erst mal greifen. Das kann dann einen positiven Schub für die Wirtschaft bringen. Auch bei den Flüchtlingen gibt es Chancen, wenn diese in vier, fünf Jahren auf den Arbeitsmarkt kommen. Dann kann das für uns langfristig ein großer Gewinn werden.

Der Bundestag hat beschlossen, 2016 keine neuen Kredite aufzunehmen. Werden wir das auch in einem Jahr noch rückblickend bestätigen können?

Wir Sozialdemokraten haben seit Beginn dieser Koalition darauf gedrungen, dass wir keine neuen Schulden machen. Wir haben in der letzten Großen Koalition eine Schuldenbremse eingeführt und wir fanden jetzt, wo es uns gut geht, muss man alles dafür tun, dass wir keine neuen Schulden machen. Das ist uns schon 2014 und 2015 gelungen. Wir wollen alles dafür tun, dass es uns auch in 2016 gelingt. Auf der anderen Seite ist die Integration von Flüchtlingen wichtig. Wir haben extra Reserven gebildet, dass uns das ohne neue Schulden gelingt. Keiner weiß, ob das reicht. Die SPD ist aber der Auffassung, dass wir die Flüchtlingszahlen deutlich runterdrücken müssen. Wir können nicht nächstes Jahr nochmal eine Million Flüchtlinge aufnehmen. Wenn uns das nicht gelingt, weil die Koalition sich nicht einigen kann oder weil die Länder auch ihren Teil nicht leisten, was zum Beispiel die Abschiebung angeht, dann wird es schwierig.

Herr Kahrs, zwei Jahre Große Koalition. Sind die ehemaligen „Lieblingsfeinde“ in der Zeit zu Freunden geworden?

Man muss in einer Koalition immer sehen, dass man das Beste fürs Land hinkriegt. Wir hätten lieber mit den Grünen koalitiert, die CDU lieber mit der FDP. Die FDP ist gar nicht reingekommen. Bei uns hat es nicht gereicht. Deswegen haben wir uns zusammengerauft. Aber im Gegensatz zu der schwarz-gelben Koalition haben wir nicht immer nur verhindert, dass der andere Erfolg hat, sondern wir haben immer dafür gesorgt, dass beide vorkommen. Das heißt für die SPD, wir haben den Mindestlohn durchgesetzt. CDU und CSU haben die Pkw-Maut gekriegt – ob die kommt, entscheidet am Ende Europa. Aber so rauf man sich zusammen. Das ist wie in einer Ehe, in der man Kompromisse machen muss. Wir machen Kompromisse. Ich glaube aber fürs Land gute Kompromisse.

Und wie geht es weiter bis 2017?

Ich würde 2017 gerne den Bundeskanzler stellen. Ich glaube, Sigmar Gabriel kann das. Der will das und er hat auch einen Plan.

Das Gespräch führte Michael Klein. ||

Johannes Kahrs (52) sitzt seit 1998 im Deutschen Bundestag. Der Hamburger ist haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

➔ Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Retter: Norbert Brackmann

Norbert Brackmann ist optimistisch: „Auf der Basis der heutigen Erkenntnisse wird der Bundeshaushalt auch 2016 wieder ausgeglichen sein.“ Allerdings weiß der schleswig-holsteinische CDU-Bundestagsabgeordnete und Unions-Obmann im Haushaltsausschuss auch, wie sehr unvorhersehbare Ereignisse die schönsten Etatplanungen über Bord werfen können. Aktuelle Stichworte sind der Flüchtlingsstrom oder Terror. Bis heute gibt es keine offizielle Prognose der Bundesregierung über die Asylbewerberzahlen und Kosten dafür im nächsten Jahr. „Wir haben in diesem Jahr bisher mehr als 930.000 registrierte Flüchtlinge in Deutschland, kennen aber wegen möglicher Mehrfachregistrierungen gar nicht die genaue Zahl der Personen, die zu versorgen sind“, sagt Brackmann. Das könne erst 2016 ermittelt werden. Im kommenden Jahr will Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) durch einen Überschuss-Übertrag von 6,1 Milliarden Euro von 2015 die „Schwarze Null“ halten. Und was ist im Bundestagswahljahr 2017, wenn solche Operationen nicht mehr möglich sind? Müßen spätestens dann nicht neue Schulden oder Ausgabenkürzungen her, wenn die nicht abebbende Flüchtlingswelle große strukturelle Kosten verursacht? Brackmann: „Wegen der ungewissen Steuereinnahmen oder Zinsentwicklung ist es heute zu früh zu spekulieren, wie die Situation 2017 ist. Wir wissen auch nicht, welche zusätzlichen Ausgaben auf uns zukommen, etwa durch den Terrorismus oder mehr Ausgaben für die internationale Flüchtlingshilfe.“ Wie steht Brackmann überhaupt zur Politik der offenen Grenzen von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), was viele in der eigenen Par-

tee irritiert? „Jeder Flüchtling in Deutschland muss durch unser Asylrecht und die internationale Flüchtlingskonvention hierzulande eine ordentliche Betreuung bekommen“, sagt der Abgeordnete. Niemand dürfe im Mittelmeer ertrinken. Allerdings: „Der Schwerpunkt ist es zur Zeit, den Zuzug zu begrenzen. Da liegt Angela Merkel richtig.“ Nicht einverstanden ist Norbert Brackmann mit Oppositionskritik, Schäubles „Schwarze Null“ sei nur das unverdiente Glück der Minuzinsen und konjunkturbedingten Steuerereinnahmen. „Wolfgang

stehe im Sinne einer Generationengerechtigkeit für Ausgabenkürzungen statt Steuererhöhungen oder höherer Schulden.“ Seit 2009 ist Norbert Brackmann direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Herzogtum Lauenburg/Stormarn-Süd. Der Einzige in den wichtigen Haushaltsausschuss war sein Wunsch. Schließlich hat er immer in seinem Leben mit Finanzen zu tun gehabt, ob als Projektleiter beim Norddeutschen Rundfunk (NDR), im Lauenburgischen Kreistag im entsprechenden Ausschuss oder als Aufsichtsratschef einer Bank. Im „ersten Leben“ war der Volljurist nach Studium und Ausbildung jahrzehntlang beim NDR in Hamburg beschäftigt, zuletzt als Hauptabteilungsleiter für den Programmbereich. Im März wurde Brackmann infolge einer Rotation als Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Haushaltsausschuss gewählt, ein Posten für weitere Karrierestationen in Fraktion oder Regierung. Da gibt sich der 61-Jährige aber gelassen: „Ich freue mich über die neue Aufgabe. In meinem Alter bin ich froh, meine Arbeit ohne Karriereindruck machen zu können.“ Seit Geburt wohnt Brackmann in der Stadt Lauenburg an der Elbe unweit Hamburg. Die Lebensrettung ist das große Hobby des verheirateten Vaters zweier Söhne, in der DLRG und heute als organisatorischer Leiter Rettungsdienste im Kreis Herzogtum Lauenburg. Als er vor Jahren noch selbst als ehrenamtlicher Rettungsassistent unterwegs war und dann nachts plötzlich der Herr Bundestagsabgeordnete persönlich am Bett eines Hilfsbedürftigen stand, sei so mancher Mitbürger aus dem Staunen nicht herausgekommen, berichtet Brackmann stolz. Hans Krump ||



© DBT/Achim Meide

»Ich stehe im Sinn einer Generationengerechtigkeit für Ausgabenkürzungen statt Steuererhöhungen oder höherer Schulden.«

Schäuble hat die „Schwarze Null“ als Ziel durchgesetzt und im Kabinett die Ausgabenwünsche der Ressorts begrenzt.“ Zudem seien die hohen Steuereinnahmen aufgrund der guten Wirtschaftslage auch ein Erfolg der ganzen Regierung. Zur Diskussion über Steuererhöhungen, etwa durch ein Ende der gedeckelten Abgeltungssteuer für Kapitalerträge, meint der CDU-Haus-

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale
für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jb)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stellv. CVd
Michael Klein (mkl)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), CVd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Sören Christian Reimer
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weimlein (aw)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionsschluss
27. November 2015

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurhensstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-Vertriebsleitung
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Klaus Hofmann (verantwortl.)
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de

Anzeigenverkauf
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Karin Kortmann
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-43 75
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: karin.kortmann@fs-medien.de

Anzeigenverwaltung, Disposition
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Anzeigenabteilung
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-42 74
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: anzeigenservice@fs-medien.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für
Schüler, Studenten und Auszubildende
(Nachweis erforderlich) 13,80 €
(im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor
Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement
für vier Ausgaben kann bei unserer
Vertriebsabteilung angefordert
werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel
stellen nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion dar. Für unentgeltliche
Einsendungen wird keine Haftung
übernommen. Nachdruck nur mit
Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien
in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“
ist Mitglied der
Informationsgesellschaft
zur Feststellung
der Verbreitung von
Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochensetzung
„Das Parlament“ wird ausschließlich
Recycling-Papier verwendet.



Namentliche Abstimmung zum Bundeshaushalt 2016: 466 Abgeordnete votierten dafür, 114 dagegen.

© Deutscher Bundestag/Achim Melde

Auf Sicht gefahren

ETAT 2016 Die Ausgaben steigen um zehn auf 316,9 Milliarden Euro. Die Flüchtlingskosten sind ungewiss

Alles hängt mit allem zusammen: Die Terrorattentate in Paris und auf dem Sinai, der Abschuss des sowjetischen Kampfflotts an der Grenze Türkei-Syrien und der weiterhin starke Zustrom von Flüchtlingen und Asylsuchenden nach Europa – vor allem nach Deutschland. Es geht darum, schnell Lösungen zu finden. Das kostet Geld. Dies spiegelt sich auch im Bundeshaushalt des kommenden Jahres wider, der vergangenen Freitag mit großer Mehrheit vom Bundestag verabschiedet wurde. Die Ausgaben steigen danach gegenüber diesem Jahr um zehn Milliarden Euro auf 316,9 Milliarden Euro. Gegenüber dem Regierungsentwurf, der im Juli dieses Jahres vom Kabinett verabschiedet wurde, erhöhte der Bundestag die Ausgaben um 4,9 Milliarden Euro. Insgesamt hat der Bund für die Flüchtlingskosten rund acht Milliarden Euro für 2016 eingeplant. Dieses Geld soll für bis zu

800.000 Menschen reichen, die neu nach Deutschland kommen. Neue Kredite sollen nach dem Beschluss des Bundestages nicht aufgenommen werden. „Wenn möglich wollen wir im kommenden Jahr keine neuen Schulden machen“, erklärte dazu Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) bei den viertägigen Haushaltsberatungen. Erste Priorität habe allerdings nicht die „Schwarze Null“, sondern, dass das Notwendige getan werde. Der Verzicht auf neue Schulden sei nur möglich, da aus diesem Jahr eine Rücklage von 6,1 Milliarden Euro zur Verfügung stehe. Er räumte ein, dass die Regierung „ein bisschen auf Sicht“ fahre. Dies sei aber nicht schlecht, da so auf die Realität reagiert werden könne und nicht nur ein Plan abgearbeitet werde. Schäuble bezweifelte, dass die Mittel aus dem EU-Haushalt für die Zusammenarbeit mit Ländern der Krisenregionen reichen würden. Es könne sein, dass dann die nationalen Haushalte weitere Mittel zur Verfügung stellen müssten.

Anja Hajduk (Bündnis 90/Die Grünen) erkannte an, dass die Große Koalition sich bewegt habe: Es seien Stellen geschaffen worden zum Beispiel beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, es sei mehr Geld für Integrationsmaßnahmen eingeplant worden und die Länder und Kommunen würden unterstützt. Sie kritisierte, dass auf Sicht gefahren werde und forderte wesentlich mehr Mittel unter anderem für den Wohnungsbau und bei den Kitas. „Dieser Haushalt ist nicht die richtige Antwort auf die Zukunft“, betonte Hajduk. Seit mehr als 20 Jahren lebe der Bund auf Kosten der Substanz. Das staatliche Nettovermögen sei in dieser Zeit geschrumpft. Deshalb sei eine „ehrliche Vermögensbilanz“ für den Bund dringend notwendig. Insgesamt habe die Koalition keinen verlässlichen Plan, kein Herz und keinen Mut. Dies sahen die haushaltspolitischen Sprecher der Koalitionsfraktionen, Eckhardt Rehberg (CDU) und Johannes Kahrs (SPD), anders. „Der Haushalt 2016 ist in Zahlen gegessene Politik“, sagte Rehberg. Mit diesem könnten die Herausforderungen des kommenden Jahres „ohne neue Schulden“ bewältigt werden. Jetzt müsse

darauf geachtet werden, dass das bereitgestellte Geld für Flüchtlinge und Asylbewerber auch wirklich dort ankomme, wo es gebraucht werde und nicht in den Länderhaushalten versickere. Weiter wies Rehberg darauf hin, dass jeder zweite Euro im Bundeshaushalt – insgesamt 163 Milliarden Euro – für Soziales eingesetzt werde und die Große Koalition weiterhin unter anderem in Bildung und Forschung und die Verkehrsinfrastruktur investiere. „Wir haben keinen Nachholbedarf für die Sicherstellung von Zukunft in Deutschland“, sagte er. „Dieser Etat ist ein substanzzieller Vorschlag, auch die neuen Herausforderungen des kommenden Jahres ohne neue Schulden zu finanzieren“, betonte auch Kahrs. Der Haushalt spiegele die Realität und sei kein „Wünsch dir was“. Im Haushalt seien Vorkehrungen für 800.000 Flüchtlinge im kommenden Jahr getroffen worden. Nun müsse alles getan werden, dass nicht noch mehr Flüchtlinge kommen würden. Sonst gebe es im Haushalt ein Problem. Es gebe

aber auch dann noch Möglichkeiten, entsprechend finanziell nachzusteuern. Kahrs wies darauf hin, dass für die Flüchtlinge nicht nur mehr Geld zur Verfügung gestellt würde, sondern auch den Ehrenamtlichen „vor Ort“ mit vielerlei Maßnahmen geholfen werde. Außerdem würden die Bundespolizei und das THW unterstützt. Jetzt müsse aber dafür gesorgt werden, dass das Geld auch vor Ort ankomme. „Der Bund ist nicht ewig belastbar“. Trotz der Erhöhungen warf die Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Gesine Löttsch (Die Linke), der Bundesregierung vor, dass sie der Aufgabe nicht gerecht werde. Die Bundesregierung und die Große Koalition sei ein „Panikorchester“. Sie forderte unter anderem, mehr Geld für die Integration zur Verfügung zu stellen. Das Land brauche zudem ein Investitionsprogramm für die Zukunft, um den „riesigen Investitionsstau“ zu lösen. Dies sei möglich, ohne neue Schulden zu machen, wenn die Einnahmen verbessert würden.

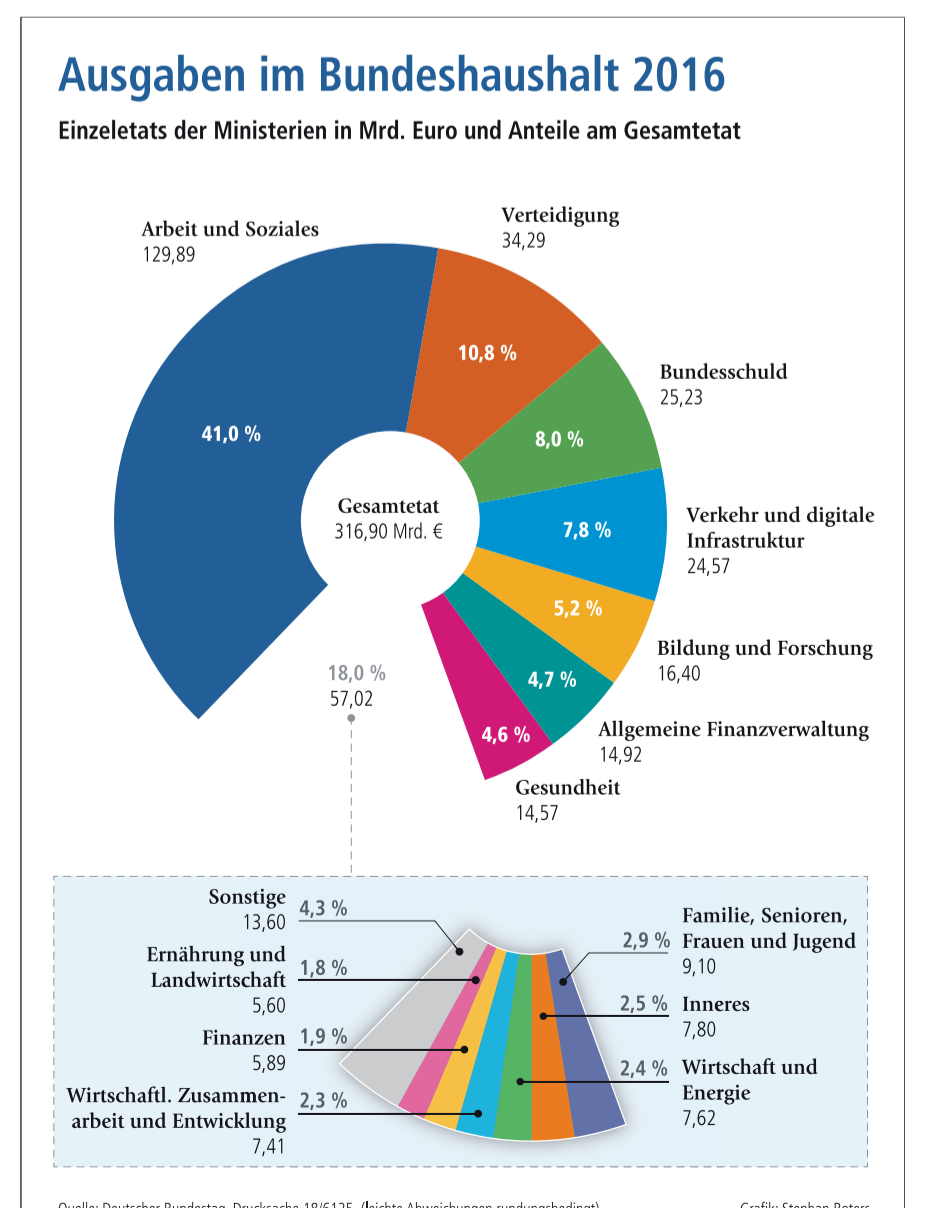
In dem Zukunftsprogramm der Linksfraktion sind Ausgaben von rund 60 Milliarden Euro vorgesehen. Darin fordern die Abgeordneten unter anderem rund fünf Milliarden Euro mehr für die Flüchtlingshilfe, drei Milliarden Euro mehr für die Bekämpfung der Fluchtursachen, rund 30 Milliarden Euro sind vorgesehen für Investitionen und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Überwindung der sozialen Ausgrenzung. Finanziert werden soll das Programm unter anderem durch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes. **Anträge** Den Entschließungsantrag (18/6813) dazu lehnte der Bundestag ebenso ab wie vier Entschließungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (18/6814 – 16/6817). Darin forderten die Abgeordneten unter anderem mehr Investitionen in die Integration der Flüchtlinge, für den sozialen Wohnungsbau, in die Infrastruktur und den Klimaschutz. *Michael Klein*

»Der Haushalt 2016 ist in Zahlen gegessene Politik.«
Eckhardt Rehberg (CDU)

»Der Haushalt ist nicht die richtige Antwort auf die Zukunft.«
Anja Hajduk, Grüne



Einzelplan		EINNAHMEN		AUSGABEN	
		2016 in 1.000 €	Veränderungen zu 2015 in 1.000 €	2016 in 1.000 €	Veränderungen zu 2015 in 1.000 €
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	193	-	34.320	+ 586
02	Deutscher Bundestag	1.653	-232	856.981	+ 55.495
03	Bundesrat	69	-27	24.996	+ 1.185
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	42.165	+ 39.000	2.413.099	+ 178.301
05	Auswärtiges Amt	148.792	+ 4.697	4.810.140	+ 1.008.676
06	Bundesministerium des Innern	486.543	+ 43.417	7.801.488	+ 1.493.692
07	Bundesministerium der Justiz und Verbraucherschutz	527.319	+ 38.685	745.492	+ 50.040
08	Bundesministerium der Finanzen	334.550	+ 10.039	5.885.151	+ 293.530
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	465.940	- 3.747.969	7.621.783	+ 227.096
10	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	67.815	- 17.302	5.595.168	+ 244.452
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	1.930.071	+ 28.821	129.888.984	+ 3.579.066
12	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	6.018.409	+ 184.476	24.571.659	+ 1.290.225
14	Bundesministerium der Verteidigung	242.070	- 50.043	34.287.847	+ 1.313.664
15	Bundesministerium für Gesundheit	110.936	+ 3.900	14.572.911	+ 2.505.991
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	659.305	- 62.092	4.544.396	+ 679.199
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	69.399	+ 959	9.103.673	+ 268.111
19	Bundesverfassungsgericht	40	-	29.191	- 4.133
20	Bundesrechnungshof	1.685	+ 1.670	148.610	+ 7.128
21	Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	11	+ 11	13.716	+ 13.716
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	620.175	+ 54.009	7.406.751	+ 863.289
30	Bundesministerium für Bildung und Forschung	83.876	- 5.550	16.400.265	+ 1.125.305
32	Bundesschuld	1.529.420	+ 203.995	25.227.120	+ 2.967.833
60	Allgemeine Finanzverwaltung	303.559.564	+ 13.269.536	14.916.259	- 8.162.447
SUMME		316.900.000	+ 10.000.000	316.900.000	+ 10.000.000



Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksache 18/6125

Grafik: Stephan Roters

Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksache 18/6125 (leichte Abweichungen rundungsbedingt)

Grafik: Stephan Roters



Mehr Leute: Der Leiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Frank-Jürgen Weise (links), beim Nürnberger Qualifizierungszentrum für neue Mitarbeiter. Zwei Bundespolizisten (rechts) patrouillieren im Hauptbahnhof von Hannover.

© picture-alliance/dpa

Zwei Baustellen, zwei Pakete

INNERES Der Flüchtlingszuzug und die Terrorbekämpfung bestimmen den Etat 2016 von Ressortchef de Maizière

Ein Etat, zwei Pakete: Mit dem Haushalt 2016 des Bundesinnenministeriums gebe es ein „Sicherheitspaket“ und ein „Asylpaket“, konstatierte Ressortchef Thomas de Maizière (CDU) vergangene Woche in der Schlussdebatte des Bundestages über das Zahlenwerk. Es spiegelt auch die beiden Themen wider, die die Innenpolitik dieser Tage beherrschen: der anhaltende Flüchtlingszuzug und die innere Sicherheit. Knapp 4.000 Stellen zusätzlich – „nicht nur für den Kampf gegen den Terrorismus“ – bekommen die Sicherheitsbehörden, wie de Maizière vorrechnete: „Mit dem beschlossenen Sicherheitspaket schaffen wir eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land sicherer leben

können“, sagte er. Und im Rahmen des Asylpakets gebe es 900 Millionen Euro mehr; 4.000 zusätzliche Mitarbeiter könne nun auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) einstellen. „Hier wird geklotzt und nicht gekleckert“, kommentierte der SPD-Parlamentarier Lars Castellucci zufrieden das Ergebnis der Haushaltsberatungen. De Maizières Etat umfasst im kommenden Jahr in der vom Bundestag beschlossenen Ausschussfassung (18/6106, 18/6124, 18/6125, 18/6126) Ausgaben in Höhe von 7,8 Milliarden Euro und damit 1,49 Milliarden Euro mehr als im laufenden Jahr. Im Regierungsentwurf für den Haushalt 2016 (18/5500, 18/5502) war das Ausgabenvolumen im Einzelplan 06 des Bundesinnenministeriums noch mit 6,78 Milliarden Euro und damit 517 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr veranschlagt worden.

„Einen solchen Zuwachs hat es noch nie gegeben.“
Thomas de Maizière (CDU), Bundesinnenminister

„Keine Garantie“ Dass sein Haushalt in einem Jahr um 1,5 Milliarden Euro oder rund ein Viertel wächst, „hat es noch nie gegeben“, betonte der Minister. Dies sei ein „starkes Bekenntnis“ für die Sicherheit der Bürger, für die Integration und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Land. Er bekräftigte zugleich, dass es „keine Ga-

rantie gegen Terroranschläge“ gebe, die Bundesrepublik aber „wachsamer und wehrhafter“ sei. „Unsere Sicherheitsbehörden im Bund und in den Ländern sind auf die terroristische Bedrohung eingestellt“, versicherte er. Zugleich mahnte der Ressortchef mit Blick auf die jüngsten Anschläge in Frankreich, niemand möge „vorschnell einen Bogen von den Ereignissen in Paris zur Flüchtlingsdebatte“ schlagen. Deutschland nehme „sehr viele Flüchtlinge auf, die selbst vor der brutalen Gewalt des sogenannten Islamischen Staates geflohen sind“. Dabei gebe es bisher „keinen Nachweis für ein systematisches Einschleusen von IS-Kämpfern, getarnt als Flüchtlinge“. Der CDU-Politiker bekräftigte zudem seine Forderung, dass Europa „großzügige, abschließende Flüchtlingskontingente aufnehmen“ und fair verteilen solle. Ein solches Kontingent solle dann „die Zahl der Flüchtlinge, die in Europa aufgenommen werden, zugleich begrenzen“. Für Die Linke wandte sich Roland Claus gegen Forderungen nach einer „Obergrenze“. Dies würde bedeuten, „dass ein Flüchtling mit einer bestimmten Registrierungsnummer – nehmen wir mal 600.000 – akzeptiert wäre und ein Flüchtling mit der Regis-

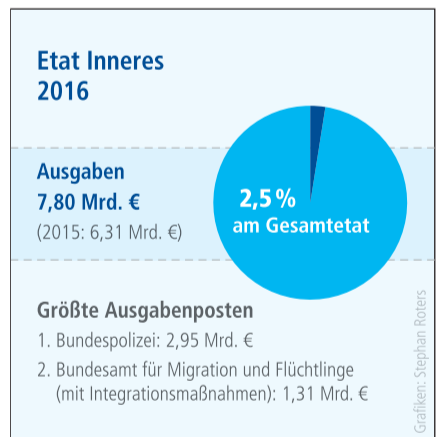
trierungsnummer 600.001 nicht“, argumentierte Claus. Dergleichen wäre „einfach absurd“. Mit Blick auf die Sicherheitspolitik forderte er, man müsse „aus den Fehlern lernen“, die nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA begangen worden seien, nämlich „Krieg als Mittel der Außenpolitik und Freiheitsbeschränkungen als Mittel der Innenpolitik zu etablieren“. Mit beidem müsse Schluss sein. Wer für die Beschränkung von Freiheitsrechten eintrete, bringe die Terroristen näher an ihr Ziel, als diese „das alleine schaffen würden“. Auch brauche die Polizei „keine Hilfspolizisten im olivgrünen Dress der Bundeswehr, sondern mehr Personal“. Anja Hajduk (Grüne) verwies darauf, dass auch die Opposition der Stärkung der Sicherheitsbehörden zugestimmt habe. So finde ihre Fraktion etwa die Aufstockung der Bundespolizei um 3.000 Stellen in den kommenden drei Jahren richtig. Dagegen sei eine Diskussion über eine Ausweitung der Befugnisse der Bundeswehr im Inneren nicht die richtige Lösung. Die Grünen-Abgeordnete Hajduk warnte zugleich vor einem „Engpass“ bei den Integrationskursen. Von der Koalition sei selbst gesagt worden, hierfür 570 Millionen Euro zusätzlich zu benötigen, aber nur 250 Mil-

ionen zusätzlich in den Etat einzustellen. Dabei lege diese Zahl auch „die Grundlage dafür, dass wir den Bedarf richtig erkennen“, sagte Hajduk. Wenn man anfangs, diesen „ein bisschen klein zu rechnen“, könne man bei einem ähnlichen Engpass landen, wie man ihn schon einmal beim BAMF gehabt habe. Dies könne man sich bei der Integration nicht leisten. Martin Gerster (SPD) entgegnete, dass die Mittel für Integrationskurse um 250 Millionen Euro auf mehr als eine halbe Milliarde Euro angehoben würden. Davon profitierten auch die Anbieter und Träger der Kurse. Ausgaben für Integration seien „vor allem Investitionen in die Zukunft“. Je schneller man Zugewanderte in den Arbeitsmarkt bringe, desto besser sei es für alle. Wenn Deutschland es richtig mache, könne es langfristig aus dieser Entwicklung ge-

stärkt hervorgehen als ein Land, das eine Kultur der Weltoffenheit lebe und für „starke und freundschaftliche Bande zwischen Kulturen und Religionen“ stehe. Dazu gehöre auch, alles zu tun, „um die feigen Täter von Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte“ zu ermitteln und konsequent zur Rechenschaft zu ziehen, mahnte der SPD-Abgeordnete. Von solchen Angriffen habe man allein in diesem Jahr schon mehr als 600 zählen müssen.

Frank Tempel (Linke) warnte unter Verweis auf Angriffe auf Flüchtlinge, der Rechtsextremismus in Deutschland nehme immer gefährlichere Formen an. Wie Gerster und Hajduk wandte sich auch Tempel entschieden gegen eine falsche Verknüpfung der Anschläge von Paris mit dem Flüchtlingszuzug. Terroristen „kommen nicht mit den Flüchtlingen ins Land – diese fliehen gerade vor dem Terror“, sagte er. Eine ernstzunehmende Gefahr bestehe aber „durch Menschen, die sich hier bei uns radikalisiert“, fügte Tempel hinzu. Bis heute habe man jedoch zu wenig in zivile Strukturen investiert, „um einer solchen Radikalisierung frühzeitig entgegenzuwirken“.

„Außengrenze sichern“ Stephan Mayer (CSU) nannte es „vollkommen zynisch, verwerflich und menschenverachtend, wenn man Flüchtlinge unter Generalverdacht stellt“. Die Flüchtlinge „sind nicht Täter, sie sind Opfer“, sagte er. Wenn sich aber bewährten sollte, dass „zwei der Attentäter von Paris zumindest als Flüchtlinge getarnt über Griechenland nach Europa eingereist sind“, zeige dies, dass die Flüchtlingskrise offenbar vom „Islamischen Staat“ instrumentalisiert werde, um vereinzelt auch Kämpfer hierher zu bringen. Daher müsse man die Außengrenze der EU noch besser sichern. Es dürfe „nicht weiter zugestanden werden, dass unkontrolliert und unregistriert Personen nach Europa einreisen“, betonte der CSU-Abgeordnete.
Helmut Stoltenberg



Mehr Geld für den Film

KULTUR Ausgaben steigen auf 1,4 Milliarden Euro

Erneut kann sich Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) über mehr Geld freuen. Nachdem der Haushaltsausschuss den Etatansatz der Regierung während seiner Beratungen noch einmal um 115 Millionen Euro erhöht hatte, stehen ihr 2016 rund 1,4 Milliarden Euro zur Verfügung, 80 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr. Für die folgenden Haushaltsjahre bewilligte der Bundestag Verpflichtungsermächtigungen von 620 Millionen Euro. Seit 2005, seit die Union den Kulturstaatsminister stelle, so betonte der kulturpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Markus Wanderwitz (CDU), sei es Jahr für Jahr zu Steigerungen im Haushalt gekommen. Die Erhöhung sei ein „klares Bekenntnis für eine langfristig angelegte Kulturpolitik des Bundes“, sagte sein SPD-Kollege Martin Dörmann. Mit 38 Millionen ist ein Großteil des Zuwachses allerdings den gestiegenen Personalkosten geschuldet. Allein zwölf Millionen Euro mehr fließen an das Personal der

Deutschen Welle. Zu den Profiteuren zählen aber auch die Filmförderung und der Denkmalschutz. So stellt der Bund im kommenden Jahr 44 Millionen für die Filmförderung und weitere 50 Millionen für den Filmförderfonds zur Verfügung. Trotz aller Freude über den Anstieg der Kulturausgaben auch bei der Linksfraktion und Bündnis 90/Die Grünen übten die beiden Oppositionsfraktionen aber auch Kritik. Harald Petzold (Linke) forderte mindestens zehn Millionen Euro jährlich für die kommenden zehn Jahre, um die Digitalisierung des nationalen Filmberbes voranzutreiben. Letztlich sei es nur den Haushältern des Bundestages zu verdanken, dass dafür im kommenden Jahr wenigstens der symbolische Betrag von einer Million Euro eingeplant sei. Im Regierungsentwurf habe an dieser Stelle lediglich eine Null gestanden, monierte Petzold. Die kulturpolitische Sprecherin der Grünen, Ulle Schauws, kritisierte es als „unverständlich“, dass die Koalitionsfraktionen „unsere Initiativen für wichtige Projekte und Maßnahmen zur kulturellen Teilhabe von Geflüchteten abgelehnt haben“. Mehr Geld für den Kulturhaushalt sei zwar gut, aber dies allein mache noch keine gute Kulturpolitik aus. Alexander Weinlein

Zeichen gegen Terror

JUSTIZ Mehr Personal für Verfahren gegen Dschihadisten

Mit dem Justizhaushalt hat der Bundestag vergangene Woche auch den kleinsten Einzeletat eines Ministeriums gebilligt. Der Haushaltsplan (18/6107; 18/6124) 2016 umfasst 745 Millionen Euro, 50 Millionen mehr als 2015. Ressortchef Heiko Maas (SPD) hob in der Schlussdebatte die neuen Gesetze zur Terrorismusbekämpfung hervor, mit denen die Ausreise zum Zweck des Einsatzes in einem Kriegsgebiet unter Strafe gestellt und Maßnahmen gegen die Terrorfinanzierung verschärft werden. Mit der Bemerkung „gegen Kriminelle führen wir keinen Krieg, sondern wir bekämpfen das Verbrechen“, wandte sich Maas zugleich entschieden gegen einen Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Dennis Rohde (SPD) würdigte den Beitrag im Justizetat zur Terrorbekämpfung. Beim Generalbundesanwalt sowie beim Bundesgerichtshof werde das Personal deutlich aufgestockt, um die vielen Verfahren gegen mutmaßliche Dschihadisten zu bewältigen. Renate Künast (Grüne) appellierte an Maas, in der liberalen Tradition seines Hauses zu bleiben und „sicherheitspolitischen Falken in der Bundesregierung Contra zu geben“. Davon unbeeindruckt regte Thomas Stobl (CDU) an, Terrorwerbung unter Strafe zu stellen. Auch den besseren strafrechtlichen

Schutz von Polizisten und anderen Einsatzkräften nannte Stobl als gesetzgeberisches Ziel. Caren Lay (Die Linke) zeigte sich mit dem Minister unzufrieden. Maas habe bei seinem Amtsantritt vor zwei Jahren Hoffnungen auf eine linke Justizpolitik geweckt, diese aber in vielerlei Hinsicht enttäuscht, vor allem beim Thema Vorratsdatenspeicherung. Deutlich erhöht werden im Justizetat die Mittel für Verbraucherschutz. Die Opposition forderte aber noch mehr. Ein Änderungsantrag der Linksfraktion (18/6767), dafür Einnahmen aus Kartellstrafen, die bisher beim Wirtschaftsministerium landen, heranzuziehen, wurde allerdings von den Koalitionsfraktionen bei Enthaltung von Künast abgelehnt. Künast forderte Maas dazu auf, sich als Verbraucherschutzminister für die Geschädigten des VW-Abgasskandals einzusetzen. Er müsse dafür sorgen, dass Volkswagen den Autobesitzern alle Kosten ersetzt, die ihnen wegen der Manipulationen der Abgaswerte entstehen. Der Justizetat wurde mit den Stimmen der Koalition gegen die der Opposition gebilligt. Das Plenum votierte sodann einstimmig für den Etat des Bundesverfassungsgerichts (18/6124; 18/6125) im Volumen von 29 Millionen Euro. Peter Stützel

Wanka sieht Fortschritte

BILDUNG Mehr Geld für Wissenschaft und Forschung

Der Haushalt für Bildung und Forschung umfasst 2016 ein Ausgabenvolumen von gut 16,4 Milliarden Euro und erhöht sich damit um 1,13 Milliarden Euro gegenüber 2015. In den Haushaltsberatungen wurde der Etat (18/6124, 18/6125, 18/6126) wegen der zusätzlichen Bildungsangebote für Flüchtlinge zuletzt nochmals um 16,66 Milliarden Euro erhöht. Etwa ein Viertel des Etats entfällt auf den Bildungsbereich. Das meiste Geld fließt in die Bereiche Forschung und Wissenschaft. In der Schlussberatung über den Einzelplan begrüßten in der vergangenen Woche Redner aller Fraktionen die erneute Aufstockung. Anette Hübinger (CDU) lobte, dass der Haushalt nun auch den Bildungsmaßnahmen für die Flüchtlinge Rechnung trage und während der sechs Monate dauernden Etatverhandlungen angepasst worden sei. Sie betonte aber zugleich, dass sich der Haushalt nicht nur an den Flüchtlingen ausrichte und zählte als weitere Schwerpunkte die Stärkung der dualen Berufsausbildung und die Erhöhung des Meister-BaFöGs auf. Ekin Deligöz (Grüne) sagte: „Der Etat für Bildung und Forschung steigt. Aber auch die Anforderungen steigen.“ Mit den Ausgaben in diesem Ressort müssten die Auf-

gaben für die Zukunft finanziert werden. Deligöz zeigte sich über die Verteilung der Gelder teilweise „enttäuscht“ und nannte dabei unter anderem Mittel für die sogenannte Bildungs-APP. Ein solches Computerprogramm könnte keine Lehrer oder Sozialarbeiter ersetzen. Swen Schulz (SPD) bezeichnete den Bildungshaushalt 2016 hingegen als „gut gelungen“. Er nannte unter anderem das steigende BaFöG und den Qualitätspakt Forschung. Roland Claus (Die Linke) erinnerte Bundesbildungs- und Forschungsministerin Johanna Wanka (CDU) an die Kritik des Bundesrechnungshofes, der eine unzureichende Erfolgskontrolle angemahnt hatte, da Ziele der Bildungs- und Forschungspolitik nicht ausreichend genau definiert würden. Die Ressortchefin hob hingegen die aus ihrer Sicht erreichten Fortschritte hervor und sagte, sie könne sich noch gut daran erinnern, wie schlecht 2005 der Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für Deutschland ausgefallen sei. Mittlerweile sei Deutschland „das Land mit hervorragenden Ergebnissen“. Die OECD vergleicht jährlich die Bildungssysteme in verschiedenen Industrieländern. Annette Rollmann



Es ist der ohnehin schon größte Einzelposten im Bundeshaushalt und nun steigt der Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) vor dem Hintergrund der Flüchtlingszahlen noch einmal kräftig: Rund 2,6 Milliarden Euro zusätzlich gegenüber der ursprünglich veranlagten Summe bewilligte der Haushaltsausschuss dem Ministerium. Vergangene Woche stimmte der Bundestag dem Etat (18/5500; 18/5502; 18/6111; 18/6124; 18/6125; 18/6126, Einzelplan 11) zu. Damit kann das Haus von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) im kommenden Jahr über 129,9 Milliarden Euro verfügen (2015: 126,3 Milliarden Euro). Andrea Nahles brachte in der Haushaltsberatung auf den Punkt, was ihrer Ansicht nach das Kernelement der Arbeitsmarktpolitik der nächsten Jahre sein wird: „Wir müssen dafür sorgen, dass die Flüchtlinge möglichst schnell für sich selbst sorgen können.“ Sie wolle „mit allen Mitteln verhindern, dass aus Enttäuschung Radikalisierung und der Ausschluss aus der Gesellschaft wird“, kündigte Nahles an. Dies gelte auch für all jene, die schon immer oder lange hier leben, weshalb der Einsatz für Flüchtlinge mit dem Einsatz für Langzeitarbeitslose gebündelt werde. Deutschland brauche hier einen Neustart, denn Hartz-IV solle für niemanden eine Dauerlösung sein, so Nahles. Die meisten Flüchtlinge werden jedoch, trotz Deutschkursen und Qualifizierungsangeboten, zunächst auf Arbeitslosengeld II angewiesen sein. Und das spiegelt sich auch im Etat des BMAS wider. So steigen nicht nur die Ausgaben für die berufliche Integration der Zuwanderer, sondern auch die Kosten für die Grundsicherung für Arbeitssuchende und die Verwaltungskosten der Bundesagentur für Arbeit.

Rente bleibt ein Riese Den größten Posten machen dennoch traditionell Leistungen an die Rentenversicherung aus, die sich auf rund 86,71 Milliarden Euro (2015: 84,3 Milliarden Euro) belaufen. Für die Beteiligung an den Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung will der Bund 6,5 Milliarden Euro ausgeben (2015: 6,05 Milliarden Euro). Für die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende sind 34,12 Milliarden Euro (2015: 33,61 Milliarden Euro) eingeplant. Davon entfallen 20,5 Milliarden Euro auf das Arbeitslosengeld II (2015: 20,3 Milliarden Euro). Die Verwaltungskosten der Bundesagentur für Arbeit steigen auf 4,37 Milliarden Euro (2015: 4 Milliarden Euro), die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit auf 4,15 Milliarden Euro (2015: 3,9 Milliarden Euro). Für das Bundesprogramm zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit stehen 160 Millionen Euro zur Verfügung und damit 40 Millionen Euro mehr als 2015. Für die berufliche Integration und Beratung von Zuwanderern sollen nun 47,5 Millionen Euro statt der ursprünglich veranschlagten 28,5 Millionen Euro ausgegeben werden.



Berufsbezogene Sprachkurse für Flüchtlinge in Kombination mit Jobs und Praktika wünscht sich das Arbeitsministerium. © picture-alliance/dpa

Alle im Blick

ARBEIT UND SOZIALES Die Flüchtlinge, Arbeitslosen und Rentner sind gleichermaßen im Fokus der Bundesregierung

Ekin Deligöz, Haushaltsexpertin von Bündnis 90/Die Grünen, lobte zwar grundsätzlich diese zusätzlichen Summen für das Arbeitslosengeld II und die berufsbezogenen Sprachkurse. Es gebe jedoch drei riskante Schwachstellen im Etat: Erstens würden die „gewagten“ Berechnungen immer noch von 800.000 Flüchtlingen ausgehen und zweitens davon, dass kaum Familien nachziehen. Drittens sei auch die vermutete Verbleibrate im Arbeitslosengeld-II-Bezug mit 65 Prozent für 2016 viel zu niedrig angesetzt. „Das ist wirklich sehr waghalsig und durch keine Daten gedeckt“, kritisierte Deligöz. Sie warf der Bundesregierung außerdem vor, die Jobcenter nicht mit frischem Geld zu unterstützen, sondern lediglich geplante Einsparungen zurückzunehmen. Außerdem sitze die Bundesregierung das Thema Altersarmut nach wie vor aus, obwohl das Thema schon jetzt aktuell sei, so die Grüne. Als solide gerechnet und trotzdem auf die aktuellen Herausforderungen reagierend, bewertete dagegen Unionshaushälter Axel

Fischer (CDU) den Haushalt für Arbeit und Soziales. „Wir können die schwarze Null halten“, freute er sich. Zwar hätte es vor allem wegen der Flüchtlingszahlen zu Nachbesserungen kommen müssen. „Aber wir haben auch das Wohl der Rentner, der Arbeitnehmer und Arbeitslosen im Blick. Wir dürfen uns als Gesellschaft nicht auseinander dividieren lassen“, mahnte Fischer. Deshalb seien die Mittel der aktiven Arbeitsmarktpolitik und die Verwaltungskosten der Bundesagentur für Arbeit aufgestockt worden. Außerdem könnten sich die Rentner im kommenden Jahr auf eine Rentenerhöhung von satten 5 Prozent freuen, so Fischer.

Die Früchte ernten Ewald Schurer (SPD) mahnte an, sich zu vergegenwärtigen, dass Menschen mit vielen Talenten und Potenzialen nach Deutschland kämen. Die Mittel, die heute für die aktive Arbeitsmarktpolitik ausgegeben werden, wirkten sich in den nächsten Jahren durch die Integration der Menschen in den Arbeitsmarkt positiv

aus. Sprache und Bildung seien hierbei der erste Schlüssel zum Erfolg, sagte Schurer. Wenn hier richtig investiert werde, „haben wir alle Chancen dieser Welt“. Dies gelte im Übrigen generell, denn der deutsche Arbeitsmarkt sei hochspezialisiert und brauche eine ständige Qualifikation aller Arbeitnehmer, so der SPD-Politiker. Linken-Haushaltsexpertin Gesine Löttsch bemerkte, die Höhe des Etats sage noch nichts über den sozialen Charakter unserer Gesellschaft aus. Die Bundesregierung lege den Flüchtlingen immer noch zu viele Steine in den Weg, wenn es um die Integration in den Arbeitsmarkt gehe. Löttsch forderte, das dreimonatige Arbeitsverbot für Flüchtlinge abzuschaffen. Darüber hinaus zog sie eine kritische Bilanz von zehn Jahren Hartz IV. Dieses Programm sei nichts anderes als „Armut per Gesetz“ und zwingt Menschen in unwürdige Arbeitsverhältnisse. Sie forderte unter anderem den Ausbau des Öffentlichen Dienstes und eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 10 Euro. Claudia Heine

Die großen Reformen und Gröhes halbe Kinokarte

GESUNDHEIT Medizinische Versorgung der Flüchtlinge schwierig

Mit Lob von der Opposition in der Haushaltsdebatte hatte Hermann Gröhe (CDU) wohl nicht gerechnet. Ekin Deligöz (Grüne) ließ es sich in der Schlussberatung über den Haushalt vergangene Woche im Bundestag nicht nehmen, bei aller Grundsatzkritik dem Bundesgesundheitsminister Sachkenntnis zu attestieren. Der Ressortchef kenne seinen Haushalt bis ins Detail, befand die Finanzfachfrau und löste mit ihrer Bemerkung fraktionsübergreifendes Staunen aus. Die Opposition ließ es sich anschließend allerdings auch nicht nehmen, die Schwachpunkte der Gesundheitspolitik aus ihrer Sicht aufzuzählen und den Gesundheitshaushalt für 2016 geschlossen abzulehnen. Der von Union und SPD beschlossene Einzelplan 15 (18/5500; 18/6114) sieht Ausgaben von rund 14,57 Milliarden Euro vor. Das sind rund 2,5 Milliarden Euro mehr als 2015, die an den Gesundheitsfonds gehen. Der Bundeszuschuss für den Fonds ist mit 14 Milliarden Euro der größte Posten im Etat. Mit dem Geld werden sogenannte versicherungsfremde Leistungen finanziert, also etwa die beitragsfreie Familienmitversicherung oder Aufwendungen für Schwangerschaft und Mutterschaft. Mit der Kürzung dieser Mittel in Höhe von insgesamt 8,5 Milliarden Euro wurde in den vergangenen Jahren ein Beitrag zur Haushaltssanierung geleistet, zum Ärger der Opposition, die sich diesmal auf das Flüchtlingsthema und die Erhöhung des Beitragssatzes in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) konzentrierte, während Redner von Union und SPD die Reformen in den Bereichen Pflege, ärztliche Versorgung, Krankenhäuser, Prävention und Hospize als wegweisend hervorhoben.

Kostenstreit Gröhe versicherte, mit den Reformen werde die Versorgung noch besser. Mit den Projekten sei das Ziel verbunden, die ambulanten und stationären Sektoren und Spezialisten besser miteinander zu vernetzen. „Es geht darum, Brücken statt Mauern zu bauen.“ Er räumte ein, dass die Verbesserungen nicht billig seien und erinnerte an die Erhöhung des Pflegebeitrags um 0,5 Prozentpunkte, die in der Bevölkerung auf große Zustimmung stieß. Die Anhebung der Zusatzbeiträge 2016 in der GKV falle mit 0,2 Prozentpunkten im Schnitt moderat aus. Das seien bei rund 3.000 Euro brutto ganze sechs Euro, „eine halbe Kinokarte“, sagte der Minister und befand: „Für Alarmismus ist

da wirklich kein Raum.“ Der Gesundheitsfonds habe im Übrigen immer noch Reserven von deutlich über 20 Milliarden Euro. Das 2016 in Kraft tretende Präventionsgesetz werde langfristig erhebliche Einsparungen bringen, fügte Gröhe hinzu. Er kündigte als neue Projekte ein Gesetz gegen Designerdrogen und eine Regelung für Cannabis als Medizin an. Ferner werde als Konsequenz aus der Ebola-Krise mehr Geld für den globalen Gesundheitsschutz bereitgestellt. Linke und Grüne kritisierten die einseitige Belastung der Versicherten bei künftigen Kostensteigerungen und forderten eine Rückkehr zur paritätischen Finanzierung. Gesine Löttsch monierte, die Finanzierung der Gesundheitskosten sei weder sozial noch gerecht. Harald Weinberg (beide Linke) monierte, mit den Reformprojekten würden Milliardensummen allein von den Beitragszahlern getragen, obwohl es sich um gesamtgesellschaftliche Aufgaben handele. Maria Klein-Schmeink (Grüne) beklagte, die Koalition habe zwar „fünf Gesetze stramm durchgezogen“, die großen Themen aber vertagt, so etwa die nötige Personalbemessung in der Pflege und eine Lösung für den Investitionsstau der Kliniken. Deligöz nannte als größte Herausforderung, das Gesundheitssystem angesichts des demografischen Wandels und des technischen Fortschritts finanziell stabil zu halten. Die jetzigen Reformschritte seien dafür zu klein.

Michael Henrich (CDU) berichtete, er habe wegen der Reformkosten mitunter ein „Bauchgrimmen“ verspürt, jedoch seien die Gesetze wichtig. So könne über Prävention die Volkskrankheit Diabetes eingedämmt werden. Das würde die immensen Therapiekosten senken. Dietrich Monstadt (CDU) ergänzte, die erschreckend hohen Diabetiszahlen seien auf veränderte Lebensstile zurückzuführen, und es seien zunehmend Kinder betroffen. Hochrechnungen zufolge könnte die Zahl der Diabetiker von derzeit knapp zehn Millionen auf 20 Millionen im Jahr 2025 ansteigen. Im Haushalt sind erstmals drei Millionen Euro zur Bekämpfung der Diabetes eingestellt. Monstadt verteidigte zugleich die Deckelung des Arbeitgeberbeitrags in der GKV bei 7,3 Prozent. So werde Arbeit und Wachstum gesichert. Einige waren sich Regierungsseite und Opposition darin, dass den Flüchtlingen in Deutschland in schnell und wirksam geholfen werden müsse. Petra Hinz (SPD) betonte, die Hilfe müsse allen voran den Schwangeren, Kindern, Traumatisierten und Behinderten gelten. Gröhe betonte, auch Schwangere würden natürlich versorgt. Georg Nüßlein (CSU) sagte, es gehe zunächst um humanitäre Fragen, erst dann um Geld. Gleichwohl sollte es bei der eingeschränkten Gesundheitsversorgung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) bleiben. Zudem zeigten Fälle von offener Tuberkulose, wie wichtig die Residenzpflicht sei. Harald Weinberg forderte von den Ländern die rasche Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge. Das System der Behandlungsscheine sei teuer, bürokratisch und begünstige Fehlscheidungen. Claus Peter Kosfeld



Sechs Milliarden Euro für das Elterngeld

FAMILIE Linke und Grüne fordern Nachschlag beim Kinderzuschlag und Reform des Unterhaltsvorschusses

Was Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und manchem Haushaltspolitiker mitunter Sorgenfalten beschert, gilt den Familienpolitikern im Bundestag fraktionsübergreifend als „Erfolgsgeschichte“ – das Elterngeld. Dies drückt sich auch in Zahlen aus. Mit sechs Milliarden Euro macht die im Jahr 2007 eingeführte familienpolitische Leistung bereits zwei Drittel des 9,1 Milliarden Euro umfassenden Etats von Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) aus, den der Bundestag vergangenen Donnerstag mit den Stimmen von Union und SPD gegen das Votum der Linksfraktion und Bündnis 90/Die Grünen billigte. Der Haushaltsausschuss hatte den Ansatz für das Elterngeld im Haushaltsentwurf der Regierung (18/5500, Einzelplan 17) noch einmal um 205 Millionen Euro erhöht (18/6124, 18/6125). Zum einen wegen einer steigenden Geburtenrate, wie Alois Rainer (CSU) betonte, und weil auch immer mehr Väter in Elternzeit gingen, fügte Nadine Schön (CDU) freudig hinzu. Über-

haupt feierten Ministerin Schwesig und die Koalitionsfraktionen den Familienetat übereinstimmend als „starkes Signal für die Familien“. „Wir haben nicht nur den Kinderfreibetrag und das Kindergeld erhöht, sondern werden ab 2016 den Kinderzuschlag erhöhen“, sagte Schwesig. Auch die Alleinerziehenden würden ab kommenden Jahr steuerlich besser gefördert. Die Ausgaben für das Kindergeld und den Kinderzuschlag steigen im kommenden Jahr um 67 auf insgesamt 550 Millionen Euro. Die Koalition investiere mit ihrer Familienpolitik „nachhaltig in den gesellschaftlichen Zusammenhalt“, sagte Carola Reimann (SPD). Linke und Grüne wollten den Koalitionsjubiläum jedoch nicht teilen. Ja, das Elterngeld sei ein Erfolg, sagte Ulla Schauws (Grüne) und fügte dann viele Aber an. Über die Erhöhung des Kinderzuschlags hätte man sich freuen können, wenn er „nicht derart mickrig“ ausgefallen wäre. Ebenso herrsche noch immer eine „Leerstelle“ bei den Alleinerziehenden. Vier von zehn Alleinerziehenden, meist Mütter, seien arm, rechnete Schauws vor. Zudem müsse das Unterhaltsvorschussgesetz reformiert werden. Der Bezug des Unterhaltsvorschusses sei auf sechs Jahre begrenzt und ende spätestens mit dem 13. Lebensjahr des Kindes.

Dies wäre „ein wesentlicher Schritt, viele Alleinerziehende und ihre Kinder aus der Armut zu holen“, sagte Schauws. Für die Linksfraktion stieß Jörn Wunderlich in das gleiche Horn: Der Kinderzuschlag sei zu niedrig, die Koalition blende die Kinderarmut aus und Finanzminister



Familienministerin Schwesig (SPD) © picture-alliance/dpa

Schäuble verhindere die Reform des Unterhaltsvorschusses. „Wo in diesem Kabinett die schwarze Null sitzt, ist ganz offensichtlich“, schimpfte Wunderlich mit Blick auf die Regierungsbank.

Betreuungsgeld Den zweitgrößten Ausgabenposten im Familienetat bildet mit 610 Millionen Euro im kommenden Jahr das Betreuungsgeld. Ursprünglich hatte die Regierung dafür eine Milliarde Euro eingeplant. Doch das Bundesverfassungsgericht erklärte mit seinem Urteil vom 21. Juli dieses Jahres die Zahlung der Leistung durch den Bund für verfassungswidrig. Allerdings gilt für Familien, die das Betreuungsgeld bereits beziehen, ein Bestandsschutz. Trotz ihrer Freude über das Urteil bemängelten Linke und Grüne, dass die frei werdenden Mittel nicht im Familienetat verbleiben und vom Bund in den Ausbau der Kindertagesbetreuung investiert werden. Carola Reimann wies diese Kritik zurück. Die SPD habe das Betreuungsgeld stets abgelehnt und dafür gesorgt, dass die Mittel den Familien zugutekommen. Die Bundesregierung hatte sich mit den Bundesländern Anfang Oktober auf dem Flüchtlingsgipfel darauf geeinigt, dass die Mittel an die Länder für den Ausbau der Kinderbetreuung fließen. Alexander Weinlein

Anzeige

Schriften des Instituts für Arbeits- und Wirtschaftsrecht der Universität zu Köln

Der vertragsbeherrschende Dritte
Drittbeherrschte Schuldverhältnisse und Sonderverbindungen i.S.d. § 311 Abs. 3, 2 Nr. 3 BGB unter besonderer Berücksichtigung des Konzernhaftungsrechts
Von PD Dr. Felipe Temming, LL.M.
2015, 1.294 S., geb., 178,- €
ISBN 978-3-8487-1956-3
(Schriften des Instituts für Arbeits- und Wirtschaftsrecht der Universität zu Köln, Bd. 124)
www.nomos-shop.de/24052

Ausgehend von dem Umstand, dass Verträge drittbeherrscht sein können, entwickelt der Autor der Habilitation die Haftungsfigur der culpa in contrahendo adversus tertium. Sie ruht auf einem Schuldverhältnis gem. § 311 II Nr. 3 BGB. Ihr Geltungsgrund ist Macht. Die Figur schließt Lücken im Konzernhaftungsrecht.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**

Dem ländlichen Raum wird nicht genug Beachtung geschenkt. Das konstatierte Heidrun Bluhm (Linke) zumindest für die Opposition, als sie am Donnerstag Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) in der Beratung über den Haushalt 2016 die Leviten lesen wollte. Immerhin 90 Prozent der Fläche in der Bundesrepublik würden vom ländlichen Raum geprägt und jeder zweite Bürger lebe auf dem Land. „Doch der Landwirtschaftsetat von knapp 5,6 Milliarden Euro reicht dafür nicht aus“, stellte Bluhm bei Eröffnung der Debatte über den Einzelplan 10 (18/5500, 18/5502, 18/6110, 18/6124, 18/6125, 18/6126) fest. Ein Vorwurf, den die Koalition so nicht stehen lassen wollte. Immerhin verzeichne das Budget im Vergleich zu diesem Jahr einen Zuwachs von 350 Millionen Euro. „Und das bei einem Gesamthaushalt mit keiner Neuverschuldung“, unterstrich Cajus Caesar (CDU). Aber Bluhm bohrte weiter, denn es seien die CSU und die SPD gewesen, die am Anfang der Wahlperiode eine Aufstockung der Mittel für die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) gefordert hätten. Aus 200 Millionen Euro seien jedoch ganze 30 Millionen geworden. „Übrig geblieben ist nur ein Reformchen“, sagte Bluhm. Für die Zukunft brauche es eine Gemeinschaftsaufgabe für die Entwicklung der ländlichen Räume, die den Breitbandausbau fördere und das Leben auf dem Land attraktiv mache. „Sonst ziehen die Menschen in die Ballungsräume.“

Billigprodukte Kirsten Tackmann (Linke) pflichtete bei, dass sich darüber hinaus auch das Wirtschaftskonzept der Regierung ändern müsse: „Weg vom Mantra möglichst viel und möglichst billig zu produzieren.“ Nur die Handelskonzerne, Schlachthöfe und Molkereien würden sich auf Kosten der Erzeuger bereichern. Dass die „Exportfixierung in die Sackgasse geführt hat“ und die Landwirte nun um ihre Existenz bangen müssten, sei Schuld des Ministers, meinte auch Harald Ebner (Grüne). Die von der Regierung eingeräumten Liquiditätshilfen würden nicht einmal die Probleme kaschieren. „Dabei steigt der Absatz von Ökolebensmitteln, nur die Produktion nicht“, warf Ebner einer Politik vor, die falsche Priorität setze. Cajus Caesar hielt der Oppositionskritik entgegen, dass für den Bereich nachwachsende Rohstoffe 61 Millionen Euro veranschlagt seien, 50 Millionen Euro mehr für Forschung und Innovation ausgegeben würden und der



Jeder zweite Deutsche wohnt im ländlichen Raum, aber der technische Anschluss gelingt nicht überall. © picture-alliance/Arco Images GmbH

Waldklimafonds von 14 Millionen Euro auf über 17 Millionen Euro erhöht werde. Der Haushalt setze damit Akzente, um seiner Schlüsselrolle in der Gesellschaft gerecht zu werden. Der gescholtene Agrarminister Schmidt blieb im Hinblick auf die schlechte Preislage zuversichtlich, denn die „prognostizierte steigende Nachfrage lässt auf eine solide Zukunft blicken“. Schmidt räumte ein, dass derzeit die Erzeugerpreise schlecht seien, insbesondere für Schweinefleisch. „Aber im Milchbereich bessert sich der Markt“, sagte er. Bei weltweit steigenden Bevölkerungszahlen werde der Markt ausreichend groß sein. Der Forderung nach einem „Exportstopp“ erteilte der Minister eine Absage, denn dieses Mittel helfe nicht. Jene, die das fordern, blieben die Antwort schuldig, wie die Produkte abgesetzt werden sollen.

Schmidt hob die Erhöhung der Zuschüsse von 100 Millionen Euro auf 178 Millionen Euro zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung hervor, die den Betrieben Entlastung verschaffen soll. Darüber hinaus erinnerte Schmidt daran, dass rund 70 Millionen Euro an EU-Mitteln als Hilfen für die Landwirte zur Verfügung stehen. Weniger enthusiastisch, aber vom Gesamtergebnis überzeugt, zeigte sich Wilhelm Priesmeier (SPD). „Wir sind in der Agrarpolitik zukunftsfähig“, sagte er. Kleine und mittlere Unternehmen würden gefördert, und der Haushalt stelle sich der Aufgabe, die Grundversorgung im Dienstleistungssektor und die Daseinsvorsorge zu erhalten. Allerdings müsse grundsätzlich mit den Bundesländern über die derzeit gültigen Regeln zur Kofinanzierung geredet werden. „Denn die Länder haben Schwierigkeiten

auszuschöpfen, was an Fördermitteln zur Verfügung steht“, stellte der Sozialdemokrat mit Blick auf die angespannte Haushaltslage vieler Kommunen fest. Kritisch äußerte sich Priesmeier über die Erhöhung der Zuschüsse für die Unfallversicherung. „Die 78 Millionen Euro verpuffen“, sagte er in Richtung Union. Die Summe, die bei den Unternehmen zur Entlastung lande, sei zu gering. „Wirtschaftlich erfolgreiche Betriebe brauchen keine Subventionen.“ Gegen das Votum der Opposition nahm der Bundestag in zweiter Lesung den Einzelplan Landwirtschaft an. Keine Mehrheit fand bei Enthaltung der Grünen ein Änderungsantrag der Linken (18/6802), 1,8 Milliarden Euro für eine flächendeckende und beitragsfreie Verpflegung in Kindertageseinrichtungen und Schulen bereitzustellen. Jan Eisel

Sprudelnde Steuereinnahmen durch stabiles Wirtschaftswachstum

WIRTSCHAFT Minister Gabriel sieht keine Verteilungskämpfe wegen Flüchtlingen. Opposition kritisiert die zu geringen Investitionen des Staates

Zu wenig für die Sanierung maroder Brücken, zu viel für die weitere Braunkohle-Verstromung? Zu wenig Zuwachs bei den Löhnen, zu viel Reibach am Kapitalmarkt? Zu viel für Konzerne, zu wenig für den Mittelstand? Sie klangen in der Bundestagsdebatte durchaus an: die ganz normalen Themen eines ganz normalen Schlagabtauschs zwischen Koalition und Opposition, wenn es um den Etat 2016 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie geht. Doch vor allem wurden die Herausforderungen durch den Flüchtlings-Zustrom angesprochen

ausgespielt gegen die Armen, die da sind.“ Oder: Es gehe jetzt nicht um „Flüchtlingswohnungsbaue“, sondern um „Wohnungsbau für alle Menschen“ in den Ballungsgebieten.

Kontingentlösung Eher der Vizekanzler als der Wirtschaftsminister sprach, als Gabriel die Bewältigung der Flüchtlingsmigration als „ungeheure Aufgabe“ beschrieb, wobei „nicht die Zahl, sondern die Geschwindigkeit das Problem“ sei. Er setzte sich nachdrücklich für eine Kontingentlösung ein, damit Schutzsuchende „nicht im Chaos“ und „ohne Schlepper“ nach Deutschland kommen könnten – „Frauen und Kinder zuerst, Vorrang für Familien“.

Kontingente würden nur dann die Festlegung einer Obergrenze bedeuten, wenn das Asylrecht abgeschafft werde: „Das haben wir nicht vor.“ Die große Zahl der Flüchtlinge und neue Sicherheitsanforderungen: Gabriel hob hervor, dass der Bund dafür zehn Milliarden Euro in diesem und im nächsten Jahr zur Verfügung stellt – darunter die Hilfen für Kommunen und 3.000 neue Stellen bei der Bundespolizei. Dass dies „in so kurzer Zeit geht und nicht zu Verteilungskämpfen führt“, sei der „guten wirtschaftlichen Entwicklung“ zu verdanken. Er hielt der Opposition vor, die „Schwarze Null“ als nicht so wichtig angesehen zu haben: „Gott sei dank haben wir das nicht gemacht.“

Zum Auftakt der Debatte hatte Diether Dehm (Die Linke) auf Exportüberschüsse dank „deutscher Tüchtigkeit“ verwiesen. Doch nun gehe es darum, „mit den Gewerkschaften für höhere Löhne zu kämpfen“. Wenn bei der Kaufkraft nicht nachgezogen werde, drohe eine Rezession. Die Reallohne stagnierten, die „Profite der Großkapitalisten“ seien rasant angestiegen. Früher habe Gabriel Finanzhaie kritisiert, heute gebe es „eine ganze Finanzhaizucht“. Er ging mit den angepeilten Freihandelsabkommen CETA (mit Kanada) und TTIP (mit den USA) ins Gericht. 3,4 Millionen Unterstützer der Bewegung gegen die Abkommen gebe es: Das könnten doch nicht alle „Hysteriker“ sein. Dehm merkte an, dass die Förderung des Mittelstands weit geringer ausfalle als bei Konzernen der Luft- und Raumfahrt.

Soziale Wohltaten Andreas Mattfeldt hob auf „sprudelnde Steuereinnahmen“ ab. Sie ermöglichten nicht zuletzt „erhebliche Mehrausgaben bei sozialen Wohltaten“ – bei der Rente zum Beispiel. Auch die Mehrausgaben für den Berliner Flughafen BER könnten verkraftet werden. Er machte klar, dass „die Flüchtlingsbewegung auch ein großes Wirtschaftsthema“ sei. Deutschland dürfe „nicht überfordert werden“. Im öffentlichen Dienst komme es jetzt mit Blick auf den Flüchtlingsstrom zu einem erheblichen Stellenaufwuchs. Es sei darauf zu achten, dass „nicht alle Dämme brechen“. Hubertus Heil strich heraus, dass das Wirtschaftswachstums in Deutschland nicht nur dem Export zu verdanken sei, sondern auch auf einer „stabilen und starken Kaufkraft“ beruhe. Seine Formel: „starke Auswärtsspiele und starke Heimspiele.“ Bei ihrer Energiepolitik gelte für die Koalition: „Wir setzen die Energiewende so um, dass



sie erfolgreich ist.“ Der Ökostrom müsse „bezahlbar“ bleiben. Anja Hajduk (Grüne) beklagte, Investitionen kämen im Haushalt zu kurz. Gabriel habe selbst bemängelt, seit zehn Jahren seien die Investitionen zu niedrig. Indes: „Sie kommen nicht zu Potte“, hielt sie dem Minister vor – mit besonderem Verweis auf die kommunale Infrastruktur. Es müsse gelten: „Sanierung und Erhalt vor Neubau“. Sie kritisierte die Energiepolitik des Ministers, mit der Deutschland die Klimaziele nicht erreiche. Überdies seien die Kunden die Leidtragenden: „Noch nie wurde so vielen Verbrauchern der Strom abgedreht wie 2015.“ Sie kritisierte, dass Braunkohle-Kraftwerke in Reserve gehalten würden: „Kohleverstromung ist altes Denken.“ Der Einzelplan des Wirtschaftsressorts wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD in der Fassung des Haushaltsausschusses angenommen. Der Bundestag lehnte zwei Änderungsanträge der Grünen (18/6800, 18/6801) und einen Entschließungsantrag der Linken (18/6771) ab. Franz Ludwig Averdunk



Die Wirtschaft in Deutschland läuft bald ohne Kohle.



KURZ NOTIERT

Ausgaben bei der Bundesschuld steigen leicht

Nach den parlamentarischen Beratungen betragen die Gesamtausgaben bei der Bundesschuld 2016 rund 25,23 Milliarden Euro. Damit steigen die Ausgaben gegenüber dem Regierungsentwurf um 265,76 Millionen Euro. In diesem Jahr betragen die Ausgaben 24,34 Milliarden Euro. Für den Schuldendienst sind 23,81 Milliarden Euro (23,15 Milliarden Euro), für Investitionen 1,12 Milliarden Euro (1,15 Milliarden Euro) vorgesehen. Die sächlichen Verwaltungsausgaben fallen um drei Millionen Euro auf 39 Millionen Euro. mik

Keine Änderungen im Etat des Bundesrates

Unverändert zum Regierungsentwurf ist bei den parlamentarischen Beratungen der Bundesratsetat geblieben. Damit steigen die Ausgaben von 23,81 Milliarden Euro in diesem Jahr auf 25 Milliarden Euro 2016. Die Personalausgaben steigen von 15,08 Milliarden auf 15,53 Milliarden Euro. Für sächliche Verwaltungsausgaben stehen 8,72 Milliarden Euro (2015: 8,15 Milliarden Euro) zur Verfügung. Für Investitionen sind nach 245.000 Euro im Haushaltsjahr 2015 im kommenden Jahr 440.000 Euro vorgesehen. Für Zuweisungen und Zuschüsse stehen 303.000 Euro (329.000 Euro) bereit. mik

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Auf dem Areal einer ehemaligen Kaserne im Nordosten Münchens entstehen knapp 1.600 Wohnungen, die Hälfte davon wird staatlich gefördert. Vergangene Woche beschloss der Bundestag, die Mittel für den Sozialen Wohnungsbau kräftig aufzustocken.

© picture-alliance/SZ Photo

Mehr Ausgaben für Personal

FINANZMINISTERIUM Das Bundesfinanzministerium kann im kommenden Jahr 5,89 Milliarden Euro ausgeben. Das sind 293,53 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr (2015: 5,59 Milliarden Euro). Bei den parlamentarischen Beratungen wurden dabei die Ausgaben gegenüber dem Regierungsentwurf um insgesamt 134,81 Millionen Euro erhöht. Mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben entfallen auf Personalausgaben, die im kommenden Jahr 3,27 Milliarden Euro betragen. Das sind fast 65 Millionen Euro mehr als 2015. Zweitgrößter Ausgabenblock sind die Zuweisungen und Zuschüsse mit 1,63 Milliarden Euro (plus 82,1 Millionen Euro), gefolgt von den Verwaltungsausgaben mit 780,72 Millionen Euro (plus 12 Millionen Euro) und den Ausgaben für Investitionen mit 221,29 Millionen Euro (plus 62 Millionen Euro). Die Einnahmen sollen sich im kommenden Jahr auf 334,55 Millionen Euro belaufen, das sind 10,04 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr. Das Bundeszentralamt für Steuern soll 2016 554,48 Millionen Euro ausgeben können (2015: 525,02 Millionen Euro), das sind zwei Millionen Euro weniger als im Regierungsentwurf vorgesehen. Gekürzt wurde bei den sonstigen Zuweisungen an die Länder. Dafür sollen der Ansatz für die Vereinheitlichung der Software im Besteuerungsverfahren Konsens/Elster um zwei Millionen Euro auf 12,71 Millionen Euro angehoben werden. Für die Bundeszollverwaltung sind 2,19 Milliarden Euro eingestellt im Vergleich zu 2,15 Milliarden Euro 2015. Etwa drei Viertel davon entfallen auf Personalkosten. **mk**

Der Wiedereinstieg

BAU- UND UMWELTETAT 500 Millionen Euro mehr für Sozialen Wohnungsbau als zuerst geplant

Der Bund wird den Bundesländern im kommenden Jahr deutlich mehr Geld für den Sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen. 1,018 Milliarden Euro beträgt der entsprechende Ansatz im Einzelplan 16 (18/5500, 18/6124, 18/6126) für das Bundesministerium für Umwelt, Bau, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den der Bundestag vergangene Woche mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD beschloss. Das sind 500 Millionen Euro mehr als im ursprünglichen Regierungsentwurf. Insgesamt kann das Ressort von Ministerin Barbara Hendricks (SPD) im kommenden Jahr rund 4,5 Milliarden Euro ausgeben. Das sind 679 Millionen Euro mehr als 2015. Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke stimmten gegen den Etatentwurf. Die größten Ausgaben fallen 2016 mit 2,8 Milliarden Euro im Bereich Wohnungswesen und Städtebau an. Neben den Mitteln für den Sozialen Wohnungsbau schlägt das Wohngeld mit 730 Millionen Euro zu Buche. Das sind 200 Millionen Euro mehr als 2015. Grund hierfür ist eine Änderung des Wohngeldgesetzes.

»Für den Sozialen Wohnungsbau wird jeder Euro gebraucht.«

Josef Rief (CDU)

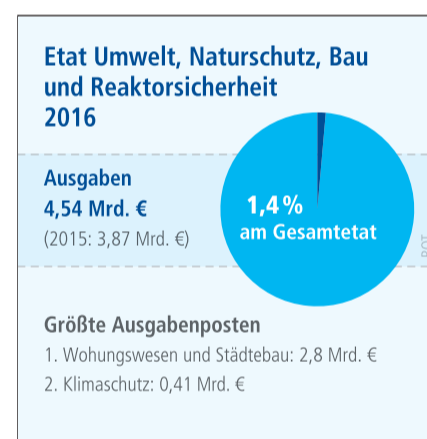
Ministerin Hendricks bezeichnete die Erhöhung bei den Mitteln für den Sozialen Wohnungsbau als einen „ersten großen Schritt hin zu einer Trendwende“. Bei der nun beschlossenen Erhöhung handle es sich um „den praktischen Wiedereinstieg des Bundes in den Sozialen Wohnungsbau“, sagte Hendricks. Denn eigentlich wollte der Bund als Ergebnis der Föderalismusreform von 2006 aus der Förderung aussteigen. Bis einschließlich 2019 sollten noch Kompensationszahlungen fließen. Der Wohnungsbau sei inzwischen aber wieder zu einem „zentralen gesellschaftspolitischen Thema“ geworden, sagte Hendricks. Es fehle bundesweit bezahlbarer Wohnraum und der Bedarf werde sich durch Geflüchtete und Asylsuchende noch erhöhen. „Der Bund muss nicht nur mehr tun, er will es auch“, betontete die Ministerin.

Josef Rief (CDU) nahm die Bundesländer in die Pflicht. „Für den Sozialen Wohnungsbau wird jeder Euro gebraucht“, sagte der Christdemokrat. Die Mittel des Bundes dürften also nicht in anderen Projekten oder in den allgemeinen Haushalten der Bundesländer landen. Rief verwies zudem darauf, dass der Bund auch im Bereich des

altersgerechten Umbaus von Wohnungen mehr investieren wolle. Der Haushalt sieht vor, dass bis 2019 bis zu 37,5 Millionen Euro als Zuschüsse für ein entsprechendes Programm der Kreditanstalt für Wiederaufbau fließen sollen. Kritik an den Haushaltsansätzen im Bereich Bau kam von Heidrun Bluhm (Die Linke). Eine „wohnungspolitische Offensive“ sei nicht zu erkennen. Die Probleme am Wohnungsmarkt seien „hausgemacht“ und hätten nichts mit Flüchtlingen und Zuwanderern zu tun. So seien inzwischen die meisten öffentlich geförderten Wohnung an der Sozialbindung rausgefallen. Zudem liege die Investitionsquote Deutschlands in diesem Bereich deutlich unter der von Nachbarländern wie Österreich und den Niederlanden.

UN-Klimakonferenz Auch Klima- und Umweltschutz waren Thema der Debatte. Hendricks betonte, dass es gut sei, dass die UN-Klimakonferenz in Paris trotz der Terror-Anschläge in der französischen Hauptstadt stattfände. Damit drücke die Staatengemeinschaft auch ihrer Solidarität aus. Die Konferenz werde zeigen, „dass die Welt entschlossen ist, den Klimawandel zu begrenzen“, sagte die Ministerin. Georg Nüßlein (CSU) betonte, dass aus Sicht seiner Fraktion der „internationale Klimaschutz entscheidend“ sei. Dort werde über Erfolg oder Misserfolg entschieden,

nicht auf nationaler Ebene. Es müssten Vereinbarungen getroffen werden, die für alle gültig seien. Bärbel Höhn (Bündnis 90/Die Grünen) forderte von der Bundesregierung klimapolitisch „mehr Mut, mehr Plan, mehr Herz“. 2015 sei ein verlorenes Jahr für den Klimaschutz in Deutschland gewesen. Höhn warf insbesondere den Christdemokraten vor, sich gegen eine Kohleabgabe gestemmt zu haben, obwohl die Energiewirtschaft CO₂ einsparen müsse. Nachholbedarf sah Höhn wie auch ihre Fraktionskollegin Steffi Lemke zudem beim Umweltschutz. Defizite gebe es zum Beispiel bei der Luft- und Wasserqualität und der Artenvielfalt. Dafür müsse die Landwirtschafts- und Verkehrspolitik geändert werden, sagte Höhn. Hubertus Zdebel (Die Linke) kritisierte die Atomüll-Endlagerungspolitik der Bundesregierung. Der Linken-Politiker forderte, sowohl den möglichen Endlagerstandort für hoch radioaktiven Abfall in Gorleben als auch das Endlager Konrad, in dem schwach und mittel radioaktive Abfälle eingelagert werden sollen, aufzugeben. Zudem müsse die Bundesregierung sicherstellen, dass sich die Energiekonzerne nicht aus der Finanzierung der Endlagerung verabschiedeten. Ein entsprechendes Haftungssicherungsgesetz müsse noch 2016 beschlossen werden. Zwei Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen scheiterten an den Gegenstimmen der Koalition. Die Fraktion Die



Linke stimmte jeweils mit den Grünen. Ein Antrag (18/6765) zielte darauf ab, die Regelung zum klimaneutralen Reisen der Bundesregierung auch auf die Mitglieder des Bundestages auszuweiten. Ein weiterer Antrag (18/6766) sah vor, die Mittel zur internationalen Klimafinanzierung um 500 Millionen Euro und die Mittel zum Schutz des Klimas und der Biodiversität im Ausland um 250 Millionen Euro zu erhöhen. Das selbe Schicksal ereilte zwei Entschließungsanträge der Linken zum Einzelplan 16, die am Freitag abgestimmt wurden. Sowohl ein Antrag zur Endlagerpolitik (18/6768) als auch ein Antrag (18/6769) mit Schwerpunkt Naturschutz scheiterten an der Koalitionsmehrheit. **Sören Christian Reimer**

Anzeige

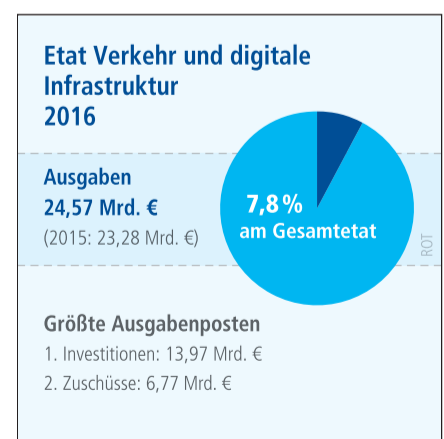
Investieren wie nie zuvor

VERKEHR UND DIGITALE INFRASTRUKTUR Mehr als 13 Milliarden Euro sind für Verbesserung der Infrastruktur eingeplant

Im kommenden Jahr kann so viel in der Verkehrsinfrastruktur investiert werden wie nie zuvor. Dies beschloss der Bundestag am vergangenen Freitag, in dem er dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Haushalt 2016 auf Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses in geänderter Fassung gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen Die Linke und Bündnis 90/

Die Grünen annahm (18/5500, 118/6112, 18/6124 – 18/6126). Für Investitionen sind darin bei Gesamtausgaben von 24,57 Milliarden Euro (2015: 23,28 Milliarden Euro) mehr als 13 Milliarden Euro (12,84 Milliarden Euro) reserviert. Auch der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Alexander Dobrindt (CSU), wies auf den Investitionshochlauf

hin, durch den in dieser Legislaturperiode die Investitionen in seinem Ministerium um 40 Prozent erhöht würden. Zudem habe er elf Projekte der Öffentlich-Privaten Partnerschaft angestoßen, die ein Volumen von 15 Milliarden Euro hätten. Norbert Brackmann (CDU) betonte, dass im kommenden Jahr mehr als 3,3 Milliarden Euro in den Erhalt der Straßen des Bundes investiert würden. Dieses Investitionsvolumen werde bis 2018 noch deutlich wachsen. Außerdem würden im kommenden Jahr 41 Millionen Euro in das Projekt „Automatisiertes Fahren“ investiert. Dies solle dafür sorgen, dass die Abstände zwischen den Fahrzeugen geringer werden könnten und es so weniger Staus gebe. Bettina Hagedorn (SPD) wies vor allem darauf hin, mit dem Verkehrsset werde auch die maritime Wirtschaft gestärkt. So gebe es unter anderem 21 Millionen Euro für ein Trockendock an der Schleuse des Nord-Ostsee-Kanals in Brunsbüttel. Insgesamt ständen für die Modernisierung des Kanals 821 Millionen Euro bereit, sagte die Abgeordnete Hagedorn. Kritisch bewertete die Opposition die Investitionen. „Hier wird viel Geld in schlechte Hände gegeben“, sagte Roland Claus (Die Linke). So klappe es nicht mit einem Breitbandausbau und die vom Mi-



nisterium angestoßenen ÖPP-Projekte seien eine Bankrotterklärung staatlicher Infrastrukturpolitik. Stephan Kühn (Grüne) kritisierte, dass die Förderung der E-Mobilität ein „Lippenbekenntnis“ sei. Außerdem warf er dem Verkehrsminister klimapolitisches Versagen vor. **Michael Klein**



Mehr Geld wird auch für Brückensanierungen bereitgestellt.

© picture-alliance/dpa

Entlastung empfohlen

HAUSHALT 2014 Der Bundesrechnungshof (BRH) hat keine für die Entlastung der Bundesregierung wesentlichen Abweichungen zwischen den in den Rechnungen und in den Büchern aufgeführten Beträgen im Haushaltsjahr 2014 festgestellt. Dies geht aus den Bemerkungen des Bundesrechnungshofes 2015 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes (einschließlich der Feststellungen zur Haushaltsrechnung 2013) hervor, die der BRH als Unterrichtung (18/6600) vorgelegt hat. Im Haushaltsvollzug hätten die Gesamtausgaben 2014 mit 295,5 Milliarden Euro um eine Milliarden Euro unter dem Soll gelegen. Die Einnahmen (ohne Nettokreditaufnahme und Münzeinnahmen) hätten um 5,4 Milliarden Euro höher gelegen als veranschlagt. Der Bundeshaushalt sei ohne Nettokreditaufnahme auskommen. Die seit 2011 geltende verfassungsrechtliche Schuldenregel sei eingehalten worden. Der Bestand an eingegangenen Verpflichtungen habe 2014 bei 129,5 Milliarden Euro gelegen. Ende des Jahres 2014 habe der Bund und seine Sondervermögen Gewährleistungen von 465 Milliarden Euro übernommen, schreibt der BRH. Das Vermögen des Bundes einschließlich seiner Sonder- und Treuhandvermögen habe 244 Milliarden Euro betragen. Die Schulden (einschließlich Versorgungs- und Beihilfeverpflichtungen) hätten bei 1.769 Milliarden Euro gelegen. In seinen Prüfbemerkungen listet der BRH auf 310 Seiten darüber hinaus Steuerverschwendungen des Bundes in Millionenhöhe auf. **mk**

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253



Nun also doch: Als Antwort auf die Anschläge von Paris will die Bundesregierung ihre Zurückhaltung aufgeben und sich an Militäreinsätzen gegen den „Islamischen Staat“ (IS) beteiligen. Damit würde Deutschland auch einer Bitte der französischen Regierung und einer in den EU-Verträgen festgelegten Verpflichtung nachkommen: Als erstes Land in der EU-Geschichte hatte Frankreich nach den Terrorakten von Paris bei seinen europäischen Partnern militärischen Beistand angefordert – und sich dabei auf Artikel 42 des EU-Vertrages berufen (siehe auch Seite 9). Die Bundeswehr soll sich mit Tornado-Aufklärungsflügen, Luftbetankung und der Entsendung einer Fregatte ins östliche Mittelmeer an Einsätzen einer internationalen Militäralianz gegen den IS beteiligen. Der Einsatz könnte im Januar beginnen – jedenfalls dann, wenn der Bundestag grünes Licht geben sollte. Die Opposition formulierte in der vergangene Woche allerdings erhebliche Bedenken: Abgeordnete der Grünen vermissten eine politische Gesamtstrategie für Syrien, Abgeordnete der Linken kritisierten, dass für einen solchen Einsatz jedwede völkerrechtliche Grundlage fehle.

Politischer Prozess Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) hielt sich zum Zeitpunkt der Haushaltsdebatte am vergangenen Mittwoch noch bedeckt, wie die Unterstützung Frankreichs konkret aussehen könnte. „Wir müssen nur geben, was wir können und verantworten können. Aber das bedeutet auch: Grundlos verweigern dürfen wir uns nicht.“ Neben Luftangriffen einer internationalen Allianz gelte es vor allem, jene Kräfte zu stärken, die den IS am Boden kämpfen. „Das haben wir früher gemacht als andere“, sagte Steinmeier mit Blick auf die deutsche Unterstützung der kurdischen Peschmerta im Nordirak. Steinmeier kündigte zudem eine Verstärkung des Mali-Einsatzes an, um Frankreich an diesem Brennpunkt zu entlasten (siehe Artikel rechts). In Syrien gehe es auch darum, „möglichst viele von den syrischen Kräften zusammenzubringen, die gegen den IS sind“. Falsch wäre es, sich nur auf das Militärische zu beschränken, naiv wäre es aber auch zu glauben, es ginge ganz ohne. „Wir werden beides brauchen, und ich werde dafür streiten, dass der politische Prozess im Vordergrund stehen wird“, sagte Steinmeier.

Sevim Dagdelen (Die Linke) warnte indes vor einem „neuen Krieg gegen den Terror“ unter „massiver deutscher Beteiligung“. Dieser Krieg habe nach dem 11. September 2001 aus einigen Hundert Terroristen hunderttausend Terroristen weltweit gemacht. Die Beispiele Libyen und Syrien würden zeigen, wie „die verheerende Saat dieser falschen Regime-Change-Politik“ aufgegangen sei. In Syrien agiere man mit Saudi-Arabien, Katar und der Türkei, „die den barbarischen ‚Islamischen Staat‘ und auch die Al-Nusra-Front, also einen Ableger von al-Qaida, unterstützen“. Libyen sei nach der westlichen Intervention ein Staat, „der völlig zerstört ist, völlig destabilisiert ist, und wo der IS

Turbulenzen um Tornados

AUSWÄRTIGES Das Amt hat den größten Etat in seiner Geschichte und will viel Geld in humanitäre Hilfen investieren. In den Vordergrund rückten vergangene Woche jedoch die Pläne für einen Militäreinsatz gegen den IS



Die Aufklärer-Version des „Tornado“ verschafft mit Kameras und Infrarotensendern Lagebilder.

© picture-alliance/dpa

Hunderte von Kilometern Mittelmeerküste kontrolliert.“ Das Völkerrecht müsse die Richtschnur sein für außenpolitisches Handeln. „Das heißt, weg von einer völkerrechtswidrigen Regime-Change-Politik“, sagte Dagdelen.

Verantwortung Omid Nouripour (Bündnis 90/Die Grünen) erinnerte an den Anspruch der Bundesregierung, außenpolitisch „mehr Verantwortung zu übernehmen“. Doch gerade das Beispiel Syrien zeige, dass die deutsche Außenpolitik „nicht frühzeitig, sondern reaktiv, nicht substanzvoll, sondern kurzfristig, nicht entschieden, sondern teilweise opportunistisch“ sei. Es sei zwar gut, wenn nun die Mittel für humanitäre Hilfe für Flüchtlinge – etwa zur Finanzierung des Welternährungsprogramms – erhöht würden. Trotzdem stelle sich die Frage: „Wo war eigentlich die deutsche Außenpolitik in den letzten fünf Jahren?“ Nouripour begrüßte, dass nun auch auf deutsche Initiative in Wien unter anderem mit dem Iran, Saudi-Arabien und Russland über eine politische Lösung des Syrien-Konfliktes gesprochen werde. Allerdings sitze dabei die moderate Opposition gegen das Assad-Regime nicht mit am Tisch. „Wir

müssen höflich aufpassen, ob wir uns die richtigen Partner wählen“, sagte Nouripour mit Blick auf Saudi-Arabien. Es gelte zum Beispiel laut die Stimme zu erheben, wenn der „strategische Partner“ in Riad „Jemen in die Steinzeit zurückbombt“. Vertreter der Koalitionsfraktionen lenkten den Blick auf die deutlichen Erhöhungen im Etat insbesondere für humanitäre Hilfen und Konfliktprävention um rund 400 Millionen Euro: Insgesamt kann sich das Auswärtige Amt im kommenden Jahr auf einen Zuwachs von 1,08 Milliarden Euro auf 4,81 Milliarden Euro einstellen. „Mit unserem Haushalt legen wir viel Geld auf den Tisch, um Flüchtlingen vor Ort nahe ihrer Heimat zu helfen“, sagte Doris Barnett (SPD). Dies betreffe auch die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik: Mit Einrichtungen wie dem Goethe-Institut, dem Akademischen Austauschdienst und etwa den deutschen Auslandsschulen „machen wir Bildung zu unserer Waffe und Gegenwehr“ gegen Extremismus und Terror: „Bildung ist Freiheit, Freiheit im Denken, Freiheit in der Entscheidung zu einem selbstbestimmten Leben“, sagte Barnett.

Alois Karl (CSU) erinnerte daran, dass das Auswärtige Amt die „höchste Steigerung aller Einzeljets“ und den größten Etat seiner Geschichte aufzuweisen hätte. Lange habe die Außenpolitik ein Nischendasein gefristet. „Das hat sich geändert.“ Wenn die Bundesregierung bei Konflikten wie in der Ukraine oder in Syrien oder beim Atom-Abkommen mit dem Iran gefragt sei, um nach Lösungen zu suchen, dann sei das „eine Auszeichnung für die deutsche Außenpolitik“.

Wertegemeinschaft Bei der Aufnahme von Flüchtlingen sei mehr Solidarität innerhalb der EU gefragt. „Viele Länder scheinen über den Schritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nicht hinausgekommen zu sein“, sagte Karl. Die EU sei heute aber eine Wertegemeinschaft und dies bedeute, „dass man in schwierigen Zeiten Lasten zu teilen hat“. Karl stellte jedoch auch klar, dass die Bekämpfung der Fluchtsachen Priorität haben müsse, insbesondere durch Hilfen in den Flüchtlingslagern rund um Syrien. „Wenn wir dieses viele Geld nicht zur Verfügung stellen, dann werden wir in Deutschland für dieselben Menschen viel mehr Geld ausgeben müssen.“ Alexander Heinrich (

Mehr Geld und neue Marschbefehle

VERTEIDIGUNG Wehretat steigt auf 34,29 Milliarden Euro

Über konkrete Zahlen wollte kaum einer mehr reden. Die Debatte über den Wehretat 2016 (18/5500, Einzelplan 14), den der Bundestag am vergangenen Mittwoch mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD gegen das Votum der Linksfraktion und Bündnis 90/Die Grünen in der durch den Haushaltsausschuss geänderten Fassung (18/6113, 18/6124) billigte, war überlagert von den Terroranschlägen in Paris. Und der Frage, ob und wie Deutschland sich auch militärisch am Kampf gegen die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) beteiligen soll. Dass die Bundesregierung einen Tag später beschließen sollte, sich mit Tornado-Aufklärungsflugzeugen an den Luftangriffen Frankreichs auf den IS in Syrien zu beteiligen, geisterte zu diesem Zeitpunkt aber noch als reine Spekulation durch den Plenarsaal.

Den Umstand, dass die Verteidigungsausgaben im kommenden Jahr um 1,31 Milliarden Euro auf 34,29 Milliarden Euro steigen, bewertete Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) kurz und bündig als „lang ersehnte Trendwende nach vielen Jahren der Schrumpfkur“. Dies werde auch von einer Mehrheit in der Bevölkerung so gesehen. Laut einer aktuellen Umfrage des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr seien 51 Prozent der Deutschen für höhere Verteidigungsausgaben, sagte sie. Die Bürger hätten erkannt, dass die Truppe Aufholbedarf bei der Ausrüstung hat.

Dominiert wurde die Debatte jedoch durch die zuvor geäußerte Bitte Frankreichs um Beistand bei der militärischen Bekämpfung des IS-Terrors. Und Ursula von der Leyen ließ keinen Zweifel daran, dass die Bundesregierung der Bündnisverpflichtung nach Artikel 42 Absatz 7 des EU-Vertrages Folge leisten wird.

Mali und Irak Konkret nannte die Ministerin die geplante Ausweitung der Bundeswehreinsätze im Nordirak und in Mali, die das Kabinett beschlossen hat. So sollen zukünftig bis zu 150 statt 100 Soldaten zur Ausbildung der kurdischen Peschmerga-Kämpfer in den Nordirak entsendet werden. Nach Mali will die Regierung bis zu 650 Soldaten zur Durchsetzung eines Friedensabkommens zwischen der malischen Regierung und den aufständischen Tuareg im Norden des Landes schicken. Bislang waren im Süden Malis bis zu 350 Soldaten mit der

»Wir wissen, dass Solidarität mehr als warme Worte ist.«

Rainer Arnold (SPD)

Ausbildung der malischen Armee betraut. Beide Einsätze müssen aber noch durch den Bundestag mandatiert werden. Eine deutliche Absage erteilte die Ministerin auch einem endgültigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Statt „ununterbrochen auf Rückzugspläne gepolt zu sein“, müsse das derzeitige „Resolute Support“-Mandat mit „Leben erfüllt“ werden. Die Präsenz in Afghanistan müsse auf Jahre hin ausgelegt werden, stellte von der Leyen unter dem Applaus der Koalitionsfraktionen klar. Bei der Linksfraktion stießen die Ankündigungen hingegen auf schwere Kritik. Terror lasse sich nicht mit Krieg bekämpfen, weder in Mali, noch in Afghanistan oder in Syrien, argumentierte Christine Buchholz.

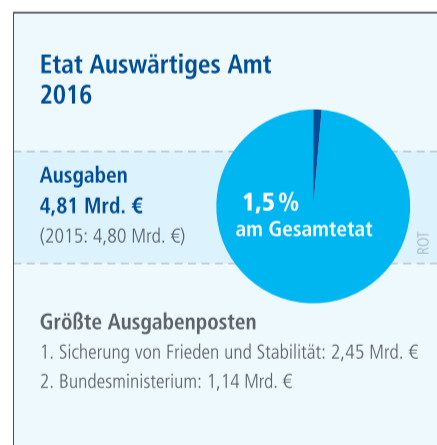
Personal und Ausrüstung Zustimmung für die Erhöhung der Verteidigungsausgaben kam aus den Reihen der Koalition. „Die Einsparwut bei der Bundeswehr hat das Militär an vielen Stellen an den Rand der Arbeitsfähigkeit geführt“, argumentierte die SPD-Haushaltspolitikerin Karin Evers-Meyer. Auch der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Henning Otte (CDU), begrüßte die Ausgabensteigerungen von vier Prozent beim Personal und neun Prozent bei der Ausrüstung als „gut investiertes Geld in die Sicherheit unseres Landes“.

Die Linksfraktion hingegen lehnte die Erhöhung des Wehretats kategorisch ab. Dies unterstreiche lediglich „die falsche Ausrichtung auf immer mehr Auslandseinsätze“, monierte deren verteidigungspolitische Sprecherin Christine Buchholz. Die Bundeswehr werde permanent aufgerüstet, bis 2019 sehe der Finanzplan des Bundes einen Anstieg der Verteidigungsausgaben auf 35 Milliarden Euro vor. Dieser Kurs müsse gestoppt werden, forderte Buchholz. Kritisch äußerten sich die Grünen. Der Haushaltsexperte Tobias Linder warf Ministerin von der Leyen vor, sie folge der „simplem Logik“: Viel hilft viel. In Wirklichkeit aber fordere die Koalition einfach immer mehr Geld und wisse gar nicht wofür. In der Haushaltsplanung herrsche eine „sonderbare Gleichzeitigkeit“ von Überfluss und Mangel. Während die Personalkosten stets zu niedrig angesetzt würden, werde bei der Beschaffung zu viel Geld eingeplant, das dann wegen der verspätet zu laufenden Ausrüstung nicht abfließe. Das habe nichts mit Klarheit und Wahrheit im Haushalt zu tun, monierte Lindner.



„Mehr Bomben sind genau das, was der IS will.“ Wer den IS erfolgreich bekämpfen wolle, müsse gegen die Ausgrenzung von Muslimen in Europa vorgehen, die Finanzströme der Terroristen austrocknen und die Waffenexporte beenden, forderte die Linken-Parlamentarierin.

Rainer Arnold, verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, hielt dagegen, dass die Solidarität mit Frankreich eben mehr als „warme Worte“ erfordere. Den Worten müssten auch Taten folgen. Und in Vorwegnahme der Entscheidung der Regierung über den Syrien-Einsatz fügte er hinzu: „Man kann aus der Luft Terroristen verjagen, und man konnte auch schon Regimes stürzen.“ Alexander Weinlein (

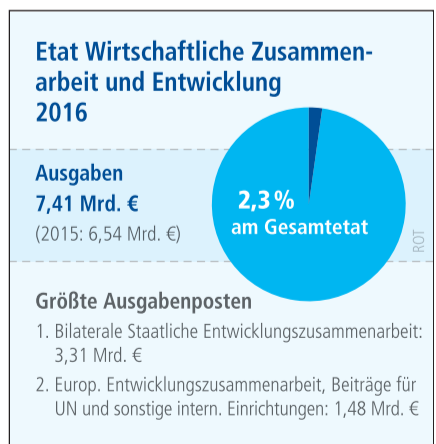


»Mit Verlaub, wir brauchen entsprechende Mittel«

ENTWICKLUNG Das Budget von Ressortchef Gerd Müller (CSU) steigt um 863 Millionen Euro und damit so stark wie nie zuvor. Dennoch sind fast alle Fraktionen enttäuscht

Ein „stark gewachsener großer Brocken“ sei der Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im kommenden Jahr. So freute sich Volkmar Klein (CDU) in der vergangenen Woche über den Etat von Ressortchef Gerd Müller (CSU), der mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, aber gegen das Votum der Opposition, den Bundestag passierte (18/5500, 18/6120). „Der Einzelplan 23 steigt um 863 Millionen Euro gegenüber dem Jahr 2015“, hob Klein hervor, und dies, „weil wir uns den Menschen, die in den Lagern im Libanon oder im Nordirak sind, zuwenden müssen“. Es sei Aufgabe des Auswärtigen Amtes, in den Flüchtlingslagern für ausreichende Lebensmittel zu sorgen, erklärte der CDU-Haushalter. Aber sobald die Menschen länger in den Lagern bleiben, gehe es auch um die Schaffung von Infrastruktur, etwa den Bau von Wasserleitungen und Bildungsangebote. „Und das ist Aufgabe des BMZ.“

Tatsächlich hat die Bundesregierung dem Ministerium einen satten Aufschlag von 13,2 Prozent gewährt – das größte Plus seit seiner Gründung im Jahr 1961. 7,41 Milliarden Euro kann Minister Müller 2016 ausgeben. Vor allem für Maßnahmen zur Krisenbewältigung und für die Bekämpfung von Fluchtsachen stellte die Koalition erheblich mehr Geld bereit. Im Zuge der Etatberatungen schichteten die Bundestags-Haushalter zudem noch einmal kräftig um: Hatte die Bundesregierung für den Titel „Krisenbewältigung und Wiederaufbau, Infrastruktur“ zunächst 220 Millionen eingeplant, stehen nun 400 Millionen Euro zur Verfügung (2015: 130 Millionen). Für die Sonderinitiative „Fluchtsachen bekämpfen“ sollte es ursprünglich 110 Millionen Euro geben, jetzt sind es 300 Millionen Euro – 230 Millionen Euro mehr als 2015. Im Gegenzug zu diesen Mehrausgaben in Höhe von 370 Millionen Euro wird jedoch an anderen Stellen gespart, insbesondere bei den Ausgaben für die bilaterale Technische und die bilaterale finanzielle Zusammenarbeit. Und am Ende der Etatberatungen steht sogar ein Minus von 16,97 Millionen Euro im Vergleich zum Regierungsentwurf. „Was ist da in den Haushaltsberatungen schief gelaufen?“, fragte Michael Leutert



empört (Die Linke) und Anja Hajduk (Bündnis 90/Die Grünen) konstatierte: „Die Beratungen haben den Etat des Entwicklungsministeriums erheblich geschwächt.“ In der Folge lehnten beide Oppositionsfraktionen den Haushalt ab. Sie nahmen nicht nur Anstoß an den fehlenden 17 Millionen Euro, sondern machten auch klar, dass sie den starken Aufwuchs im BMZ-Budget bei weitem noch nicht für ausreichend halten. „Wir alle wissen: Wir brauchen mehr Geld“, betonte Leutert. Die Situation in vielen Regionen der Welt sei dramatisch,

den Organisationen der Vereinten Nationen fehlten Milliarden, um die vielen Flüchtlinge zu versorgen, und der Winter stehe vor der Tür. „Wann, wenn nicht jetzt, wäre der Zeitpunkt, endlich unser internationales Versprechen einzulösen, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungszusammenarbeit auszugeben?“, fragte der Linken-Abgeordnete. Um diese sogenannte ODA-Quote zu erfüllen, müsse der Etat um acht Milliarden Euro anwachsen, rechnete Leutert vor. Dies klinge erst mal „dramatisch viel“. Aber: „Ein Euro, eingesetzt in den Ländern, in denen sich die Flüchtlinge derzeit aufhalten, ist so viel wert, wie 30 Euro, die wir hier einsetzen beziehungsweise im Notfall einsetzen müssen.“ Hajduk verwies noch auf einen weiteren Punkt: Der Haushaltsausschuss habe in seiner Bereinigungssitzung beschlossen, die Verpflichtungsermächtigungen im Bundeshaushalt – also nicht die Barmittel für 2016, sondern die Gelder, die der Bund laut Finanzplan bis 2019 ausgeben darf – um sieben Prozent zu kürzen. „Nur bezogen auf das BMZ bedeutet das eine Mittelkürzung um 500 Millionen Euro in der Finanzplanperiode“, betonte die Grünen-Abgeordnete und sprach von einem „Nullsummenspiel“. An Volkmar Klein gewandt

stelle sie klar: „Herr Klein, es tut mir leid. Nach dieser Analyse können wir dem Etat nicht zustimmen.“ Doch nicht nur die Opposition zeigte sich unzufrieden mit dem Ergebnis der Haushaltsberatungen. Auch die Redner der SPD ließen keinen Zweifel daran aufkommen, dass sie den Regierungsentwurf gerne weiter aufgestockt hätten. „Ich bin ebenfalls enttäuscht“, gab Bärbel Kofler zu. Die Fachpolitiker der Koalitionsfraktionen hätten gemeinsam einen höheren Aufwuchs beantragt und diese Forderung gut begründet. Schließlich bedürfe es, um den Staatenverfall in vielen Regionen der Welt zu bekämpfen und in den Partnerländern Institutionen, etwa auf den Gebieten Gesundheit, Steuern und Menschenrechte, aufzubauen, „mit Verlaub auch entsprechender Mittel“, sagte Kofler. Dies könne auch nicht dadurch kompensiert werden, dass man über die ODA-Anrechnungsfähigkeit der Mittel, die hier im Inland für die Versorgung der Flüchtlinge ausgeben würden, diskutiere, stellte sie klar. Kofler bezog sich damit auf eine Aussage von Volkmar Klein, der betont hatte: „Wir geben auch für Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, sehr viel Geld aus.“ Diese Beträge seien „zu einem ganz großen Teil“ ODA-Mittel.

Koflers Fraktionskollege Sascha Raabe warnte davor, „so etwas überhaupt in Betracht zu ziehen“ und die ODA-Quote dadurch aufzublahen „wie einen bunten Luftballon“. Mit einer ODA-Quote, „die nur auf dem Papier schön aussieht“, mache man niemanden satt und bringe man kein Kind mehr in die Schule. „So beseitigt man keine Fluchtsachen. Wir brauchen echtes Geld“, forderte Raabe. Mehr Geld – das hält auch Bundesminister Gerd Müller für notwendig, wie er in der Debatte deutlich machte. Zwar freute er sich über das große Plus in seinem Budget. Doch müssten alle in der deutschen Politik verstehen, dass Deutschland in den Krisenländern mehr tun müsse. „Wir müssen Zukunfts- und Bleibeperspektiven für die Menschen schaffen, durch Schulen für Kinder, Ausbildung für Jugendliche und Arbeit für Erwachsene“, sagte Müller und warnte ebenfalls davor, am falschen Ende zu sparen. Wenn die Menschen sich auf den Weg nach Europa machten, „kostet uns das ein Vielfaches von dem, was uns eine Verstärkung der Hilfe vor Ort kosten würde“. Zugleich forderte Müller andere Staaten, etwa die USA und die Golfstaaten, auf, sich gemäß ihrer Größe und wirtschaftlichen Stärke an der Aufnahme von Flüchtlingen zu beteiligen. Johanna Metz (

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sicherte dem französischen Staatspräsidenten François Hollande vergangene Woche bei einem Treffen in Paris Deutschlands Beistand zu.

© picture-alliance/abaca

Im Ausnahmezustand

FRANKREICH Das Land ringt um eine Antwort auf den Terror, doch die viel beschworene nationale Einheit ist brüchig

Même pas peur – nicht mal Angst – steht schwarz auf weiß auf einem Transparent am Fuß der Marianne am Place de la République. Das fast zehn Meter hohe französische Nationalsymbol empfängt auch zwei Wochen nach den Anschlägen noch täglich Hunderte Trauernde, die mit Kerzen oder Blumen der 130 Toten gedenken. Wie nach den Attentaten im Januar ist die Bronzestatue zum Zufluchtsort all derer geworden, die an die Werte der Republik glauben. Symbole sind wichtig in diesen Tagen in Paris, das von Terroristen des „Islamischen Staats“ (IS) direkt ins Herz getroffen wurde. An den Absperrgittern vor den Anschlagorten klemmen nicht nur Trauerbriefe, sondern auch die französische Flagge. Blau-weiß-rot ist die Stadt seit dem 13. November und in den Farben der Trikolore leuchteten mehrere Abende lang Eiffelturm und Nationalversammlung.

Kongress Das Abgeordnetenhaus sollte ein Zeichen der nationalen Einheit setzen, als es am 16. November gemeinsam mit dem Senat im Schloss von Versailles zusammenkam. So hatte Präsident François Hollande die erste Einberufung des Kongresses seit 2009 begründet. Es war auch seine einzige Möglichkeit, vor den Abgeordneten zu sprechen, da ihm die Gewaltenteilung das sonst verbietet. In seiner gut halbstündigen Rede ging es ihm vor allem darum, den Franzosen Sicherheit zu vermitteln. „Die französische Republik hat schon andere Prüfungen bestanden. Sie ist immer noch da und sehr lebendig“, sagte der Sozialist. Zum Schutz seiner Landsleute kündigte Hollande 8.500 zusätzliche Stellen in Polizei, Justiz und Zoll an. Außerdem soll die Armee zumindest bis 2019 nicht wie vorgesehen verkleinert werden. Um das zu finanzieren, würden die Sparziele zunächst hinten angestellt. „Der Sicherheitspakt geht über den Stabilitätspakt.“ Hollande nutzte die Gelegenheit auch, um eine Verfassungsänderung anzustoßen: „Ich denke, wir müssen unsere Verfassung weiterentwickeln, um der Staatsmacht im Rahmen des Rechtsstaats zu erlauben, gegen den kriegerischen Terrorismus zu handeln.“ Frankreich sehe sich einem „neuen Feind“ gegenüber und brauche deshalb auch eine Verfassung, die auf diese Art von Krise reagieren könne. Regierungschef Manuel Valls soll nun so schnell wie möglich die Änderungen vorbereiten, für die Hollande allerdings eine Drei-Fünftel-Mehrheit in beiden Parlamentskammern braucht. Die dürfte schwer zu bekommen sein, da auch Teile der Opposition zustimmen müssten. Der Fraktionschef der konservativen Republikaner von Ex-Präsident Nicolas Sarkozy, Christian Jacob, machte aber schon deutlich, dass er zwar neue Maßnahmen befürworte, dafür aber keine Verfassungsänderung unterstütze. „Unsere Verfassung gibt uns schon alle Werkzeuge in die Hand“, sagte Jacob. Auch Juristen wie der frühere

Justizminister Robert Badinter sehen das Projekt skeptisch: „Der Kampf gegen den Terrorismus ist ein kategorischer Imperativ. Aber man darf dabei nicht seine Seele und seine Werte zurücklassen“, forderte er im Fernsehen. Hollande will künftig die Aberkennung der Staatsbürgerschaft für alle Franzosen mit doppelter Nationalität festschreiben, die wegen eines Terrorakts oder eines Angriffs auf die Interessen der Nation verurteilt wurden. Ausländer, die eine besondere Bedrohung bedeuten, sollen ausgewiesen werden können. Auch die Möglichkeiten, den Ausnahmezustand zu verhängen, will der Präsident ausweiten. Der „état d'urgence“ solle künftig in Artikel 36 der Verfassung aufgenommen werden, schlug Hollande vor. Schon am Tag nach den Anschlägen hatte er per Dekret den Ausnahmezustand erklärt, der Hausarrest für Verdächtige, ein Versammlungsverbot und Durchsuchungen auch ohne Richterschluss vorsieht. Eine solche Durchsuchung führte am 18. November auch dazu, in einer Wohnung im Pariser Vorort Saint-Denis den mutmaßlichen Drahtzieher der Attentäter aufzuspüren: Abdelhamid Abaoud starb mit zwei Komplizen bei dem siebenstündigen Polizeieinsatz. Der Ausnahmezustand galt zunächst für

zwölf Tage. Für eine Verlängerung um drei Monate mussten Nationalversammlung und Senat einem entsprechenden Gesetzentwurf zustimmen. Die Abgeordneten verschärften den Text sogar noch und ergänzten ihn um eine elektronische Fußfessel für Verdächtige im Hausarrest – allerdings nicht gegen deren Willen. Bedenken kamen lediglich von einigen Abgeordneten der Grünen, die mit den weitreichenden Befugnissen gerade bei Hausdurchsuchungen die Freiheitsrechte in Gefahr sehen. „Wir balancieren auf einem schmalen Grad“, warnte die Grünen-Politikerin Cécile Duflot, die am Ende aber doch zustimmte. Mit 551 Ja- und nur sechs Nein-Stimmen fiel das Ergebnis in der Nationalversammlung so eindeutig aus wie selten. Die Abgeordneten gaben sich bei dem Votum Mühe, ihre erste Sitzung nach den Anschlägen vergessen zu machen, in der Buhrufe die für Verdächtige, ein Versammlungsverbot und Durchsuchungen auch ohne Richterschluss vorsieht. Eine solche Durchsuchung führte am 18. November auch dazu, in einer Wohnung im Pariser Vorort Saint-Denis den mutmaßlichen Drahtzieher der Attentäter aufzuspüren: Abdelhamid Abaoud starb mit zwei Komplizen bei dem siebenstündigen Polizeieinsatz. Der Ausnahmezustand galt zunächst für

Anders als nach den Attentaten im Januar wurde sofort Kritik am Kurs der Regierung laut.

Debatte übertönt hatten. Nach der feierlichen Sitzung des Kongresses war die Nationalversammlung einen Tag später zum Tagesgeschäft übergegangen. Aber die dienstags üblichen „Fragen an die Regierung“ gerieten zu einer Abrechnung mit Premierminister Manuel Valls und seinem Kabinett, dem die Opposition Versagen in Sicherheitsfragen vorwarf. Schon der erste Satz des Regierungschefs ging in Schmähkommentaren

unter. „Verhalten wir uns würdig, seien wir Patrioten“, appellierte der sozialistische Premierminister an die Zwischenrufer. Vergessen war jener 13. Januar, als Valls nach den islamistischen Anschlägen auf „Charlie Hebdo“ und den jüdischen Supermarkt stehenden Applaus von praktisch allen Abgeordneten bekam. „Tag der nationalen Trauer“ und dennoch in der Nationalversammlung Beschimpfungen, Provokationen und Pfiffe. Von beiden Seiten. Wirklich eine traurige Woche“, twitterte der konservative Abgeordnete Edouard Philippe. Die nationale Einheit, die Hollande noch am Abend der Anschläge beschworen hatte, kam diesmal nicht zustande. Anders als nach den Attentaten im Januar wurde sofort Kritik am Kurs der Regierung laut. „Drastische Änderungen“ in der Sicherheitspolitik forderte Oppositionschef Nicolas Sarkozy. Im Blick hatte er dabei auch die Regionalwahlen am 6. und 13. Dezember, bei denen der rechtspopulistische Front National (FN) mindestens zwei der 13 Regionen gewinnen könnte. Landesweit sieht das Meinungsforschungsinstitut TNS-Sofres den FN in der ersten Runde mit 29 Prozent vor den Republikanern mit 27 und den Sozialisten mit 22 Prozent. FN-Chefin Marine Le Pen nutzte die Attentate, um ihre Forderung nach einer Abschaffung der offenen Grenzen des Schengen-Raums und einem Einwanderungsstopp zu erneuern. „Die nationale Einheit, das andere Opfer der Anschläge“, schrieb das Magazin „Express“.

Russland Doch nicht nur innenpolitisch wirft die Opposition der Regierung Versagen vor, auch außenpolitisch sieht sie Fehler. „Wenn man Krieg führt, schafft man sich nicht noch mehr Feinde und missachtet seine möglichen Verbündeten nicht“, kritisierte der frühere Regierungschef François Fillon die Haltung gegenüber Russland. Hollande hatte lange gegenüber, im russischen Präsidenten Wladimir Putin einen Alliierten im Kampf gegen den Islamischen Staat zu sehen. Zu offensichtlich war dessen Bestreben, mit den Luftangriffen auf die syrische Opposition vor allem seinen Verbündeten, Machthaber Baschar al-Assad, zu stützen. Überraschend sprach sich Hollande vor dem Kongress aber für eine „große und einzige Koalition“ gegen die Islamisten aus. Eine Formulierung, die auch Russland mit einschließt. „Für Russland hat der 13. November die Gesamtlage geändert“, interpretierte Valls in der Nationalversammlung die Kehrtwende des Präsidenten. „Eine Antwort auf den Angriff, den wir erleiden mussten, wurde zwangsläufig.“ Am vergangenen Donnerstag vereinbarte Hollande mit Wladimir Putin in Moskau koordinierte Einsätze gegen den IS. Der konservativen Opposition ist der Moskau-Besuch aber noch nicht genug: Sie fordert nun auch eine Aufhebung der im Zuge der Ukraine-Krise gegen Russland verhängten Sanktionen. „Kann man an der Seite Russlands kämpfen und ihm gleichzeitig Sanktionen auferlegen? Die Antwort ist Nein“, sagte Fillon bei der Debatte über eine Verlängerung der Luftangriffe in Syrien. Frankreich hatte Ende September begonnen,

Stellungen des IS zu bombardieren und seine Angriffe nach den Anschlägen drastisch verstärkt. Rund 300 solcher Einsätze zählte Premier Valls im Irak und in Syrien. Dort können die französischen Kampfflugzeuge weiter angreifen: Die Nationalversammlung stimmte am vergangenen Mittwoch mit nur vier Gegenstimmen für eine Verlängerung. Geschlossenheit zeigten die Parteien in der Trauer: Am Freitag gedachte Frankreich mit einer Zeremonie der 130 Toten der Anschläge. Opfer, Angehörige, Vertreter der

Parteien und Institutionen waren in den Ehrenhof des Invalidendoms geladen. Wegen des Versammlungsverbots konnten die Pariser die Feier nicht draußen auf Bildschirmen verfolgen. Doch Hollande hatte ihnen gesagt, wie sie ihre Solidarität mit den Opfern zeigen können: mit einer Flagge, die sie aus dem Fenster hängen. Blau-weiß-rot als Zeichen des gemeinsamen Gedenkens.

Christine Longin

Die Autorin ist freie Korrespondentin in Paris.

STICHWORT

Islamisten in Frankreich

> Vermerk 5 Laut Frankreichs Innenminister Bernhard Cazeneuve (siehe Foto) tragen derzeit 10.500 Islamisten in einer von den französischen Geheimdiensten geführten Datenbank für radikalisierte Personen den Vermerk 5 („Gefahr für die Sicherheit des Staates“). Auch mindestens zwei der Attentäter vom 13. November hatten einen 5-Vermerk, ebenso wie Mehdi Nemmouche, der im Mai 2014 im jüdischen Museum von Brüssel vier Menschen tötete.



© picture-alliance/ZUMA/PRESS.com

> Akute Gefährder 1.850 Islamisten gelten in Frankreich als besonders gefährlich. Mindestens 500 Franzosen sollen außerdem für den IS in Syrien kämpfen.

Gesetze gegen den Terror

GEHEIMDIENSTE Mehr Befugnisse werden eingeräumt

Zwei Anti-Terror-Gesetze und ein Geheimdienstgesetz fallen bislang in die gut dreijährige Amtszeit von Frankreichs Präsident François Hollande. Das erste Gesetz „erbt“ der Sozialist noch von seinem Vorgänger Nicolas Sarkozy, in dessen Präsidentschaft die jüngste islamistische Terrorserie begann, die am 13. November ihren grausamen Höhepunkt erreichte. Im März 2012 tötete Mohammed Merah in Toulouse sieben Menschen, darunter drei jüdische Kinder. Neun Monate später trat ein Gesetz in Kraft, das die strafrechtliche Verfolgung von Franzosen erlaubt, die sich in einem Terrorcamp im Ausland ausbilden lassen, wie Merah das im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet getan hatte. Zudem können französische Attentäter nun auch im Ausland verfolgt werden. Im November 2014 folgte das zweite Anti-Terror-Gesetz. Es verbietet Dschihadisten, die in Kriegsgebiete wie Syrien reisen wollen, die Ausreise. Webseiten, die den Terrorismus verherrlichen, können gesperrt werden. Schon damals war klar, dass auch ein neues Geheimdienstgesetz folgen muss, da der alte Text noch aus einer Zeit stammte, als es kein Internet gab. Dass dieses Gesetz dann im Sommer 2015 den Geheimdiensten weitreichende Befugnisse einräumte, war eine Reaktion auf die Anschläge im Januar: Bei Angriffen auf die Satirezeitung „Charlie Hebdo“ und einen jüdischen Supermarkt starben insgesamt

17 Menschen. Die Brüder Kouachi, die in der Redaktion von „Charlie Hebdo“ zwölf Menschen mit Kalschnikows erschossen, hatten Telefonkontakt mit dem dritten Attentäter Amedy Coulibaly, ohne dass dies den Geheimdiensten aufgefallen wäre. Das neue Gesetz ermöglicht es den Diensten nun, mit Hilfe „schwarzer Boxen“ bei Internetanbietern im großen Rahmen den Zugriff bestimmter Webseiten zu erfassen. Telefon- und Internetverbindungen von Verdächtigen können ohne richterlichen Beschluss überwacht werden. Das letzte Wort über die Spionageaktivitäten hat der Regierungschef; eine neue Kommission, die sich aus Parlamentariern, Staatsanwälten und einem technischen Experten zusammensetzt, steht dem Premierminister beratend zur Seite, hat aber keine Entscheidungsbefugnis. Obwohl die Datenschutzbehörde CNIL kritisierte, dass durch die neuen Regeln „auf undifferenzierte Art und Weise“ große Mengen an Daten gesammelt werden können, wurde das Gesetz mit großer Mehrheit in beiden Parlamentskammern verabschiedet.

lon



Gedenken an die Opfer an der Marianne auf dem Place de la République in Paris © picture-alliance/dfa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Der europäische Betrieb in Brüssel lief vergangene Woche weitgehend normal ab – trotz höchster Terrorwarnstufe in der belgischen Hauptstadt. Treffen von Ministern sowie der EU-Sondergipfel mit der Türkei fanden wie geplant statt. Zugleich suchten die EU-Institutionen nach den Terroranschlägen von Paris eine wirkungsvolle Antwort auf die Gewalt. Mit deutlicher Mehrheit verabschiedeten die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) in Straßburg eine Resolution, die konkrete Maßnahmen im Kampf gegen den Terror und die Radikalisierung von Unionsbürgern vorschlägt. Im Kern geht es darum, das Handeln von Mitgliedstaaten und Europäischer Union in Zukunft besser zu koordinieren.

Das Papier, das von der früheren französischen Justizministerin Rachida Dati vorbereitet wurde, ist zwar lediglich ein politisches Signal, es zwingt die Mitgliedstaaten nicht zum Handeln. Dati sah das klare Votum für die Resolution jedoch als Beleg „für die Einmütigkeit in unserem Kampf gegen Barbarentum in unserer Region“.

Doch was ist gut und richtig im Kampf gegen den Terror? In dieser Frage gehen die Meinungen der Fraktionen auseinander. Während die christdemokratische EVP das Augenmerk verstärkt auf Sicherheit legt, betonen Sozialdemokraten und Linke besonders die Freiheit als Wert. „Europa darf nicht hinnehmen, dass es durch den Terror verändert wird“, sagte der Vorsitzende der Sozialdemokraten, der Italiener Gianni Pittella. Und in Anspielung auf die Reaktion der USA nach den Attentaten im Jahr 2001 warnte er: „Das darf nicht Europas 11. September werden.“ Die linke Abgeordnete Gabriele Zimmer riet ebenfalls davon ab, das Vorgehen der Amerikaner zu kopieren. „Wir dürfen die Fehler von 9/11 nicht wiederholen: Terror gegen Terror hat die Wurzeln des Terrorismus nicht ausgetrocknet.“

Viele Vorschläge in der Resolution deuten auf ein grundsätzliches Problem in der EU hin: Die Terrorbekämpfung hat bisher zu einem großen Teil unter nationaler Regie stattgefunden, auch wenn die europäische Ebene schrittweise an Bedeutung gewonnen hat. 2001 hat die EU erstmals einen eigenen Aktionsplan vorgelegt, damals als Reaktion auf den 11. September. Nach dem Anschlag in Madrid 2004 berief sie erstmals einen Anti-Terror-Koordinator ein. Nach den Attentaten von London 2005 beschloss sie eine Anti-Terror-Strategie. Und nach dem tödlichen Angriff auf die Redaktion von „Charlie Hebdo“ im Januar dieses Jahres wurde die europäische Anti-Terror-Politik weiter gestärkt. Dennoch kam eine Studie des Europäischen Parlaments im vergangenen Sommer zu dem Schluss, dass Europa „ein Gesamtgerüst fehlt“, um den Terror zu bekämpfen. Ein Problem liegt darin, dass die Mitgliedstaaten bisher höchst unterschiedlich agieren.

An diesen Defiziten setzen nun die Europaabgeordneten an. Sie fordern etwa, dass in Europa einheitliche Listen mit Dschihadisten und Terrorverdächtigen geführt werden. Außerdem betonen sie die Notwendigkeit einer gemeinsamen Definition des Begriffs „ausländische Kämpfer“, um eine Strafverfolgung zu ermöglichen, wenn diese in die EU zurückkehren. Vor allem aber drängen die Parlamentarier darauf, dass die Zusammenarbeit nationaler Justizbehörden mit der EU-Kriminalbehörde Europol



Vor dem Europäischen Parlament in Straßburg wehen die Flaggen der EU und Frankreichs auf Halbmast. Als Reaktion auf die Anschläge von Paris verabschiedete es eine Resolution mit Anti-Terror-Maßnahmen. © Europäische Union

Hand in Hand

EU Abgeordnete fordern koordiniertes Vorgehen gegen Terror

verstärkt wird. „Die laufenden Ermittlungen zeigen, dass sich Terrorismus nicht auf ein Land begrenzen lässt“, sagte der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Herbert Reul (CDU). „Daher muss Schluss sein damit, dass sich die nationalen Geheimdienste und Ermittlungsbehörden nicht ausreichend austauschen.“ Der Vorsitzende der Liberalen, der Belgier Guy Verhofstadt betonte: „Terroristen kennen keine Grenzen, unsere Geheimdienste aber schon.“ Verhofstadt hatte unmittelbar nach den Pariser Anschlägen einen europäischen Geheimdienst gefordert. Die Idee ist nicht neu, in der Vergangenheit hatte sie unter anderem Österreich ins Spiel gebracht. Die EU-Kommission hat sie jedoch schnell zurückgewiesen, weil es dafür unter den EU-Mitgliedstaaten nicht ausreichend Unterstützung geben würde.

In ihrer Resolution nehmen sich die Europaabgeordneten noch ein weiteres, ziemlich heißes Eisen vor: Bis zum Jahresende wollen sie auf eine Einigung beim schwer umstrittenen Thema Fluggastdaten-Speicherung hinarbeiten. Die Justiz- und Innenminister hatten in der Vorwoche bereits darauf gedrungen. Bisher gab es im Europäischen Parlament keine Mehrheit für eine großangelegte Sammlung dieser Daten. Vor

allem Liberale und Grüne bezweifeln, dass deren großflächige Sammlung die Sicherheit stärken kann.

Jan Philipp Albrecht, justizpolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion, hält die anlasslose Datensammlung für „keine geeignete Maßnahme, um Terroristen effektiv zu bekämpfen“. Er weist darauf, dass Frankreich bereits Fluggastdaten speichere, die Attentate aber trotzdem nicht verhindert werden konnten.

Die EU-Kommission hat in der Vergangenheit selbst eingeräumt, dass ihr keine „detaillierten Statistiken vorliegen, inwieweit solche Daten dazu beitragen, schwere Kriminalität oder Terrorismus zu verhüten, aufzudecken, aufzuklären oder strafrechtlich zu verfolgen“. Dennoch sieht Monika Hohlmeier, innenpolitische Sprecherin der EVP-Fraktion, die Sammlung von Fluggastdaten als unerlässlich an: „Eine schnellere und koordinierte Analyse von Flügen nach und innerhalb Europas ist ein wichtiger Schritt, um die Bewegungen verdächtiger Personen aufzudecken und nachzuvollziehen. Datenschutz ist eine wichtige Priorität, aber der Schutz des Lebens unschuldiger Menschen in Europa hat Vorrang.“ Die Mitgliedstaaten können die Sammlung von Fluggastdaten allerdings auch ohne Zustimmung des EP beschließen. Einige

praktizieren sie bereits, jedoch nach unterschiedlichen Regeln.

In der Resolution lenken die Parlamentarier den Blick auch auf Europas Außengrenzen. Diese müssten systematisch kontrolliert werden, fordern sie. Diesen Punkt hatten zuvor schon die Justiz- und Innenminister der EU herausgestellt. Sie hatten zudem vereinbart, dass bis März 2016 das Grenzkontrollsystem der Schengen-Länder verbessert werden soll, so dass an allen Außengrenzen eine elektronische Verbindung zu den Datenbanken von Interpol besteht.

Marine Le Pen, Ko-Vorsitzende der rechten Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“, machte die von Europa auferlegte Sparpolitik in Frankreich verantwortlich für Kürzungen bei Polizei und Militär. Jedoch sind sich die meisten Europaabgeordneten einig darüber, dass eine bessere Terrorbekämpfung nicht primär von mehr Mitteln abhängt. Der EVP-Fraktionsvorsitzende Abgeordnete Manfred Weber warnte zudem davor, das Thema Terror mit der Flüchtlingsdebatte zu vermischen: „Flüchtlinge, die nach Europa kommen, sind keine Täter, sondern Opfer.“ *Silke Wetzach* ||

Die Autorin ist Korrespondentin der Wirtschaftswoche in Brüssel.

Nährboden für Terroristen

BELGIEN Ein Blick in Brüssels Problembezirk Molenbeek

In Brüssel gilt nicht mehr die höchste Terrorwarnstufe. Das Risiko von Anschlägen erscheint nicht mehr „unmittelbar“, sondern „ernst und wahrscheinlich“. Tagelang wirkte die belgische Hauptstadt wie gelähmt. Schulen, Museen und Läden blieben geschlossen, U-Bahnen verkehrten nicht. Folgen waren verängstigte Bewohner und schwer zu beziffernde ökonomische Schäden. Die Ereignisse im Problemviertel Molenbeek-Saint-Jean, in das viele Spuren des radikalen Islamismus führen, haben auch Fragen nach der Verfassung des belgischen Staats aufgeworfen.

Bietet Belgien einen günstigen Nährboden für Terroristen? Der in Brüssel erscheinende Informationsdienst „Politico“ bilanzierte: „Das Brüsseler Nest der Radikalisierung ist nur eines der Versäumnisse in einem gemeint, dysfunktionalen Land.“ Premierminister Charles Michel hat den Vorwurf, Belgien sei ein „gescheiterter Staat“, scharf zurückgewiesen. Im Parlament sagte er: „Vielleicht haben wir die Sicherheitsdienste in den vergangenen Jahren unzureichend finanziert. Die Architektur und Strukturen stimmen jedoch.“

Nicht zu leugnen ist, dass in Terroranschläge verwickelte, oft marokkanischstämmige Männer in Molenbeek gewohnt haben. So auch Abdelhamid Abaaoud, der als Drahtzieher der Pariser Anschläge gilt und kurz danach bei einer Polizeiaktion erschossen wurde. Salah Abdeslam hat ebenfalls dort seinen offiziellen Wohnsitz. Er hatte zwei bei den Anschlägen verwendete Fahrzeuge angemietet und war später nach Brüssel zurückgekehrt, wo sich seine Spur verloren hat. Molenbeek ist ein sozialer Brennpunkt

mit überdurchschnittlichem Ausländeranteil und einer Jugendarbeitslosigkeitquote von 40 Prozent. Gerade Zuwanderer der zweiten Generation, die weder in der Heimat ihrer Eltern noch in Belgien verwurzelt sind, gelten als anfällig für Parolen von Extremisten. Viele Ordnungshüter trauen sich offenbar aus Angst nicht in manche Stadtviertel. Dabei mangelt es in Molenbeek nicht an Einrichtungen wie „Le Foyer“, die sich um soziale Randgruppen bemühen. All dies geht unter in einer oft von der Frage beherrschten Debatte, ob die Einteilung von Brüssel in sechs Polizeibezirke für die Missstände verantwortlich sei. Vor wenigen Jahren waren es noch 19.

Hohe Freiheitsstrafen Belgien ist im Kampf gegen radikale Islamisten nicht erfolglos. Im Januar wurden im Osten des Landes zwei mutmaßliche Terroristen erschossen und – so die behördliche Darstellung – ein Anschlag vermieden. Politiker brüsten sich damit, dass kein anderes Land so konsequent mit hohen Freiheitsstrafen gegen Dschihadisten vorgehe. Offenbar ist es gelungen, die Zahl der nach Syrien ziehenden jungen Leute – bisher rund 500 – auf monatlich fünf zu verringern. Dennoch steht besonders Molenbeek für Versäumnisse im Kampf gegen die Radikalisierung. Belgien wäre nicht Belgien, wenn die Missstände in Brüssel nicht auch Gegenstand erbitterter Auseinandersetzungen zwischen niederländisch- und französischsprachigen Politikern wären. *Michael Stabenow* ||

Der Autor ist Korrespondent der FAZ in Brüssel.

Verschärfte Politik

SKANDINAVIEN Kurswechsel in der Flüchtlingspolitik

Schweden galt bisher neben Deutschland als Vorzeigeland, weil es besonders viele Flüchtlinge aufnahm. Doch damit soll nun Schluss sein: In der vergangenen Woche beschloss die rot-grüne Regierung unter Führung des Sozialdemokraten Stefan Löfven, die Bedingungen für nach Schweden kommende Flüchtlinge zu verschärfen.

Unter anderem sollen in Zukunft auch unbegleitete Flüchtlingskinder, deren Alter vorher getestet werden soll, nur befristete Aufenthaltsgenehmigungen erhalten. Außerdem soll der Familiennachzug erschwert werden.

Allein in den vergangenen zwei Monaten haben 80.000 Menschen in Schweden Asyl beantragt. „Darunter waren so viele Kinder, dass es jede Woche mehr als hundert neuen Schulklassen entspricht“, heißt es seitens der Regierung. Die Kommunen seien nicht mehr in der Lage, die Flüchtlinge angemessen zu betreuen.

Die Bereitschaft, Flüchtlingen zu helfen, sei innerhalb der EU sehr unterschiedlich, kritisierte Regierungschef Löfven. Der schwedische Jurist Ignacio Vita befürchtet aber, dass der Kurswechsel in der Flüchtlingspolitik kaum dazu beitragen dürfte, dass andere Länder nun mehr Verantwortung übernehmen. Stattdessen werde er womöglich zu einem Abwärts-Wettlauf („race to the bottom“) führen.

Da knapp zehn Millionen Einwohner zählende Schweden nimmt bisher bezogen auf die Bevölkerungsgröße mehr Flüchtlinge auf als jedes andere EU-Mitglied. „Ich glaube, die meisten merken, dass wir ein System, bei dem vielleicht 190.000 Menschen

im Jahr kommen, nicht beibehalten können“, hatte Außenministerin Margot Wallström bereits Ende Oktober gesagt.

Schon einen Tag vor den Attentaten von Paris hatte Schweden Grenzkontrollen eingeführt, die jetzt vorerst bis zum 11. Dezember verlängert wurden.

Dichte Grenzen Die dänische Regierung geht noch einen Schritt weiter. Sie hatte die Grenzen schon Monate zuvor zwischenzeitlich dicht gemacht. In Zukunft soll die Polizei die Grenzen de facto jederzeit schließen können. Abgelehnte Asylbewerber müssen, während sie auf ihre Abschiebung warten, mit Inhaftierung rechnen.

„Wir werden nicht so viele Flüchtlinge aufnehmen, dass es den Zusammenhalt in unserem Land gefährdet“, heißt es zur Begründung eines 34-Punkte-Plans, den die Regierung am 13. November, nur Stunden vor den Pariser Anschlägen vorstellte. Der Plan soll nach und nach bis Ende des Jahres verabschiedet werden soll. Die ersten elf Punkte hat die liberale Minderheitsregierung bereits zusammen mit den Rechtspopulisten und Sozialdemokraten beschlossen. Sie gingen im Eilverfahren ohne Anhörung durch das dänische Parlament. Lediglich die linken Parteien und die Sozialliberalen stimmten dagegen. Gleichzeitig hat Dänemark die Prognose für Asylbewerber für das kommende Jahr deutlich auf 25.000 angehoben. *Clemens Bomsdorf* ||

Der Autor ist freier Nordeuropa-Korrespondent.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Anzeige

Das Web-Adressbuch für Deutschland 2016

Die 5.000 besten Web-Seiten aus dem Internet!

„Das bessere Google.“
AUGSBURGER ALLGEMEINE

„Eine Alternative für alle, die von Google-Suchergebnissen frustriert sind.“
COMPUTER BILD

„Alle Seiten sind gut sortiert und qualitativ geprüft. Das kann die Suchmaschine so nicht bieten.“
FRANKFURTER NEUE PRESSE

„Das besondere an den Web-Adressen ist, dass es oft solche sind, die man bei Google nicht ganz oben auf der ersten Seite der Suchergebnisse findet.“
BILD.de

„Unverzichtbares Standardwerk.“
MÜNCHNER MERKUR

„Jeder findet darin garantiert Websites, die er noch nicht kannte.“
STUTTGARTER ZEITUNG

„Das Web-Adressbuch ist inzwischen zum Standardwerk geworden und sollte seinen Platz neben dem Duden und dem Lexikon finden.“
BERLINER MORGENPOST

„Wer sich durch die Themengebiete treiben lässt, der findet immer neue gute gemachte Web-Seiten, die Google & Co. nicht als Treffer anzeigen.“
BAYERN 3

„Die Alternative zu Google & Co.“
HAMBURGER ABENDBLATT

„An die Vorauswahl der Redaktion kommen die Algorithmen von Google & Co. nicht ran.“
PC MAGAZIN

„Für viele dürfte das Buch für eine überraschende Erkenntnis sorgen: Google ist nicht allwissend!“
OFFENBURGER TAGEBLATT

„Bewiesen wird erneut, dass Google nicht alles kennt und dass die gezielte Suche auf bedrucktem Papier schneller zum Ergebnis führen kann, als das Durchprobieren im Treffer-Wust von Suchmaschinen.“
THÜRINGISCHE LANDESZEITUNG

Für nur 9,95 € auch als innovatives E-Book erhältlich: www.web-adressbuch.de/ebook

672 Seiten • Viele farbige Abbildungen • Überall im Buchhandel erhältlich • 19. Auflage • ISBN 978-3-934517-48-6 • € 19,95 **m.w. VERLAG**



Nicht für jeden zugänglich: die Abhörstation des Bundesnachrichtendienstes im bayerischen Bad Aibling

© picture-alliance/dpa / Matthias Balk

»Kern des Skandals«

NSA Die BND-Selektorenliste bleibt im Untersuchungsausschuss umstritten

Hochnotpeinlich“ findet der Grüne Hans-Christian Ströbele die Haltung der Bundesregierung. Die Linke Martina Renner vermutet Vertuschungsabsichten. Der 1. Untersuchungsausschuss („NSA“) hat seit voriger Woche ein neues Aufregerthema. Streitgegenstand ist die Selektorenliste des Bundesnachrichtendienstes (BND). Was Selektoren sind, zählte bis vor wenigen Monaten noch zum Exklusivwissen engster Geheimdienstzirkel. Nicht einmal die BND-Aufseher im Kanzleramt waren, wie etliche von ihnen vor dem Ausschuss bezeugten, vor März dieses Jahres mit dem Begriff vertraut. Mittlerweile hat er sich bundesweit herumgesprochen. Selektoren sind Telekommunikationsmerkmale, Mobilfunknummern, E-Mail- oder IP-Adressen, die in Programmen zur automatischen Überwachung des Datenverkehrs dazu dienen, die interessanten Zielpersonen zu ermitteln. Den nachrichtendienstlichen Weizen von der Spreu zu „selektieren“ mit anderen Worten. Den Bundestag hat das Thema in zwei Wellen ereilt. Im April wurde bekannt,

Die Opposition will notfalls einen neuen Ausschuss erzwingen.

das die US-amerikanische National Security Agency (NSA) in der gemeinsam mit dem BND betriebenen Abhöranlage in Bad Aibling Selektoren eingesetzt hat, die zur Ausspähung europäischer Regierungsstellen und Firmen geeignet waren. Ein halbes Jahr später räumte der BND ein, auch selbst Selektoren entwickelt und benutzt zu haben, die sich gegen europäische Partner richteten. Angeblich sogar gegen den französischen Außenminister und einen deutschen EU-Diplomaten. Der Ausschuss hat es jetzt also mit zwei Listen zu tun, die ihn nach Ansicht der Bundesregierung beide nichts angehen. Die Liste der NSA-Selektoren nicht, weil Geheimdienstinteressen eines befreundeten Dienstes berührt seien. Als „unabhängige Vertrauensperson“ durfte der frühere Bundesverwaltungsrichter Kurt Graulich diese Liste mittlerweile in Augenschein nehmen und darüber berichten. Die BND-Liste wiederum, argumentiert die Bundesregierung, sei deshalb kein Thema für den Ausschuss, weil sie nicht seinem Untersuchungsauftrag unterliege. Dieser bezieht sich auf die Zusammenarbeit des BND insbesondere mit der NSA. Selektoren,

die der BND in eigener Verantwortung entwickelt und steuert, hätten damit nichts zu tun. Damit sie sich davon überzeugen konnten, lud die Regierung die Obleute der Fraktionen ein, am Montag voriger Woche die BND-Liste im Kanzleramt zu studieren. Erwartungsgemäß kehrten sie mit unterschiedlichen Eindrücken zurück. Für die Opposition steht fest, auf einen ureigenen Untersuchungsgegenstand des Ausschusses gestossen zu sein. „Wer sich dem verschließt, will, dass wir nicht an den Kern des Skandals kommen“, sagte Linken-Obfrau Renner. Die Opposition sieht zwischen beiden Listen einen untrennbaren Zusammenhang. Beide seien aus demselben Anlass, mit Beteiligung derselben Personen und zum selben Zeitpunkt im Herbst 2013 entstanden. Unter dem Eindruck der Enthüllungen des früheren NSA-Mitarbeiters Edward Snowden entschloss sich damals der BND, die in Bad Aibling genutzten Selektoren zu durchforsten und stieß auf zehntausende politisch bedenkliche Suchmerkmale. „Es ist hochnotpeinlich, zu behaupten, das habe nichts mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun“, befand auch Ströbele über die BND-Liste. Die Opposition will notfalls den Untersuchungsauftrag entsprechend erweitern oder, wenn sie damit kein Gehör findet, einen neuen Ausschuss zum Thema BND-Selektoren erzwingen. Die Koalitionäre halten von beidem wenig.

Der Ausschussvorsitzende Patrick Sensburg (CDU) teilt die Einschätzung der Bundesregierung. Die Liste umfasse keine Selektoren, „die von Partnerdiensten oder gemeinsam entwickelt wurden, sondern eigene Arbeiten des BND“. Zuständig sei daher das Parlamentarische Kontrollgremium (PKGr), das für Mitte Dezember einen Bericht zum Thema angekündigt hat. Der Ausschuss müsse auch darauf achten, den „Arbeitsaufwand“ in Grenzen zu halten, statt „immer mehr Dinge mit zu beugen“. Für SPD-Obmann Christian Flisek wäre der Untersuchungsauftrag berührt, wenn sich auf der BND-Liste Selektoren fänden, die von der NSA stammen. Dies sei in dem

„Wust“, den er gesehen habe, aber nicht zu erkennen: „Die Bundesregierung muss nachliefern.“ Ein erweiterter Auftrag wäre als „ultima ratio“ denkbar, einer neuer Ausschuss aber „absoluter Quatsch.“ Am Mittwoch und Donnerstag vergangener Woche absolvierte der Ausschuss einen nur begrenzt ertragreichen Vernehmungs-marathon. Über die Weiterleitung von Metadaten an die NSA gab es nicht viel Neues, weil der dazu geladene frühere BND-Referatsleiter J.S. entgegen den Erwartungen dafür nicht zuständig war. Der Chef der BND-Außenstelle Gablingen, A.N., hüllte sich vor der Öffentlichkeit in Schweigen. *Winfried Dolderer*

STICHWORT

Der NSA-Untersuchungsausschuss

- Einsetzung** Der Bundestag hat den Untersuchungsausschuss zur NSA-Affäre am 20. März 2014 eingesetzt. Das Parlament folgte damit einem Antrag aller Fraktionen.
- Auftrag** Das Gremium soll Ausmaß und Hintergründe der Ausspähungen durch ausländische Geheimdienste in Deutschland aufklären.
- Mitglieder** Dem Ausschuss unter Vorsitz des CDU-Parlamentarier Patrick Sensburg (rechts) gehören acht Abgeordnete des Bundestages an.



© picture-alliance/dpa

Getrennte Voten vorgelegt

EDATHY-AFFÄRE Ohne gemeinsame Bewertung hat der 2. Untersuchungsausschuss seine Arbeit zum „Fall Edathy“ beendet. Dem Abschlussbericht, den die Ausschussvorsitzende Eva Högl (SPD) vergangenen Donnerstag Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) übergeben hat, ist daher ein Sondervotum der Opposition beigefügt. Während der Ausschuss mehrheitlich feststellt, dass in entscheidenden Fragen Aussage gegen Aussage stand und keine Klärung möglich war, hebt das Sondervotum hervor, dass sich deutliche Hinweise auf Fehlverhalten einzelner Stellen und Personen ergeben hätten. Unterschiede gibt es auch in der Bewertung des Gesamtverfahrens im Bereich der Kinderpornografie, in dessen Verlauf der Verdacht gegen Edathy, aber auch gegen einen leitenden Beamten des Bundeskriminalamts (BKA) zutage getreten war. Der Bundestag will in dieser Woche darüber debattieren. Dem Abschlussbericht zufolge steht „zweifelsfrei fest, dass Herr Edathy bereits vor den Durchsuchungen am 10. Februar 2014 wusste oder zumindest sicher vermutete“, dass „Maßnahmen gegen ihn drohten“. Vieles spreche dafür, dass er einen Informanten hatte. Die Vermutung, dass dies sein damaliger SPD-Fraktionskollege Michael Hartmann war, „wurde durch die Beweisaufnahme des Ausschusses an vielen Stellen genährt, ohne dass jedoch hierfür ein zureichender Beleg vorliegt“. Laut Sondervotum gibt es „keinen plausiblen Zweifel an der Informierung des Abgeordneten Edathy durch den Abgeordneten Hartmann.“ Aufgrund mehrerer Zeugnisaussagen sei klar, dass er ihm am 15. November 2013 Informationen gegeben habe, die „aus keiner allgemein zugänglichen Quelle recherchierbar oder erschließbar waren“. Für die Folgezeit spreche viel für einen weiteren „Informationsfluss zwischen den Abgeordneten Hartmann und Edathy und für eine Quelle Hartmanns im BKA.“ *Peter Stützel*

NSU-Ausschuss konstituiert

RECHTSTERRORISMUS Der 3. Untersuchungsausschuss der laufenden Legislaturperiode mit dem Namen „Terrogruppe NSU II“ hat sich vergangene Woche zu seiner konstituierenden Sitzung getroffen. Zum Vorsitzenden wurde auf Vorschlag der Unions-Fraktion Clemens Binnering (CDU) bestimmt. Seine Stellvertreterin ist die SPD-Abgeordnete Susann Rührich. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) begrüßte, dass der Ausschuss zur weiteren Aufklärung der NSU-Verbrechen und ihres Umfeldes auf Initiative aller Fraktionen einberufen wurde. Eindringlich appellierte er an die Abgeordneten, „die selbst gesetzten Regeln zur Geheimhaltung und Vertraulichkeit“ einzuhalten, und zitierte in diesem Zusammenhang das Strafgesetzbuch. Binnering stellte im Anschluss die Obleute der Fraktionen vor. Für die Unions-Fraktion übernimmt Armin Schuster (CDU) diese Funktion, für die SPD Uli Grösch, für Die Linke Petra Pau und für die Grünen Irene Mihalic. Die nächste Sitzung wurde für den 17. Dezember terminiert. Geplant ist die Anhörung von Experten zum Thema Rechtsradikalismus. Geladen werden sollen unter anderem die Ombudsfrau für die Angehörigen der NSU-Opfer, Barbara John, und der Sachbuchautor Dirk Laabs. *Joachim Riecker*

Anzeige

In der Summe eine Erfolgsgeschichte

FÖDERALISMUS Mit Joachim Gauck sprach erstmals ein Bundespräsident vor dem Plenum des Bundesrats

Als die frei gewählte Volkskammer der DDR am 22. Juli 1990 das Länder-einführungsgesetz verabschiedete, mit dessen Inkrafttreten am 3. Oktober 1990 die fünf neuen Länder in Ostdeutschland entstanden, waren sowohl Joachim Gauck als auch Stanislaw Tillich als Abgeordnete mit dabei. Am vergangenen Freitag begrüßte der eine, Tillich – mittlerweile sächsischer Regierungschef und Präsident des Bundesrates, den anderen zu einem als historisch angekündigten Besuch in der Länderkammer: Zum ersten Mal in der Geschichte des Bundesrats sprach mit Gauck ein Bundespräsident im Plenum.

despräsident: „Die Solidarität – Solidarität zwischen Ost und West, zwischen alten und neuen Ländern, zwischen denen, die bereits mit Freiheit und Demokratie groß geworden waren, und denen, die nach beidem strebten“. Dem Bundesrat als „Gemeinschaft der 16“ bescheinigte er, seit 1990 „enormes geleistet“ zu haben – „für die neuen Länder und mit ihnen“.

Lernfähigkeit gefordert Das Staatsoberhaupt verwies zugleich darauf, dass der Föderalismus, „also die auf gemeinsames Handeln ausgerichtete Balance zwischen den verschiedenen Ländern und der Zentralgewalt“, ein festes Element der deutschen Verfassungsgeschichte sei. Nur zwei politische Systeme hätten sich in der jüngeren Vergangenheit über dieses Erbe hinweggesetzt, nämlich der NS-Staat und die DDR. In beiden Diktaturen hätten die Machthaber gewusst, dass der Föderalismus auch „für Gewaltenteilung, für wechselseitige Kontrolle, für Ausgleich und den friedlichen Wettbewerb um die beste Idee“ stehe – was sich mit einem totalitären Machtanspruch nicht vereinbaren lasse. Deshalb sei es sowohl im nationalsozialistischen Deutschland als auch in der DDR zur frühen Ausschaltung der Länder gekommen.

Dabei stehe der Föderalismus in Deutschland für eine politische Kultur, die „auf Abwägung, Kompromissfindung und Ausgleich“ ziele, betonte der Bundespräsident. Das mache Entscheidungen manchmal mühsamer und dämpfe „die Ausschläge des politischen Pendels“, konstatierte Gauck und fügte hinzu: „Manche nennen das Schwerfälligkeit. Man kann aber auch

„Maß und Mitte“ dazu sagen.“ Das seien Werte, „die unserem Land gut tun – gerade auch in bewegten Zeiten, wie wir sie heute erleben“. Trotz „mancher Kritikwürdigkeit in Einzelfragen“ wertete der Bundespräsident den deutschen Föderalismus „in der Summe“ als Erfolgsgeschichte, vor allem, weil er sich „stets als lern- und reformfähig“ erwiesen

habe. Fähigkeiten, auf die es in den Augen des Staatsoberhaupts auch in der Zukunft ankommt. Gauck nannte in diesem Zusammenhang die Bereiche Schule und Bildung, die Wissenschaft und schließlich die aktuellen Herausforderungen durch den Flüchtlingszufluss. So habe er es „nicht fassen“ können, welche Schwierigkeiten zwischen den Verwaltungen von Bund, Ländern und Gemeinden etwa beim Datenaustausch über Flüchtlinge bestehen, berichtete er. Bei der Bewältigung der Zuzugsprobleme von Flüchtlingen werde besonders deutlich, „wie zwingend wir auf eine gute, effiziente und solidarische Zusammenarbeit aller Ebenen angewiesen sind“. Manchmal sei „auch in einer föderalen Ordnung die Sehnsucht nach der bequemen Reise im Geleitzug größer als die Bereitschaft zum Ringen um die beste, um eine neue Lösung“ fügte der Bundespräsident in der Länderkammer hinzu und mahnte: „Dieser Versuchung sollten Sie widerstehen.“ *Helmut Stoltenberg*



Bundespräsident Joachim Gauck am vergangenen Freitag am Rednerpult im Plenarsaal des Bundesrats

© picture-alliance/dpa / Kay Nietfeld

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



AUFGEKEHRT

Die neue Sternenkunde

Die Kunde von den Sternen ist eine der ältesten Wissenschaften der Menschheit. Schon die alten Griechen machten die Nächte durch, um sich am Sternzelt zu ergötzen. Dem Blick in die Tiefen des Alls haftete stets etwas Existenzialistisches an. Wie klein und unbedeutend erscheinen plötzlich irdische Sorgen, wenn mensch sich vergewärtigt, wie klein und unbedeutend die Erde ist? Doch auch das revolutionäre Potenzial der Sternenkunde ist nicht zu unterschätzen. Glaube Sie nicht? Na dann fragen Sie mal Galileo Galilei. Der kann Ihnen ein Lied davon singen („Ein Stern, um den sich die Erde dreht“, Inquisition Records, 1633).

Auch die Grünen schicken sich an, mit ihrem Beschluss vom jüngsten Parteitag die Astronomie zu revolutionieren. Wo bisher Teleskope bemüht werden mussten, reicht nun ein neugieriger Blick am Körper herab: Was habe ich da? Was will ich damit? Wie fühle ich mich überhaupt? Wer will oder muss ich also sein? So lauten die erkenntnisleitenden Fragen der Gender*-Kunde der Grünen-Partei. Mit dem Sternchen wollen die Grünen markieren, dass es mehr (soziale) Geschlechteridentitäten gibt als das quasi schon spießige Mann- und Frau-Sein. Wie einst bei Galileo ruft das für sich gesehen harmlose * natürlich die Inquisition auf den Plan. Schon als die „taz“ einst mit dem Binnen-I die vielfach bewiesene Existenz von Frauen sprachlich darstellen wollte, sorgten sich meist männliche KulturkritikerInnen um die Verschandelung des Schriftbilds der Sprache von Goethe und Schiller. Einsicht braucht Zeit. Auch die Katholische Kirche rehabilitierte Galileo schließlich: 350 Jahre nach seinem Tod, im Jahr 1992.

Sören Christian Reimer

VOR 20 JAHREN...

Mit Waffen nach Bosnien

6.12.1995: Bundeswehr soll Frieden sichern „Es ist eine Entscheidung, die einen Einschnitt im Leben unseres Volkes bedeutet.“ So machte Kanzler Helmut Kohl (CDU) am 6. Dezember 1995 die Tragweite des Einsatzes klar. Das Parlament beschloss an diesem Tag die Entsendung von 4.000 Bundeswehrsoldaten als Teil der 60.000 Mann starken IFOR-Friedenstruppe „zur Absicherung des



Helmut Kohl 1994

Friedensvertrages für Bosnien-Herzegowina.“

Das Dayton-Abkommen, das den Bürgerkrieg in Jugoslawien beendete, war erst zwei Wochen zuvor paraphiert worden. Zwar hatte der Bundestag bereits im Juni für einen Bundeswehreininsatz auf dem Balkan im Rahmen der UNPROFOR-Friedensmission gestimmt. Doch während es damals noch keinen Kampfauftrag gab, sollte die IFOR-Mission die Vereinbarungen von Dayton zur Not auch mit Waffengewalt durchsetzen.

Erst 1994 hatte das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass solche Auslandseinsätze der Bundeswehr „zur Wahrung des Friedens“ unter bestimmten Voraussetzungen verfassungskonform seien; eine davon war die Zustimmung des Bundestags. Die Abgeordneten lieferten im Dezember 1995 ein robustes Mandat: 543 stimmten in namentlicher Abstimmung für, 107 gegen den Einsatz. Er sollte zum bislang längsten in der Geschichte der Bundeswehr werden. Er endete 2012. Das Land gilt heute als militärisch befriedet. Die politische Lage ist aber weiter angespannt. Für den Verteidigungsexperten Walter Kolbow (SPD) ist Bosnien wegen „religiösen Differenzen“ derzeit das „labilste“ Land in der Region.

Benjamin Stahl

ORTSTERMIN: AUSSTELLUNG »VERHÜLLTER REICHSTAG«



Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) und Künstler Christo (rechts) stehen vor einem großformatigen Bild, das die Kunstaktion von 1995 zeigt. Zahlreiche weitere Bilder und Skizzen werden seit vergangener Woche im Reichstag gezeigt.

Berlins erstes »Sommermärchen«

Sie hatten sich kräftig verschätzt – und das gleich zweimal. Als Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) vergangene Woche die Dauerausstellung zur Verhüllung des Reichstages vor 20 Jahren durch Christo und Jeanne-Claude eröffnete, erinnerte er an die heftigen Debatten zu Beginn der 1990er Jahre. Über Jahre hatte das Künstlerpaar als Lobbyisten in Sachen der Kunst versucht, Abgeordnete von der Idee zu überzeugen. Sie hätten die Unterstützung einer zunächst kleinen, quasi „sektenartigen Gruppe von erklärten Irren“ gewonnen, die dann zunehmend größer geworden sei, sagte der Bundestagspräsident. Doch am Tag der Abstimmung im Bundestag, am 25. Februar 1994, sei nicht absehbar gewesen, ob sich die fraktionsübergreifende Gruppe mit ihrem Antrag (12/6767) durchsetzen würde. Es gab auch entschiedene Gegner des Vorhabens. Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth (CDU), selbst wie Lammert eine Unterstützerin des Projektes, habe ihm damals noch gesagt: „Schade, dass wir nicht gewinnen können.“ Sie irrte sich. Am Ende setzten sich die Befürworter mit 292 zu 223 Stimmen durch. Die Befürworter irrten aber auch in anderer Hin-

sicht. So hieß es in der Antragsbegründung, Berlin könne in den 14 Tagen der Verhüllung mit 500.000 Besuchern rechnen. „Tatsächlich waren es fünf Millionen“, berichtete Lammert über den Andrang im Sommer 1995. Es habe sich um Berlins erstes „Sommermärchen“ gehandelt. Die Ausstellung dokumentiert den Weg von der Idee, das Parlamentsgebäude zu verhüllen, bis hin zur Umsetzung. Zahlreiche Entwürfe des Künstlerpaars werden gezeigt: ganz einfache Entwürfen aus frühen Jahren sowie letzte Zeichnungen, die kurz vor dem Beginn der Arbeiten entstanden. Auch Fotos und Originalteile gehören zu der insgesamt rund 400 Stücke umfassenden Sammlung. Ebenfalls zu sehen ist das Modell des verhüllten Reichstages, mit dem Süsmuth damals um Unterstützung warb. Auch Briefe, die die Auseinandersetzungen zwischen den Abgeordneten dokumentieren, sind ausgestellt. Nächstes Jahr sollen auch original Stoff- und Seilreste hinzukommen, kündigte Christo an. Er erinnerte auch an seine 2009 verstorbene Ehefrau Jeanne-Claude. „Sie ist die wichtigste Person, die heute fehlt“, sagte der Künstler bei der Eröffnung.

Es sei „die ungewöhnlichste Ausstellung, die es jemals im Bundestag gegeben hat“, sagte Lammert. Dies liege sowohl an der geplanten Dauer als auch am Gegenstand. Christo habe einst gesagt, dass von der Kunst des Paares nichts außer der Erinnerung bleibe, betonte Lammert. Die Ausstellung sei daher für jene, die damals dabei waren, eine „dauerhafte Stütze der Erinnerung“. Und jene, die nicht dabei sein konnten, bekämen durch die Schau einen „beinah authentischen Eindruck“ dessen, was damals in Berlin stattgefunden habe, sagte Lammert.

Ermöglicht hat die Ausstellung der Unternehmer Lars Windhorst. Er hatte die Sammlung Anfang des Jahres gekauft und sie dem Bundestag zunächst für 20 Jahre kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Verhüllung sei „mehr als Kunst“ gewesen und zu einem Symbol für das „neue Berlin, das neue Deutschland“ geworden, sagte der Unternehmer.

Sören Christian Reimer

Die Ausstellung ist im Rahmen der Kunstführungen des Deutschen Bundestages zu sehen. Weitere Informationen unter www.bundestag.de/besuche

PERSONALIA

>Paul K. Friedhoff † Bundestagsabgeordneter 1990-2002, 2005-2012, FDP

Am 15. November starb Paul K. Friedhoff im Alter von 72 Jahren. Der Ingenieur und Unternehmer aus Kleve trat 1972 der FDP bei. Von 1982 bis 1990 war er Vorsitzender des dortigen Ortsverbands, gehörte dem Vorstand des Bezirksverbands Niederrhein an und amtierte seit 1992, mit Unterbrechungen, insgesamt zwölf Jahre als Schatzmeister seiner Partei in Nordrhein-Westfalen. Von 1997 bis 2001 sowie von 2003 bis 2007 gehörte Friedhoff dem FDP-Bundesvorstand an. Der langjährige wirtschaftspolitische Sprecher seiner Fraktion saß im Bundestag vorwiegend im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie.

>Heinz Riesenhuber Bundestagsabgeordneter 1976 bis heute, CDU

Am 1. Dezember vollendet Heinz Riesenhuber sein 80. Lebensjahr. Der promovierte Chemiker aus Frankfurt am Main und langjährige Geschäftsführer eines Chemieunternehmens trat 1961 der CDU bei, war von 1965 bis 1969 Landesvorsitzender der Jungen Union in



Hessen und 1968 stellvertretender Bundesvorsitzender. Seit jenem Jahr gehört er dem Präsidium der hessischen CDU und seit 1969 dem CDU-Wirtschaftsrat an, dort in zwischenzeitlichen Jahren als Vorstandsmitglied. Von 1973 bis 1978 führte er den CDU-Kreisverband Frankfurt am Main. Der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion von 1980 bis 1982 amtierte von Oktober 1982 bis Januar 1993 als Bundesminister für Forschung und Technologie. In seiner Amtszeit förderte er Zukunftsbranchen wie die Mikroelektronik und die Kommunikationstechnologie, setzte sich nachhaltig für die deutsche Weltraumforschung ein und unterstützte Großprojekte wie den Transrapid. Riesenhuber, der im Bundestag seit 1993 im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie mitarbeitet, stand 2001/02 an dessen Spitze. Seit 2006 ist er Präsident der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft. Nach Wolfgang Schäuble, MdB seit 1972, und Richard Stücklen, MdB von 1949 bis 1990, weist Riesenhuber mit 39 Jahren die drittgrößte Parlamentszugehörigkeit in der Geschichte des Hohen Hauses auf. Seit 2009 ist er Alterspräsident des Bundestags.

>Manfred Schneider Bundestagsabgeordneter 1983-1987, 1990, CDU

Manfred Schneider vollendet am 4. Dezember sein 90. Lebensjahr. Der gelernte Goldschmied wurde 1962 CDU-Mitglied, gehörte von 1970 bis 2009 dem Gemeinderat in Idar-Oberstein und von 1964 bis 1984 dem Kreistag in Birkenfeld an. In beiden Gremien war er langjähriger CDU-Fraktionsvorsitzender. Schneider engagierte sich im Bundestag im Ausschuss für Forschung und Technologie sowie im Innenausschuss. Er ist Ehrenvorsitzender des CDU-Stadtverbands Idar-Oberstein.

bmh

LESERPOST

Zur Ausgabe 47-48 vom 16. November 2015, „Kampf den Täuschern“ auf Seite 1:

Die während der Debatte geäußerte Kritik der Bündnis-Grünen am neuen Anti-Doping-Gesetz macht es sich etwas zu einfach. Denn der Sport muss schon alleine deswegen die Werte repräsentieren, für die die Gesellschaft als solche steht, weil dessen Aushängeschilder über die Werbung häufig Vorbilder für Kinder darstellen.

Deswegen kann man nicht die Hauptschuld für möglichen medizinischen Betrug alleine den „Strukturen“ geben. Zumal man damit den Sportlern selbst kei-

nen Gefallen tut. Denn diejenigen, die ihre Leistung auf unnatürliche Art und Weise meistens für einen sehr kurzen Zeitraum massiv erhöhen, schädigen sehr oft ihren eigenen Körper nicht unerheblich.

Von der Verschärfung des Strafrechtes geht auch im Hinblick auf die Hamburger Olympiabewerbung ein gutes Signal aus. Allerdings muss das Konzept der Bewerbung noch in anderen Bereichen, etwa bei der sozialen Nachhaltigkeit gegenüber den ärmeren Stadtteilen, dringend nachgebessert werden.

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik?

Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 7. Dezember.

In den Ausschüssen

ANHÖRUNGEN Nachdem während der Haushaltswoche die meisten Ausschüsse traditionsgemäß ihre Arbeit haben ruhen lassen, wird in dieser Woche wieder kräftig in den Gremien gearbeitet. Davon können sich Interessierte auch persönlich überzeugen, denn es stehen zahlreiche öffentliche Anhörungen und Fachgespräche an:

Im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe geht es am Mittwoch, 2. Dezember, um das Thema „Religionsfreiheit und Demokratieentwicklung“. Fünf Sachverständige werden ab 15 Uhr dazu Stellung nehmen.

Ebenfalls am Mittwoch ist „Industrie 4.0“ Gegenstand eines öffentlichen Fachgespräches im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung. Beginn ist um 9.30 Uhr.

Im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz stehen ein Gesetzentwurf und ein Antrag (18/6446, 18/5452) zur Korruption im Gesundheitswesen auf der Agenda. Beginn der öffentlichen Anhörung ist am Mittwoch um 15 Uhr.

Die Kinderkommission tagen ebenfalls öffentlich. Unter dem Titel „Kinder brauchen Zeit“ werden zwei Sachverständige mit den Mitgliedern der Kommission diskutieren. Beginn der Sitzung am Mittwoch ist um 16 Uhr.

Modalitäten zur Anmeldung sind den jeweiligen Ausschusseiten auf www.bundestag.de zu entnehmen. Ausgewählte Anhörungen und Fachgespräche werden zudem im Internet übertragen.

BUDESTAG LIVE

Topthemen vom 30.11. – 5.12.2015

Tierschutzbericht 2015 (Do)
UN-Klimakonferenz in Paris (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

Kontrolle der Geheimdienste

ÜBERWACHUNG Mit der parlamentarischen Kontrolle der Nachrichtendienste hat sich vergangene Woche eine Veranstaltung der „Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen“ im Bundestag auseinandergesetzt. Die SPD-Abgeordnete und Vorsitzende der Vereinigung, Eva Högl, sagte zu Beginn, starke Nachrichtendienste seien ebenso notwendig wie ihre effiziente Kontrolle durch das Parlament.

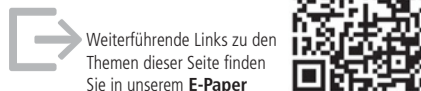
Viel Erfahrung in diesem Bereich hat der Vorsitzende des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGr) des Bundestags, André Hahn. Der Linken-Abgeordnete beklagte, dass die Parlamentarier über Skandale bei den Geheimdiensten meist aus den Medien erfahren. Das sei „ein völlig unbefriedigender Zustand“. Als Folge der Snowden-Enthüllungen habe es in Deutschland aber strukturelle Verbesserungen bei der Geheimdienst-Kontrolle gegeben, so zum Beispiel die Bildung einer Arbeitsgruppe, die dem PKGr bei bestimmten Themen zuarbeitete.

Günter Heiß, Geheimdienstkoordinator im Kanzleramt, verwies auf die Anschläge von Paris. Die Warnungen der Sicherheitsbehörden hätten sich leider als berechtigt erwiesen. Die Kontrolle der Nachrichtendienste sei unverzichtbar, müsse aber weitgehend außerhalb der Öffentlichkeit stattfinden. „Nachrichtendienstliche Informationen verlieren ihren Wert, wenn sie an die Öffentlichkeit geraten“, sagte Heiß.

Die ehemalige Bundesjustizministerin Hertha Däubler-Gmelin (SPD) sagte, dass der Staat dem Bürger normalerweise offen gegenüber trete. Wenn sich wie bei Nachrichtendiensten die Notwendigkeit ergebe, es geheim zu tun, werde eine effektive parlamentarische Kontrolle umso wichtiger. Sie verlangte einen „Paradigmenwechsel“ bei der Kontrolle der Nachrichtendienste.

rik

SEITENBLICKE



Dr. Norbert Lammert, CDU, Bundestagspräsident:

Religiösen Fanatikern mit gebotener Härte begegnen



Norbert Lammert (*1948)
Bundestagspräsident

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Noch am Abend unseres letzten Sitzungstages wurde Paris von einer brutalen Serie von Terroranschlägen heimgesucht – zum zweiten Mal in diesem Jahr. Noch immer kämpfen Menschen, die feiernd ins Wochenende starten wollten, um ihr Leben. Der Deutsche Bundestag trauert mit allen Franzosen um die vielen Opfer dieser mörderischen Attacke auf ihre Hauptstadt. Unseren Kolleginnen und Kollegen in der Nationalversammlung

habe ich bereits am Morgen nach den Anschlägen unser Mitgefühl übermittelt.

Seit diesen Ereignissen haben sich manche politische Prioritäten verschoben, nicht nur in Frankreich, sondern auch in unserem Land. Der Terror betrifft uns alle, und er kennt keine Grenzen. Wir denken nicht nur an die Opfer in Paris, sondern ebenso an die über 200 russischen Passagiere, die auf dem Rückflug von ihrem Urlaubsort Ägypten waren, an die Hotelgäste in Bamako und Mogadischu, an die Menschen in Sarajevo, in Bagdad und Beirut, die alle in den vergangenen drei Wochen bei Terroranschlägen jäh aus ihrem Leben gerissen wurden.

Die Zahl unschuldiger Opfer fanatischer Terroristen hat weltweit einen erschreckenden Höchststand erreicht: Im Verlauf des letzten Jahres hat es über 32 000 Opfer gegeben. Weit über die Hälfte aller Ter-

rorangriffe und fast 80 Prozent aller Todesfälle konzentrierten sich dabei auf fünf Länder: Afghanistan, Irak, Nigeria, Pakistan und Syrien. Zehn der elf am stärksten vom Terrorismus betroffenen Länder weisen auch die höchsten Flüchtlingszahlen auf.

Der Terror ist uns sehr nahe gerückt, seine Bedrohung ist real. Ihre blutigste Spur ziehen die Islamisten vor allem in den Staaten, in denen die meisten ihrer Glaubensbrüder leben – dort, wo vielerorts Krieg herrscht, der dem Terrorismus wiederum als Nährboden dient und dem Menschen entfliehen wollen, die zu uns strömen, um unseren Schutz zu suchen.

Wir bekennen uns – auch und gerade unter dem Eindruck menschenverachtender, brutaler Mordanschläge – zur Humanität als Leitlinie politischen Handelns. Aber wir werden Humanität nicht mit Naivität verwechseln. Wir wer-

den Muslimen wie Christen und Juden mit Respekt begegnen – und religiösen Fanatikern mit der gebotenen Härte.

Es gibt nichts, was die terroristische Barbarei rechtfertigen könnte – keine politische Idee, kein Glaube und keine Religion. Weil dies im Namen Allahs trotzdem geschieht, wiederhole ich, was ich im Januar dieses Jahres hier im Bundestag gesagt habe:

Unser Gegner ist nicht der Islam, sondern der Fanatismus, nicht Religion, sondern Fundamentalismus.

Aber es reicht eben auch nicht, zu sagen, dass die Gewalt nichts mit dem Islam zu tun habe. Zitat: „In dem Augenblick, da sich Terroristen auf den Islam berufen, hat der Terror auch etwas mit dem Islam zu tun“, hat Navid Kermani im Januar in Köln gesagt, und er hat alle Muslime dazu aufgerufen – Zitat –, „die Fratze abzureißen, die das Gesicht unserer Religion entstellt“.

Im Selbstverständnis einer jeden freien Gesellschaft begründet sich auch unsere Pflicht, diese Freiheit vor denen zu schützen, die sie angreifen. Wir wissen um die Verwundbarkeit der Freiheit: Das Spannungsverhältnis zwischen

Freiheit und Sicherheit ist nicht kostenlos aufzulösen. Wir stehen immer wieder vor schwierigen Abwägungsprozessen – und wir werden Entscheidungen treffen müssen, damit wir auch unter den gegenwärtigen Bedingungen größtmögliche Freiheit und Sicherheit gewährleisten können.

Helmut Schmidt, den wir gestern in Hamburg zu Grabe getragen haben, hat am Ende des sogenannten Deutschen Herbstes, im Oktober 1977, über politisches Handeln im Zeichen des Terrorismus hier im Bundestag gesagt:

Wer weiß, dass er so oder so, trotz allen Bemühens, mit Versäumnis und Schuld belastet sein wird, wie immer er handelt, der wird von sich selbst nicht sagen wollen, er habe alles getan und alles sei richtig gewesen. Er wird nicht versuchen, Schuld und Versäumnis den anderen zuzuschieben; denn er weiß: Die anderen stehen vor der gleichen unausweichlichen Verstrickung. Wohl aber wird er sagen dürfen: Dieses und dieses haben wir entschieden, jenes und jenes haben wir aus diesen oder jenen Gründen unterlassen. Alles dies haben wir zu verantworten. ... Zu dieser Verantwortung stehen wir auch in Zukunft.

Zu dieser Verantwortung wollen auch wir stehen, wenn wir im Anschluss in unserer Haushaltsdebatte mit den dort vorgenommenen Prioritäten für unsere politischen Aktivitäten eintreten.

Ausdrücklich danken will ich zuvor aber allen Sicherheitskräften und Behörden, die seit den Anschlägen von Paris in erhöhter Alarmbereitschaft ihren Dienst leisten. Die Notwendigkeit und die Bedeutung ihrer Arbeit – das haben uns die letzten Tage gezeigt – sind nicht hoch genug einzuschätzen. Unser tiefes Mitgefühl gilt allen Angehörigen der Getöteten und den vielen Verletzten.

Seit diesen Ereignissen haben sich manche politische Prioritäten verschoben.

Unser Gegner ist nicht der Islam, sondern der Fanatismus.



In Berlin zeigten Menschen ihre Anteilnahme mit den Opfern der Terroranschläge und legten Blumen nahe der französischen Botschaft am Pariser Platz ab. Das Brandenburger Tor wurde in den Farben der Tricolore angestrahlt.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

www.bundestag.de/live/tv/index.html

Generaldebatte zum Haushalt 2016 / 139. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages am 25. November 2015

Dr. Dietmar Bartsch, DIE LINKE:

Die teuersten Flüchtlinge sind die Steuerflüchtlinge



Dietmar Bartsch (*1958)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Wir alle stehen unter dem Eindruck der Attentate von Paris. Sie haben uns alle schockiert. Die Attentäter haben wahllos getötet, egal ob Christen, Juden, Muslime, Ungläubige, Franzosen, US-Amerikaner, Deutsche, Künstler, Arbeitslose oder Studierende. Wir alle sind verletzbar. Wir alle verurteilen diese barbarischen Terroranschläge.

Diese Mörder haben kein staatliches Symbol angegriffen, sondern den Alltag. Es wurden junge Menschen getroffen, die in Stadtteilen lebten, die für Weltoffenheit, Toleranz und Lebensfreude stehen. Unsere Trauer und unser Mitgefühl gelten den Opfern.

In das Entsetzen über die Anschläge mischt sich aber auch Hoffnung. Viele Menschen, darunter ganz viele Jugendliche, haben Blumen vor Botschaften niedergelegt und Kerzen aufgestellt. Ich habe das hier in Berlin gesehen; auch in Paris waren das sehr viele. Diese Tausende jungen Menschen stellen die Hoffnung für Europa dar. Sie wollen und werden sich ihren Alltag, ihre Freude in den Fußballstadien und bei Musik und Tanz nicht kaputt machen lassen. Das ist die Hoffnung für Europa und die Welt.

Diese jungen Menschen finden wir auch hier, in allen Fraktionen. Deshalb muss unsere Antwort sein: mehr Offenheit und mehr Demokratie, mehr Leben und mehr Freiheit.

Die Feinde der offenen Gesellschaft kann man nur mit mehr

Offenheit erfolgreich bekämpfen. Wir brauchen mehr Menschlichkeit, mehr Integration und Teilhabe.

Wir alle spüren, dass wir uns an einem Punkt befinden, wo es sich entscheidet, wie es in Deutschland, Europa und der Welt weitergeht. Gestern das Attentat in Tunis, die Anschläge in Bamako und in Beirut und auf das russische Flugzeug über dem Sinai – die Tränen, die für alle Opfer vergossen werden, sind gleich. Mit dem Anschlag in Paris ist der Terror des sogenannten „Islamischen Staates“ ein weiteres Mal vor unserer Haustür angekommen.

Es ist menschlich nachvollziehbar, wenn angesichts der Toten und der schrecklichen Ereignisse Gefühle von Ohnmacht, Wut, Verzweiflung aufkommen. Und ja, Überlegungen sind nötig, wie man den für diesen Terror Verantwortlichen konsequent das Handwerk legen kann. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, Bomben auf Rakka sind keine Strategie. Terror bekämpft man nicht mit Krieg. Es gibt keine militärische Lösung für den Kampf gegen den Terror. Die Spirale der Gewalt liefert den Terroristen immer neue Attentäter. Jeder im Bombenhagel getötete Zivilist bringt gegebenenfalls zehn neue Selbstmordattentäter hervor. Deshalb sage ich Ihnen, Frau Merkel: Wenn Sie heute zu Herrn Hollande fahren, gilt:

Solidarität ja, aber keine Tornados. Das ist nicht der Weg.

Haben Sie eigentlich nichts aus Afghanistan gelernt? Auch dort wird es keinen militärischen Sieg über die Taliban und über den Terrorismus geben.

Über 50 deutsche Bundeswehrsoldaten sind gestorben, viele Milliarden wurden dort versenkt, Tausende tote Zivilistinnen und Zivilisten sind zu beklagen – und jetzt wollen Sie den Einsatz verlängern und das Kontingent noch einmal aufstocken? Es ist doch völlig irre, wenn das Auswärtige Amt auf der einen Seite eine Reisewarnung für Afghanistan herausgibt und die Regierung auf der anderen Seite zur gleichen Zeit wegen der Sicherheitslage die Anzahl der Soldaten aufstocken

will und überlegt, Teile Afghanistans zu einem sicheren Herkunftsland zu erklären. Das ist doch absurd. Keiner weiß doch, wohin die Waffen gehen.

Wir müssen doch aus Afghanistan Schlussfolgerungen für unser heutiges Agieren ziehen.

Im Angesicht des Terrors muss die Politik natürlich einen kühlen Kopf bewahren, besonnen und entschlossen handeln. Es ist der Kampf mittelalterlicher Barbarei gegen Menschlichkeit, gegen die Zivilisation, gegen die Werte der Aufklärung, gegen Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Ja, Antworten müssen wir alle geben. Da kann ein Gedanke von Nietzsche vielleicht hilfreich sein:

Wer mit Ungeheuern kämpft, mag zusehen, dass er nicht dabei zum Ungeheuer wird.

Vielleicht kann Norwegen für uns ein Beispiel sein. Die Norweger haben nach dem Wahnsinn des Herrn Breivik mit mehr Offenheit und mehr Liberalität agiert.

Natürlich müssen wir die Frage stellen: Warum ist die Lage so? Die Versuche der NATO-Partner, unliebsame Regierungen im Irak und in Libyen aus dem Weg zu räumen, haben zur politischen Destabilisierung in den betroffenen Ländern beigetragen und einen fruchtbaren Boden für die Entstehung terroristischer Strukturen geschaffen. Noch vor wenigen Jahren war der „Islamische Staat“ doch vergleichsweise schwach. Er ist ein direktes Ergebnis des Irakkriegs der Vereinigten Staaten.

Jetzt ist der IS die mächtigste und reichste Terrororganisation der Welt.

Was ist zu tun? Erstens muss man natürlich auf Diplomatie setzen, nicht bezogen auf den IS. Aber die fünf ständigen Sicherheitsratsmitglieder dürfen nicht gegeneinander agieren, sondern müssen trotz aller sonst unterschiedlichen Sichtweisen miteinander agieren. Der Konflikt zwischen dem Iran und Saudi-Arabien muss in grundsätzlicher Art und Weise angegangen werden. Und natürlich brauchen wir auch ein Perspektivkonzept: Was soll mit Syrien werden? Was soll mit den Kurdinnen und Kurden werden?

Zweitens. Wir brauchen dringend ein konsequentes Waffenembargo für die Krisenregion, vor al-

len Dingen gegen die Unterstützerländer des IS, gegen Saudi-Arabien, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate. Keiner weiß doch, wohin die Waffen gehe.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Es ist doch völliger Irrsinn, wenn an dem Tag, an dem die Verschärfung des Asylrechts in Deutschland beschlossen wird, Kampfpanzer Leopard 2 nach Katar exportiert werden. Das ist doch wirklich Irrsinn. Die Schiffe, die Sie dort hinschicken, können Sie gleich da lassen, um Flüchtlinge einzusammeln; denn das wird neue Flüchtlingsströme produzieren. Das ist Irrsinn.

Wir können doch nicht zusehen, wenn damit Geld verdient wird. Wenn Vertragsstrafen anfallen, dann fallen sie eben an. Das muss uns der Frieden wert sein.

Drittens. Der Kampf gegen den Terror kann nur gelingen, wenn die Finanzierungs- und Einnahmequellen des IS trockengelegt werden. Die Ölquellen und die Ölschmuggelwege sind doch eine der Grundlagen des IS. Täglich zieht er 2 Millionen Dollar aus dem Ölhandel. Das läuft vor allen Dingen über die Türkei. Auch die internationalen Finanzströme müssen gekappt werden, und die Konten müssen gesperrt werden.

Ein Wort zur Türkei: Die Türkei wird mit Sicherheit bei der Lösung der Flüchtlingsfrage gebraucht; aber sie war auch über Jahre ein Transitland des Terrorismus. Erdogan agiert in seinem Land undemokratisch. Die Kurden kämpfen gegen den IS, und die Türkei bombardiert die Kurden. Wir müssten den Kurden für ihren Kampf gegen den IS dankbar sein. Das wäre die richtige Haltung. Da muss Druck auf Herrn Erdogan ausgeübt werden.

Der Abschuss des Flugzeuges kann die Spannungen in dieser Region natürlich nur erhöhen.

Zum Thema Flüchtlinge: Die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 war eine Antwort der Völker auf die verheerenden Folgen und das millionenfache menschliche Leid im Ergebnis des von Hitler-Deutschland vom Zaune gebrochenen Zweiten Weltkrieges. Wir Deutschen haben auch 70 Jahre nach dem Ende des Krieges gegenüber flüchtenden Menschen eine besondere Verantwortung. Flüchtlinge sind die Botschaft der Kriege und des Elends dieser Welt. Deswegen kann unsere Botschaft nur

lauten: Wir helfen. – Hören Sie doch alle auf die Botschaften der Kirchen in Deutschland. Die sollten für uns Maßstab sein.

Ich will einmal aus dem Matthäusevangelium zitieren, Herr Kauder:

Denn ich war hungrig und ihr habt mir zu essen gegeben; ich war durstig und ihr habt mir zu trinken gegeben; ich war fremd und obdachlos und ihr habt mich aufgenommen; ...

Das ist menschlich. – Im Übrigen heißt das heute übersetzt: Wir schaffen das.

Ich füge hinzu: weil wir es können.

Zugleich ist es natürlich überfällig,

dass die Bundesregierung endlich einmal sagt, wie sie es schaffen will. Die Herausforderungen sind lösbar. Das kostet Anstrengungen, Geld und Geduld. Aber Sie mit Ihrem Chaosbild werden es nicht schaffen. Dieses Fahren auf Sicht ist in dieser Situation eben nicht die richtige Strategie. Wir brauchen zuallererst eine Haltung zu der Flüchtlingsfrage. Diese ist Ihnen offensichtlich abhandlungskommen.

Verantwortliche in den Ländern und in den Kommunen, viele Hilfsorganisationen, die Bundespolizei, das THW und Zigtausende ehrenamtliche Helferinnen und Helfer kümmern sich um die Flüchtlinge, leben eine überzeugende Willkommenskultur. Das hat im praktischen Leben übrigens überhaupt nichts mit Parteizugehörigkeit zu tun. Mitglieder aller hier im Bundestag vertretenen Parteien engagieren sich dort.

Ich will im Übrigen auch feststellen – das sollte klar ausgesprochen werden –: Die meisten Flüchtlinge kommen in Bayern in Deutschland an. Dort sind die Herausforderungen besonders groß. Von der Bevölkerung und auch von den Behörden in Bayern wird Großartiges geleistet. Allen, die sich in dieser Weise engagieren, gebührt ausdrücklich der Dank dieses Hauses und allerhöchste Würdigung. Aber in völlig inakzeptablem Gegensatz dazu steht das unverantwortliche Agieren von Politikern der CSU.

Ich zitiere einmal Horst Seehofer – ich könnte den Rest meiner Redezeit mit CSU-Zitaten füllen –: Wir werden uns gegen Zuwanderung in deutsche Sozialsysteme wehren – bis zur letzten Patrone.

Er nimmt auch gerne einmal den NPD-Spruch in den Mund: „Wir sind nicht das Sozialamt für die ganze Welt.“ Herr Söder hat

Von der Bevölkerung und von den Behörden in Bayern wird Großartiges geleistet.

den wahnsinnigen Satz gesagt: „Seit heute Morgen um 9 Uhr wird geklagt.“ Meine Damen und Herren, wo leben wir eigentlich, wenn so etwas möglich ist?

Wenn ich mir anschau, wie auf dem CSU-Parteitag mit der Kanzlerin umgegangen worden ist, muss ich sagen: Sie haben da jegliche bürgerliche Anstandsform verletz.

Ich habe mir das mit jungen Leuten angesehen. Die haben gesagt: Was hat denn der Seehofer eingeworfen? Das kann doch nicht wahr sein! – Was ist eigentlich die politisch-moralische Geschäftsgrundlage dieser Koalition, meine Damen und Herren?

Es muss Schluss sein mit den verantwortungslosen Gedanken- und verbalen Entgleisungen von Seehofer und Söder!

Es ist doch niederträchtig, Flüchtlinge in die Nähe von Mörderbanden zu stellen.

Die verbalen Entgleisungen befördern Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Es stimmt einfach: Das Umfragehoch der AfD ist ohne Söder und Seehofer nicht erklärbar.

Nötig ist entschlossenes Handeln aller politisch Verantwortlichen, aller Demokraten gegen Rechtsextremismus. Aber es ist kein Brandanschlag endaufgeklärt. Es ist kein Täter zur Verantwortung gezogen worden. Ich will an den Mordanschlag auf Henriette Reker erinnern. Sie steht für die vielen, die dem rechten Alltagsterror trotzen und jeden Tag Menschlichkeit zeigen.

Es ist nicht hinnehmbar, dass Rechtsextremisten, alte und neue Nazis, im Internet und auf Demos ausländerfeindliche Parolen verbreiten, zu Mord – ob nun mit Galgen oder Guillotine – aufrufen können und keiner zur Verantwortung gezogen wird.

Ja, das Tempo und die Effizienz bei der Bearbeitung der Flüchtlingsfrage sind unzureichend. Ich will Sie an Ihren Koalitionsvertrag erinnern. Da steht: drei Monate Bearbeitungszeit. – Aktuell sind es fünfzehn Monate. In einigen Ländern dauert die Bearbeitung über ein Jahr. In keinem einzigen europäischen Land dauert das so lange. Wir haben in unserer Fraktion unlängst mit Kommunalpolitikern, mit Oberbürgermeistern und Landräten aus West und Ost, geredet. Sie alle haben klar gesagt: Ja, wir können das hinbekommen. Aber wir brauchen geordnete Verfahren: bei der Registrierung der Flüchtlinge, bei der Bearbeitung der Anträge und bei unverzüglichen Maßnahmen zur Integration. – Wer hat denn all die Jahre zum Beispiel die Bundespolizei so heruntergespart? Wer hat denn den unglaublichen Abbau im öffentlichen Dienst zu verantworten? Wer hat so lange gezögert, beim BAMF

die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen?

Das waren immer Sie von der Union! Sie waren immer in der Regierungsverantwortung!

Wir brauchen ein Flüchtlingsaufnahmegesetz, das bundesweit einheitliche Standards und Verfahren festlegt. Ein Element muss die Übernahme aller Unterbringungs- und Versorgungskosten durch den Bund für die Dauer des Asylverfahrens und eine Übergangszeit sein. Das, was Sie gemacht haben, die Anrechnung von Kosten für Sprach- und Integrationskurse auf das Existenzminimum, ist ein verheerendes Signal.

Asylsuchenden muss schneller Zugang zu Sprachkursen verschafft werden. Die gezielte Eingliederung in Arbeit wird die Zukunftsaufgabe für eine erfolgreiche Integration. Ich meine, auch die Attentäter von Paris sind doch Ergebnisse gescheiterter Integration und gescheiterter Politik; auch das müssen wir aussprechen.

Natürlich kann die Flüchtlingsfrage nur europäisch beantwortet werden. Europa versagt in der Flüchtlingsfrage. Es mangelt an europäischer Einigung, es mangelt an europäischer Solidarität. Ich bin im Übrigen der Überzeugung: Die Zukunft Europas entscheidet sich daran, wie Europa die Herausforderungen durch die Flüchtlinge meistert; das ist die Zukunftsfrage. Europa muss modernisiert und auf eine neue vertragliche Grundlage gestellt werden. Da sollte Deutschland Führung zeigen, Führung in Menschlichkeit.

Wenn ich mir anschau, wie Sie im Haushalt zum Beispiel mit dem Thema Entwicklungspolitik umgehen, stelle ich aber fest: Seit Jahrzehnten haben wir das Ziel 0,7 Prozent. Sie machen viel zu wenig. Wir liegen immer noch bei 0,4 Prozent. Die Steigerung im Verteidigungsetat ist größer als die in der Entwicklungspolitik. Was ist denn das für eine Politik, meine Damen und Herren?

Deutschland befindet sich an einem Punkt, an dem sich entscheidet, wie es in unserem Land weitergeht, welche Perspektiven wir haben. Diese Große Koalition allerdings hat kein Konzept, wie Deutschlands Zukunft zu gestalten ist. Sie agieren hilflos, planlos und ziellos. Jeden Tag wird eine neue Sau durchs Dorf getrieben. Vor allen Dingen versuchen Sie jetzt – das stört uns besonders –, die Schwächsten gegen die Schwachen auszuspielen. Frau Merkel, beenden Sie endlich die unsägliche Diskussion, ob es neue Ausnahmen beim Mindestlohn geben sollte!

Nein, wir müssen die bisherigen Ausnahmen einschränken; sonst ist das das Einfallstor für prekäre Beschäftigung. Neben der Tatsache, dass der Mindestlohn wichtig

ist: Es gibt auch 2 Millionen Solo-Selbstständige, von denen viele in der Land- und Forstwirtschaft und im Kommunikations- und Informationsgewerbe tätig sind. Sie brauchen ebenfalls ein auskömmliches Einkommen. Vielleicht ist ein

Seit Jahren driftet unsere Gesellschaft auseinander. Die Ungleichheit wächst; den wirtschaftlichen und politischen Eliten ist der Wertekompass abhandengekommen. Ich will nur drei Kürzel nennen: DFB, VW, BND.

Diese Kürzel sind Synonyme für windige Geschäfte, Manipulation und offenen Betrug. Das alles ist doch gar nicht denkbar gewesen. Wer hätte denn vor Jahren geglaubt, dass das bei einem Staatskonzern wie VW möglich ist? Zur selben Zeit, als die Kanzlerin sagte, unter Freunden spionierte man nicht, hat der BND Freunde ohne Ende ausspioniert. Was beim DFB passiert ist, ist genauso ein Skandal. Im Übrigen: Herr Winterkorn bekommt jetzt von VW 100 000 Euro Rente im Monat. Das ist doch absurd. Wo sind denn die Werte in diesem Land hingeraten?

Ein Land, in dem die Kinderarmut wächst, während den Reichsten erlaubt wird, ihr Geld in Steueroasen zu bunkern, wird die aktuellen Herausforderungen nicht bewältigen. Diese Regierung erweist sich als unfähig, die aktuellen Probleme anzupacken und das Land sozial zu modernisieren. Deutschland ist ein so reiches Land; aber Sie fahren das Land seit Jahren auf Verschleiß. Ihr manisches Verhältnis zur schwarzen Null ist einer der Gründe, warum wir die Herausforderungen nur mühsam anpacken. Mit der schwarzen Null machen Sie Schulden bei den nächsten Generationen. Es ist politisches Versagen, dass in diesem Land Kinder in Armut leben müssen und dass die Zahl der Rentnerinnen und Rentner, die in Grundsicherung leben, weiterhin steigt. Ist Ihnen eigentlich nicht aufgefallen, wie viele alte Menschen hier in Berlin in Mülltonnen nach leeren Flaschen suchen?

Ich könnte die Liste der Schabigkeiten unendlich fortsetzen. Deswegen brauchen wir ein Investitionsprogramm für unser Land. Deswegen sollten wir die Mittel für die Arbeitsmarktpolitik von 3,9 Milliarden Euro auf 5,6 Milliarden Euro aufstocken. Die Integration in den Arbeitsmarkt ist eine Zukunftsfrage.

Daneben müssen wir ab sofort mindestens 200 000 Sozialwohnungen jährlich bauen. Das Deutsche Studentenwerk hat dazu aktuell eine entsprechende Forderung gestellt. Wir sollten die Länder mit 1,5 Milliarden Euro dabei unterstützen.

Wenn Sie sagen, das alles sei

nicht finanzierbar, dann kann ich nur sagen: Das ist ein irrer Vorwurf. Die Schere zwischen Arm und Reich ist in nahezu keinem Land Europas so groß wie in unserem Land. Die 500 reichsten Familien verfügen über ein Vermögen von 615 Milliarden Euro.

Das ist zweimal ein Bundeshaushalt. Für diesen Irrsinn gibt es vor allen Dingen einen Grund: Wie der Teufel das Weihwasser fürchtet, sträuben Sie sich dagegen, den Reichtum dieses Landes gerechter zu verteilen. Mit einer gerechten Steuerpolitik könnten wir jährlich Milliarden einnehmen.

Das geht allerdings nicht ohne eine Umverteilung von oben nach unten.

Wir fordern eine wirkliche Reform der Erbschaftsteuer. Ihr komisches Reförmchen reicht hier nicht. In Großbritannien müssen die Superreichen sechsmal so viel berappen wie in Deutschland. In Kanada und in den USA ist es das Fünffache. Alle diese Länder sind nicht verdächtig, den demokratischen Sozialismus einführen zu wollen. Hier wird deutlich, welche Privilegierung von sehr Reichen wir uns leisten. Angesichts der gesellschaftlichen Handlungsbedarfe lässt sich das überhaupt nicht rechtfertigen.

Von 2015 bis 2024 werden in Deutschland insgesamt 3,1 Billionen Euro vererbt; aber in dieser Koalition kommt niemand auf die Idee, dort irgendetwas zur Finanzierung des Gemeinwohls abzuholen. Ich sage Ihnen: Niemand von der Linken will Unternehmen gefährden; das ist überhaupt nicht

der Punkt. Es geht um Privatvermögen. Auch eine Vermögensabgabe in Form der Millionärssteuer auf Privatvermögen wäre eine richtige Maßnahme. Es ist längst an der Zeit, die Milliardäre und die Millionäre in Deutschland stärker zur Finanzierung der Aufgaben des Gemeinwohls heranzuziehen.

In aller Klarheit:

Die teuersten Flüchtlinge in Deutschland sind die Steuerflüchtlinge, die Konzerne und die Superreichen, die mit unendlich vielen Tricks und von Finanzämtern selten kontrolliert die öffentliche Hand in

Deutschland jedes Jahr um bis zu 100 Milliarden Euro prellen. Meine Damen und Herren, da sollten Sie ran! Da müssen Sie etwas tun. Es ist in unserem Land genügend Geld da, um die Herausforderungen, vor denen wir stehen, zu bewältigen.

Sie haben in Ihren Koalitionsvertrag geschrieben: „Deutschlands Zukunft gestalten“. In der Realität steht die Große Koalition immer mehr für ein schwarzes Loch. Sie gestalten nicht, Sie verwalten nur noch. Sie sind vor allen Dingen mit sich selbst beschäftigt. Damit es den Menschen in unserem Land besser geht, braucht es einen sozialen Aufbruch. Dazu brauchen wir Mut; da bedarf es einer Haltung. Das sehe ich bei Ihnen leider nicht.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN – Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wirtschaftlichen und politischen Eliten ist der Wertekompass abhandengekommen.



Die Terrorserie von Paris und ihre Folgen waren Thema im Bundestag während der Generaldebatte.

Dr. Angela Merkel, CDU, Bundeskanzlerin:

Simple Abschottung wird nicht unser Problem lösen



Angela Merkel (*1954)
Bundeskanzlerin

Vor wenigen Tagen, am 13. November, mussten Menschen in Paris einen Albtraum von Gewalt, Terror und Angst durchleben. Unzählige Familien trauern um ihre Liebsten. Deutschland teilt mit ihnen den Schmerz.

Wir alle haben sofort verstanden: Dieser unmenschliche Angriff meint uns alle, und er trifft uns alle. Es ist ein Anschlag auf unser aller Freiheit, auf unsere Werte und Überzeugungen, ein Angriff auf all das, was uns wichtig ist und wofür Generationen vor uns in Europa gestritten und gekämpft haben: Demokratie und Menschenrechte, Gleichberechtigung und eine offene, freundliche und tolerante Zivilgesellschaft. Wir stehen solidarisch an der Seite Frankreichs in der Trauer um die Opfer. Wir stehen solidarisch an der Seite Frankreichs im Kampf gegen den Terror.

Wir gedenken aller Opfer des Terrors. Ich denke an die Opfer des russischen Flugzeugabsturzes, an die Opfer in Bamako genauso wie an die Opfer gestern in Tunesien.

Frankreich hat erstmals in der Geschichte die EU-Beistandsklausel des Artikels 42 Absatz 7 im Lissabon-Vertrag in Anspruch genommen. Alle EU-Staaten haben Frankreich einhellig Solidarität und vor allem auch Beistand zugesichert. Ursula von der Leyen als Verteidigungsministerin hat bereits letzten Dienstag erstmals mit ihrem französischen Amtskollegen über die Frage gesprochen, wie diese Solidarität mit Leben erfüllt werden kann. Wir sind mit unseren Soldatinnen und Soldaten im Einsatz und helfen bei der Bekämpfung des Terrors: im Irak den Peschmerga, in Mali, indem

wir unser Engagement verstärken, und in Afghanistan, indem wir unser Engagement verlängern. Heute Abend werde ich mit dem französischen Präsidenten François Hollande über die Fragen sprechen, die uns gemeinsam bewegen. Der Geist dieses Gesprächs wird davon bestimmt sein, dass wir gemeinsam mit unseren Freunden handeln werden. Wenn zusätzliches Engagement notwendig ist, dann werden wir das nicht von vornherein ausschließen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Polizei und Nachrichtendienste arbeiten in Deutschland mit Hochdruck an der Aufklärung der grausamen Anschläge und der Aufdeckung ihrer terroristischen Strukturen. Auch in Deutschland ist die Bedrohungslage hoch. Wir gehen allen Hinweisen nach und müssen natürlich – das haben wir letzte Woche Dienstag gesehen – immer wieder eine schwierige Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit treffen. Ich will hier ausdrücklich – auch im Namen der ganzen Bundesregierung – sagen: Wir haben Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden, dass sie mit Augenmaß handeln. Sie brauchen unsere politische Unterstützung, und die haben sie auch. Denn anders können Sicherheitsbehörden nicht handeln.

Zwei Dinge sind mir sehr wichtig:

Erstens. Wir müssen – da möchte ich mich auch bei der Mehrheit des Deutschen Bundestags bedanken – wachsam und wehrhaft sein. Deshalb war es richtig – das geschah schon vor den Anschlägen –, dass wir eine personelle und technische Verstärkung unserer Sicherheitsbehörden beschlossen haben. Es gibt im Jahr 2016 1 000 neue Planstellen für die Bundespolizei. Insgesamt sind bis 2018 3 000 zusätzliche Stellen vorgesehen. Bei der Bundespolizei werden sogenannte robuste Einheiten aufgebaut, die so ausgebildet und ausgestattet sein werden, dass sie terroristischen Lagen begegnen können und damit unsere Möglichkeiten in solchen Fällen deutlich – über das hinaus, was die Landespolizeien und die GSG 9 heute schon können – erweitern. Wir stärken unsere Nachrichtendienste, investieren unter anderem in die Modernisierung ihrer

technischen Ausstattung. Und wir verstärken das Bundesamt für Verfassungsschutz und den Bundesnachrichtendienst personell.

Zweitens. Die stärkste Antwort – und das ist ebenso wichtig – an Terroristen ist, unser Leben und unsere Werte weiter so zu leben wie bisher, selbstbewusst und frei, mitmenschlich und engagiert.

Wir Europäer werden zeigen: Unser freies Leben ist stärker als jeder Terror.

Ein starkes Zeichen der Einigkeit im Kampf gegen den Terrorismus ging auch vom G-20-Gipfel in Antalya unmittelbar nach den Anschlägen von Paris aus. Für mich besonders wichtig war das hier abgegebene klare Bekenntnis der Regierungschefs muslimischer Staaten, die genauso wie wir dem Terrorismus ganz klar den Kampf angesagt haben. Deshalb werden wir – so haben wir es in Antalya beschlossen – trotz ganz unterschiedlicher gesellschaftlicher Strukturen die Zusammenarbeit bei der Terrorbekämpfung verstärken: bei der Zusammenarbeit der Nachrichtendienste, bei der Überwachung der Internetkommunikation von terroristischen Netzwerken und – das ist ganz wichtig – bei der Kappung der Geldflüsse der Terroristen, soweit dies möglich ist. Diese Geldflüsse müssen Schritt für Schritt trockengelegt werden. Das ist eine der vornehmsten Aufgaben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen uns immer wieder bewusst machen: Es ist ebendieser Terror, es sind ebensolche Krisen, vor denen Menschen in großer Zahl nach Europa – und ganz besonders auch nach Deutschland – fliehen. Sie suchen Schutz und Aufnahme. Wir haben weltweit die größte Zahl von Flüchtlingen seit dem Zweiten Weltkrieg. Deshalb ist die Frage, wie wir mit dieser Sachlage umgehen, natürlich nicht nur eine nationale oder eine europäische, sondern eine globale, internationale Frage.

Deutschland hat in den letzten Monaten gezeigt, wie menschlich, leistungsfähig und flexibel wir auf allen Ebenen – vom Bund über die Länder bis hin zu den Kommunen, von der Polizei über das BAMF bis hin zu den Jugendämtern – sind. Verantwortliche sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wachsen täglich über sich hinaus. Sie machen unzählige Überstunden, Nacht- und Sonderschichten. Und es gibt durchgearbeitete Wo-

chenenden. Es geht dabei nicht nur um die vielen Stunden, sondern auch um das Engagement, die Bereitschaft und das Herz, das sie investieren. Deshalb möchte ich mich bei ihnen allen ganz herzlich bedanken.

Das gilt in gleicher Weise für die unzähligen ehrenamtlichen und freiwilligen Helferinnen und Helfer. Ich weiß nicht, ob es schon jemals ein derartig großes, schnell aufgebautes und gut organisiertes Netz an privaten Helfern in Deutschland gegeben hat. Auch ihnen sage ich ein genauso herzliches Dankeschön.

Sie haben einen klaren Anspruch darauf, zu wissen, nach welcher Agenda, nach welchem Plan die Bundesregierung an der Bekämpfung der Fluchtursachen, an den europäischen und den nationalen Maßnahmen arbeitet.

Beginnen müssen wir bei der Bekämpfung der Fluchtursachen. Es herrscht in vielen Regionen Krieg und Terror. Staaten zerfallen. Viele Jahre haben wir es gesehen. Wir haben es gehört. Wir haben es im Fernsehen gesehen. Aber wir haben damals noch nicht ausreichend verstanden, dass das, was in Aleppo und Mossul passiert, für Essen oder Stuttgart relevant sein kann. Damit müssen wir umgehen, und das wird Veränderungen in unserer Politik mit sich bringen, zugunsten der Außenpolitik und zugunsten der Entwicklungspolitik, weil wir uns immer fragen müssen: Was bedeutet welche Maßnahme für uns hier zu Hause?

Ich glaube, es ist klar, dass wir dazu einen langen Atem und Geduld brauchen. Wir brauchen vor allen Dingen auch Partner.

Ich will mit dem Syrien-Konflikt beginnen. Es ist vollkommen klar, dass die eigentliche, wirkliche Lösung nur in einer politischen Lösung liegen kann. Natürlich hat sich gestern durch den Abschuss eines russischen Flugzeuges durch die Türkei die Lage noch einmal verschärft, und wir müssen jetzt alles dafür tun, eine Eskalation zu vermeiden. Natürlich hat jedes Land das Recht, sein Territorium zu sichern. Aber auf der anderen Seite wissen wir, wie angespannt die Situation im Augenblick ist, in Syrien und seiner Umgebung. Ich habe gestern mit dem türkischen Ministerpräsidenten gesprochen und darum gebeten, alles zu tun, um die Situation zu deeskalieren.

Ich möchte unserem Außenminister Frank-Walter Steinmeier danken. Ich glaube, es war bei der Einbringung des Haushalts, als Ihre Reisen in den Iran und nach Saudi-Arabien bevorstanden. Ich

glaube, wir haben alle gar nicht zu hoffen gewagt, dass es so schnell geht, dass jetzt Akteure an einem Tisch sitzen, die wichtig und abdingbar sind für die Lösung des Syrien-Konflikts: Russland, die USA, die Europäer, die arabischen Staaten, der Iran und die Türkei.

Es gibt durchaus hoffnungsvolle Entwicklungen, die jetzt hoffentlich nicht zu weit zurückgeworfen werden durch das, was gestern passiert ist. Es gibt Ideen für einen politischen Übergangsprozess. Ich weiß, wie schwierig es ist, vor allen Dingen die Akteure in Syrien an einen Tisch zu bekommen. Aber es gibt keinen anderen Weg, der uns einer dauerhaften Lösung näherbringt. Deshalb wünsche ich weiterhin allen Teilnehmern dieser Verhandlungen allen Erfolg; wir werden sie mit aller Kraft unterstützen.

Nur so wird es möglich sein, sich auch darauf zu konzentrieren, was nach meiner Auffassung im Augenblick nicht anders als militärisch zu lösen ist. Das ist der Kampf gegen den IS. Es muss ein gemeinsamer Kampf der Weltgemeinschaft sein, um deutlich zu machen: Wir erteilen dem Terrorismus und der Brutalität solcher Organisationen eine klare Absage.

Mit der Bekämpfung der Fluchtursachen hat sich auch der EU-Afrika-Gipfel, der Sondergipfel, am 12. November in Valletta befasst. Wir haben einen Aktionsplan mit den afrikanischen Staaten verabschiedet, bei dem es auf der einen Seite um bessere wirtschaftliche Perspektiven afrikanischer Länder und auch um bessere Möglichkeiten legaler Migration geht. Wir zum Beispiel werden im Bereich der Zurverfügungstellung von Ausbildungsplätzen, Stipendienplätzen und anderen mehr tun.

Auf der anderen Seite hat es aber auch deutliche Diskussionen darüber gegeben, dass die Zivilgesellschaften in Afrika durch ihre politischen Führungen mehr Transparenz und mehr Klarheit bekommen müssen. In Zeiten des Smartphones kann man nicht mehr so regieren, wie das früher geschehen ist. Das gilt auch für Afrika, meine Damen und Herren.

Denn eines ist klar: Je mehr in Herkunftsländern dafür Sorge getragen werden kann, dass Menschen sich nicht auf den gefährlichen Weg aus ihrer Heimat machen, umso besser wird es gelingen, Fluchtursachen zu bekämpfen, sodass Flüchtlinge gar nicht mehr den Weg antreten.

Wir haben zusätzlich zu unserer Entwicklungshilfe, die wir leisten – das sind etwa 20 Milliarden

Wir Europäer werden zeigen: Unser freies Leben ist stärker als jeder Terror.

Deutschland hat gezeigt, wie menschlich, leistungsfähig und flexibel wir sind.

Euro seitens der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten der Europäischen Union –, einen Treuhandfonds von 1,8 Milliarden Euro aufgelegt, um genau diese Aufgaben zu erfüllen.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wird seinen gesamten Etataufwuchs von über 850 Millionen Euro auf die akute Fluchtursachenbekämpfung konzentrieren. Die gesamte Entwicklungszusammenarbeit mit einem Etat von 7,4 Milliarden Euro im Haushaltsentwurf 2016 arbeitet genau am Erhalt von Lebensgrundlagen und an der Schaffung von Zukunftsperspektiven.

Die Bekämpfung von Fluchtursachen war auch Thema auf dem G-20-Gipfel in Antalya. Hier ist vor allen Dingen noch einmal über das humanitäre Engagement gesprochen worden. Noch haben wir es nicht geschafft, dass der UNHCR und das Welternährungsprogramm im Jahr 2016 auf einen Haushalt blicken können, der ausreicht, um die notwendigen Aufgaben zu erfüllen. Wir alle haben wieder die Warnrufe des UNHCR in diesen Tagen erlebt. Ich will deutlich machen: Die Bundesregierung hat ihre Pflicht getan. Wir haben unsere Ansätze gesteigert. Wir werden weiterhin bereit sein, das Notwendige zu tun. Europa hat sich bewegt. Aber wir werden nicht nachlassen, hier die ganze Welt in die Verantwortung zu nehmen. Es ist wirklich nicht nur eine europäische Angelegenheit, sondern die ganze Welt ist hier verantwortlich.

Deshalb werde ich am 4. Februar 2016 gemeinsam mit David Cameron, der norwegischen Premierministerin Erna Solberg und dem Emir von Kuwait eine Konferenz in London durchführen, wo es genau um die humanitäre Unterstützung geht, damit wir am Ende des Jahres 2016 nicht wieder so dastehen wie am Ende des Jahres 2015.

Wenn wir über internationale Anstrengungen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise sprechen, ist die Türkei ein Schlüsselpartner für die Europäische Union. Die Türkei ist unser Nachbar. Sie liegt an der anderen Seite unserer Außengrenze. Schauen wir uns einmal die Nachbarn der Türkei an. Das sind

der Iran, der Irak und Syrien. Das sind Länder, die wir entweder dringend benötigen für die Lösung des Konflikts in Syrien oder in denen der IS bereits Teile des Landes beherrscht. Aus diesem Grund hat die Türkei mit mehr als 2 Millionen Flüchtlingen aus Syrien und Irak eine große Aufgabe

zu bewältigen. Ich will an dieser Stelle allerdings Jordanien und den Libanon nicht vergessen. Was diese Länder leisten, ist bemerkenswert und sollte uns ab und zu nachdenklich stimmen.

Ich glaube aber, gerade am Beispiel der Türkei wird klar, dass es in unserem ureigenen Interesse liegt, dass die Türkei die Bewältigung der Aufgabe, die Flüchtlinge zu beherbergen, meistern kann. Wenn wir wieder zu geordneten und rechtlichen Verhältnissen an den Außengrenzen der Europäischen Union kommen wollen, dann bedarf es einer Kooperation mit der Türkei. Donald Tusk hat zu einem EU-Türkei-Gipfel am Sonntag eingeladen. Wir arbeiten an einer gemeinsamen Agenda, die aufbaut auf dem Gedanken guter nachbarschaftlicher Beziehungen. Da spielt natürlich die Öffnung von Kapiteln im Zusammenhang mit dem Beitrittsprozess eine Rolle. Da spielt auch das Thema Visaliberalisierung eine Rolle. Für uns spielt es eine Rolle, dass wir ein Rückführungsabkommen wollen, das nicht nur zum Ziel hat, dass türkische Bürger in die Türkei zurückgenommen werden, sondern uns auch in die Lage versetzt, Bürger von Drittstaaten in die Türkei zurückzuschicken. Aber wir haben hier eine gemeinsame Verantwortung.

Ich möchte daran erinnern: Gestern hat der NATO-Rat getagt angesichts des Abschusses des russischen Flugzeuges. Die Türkei und Griechenland sind NATO-Mitgliedstaaten. Aber im Verhältnis zwischen diesen beiden Partnern innerhalb der NATO herrscht im Augenblick Illegalität auf der Ägäis. Es kann uns alle nicht kaltlassen, dass die falschen Leute aus dem Elend und dem Leid der Flüchtlinge noch ein Geschäft machen. Deshalb müssen wir Illegalität durch Legalität ersetzen. Das liegt in unserem Interesse und im Interesse der Türkei.

Das heißt wirksamer Schutz in Kooperation mit der Türkei an der Außengrenze, Bekämpfung der Schleuserkriminalität und Verbesserung der Perspektiven der Flüchtlinge in der Türkei, was ihre Lebenssituation angeht. Das erfordert von uns Unterstützung auf materielle Art und Weise, auch durch Geld. Die Türkei hat bereits 7 Milliarden bis 8 Milliarden Euro ausgegeben. Sie hat 700 Millionen Euro als internationale Unterstützung bekommen. Die Türkei hat gesagt: Ihr als unsere Nachbarn müsst uns bei der Bewältigung dieser Aufgabe auch helfen. – Ich finde das ist richtig. Deshalb wird das Teil der EU-Türkei-Migra-

tionsagenda sein.

Zweitens – auch das gehört dazu – wird es darum gehen, wie wir auch durch legale Kontingente einen Beitrag dazu leisten können, dass die Türkei entlastet wird. Deshalb sind solche europaweit zu vereinbarende Kontingente ein Weg, aus Illegalität Legalität zu machen, aber auch die Prozesse besser zu ordnen und zu steuern und in Kombination mit der Bekämpfung der Fluchtursachen dann auch die Zahl der bei uns ankommenden Flüchtlinge zu reduzieren. Auch das ist unser Ziel.

Diese Aufgabe, wie ich sie jetzt dargestellt habe, erfordert natürlich Kraft, sie erfordert auch ein Stück Geduld, und sie erfordert Nachdruck. Das ist aber nach meiner festen Auffassung der Weg, den wir beschreiten müssen, um die Probleme zu lösen; denn die simple Abschottung wird nicht unser Problem lösen.

Dazu brauchen wir die Europäische Union als Ganzes. Die Erscheinung Europas ist im Augenblick verbesserungsmöglich, sage ich einmal.

Wir wissen, dass man in Europa oft einen langen Atem braucht, wir wissen, dass man oft dicke Bretter bohren muss, aber wir alle spüren: Wir stehen hier schon an einer entscheidenden Stelle. Wir haben die internationale Finanzkrise bewältigt, wir haben die Euro-Krise in großen Teilen gelöst. Wir sind noch nicht ganz am Ende; die Lehren haben wir noch nicht daraus gezogen.

Jetzt ist sozusagen der zweite Pfeiler der europäischen Integration in einer sehr schwierigen Situation. Es geht um die Frage, wie wir mit den innereuropäischen Freiheiten umgehen. Dafür steht der Schengen-Raum, dafür steht, dass wir vor Jahren im Vertrauen aufeinander die eigentlichen Grenzkontrollen an die Außengrenzen der Europäischen Union abgegeben haben. Ähnlich wie bei der Wirtschafts- und Währungsunion ist man auch bei diesem Schritt, der Schaffung des Schengen-Raums, im Grunde nicht ganz bis zum Ende dessen gegangen, was man hätte politisch lösen müssen.

Bei der Wirtschafts- und Währungsunion hat man zwar den Stabilitäts- und Wachstumspakt gemacht, aber wir haben uns nicht ausreichend darüber verständigt, in welche Richtung sich unsere Volkswirtschaften wirklich entwickeln wollen und welche Befugnisse die Europäische Kommission hat, wenn das in die falsche Richtung läuft.

Bei der Schaffung des Schengen-Raums und der Verlagerung der Kontrollen auf die Außengrenzen hat man den letzten Schritt, nämlich sich darüber Gedanken zu machen, wie denn bei einem Bewährungsdruck, einem großen

Druck auf die Außengrenzen, die Solidarität innerhalb der Europäischen Union aussieht, wie denn die Mandate aussehen, wie denn die Verteilung aussieht, nicht getan. Darüber hat man sich nicht geeinigt.

Genauso wie wir für die nachhaltige Erhaltung des Euros die letzten Schritte gehen müssen, müssen wir jetzt auch hier die nächsten Schritte gehen, weil sich erwiesen hat, dass das derzeitige System allein nicht ausreicht. Deshalb ist eine solidarische Verteilung von Flüchtlingen je nach Wirtschaftskraft und Gegebenheiten, wobei die Bereitschaft zu einem permanenten Verteilungsmechanismus gegeben sein muss, nicht irgendeine Petitesse, sondern sie berührt die Frage, ob der Schengen-Raum auf Dauer aufrechterhalten werden kann.

Nun frage ich aber auch: Was ist unsere, die deutsche Rolle? Ist die deutsche Rolle die, als Erster zu sagen: „Das geht nicht“? Oder ist die deutsche Rolle, als größte Volkswirtschaft in der Mitte Europas zu sagen: „Wir probieren es immer wieder und wieder“? Wir erleben die Flüchtlingsbewegung in dieser Dramatik noch nicht einmal ein halbes Jahr. Wenn wir eines Tages gefragt werden: „Habt ihr einen EU-Türkei-Gipfel versucht, habt ihr versucht, eure Außengrenzen zu schützen, habt ihr versucht, in Libyen eine Interimsregierung aufzubauen, habt ihr versucht, Hotspots aufzubauen“, und wir antworten: „Ein halbes Jahr hatten wir nicht die Kraft, ein halbes Jahr lang war uns zu lang, wir haben das nicht gemacht“, dann würde ich sagen, dass wir einen Riesenfehler gemacht haben. Das ist das, was nicht geht.

Immerhin haben wir kleine Erfolge, auf denen wir aufbauen können. 160 000 Flüchtlinge, schutzbedürftige Flüchtlinge, sollen aus den Hotspots verteilt werden. Der Aufbau der Hotspots gestaltet sich schwierig, aber es wäre nicht richtig, zu sagen, es geschehe gar nichts.

Wir werden von deutscher Seite, von österreichischer Seite, von schwedischer Seite hier auch noch einmal Druck machen. Wir sind im ständigen Gespräch mit der griechischen Regierung. Dafür will ich werben. Ich glaube, wir brauchen die Hotspots; ich bin überzeugt, wir brauchen sie. Sie sind inbegriffen in den Schutz der Außengrenzen.

Aber wer sagt: „Ihr baut jetzt für 50 000 oder vielleicht noch mehr Menschen Unterkünfte; ihr müsst nicht nur registrieren, sondern ihr müsst von dort aus auch die Rück-

führung vornehmen, wenn die Bleibewahrscheinlichkeit klein ist, und ihr müsst die Verteilung durchführen“ – obwohl Griechenland nicht genau weiß, mit welcher Begeisterung die anderen europäischen Mitgliedstaaten Griechenland die Flüchtlinge abnehmen –, muss bedenken: Nur wenn die innereuropäische Solidarität wirklich sicher ist, wird man mit Engagement und Leidenschaft solche Hotspots in seinem eigenen Land aufbauen. So hängen die Dinge eben sehr eng zusammen, und trotzdem gibt es aus meiner Sicht dazu keine vernünftige Alternative. Deshalb werden wir mit Hochdruck daran arbeiten.

Natürlich haben wir nationale Aufgaben. Auch da muss man im Übrigen feststellen, dass wir vieles in ziemlich kurzer Zeit zustande gebracht haben. Was leitet uns dabei? Dabei leitet uns der Grundsatz, dass die, die bei uns Schutz bekommen müssen – nach der Genfer Flüchtlingskonvention, die allerwenigsten ja nach dem Asylrecht, oder nach dem subsidiären Schutz –, von uns eine Bleibeperspektive bekommen, und zwar je schneller, umso besser, um dann auch die notwendigen Integrationsschritte einleiten zu können.

Aber die Bürgerinnen und Bürger sagen mit Recht auch: Wenn wir ein Rechtsstaat sind, wenn wir ein großzügiges Asylrecht haben, wenn wir die Genfer Flüchtlingskonvention einhalten wollen, wenn wir subsidiären Schutz geben, wenn wir auch noch viele Duldungen ermöglichen, dann erwarten wir aber auch, dass diejenigen, die in einem ebenso rechtsstaatlichen Verfahren als Bewerber auf einen Schutzstatus abgelehnt wurden, das Land wieder verlassen müssen, damit die, die Schutz brauchen, diesen Schutz von uns bekommen.

Darum drehen sich viele unserer Maßnahmen. Denn die Menschen werden sagen: Okay, wenn schon bestimmte rechtliche Vorschriften an der Außengrenze nicht eingehalten werden können, dann erwarten wir doch wenigstens, dass in Deutschland das, was zur Ordnung und Steuerung getan werden kann, getan wird.

Deshalb war der Schritt richtig, dafür zu sorgen, dass Herr Weise das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit leitet. Das ist nicht nur deshalb richtig, weil die Bearbeitungsprozesse jetzt beschleunigt werden können, da die Bundesagentur für Arbeit aus der Zeit von 5 Millionen Arbeitslosen über große Fähigkeiten und

Ist die deutsche Rolle die, als Erster zu sagen: „Das geht nicht“?

Wir wissen, dass man in Europa oft einen langen Atem braucht und dicke Bretter bohren muss.

auch Erfahrungen verfügt, wie man mit einer großen Zahl von Menschen solche Prozesse vernünftig organisiert, sondern auch, weil wir damit sicherstellen, dass der Weg für die, die einen Schutzstatus haben, in die Integration in den Arbeitsmarkt sehr gut funktionieren kann, weil wir hier keine Doppelarbeit mehr machen. Ich bin sowohl Thomas de Maizière als auch Andrea Nahles sehr dankbar, dass sie ohne die üblichen Fragen „Was ist meins, was ist deins, und was könnte mir verloren gehen?“ diesem Schritt zugestimmt haben. Das war ein Beispiel für tolle, schnelle und wirklich effiziente Politik.

Alle unsere Maßnahmen, die wir jetzt ergriffen haben und die wir noch umsetzen werden, haben im Grunde das Ziel, eine schnellere Abarbeitung der Asylanträge zu ermöglichen. Sie haben das Ziel, Kommunen, Bund und Ländern eine Verantwortungsgemeinschaft zu geben, so wie wir es jetzt mit der Übernahme von Kosten bei der Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes gemacht haben. Damit ist der Bund in einer völlig neuen Verantwortung, wie er sie im Zusammenhang mit Asylbewerbern nie hatte. Wir haben materielle Anreize verringert, die dazu beitragen könnten, dass Flüchtlinge hierbleiben und versuchen, immer wieder Gründe dafür zu finden, dass sie nicht ausreisen müssen. Wir haben deutliche Erfolge bei der Rückführung der Flüchtlinge des westlichen Balkans. Wir haben jetzt die ersten Rückführungen auf der Grundlage des Laissez-Passer-Verfahrens vorgenommen. Das heißt, auch wenn Pässe nicht da sind, kann eine Rückführung erfolgen. Die Balkanstaaten haben ihre Bereitschaft zur Aufnahme erklärt. Wir haben als Bund die Verantwortung übernommen und haben gesagt: Bei den Rückführungen der abgelehnten Asylbewerber wird der Bund die Passangelegenheiten regeln, weil es für die Länder zum Teil natürlich schwer ist, jeweils Pässe von Ländern wie Burkina Faso oder Bangladesch zu besorgen. All das sind notwendige Maßnahmen, genauso wie die Beschleunigung der Asylverfahren notwendig sind.

Ich denke, nachdem Bundestag und Bundesrat das Asylpaket I in einem ziemlich guten Tempo beschlossen haben, werden wir uns in den nächsten Tagen auch auf das Asylpaket II, dem wir noch einige Maßnahmen hinzufügen werden, einigen können; denn auch hiermit werden wichtige Dinge geregelt.

Wir müssen schon über diese Fragen sprechen. Es ist ein Unterschied, ob man 30 000 Asylbewerber hat oder 800 000. Es muss geklärt werden: Wer braucht den

Schutz, und wer muss unser Land wieder verlassen?

Meine Damen und Herren, deshalb ist noch etwas ganz wichtig: Es wäre ein geradezu tolles Beispiel föderaler Zusammenarbeit, wenn es gelingen würde, einen einheitlichen Flüchtlingsausweis zu haben, den der Flüchtling immer wieder vorzeigen kann – beim Antrag in der Kommune, bei Landesangelegenheiten und bei Fragen des BAMF, bei den Gerichten und bei der Bundesagentur für Arbeit –, sodass nicht doppelt, dreifach, vierfach und fünffach Registrierungen erfolgen.

Das wäre vernünftig. Dass wir erst eine Flüchtlingskrise brauchen, um so etwas zu schaffen, gehört auch zu den Besonderheiten Deutschlands. Da sieht man: In Krisen können auch Chancen liegen. Das, glaube ich, wird uns auch später noch bewusst werden.

Natürlich ist da noch das Thema der Integration. Wenn in Syrien einmal Frieden wäre, dann würden viele derer, die heute einen Aufenthaltsstatus nach der Genfer Flüchtlingskonvention haben, auch wieder zurück in ihre Heimat gehen.

Ich plädiere auch dafür, dass wir ihnen nicht einreden, dass sie das nicht tun sollten; denn die Idee, dass man auf der Welt nur in Deutschland gut leben kann, wird von den 7 Milliarden Weltenbürgern nicht geteilt. Das geht von ganz einfachen Fragen des Klimas

bis hin zu Ausbildung, Verwandtschaft, Bekanntheit und Freundschaft, niemand verlässt leichtfertig sein Land. Wenn die Bedingungen, in dieses Land zurückzukehren, wieder gegeben sind, dann haben wir und die Flüchtlinge einen Riesenerfolg gemeinsam erreicht. Deshalb gilt der Aufenthaltsstatus nach der Genfer Flüchtlingskonvention auch erst einmal nur für drei Jahre. Aber wir wissen nicht, wie die Zukunft ist, und deshalb plädiere ich dringend dafür, schnell mit der Integration zu beginnen; denn alles, was man hier lernt, kann man in jedem Leben nutzen – sowohl bei uns als auch in Syrien.

Ich sage ganz ausdrücklich: Wir machen Angebote zur Integration. Gemessen an dem, was sonst auf der Welt bezüglich der Integration von Flüchtlingen passiert, können wir, würde ich mal sagen, stolz auf das sein, was wir anbieten: Integrationskurse, Sprachkurse, Einarbeitung in die Arbeitswelt, Praktika und vieles andere mehr. Ich bedanke mich auch bei der deutschen Wirtschaft, dass sie ihre Bereitschaft, sich diesem Thema zu öffnen, von Anfang an ganz offen gezeigt hat.

Aber wir müssen auch sagen: Wir erwarten von den Menschen, die zu uns kommen, die bei uns Schutz bekommen, dass sie – das steht im Übrigen schon in der Genfer Flüchtlingskonvention – unsere Werteordnung, unsere ge-

setzliche Ordnung akzeptieren und dass sie auch ihren aktiven Beitrag dazu leisten, sich im Land zu integrieren. Die Sprache hat dabei einen zentralen Wert. Diese Erwartung müssen und dürfen wir auch klar aussprechen.

Dass wir die Flüchtlingsaufgabe stemmen können, hängt auch damit zusammen, dass wir in den letzten Jahren gut gewirtschaftet haben. Dass es trotz einer solchen Aufgabe, trotz völlig neuer Aufgaben des Bundes möglich ist, jetzt hier im November einen Haushalt für 2016 zu beschließen, der weiterhin ein ausgeglichener Haushalt ist, das spricht für unsere wirtschaftliche Stärke, und das spricht dafür, dass man gut wirtschaften soll, um nicht vorhergesehene Aufgaben meistern zu können.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat gestern gesagt: Wir werden im nächsten Jahr natürlich ein Stück auf Sicht fahren. – Aber das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts, im Übrigen keine Ein-tagfliege, sondern jetzt zum dritten Mal hintereinander geschafft, ist etwas, was wir nicht aufgeben sollten. Das sage ich ganz klar.

Wenn es sachliche Gründe gibt, darf man sich nie einmauern, aber man darf jetzt auch nicht so tun, als ob die Flüchtlingsaufgabe ein guter Grund ist, von allen Grundsätzen von früher abzuweichen. Das wird sicherlich noch manche Diskussion erfordern.

Wir haben eine Rekordbeschäftigung von 43,4 Millionen. Wir haben einen Rekord bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Wir haben ihn – das sage ich auch mit Blick auf meine eigenen Befürchtungen; daraus mache ich gar keinen Hehl – trotz des Mindestlohns, und das ist eine gute Bilanz. Dass wir die geringste Zahl von jugendlichen Arbeitslosen haben, ist auch gut.

Trotzdem dürfen wir auch angesichts der Tatsache der Flüchtlinge die 2,79 Millionen Arbeitslosen in Deutschland nicht vergessen, und das kann uns nicht ruhen lassen. Gerade den vielen, die unter 30 oder auch unter 35 sind, können wir nicht sagen: Passt mal auf, die einzige Möglichkeit, die wir für euch noch im Blick haben, sind viele Jahre Hartz IV. – Deshalb unterstütze ich alle Bemühungen, auch das nicht aus dem Blick zu nehmen und immer wieder zu schauen, wie wir Menschen helfen können, in den Arbeitsprozess zu kommen, die schon lange bei uns leben.

Wir müssen jetzt natürlich auch aufpassen – das haben wir oft besprochen –, dass wir nicht Konkurrenzen zwischen denen bekommen, die den Weg in den Arbeitsmarkt bei uns über Jahre nicht gefunden haben, und denen, die Flüchtlinge sind. Das ist auch ein Beitrag zum gesellschaftlichen Frieden. Deshalb müssen die Anstrengungen bei denen, die schon viele Jahre bei uns sind, im Grunde genauso verstärkt werden, wie die Anstrengungen bei der Integration der Flüchtlinge.

Angesichts der großen Aufgaben, die wir haben und die uns täglich beschäftigen, geraten Dinge, die sonst geradezu revolutionär gewesen wären, etwas in den Hintergrund. Ich will an dieser Stelle nur an all die Maßnahmen erinnern, die wir im Zusammenhang mit der Pflegeversicherung unternommen haben: die beiden Gesetze, den neuen Pflegebegriff – ein jahrelanges Projekt –, die Frage der Verbesserung der Palliativmedizin – nach der neulich sehr beeindruckenden Diskussion natürlich auch im Zusammenhang mit Sterbehilfe – und natürlich auch die Maßnahmen, die wir im Bereich des Krankenhauses unternommen haben; also alles Dinge, die unsere soziale Absicherung noch einmal zukunftsfester machen und die auf die Aufgaben aufgrund des demografischen Wandels eingehen.

Erinnern will ich auch an die Beschlüsse – darüber haben wir neulich gerade mit Herrn Gabriel im Kabinett gesprochen –, die wir zur Energie- und Klimawende gefasst haben. Über all diese Energiebeschlüsse hätten wir sicherlich kontrovers diskutiert. Aber sie wä-



Der CSU-Parteitag sorgte für Verstimmung zwischen den Schwesterparteien.

© picture alliance / Sven Simon

ren sozusagen ein ganz anderes Thema gewesen, weil wir hier in der Tat die Wende zu einer neuen Energiepolitik, aber auch die Annäherung an marktwirtschaftliche Mechanismen im Zusammenhang mit den erneuerbaren Energien sehr stetig, sehr beständig vollziehen. Wir werden ja im nächsten Jahr noch einmal einen schönen Kraftakt haben, wenn es um die nächste Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und um die Ausschreibung der zukünftigen Volumina geht. Das wird sicherlich noch eine harte Aufgabe werden.

Wir haben eine anspruchsvolle digitale Agenda, bei der wir vorangekommen sind. Wir haben – allen Augurenrufen zum Trotz – die Frequenzen versteigert. Das war gar nicht so einfach, und es war nicht absehbar, ob das so schnell gelingt. Wir haben damit Fördermittel für den Ausbau der Breitbandanbindung. Wenn man vor ein, anderthalb Jahren noch gefragt hat: „Wird Alexander Dobrindt es schaffen, dass wir unser Ziel, 50 MBit pro Sekunde bis 2018, wirklich erreichen?“, so redet man heute darüber, dass wir

mehr brauchen. Okay. Aber keiner fragt mehr, ob wir das schaffen, und das ist doch auch einmal eine gute Botschaft.

Wir haben unser Wort gehalten bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Wir liegen mit 14,5 Milliarden Euro in 2015 in der Spitzengruppe der Europäischen Union. Jeder spürt ja, dass die Entwicklung eines verlässlichen Deutschlands in der gesamten Forschungslandschaft viele Forscher aus dem Ausland wieder zu uns gebracht hat, sowohl im außeruniversitären Bereich als auch im universitären Bereich.

An der Stelle will ich dann doch noch sagen – Eckhardt Rehberg hat es bei der gestrigen Debatte über den Finanzhaushalt sehr ausführlich gemacht –: Unser Beitrag dort, wo es notwendig ist und wo unsere Bundesziele betroffen sind, dass zum Beispiel universitäre Forschung nicht absackt gegenüber außeruniversitärer Forschung, indem wir dann das BAföG übernommen haben, unsere Beiträge zur Unterstützung von Kommunen und Ländern sind so groß wie

bei keiner Bundesregierung zuvor.

Da ich weiß, dass es ja immer weitere Forderungen geben wird, will ich sagen: Wir können erst einmal stolz sein auf das, was wir machen, und sollten uns da wirklich den Schneid nicht abkaufen lassen. Es ist unglaublich, was da ging.

Abschließend, liebe Kolleginnen und Kollegen, wieder eine Rückkehr zu einem globalen Thema. Am Montag beginnt in Paris die Klimakonferenz. Die Frage, wie wir mit dem Klimawandel umgehen, wie wir ihn bewältigen, inwieweit wir eine Hoffnung haben auf die Einhaltung des Ziels, dass die Erderwärmung nicht größer als 2 Grad ist, wird für zukünftige Generationen viel zum Umgang mit der Frage von Flucht und Fluchtursachen beitragen.

Wir haben eine Konferenz in Paris, die gut vorbereitet ist, besser als die in Kopenhagen. Ich möchte Frau Hendricks und ihrem Team danken. Wenn ich mit dem französischen Präsidenten spreche, wird immer wieder auch gesagt, wie gut wir hier deutsch-französische Zusammenarbeit ganz praktisch zeigen. Ich möchte auch dem Entwicklungsminister für seine Beiträge im Zusammenhang mit dem Klimaschutz danken. So wird jetzt auf dieser Pari-

ser Konferenz 14 Tage lang sehr intensiv darüber gesprochen, ob es einen Pfad gibt, den wir dort glaubwürdig hin zur Erreichung des 2-Grad-Zieles führt.

Wir haben Abstriche machen müssen, wenn man das Kioto-Protokoll als durchgehend völkerrechtlich verbindlichen Plan mit verbindlichen Reduktionszielen sieht. Im Gegenzug haben wir aber doch bemerkenswerte Verpflichtungen von etwa 130 Ländern – ich kenne die im Moment aktuelle Zahl nicht –, die jetzt ihren Beitrag zum Klimaschutz der Öffentlichkeit präsentieren. Der bemerkenswerteste dabei ist vielleicht der chinesische: Das erste Schwellenland macht hier deutlich, dass es bereit ist, seine CO₂-Emissionen zu reduzieren. Das zielt auf das Jahr 2030; das ist noch lange hin. Aber immerhin – ich denke nur einmal an die Diskussionen vor zehn Jahren, als es noch einen unglaublichen Gegensatz zwischen Industrie- und Schwellenländern gab –, sehen wir da Fortschritte. Jetzt müssen wir es schaffen, völkerrechtlich verbindlich einen Über-

prüfungsmechanismus zu verabreden, damit glaubwürdig vermittelt werden kann, dass dieses Jahrhundert ein Jahrhundert der schrittweisen Dekarbonisierung ist.

Deutschland wird sich hier intensiv einbringen. Ich hoffe auf einen Erfolg dieser Klimakonferenz. Sie könnte auch ein wunderbares Signal gegen Terror, gegen Krieg und zur Bekämpfung der Fluchtursachen sein.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, selten haben wir so hautnah erlebt, wie unser eigenes deutsches Handeln und Tun in eine globale Welt eingebettet ist. Dieses Jahr hat uns in umfänglicher Weise bewusst gemacht: Wir leben in einer gemeinsamen Welt. Wir können, wenn jeder seinen Beitrag leistet, in Zusammenarbeit die Probleme bewältigen. – Ich bin davon überzeugt, oder andersherum: Wir schaffen das. Aber es wird vieler Anstrengungen bedürfen und auch eines hohen Maßes an neuem Denken.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der SPD)

Wir haben eine anspruchsvolle digitale Agenda, bei der wir vorangekommen sind.

Wir schaffen das. Aber es wird vieler Anstrengungen und neues Denkens bedürfen.

Dr. Anton Hofreiter, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN:

Die Kriegslogik führt zu falschen Fronten



Anton Hofreiter (*1970)
Landesliste Bayern

Wir sind tief erschüttert von den Pariser Terroranschlägen. Wir sind fassungslos über die Brutalität und die Grausamkeit, mit der so viele Menschen ermordet wurden. Ich schließe mich meinen Vorrednern an, und auch ich sage für meine Fraktion: Wir stehen zu den Menschen in Paris. Wir stehen auch zu den Menschen in Beirut und Bamaako. Wir stehen zu den Menschen in Tunis. Und wir gedenken auch der Opfer der abgeschosse-

nen russischen Zivilmaschine. All jene, die in den letzten Tagen durch Terroristen ermordet wurden, sind unschuldige Menschen.

Wieder einmal müssen wir uns fragen: „Wie antworten wir auf den Terror?“ – eine Frage, die wir uns in den letzten Jahren zu oft stellen mussten: nach dem 11. September, nach den Anschlägen von Madrid und London. Diese Serie ließe sich fortsetzen.

Was wir in diesen Tagen in Brüssel sehen, ist bedrückend. Wenn es den Terroristen gelingt, die westlichen Metropolen dauerhaft in Angst und Schrecken zu versetzen, in Misstrauen und gegenseitigen Hass, dann haben sie eines ihrer zentralen Ziele erreicht und haben fast gewonnen. Der Ausnahmezustand von Paris und Brüssel darf daher nicht zum Normalfall werden. Wir dürfen uns von den Terroristen nicht einschüchtern lassen! Wir dürfen uns unsere Freiheit und unser Leben nicht wegnehmen lassen!

Auch wenn es sicher schwerfällt: Wir müssen besonnen, durch-

dacht und mit kühlem Kopf handeln, statt hysterisch und reflexhaft.

Leider ein trauriges Musterbeispiel für eine dumme und falsche Reaktion hat wieder einmal die CSU geliefert. Herrn Söder fällt keine 24 Stunden nach dem Terroranschlag ein, man solle jetzt sofort die Grenzen schließen für die Menschen, die vor genau dieser Art von Terror fliehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, so etwas ist beschämend, und Sie sollten sich ganz schnell einmal überlegen, wie Sie diesem Herrn Anstand beibringen können.

Viele haben in den Tagen nach dem Anschlag in Paris von Krieg gesprochen. Es ist sicher verständlich, wenn man auf diesen Begriff kommt. Aber wir sollten uns fragen, ob die Rhetorik des Krieges angemessen und klug ist. Wer bei Terror von Krieg redet, gerät in eine Logik, die mehr vernebelt als klärt. Die Kriegslogik führt zu falschen Fronten. ISIS führt sicher Krieg, aber dieser Krieg findet in

Syrien und im Irak statt. Die Hauptleidtragenden des islamistischen Terrors sind die Menschen in diesen Ländern. Zehntausende von ihnen sind ihm zum Opfer gefallen. Auch ihnen sind wir Solidarität und Hilfe schuldig.

Der Kriegslogik folgt der sogenannte War on Terror seit 14 Jahren. Klar: ISIS muss auch militärisch bekämpft werden. Aber: Was ist denn die Bilanz des sogenannten War on Terror seit 14 Jahren? Wenn ich auf die Bilanz dieser 14 Jahre Terrorbekämpfung schaue, dann ist diese Bilanz wirklich ernüchternd. Die Lage ist in den vergangenen 14 Jahren doch nicht besser geworden. Al Qaida ist in Teilen geschwächt, aber dafür sind andere terroristische Organisationen wie IS und Boko Haram deutlich gestärkt. Tausende junger Menschen sind aus Europa nach Syrien und in den Irak gegangen, um dort als Terroristen zu kämpfen und zu morden. Es herrscht in mehr Ländern Krieg und Bürgerkrieg. Wir haben doch die Begrenztheit militärischer Mittel in Afghanistan erlebt. Wir haben ihre ungewollten und katastrophalen Konsequenzen im Irak gesehen.

Wir sehen, wenn man an den Drohnenkrieg denkt, die destabilisierende Wirkung des Drohnenkrieges in Pakistan. Deshalb: Besonnenheit, kühler Kopf und kluge Analyse sind das Gebot der Stunde und nicht, die alten Fehler seit 14 Jahren zu wiederholen.

Es braucht eine Gesamtstrategie zur Bekämpfung des IS. Es ist richtig, dass gegen IS militärisch gekämpft werden muss. Aber es ist auch klar, dass er am Ende nur politisch besiegt werden kann. Der Abschuss des russischen Kampfflugzeuges durch türkische Kampfflugzeuge hat diesen Bemühungen einen schweren Rückschlag zugefügt. Aber wir müssen uns bemühen und dafür sorgen und alles daransetzen, dass es bei den Gesprächen in Wien zu einer internationalen Zusammenarbeit im Kampf gegen den IS kommt: zwischen den regionalen und den internationalen Kräften, zwischen Iran und der Türkei, zwischen den USA und Russland. Wir müssen auch dafür sorgen, dass es gelingt, dass ein Waffenstillstand erzielt wird zwischen

Wir haben doch die Begrenztheit militärischer Mittel in Afghanistan erlebt.

Fortsetzung auf nächster Seite

den Überresten des Baath-Regimes, den Überresten der gemäßigten Rebellen und der syrischen Kurden, damit eine Chance besteht, dass dieser Kampf auch erfolgreich ist. Den Terror und ISIS zu bekämpfen, ist die eine Sache; aber sie erfolgreich zu bekämpfen, ist die andere Sache. Dafür braucht es eine politische Einigung.

Dafür braucht es auch eine Lösung für das Problem Assad. Eines sollten wir auch nie vergessen: Assad ist die Quelle der Ursache. Ein Großteil der in

Syrien ermordeten Menschen ist von Assad ermordet worden. Deshalb müssen wir uns überlegen: Wie kann es gelingen, Assad da herauszunehmen, eine Regierung der nationalen Einheit in Syrien zu schaffen und dann, nach der politischen Einigung, einen gemeinsamen, von der UN getragenen Kampf gegen ISIS zu organisieren, damit man nicht nur militärisch agiert, sondern auch erfolgreich?

Besonnenheit und kluge Analyse bedeuten natürlich nicht Untätigkeit. „Krieg“ ist für das, was wir in Europa haben, in meinen Augen der falscheste Begriff. Es geht darum, den Terror zu bekämpfen. Wir müssen natürlich für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger sorgen. Aber auch hier heißt das, nach klarer Analyse vorzugehen. Nach dem 11. September wurde schon einmal im Namen des Krieges die Freiheit unverhältnismäßig eingeschränkt. Mit welchem Ergebnis? Überall in Europa entfaltet die Geheimdienste ein Eigenleben. Wir konnten erleben, wie Geheimdienste aus Europa die US-amerikanischen Geheimdienste bei Entführungen, bei Folter unterstützt haben. Guantánamo und Abu Ghuraib sind die symbolhaften Namen für diese Fehlentwicklung. Aber es gab nicht nur schwere Menschenrechtsverletzungen, sondern es war auch noch massiv kontraproduktiv. Die Bilder von Abu Ghuraib haben mehr Terroristen produziert als viele andere Maßnahmen. Deshalb dürfen wir diese Fehler nicht wiederholen, erstens wegen der Menschenrechte und zweitens wegen der kontraproduktiven Wirkung.

Beim Kampf gegen den Terror brauchen wir echte Politik, brauchen wir Maßnahmen, die wirken, und nicht reine Symbolpolitik. Wir brauchen deshalb eine gut ausgestattete Polizei, die ausreichend Personal und Mittel hat. Wir brauchen nicht wieder den reflexhaften Ruf nach einem Einsatz der Bundeswehr im Innern.

Die Bundeswehr kann vieles

gut, aber sie ist nicht dafür ausgebildet, Terror im Innern zu bekämpfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen natürlich eine Überwachung der Terrorverdächtigen. Wir brauchen eine bessere Zusammenarbeit der Polizei über die Grenzen hinweg. Aber die totale Überwachung durch die Geheimdienste kann doch nicht die Antwort sein. Ich kann nicht erkennen, dass das irgendein Beitrag zur Terrorbekämpfung ist, wenn der BND den französischen Außenminister oder die europäischen Botschaften überwacht.

Wenn wir unserem Inlandsgeheimdienst gestatten, alle hier im Saal, alle Bürger zu überwachen, dann bekommen wir sicherlich einen gigantischen Datenwust, mit dem am Ende nicht mehr viel anzufangen ist; aber es ist ganz sicher kein Beitrag zur Bekämpfung des Terrors. Man muss fokussieren und die Polizei so ausstatten, dass sie in der Lage ist, die Terrorverdächtigen zu überwachen – nicht uns alle hier im Saal oder alle Bürger in diesem Land.

Was wir im Kampf gegen den Terror allerdings vor allem brauchen, ist die Prävention. Wie kann es sein, dass junge Menschen, die hier bei uns aufgewachsen sind, sich solchen menschenverachtenden Ideologien anschließen und in den Dschihad ziehen? Darauf gibt es sicherlich keine einfache und keine schnelle Antwort. Integrationsarbeit, Bildungsarbeit, Jugendarbeit, Sozialarbeit bilden den wichtigsten Teil der Prävention von Terror. Wir müssen unseren jungen Menschen Chancen bieten. Natürlich müssen wir auch den radikalen Hasspredigern das Handwerk legen. Da haben wir auch in Deutschland einen massiven Nachholbedarf. Selbst der BKA-Präsident sagt uns: Die wichtigste Maßnahme im Kampf gegen den Terror ist, dafür zu sorgen, dass sich junge Menschen deradikalisieren bzw. erst gar nicht radikalisieren; denn wenn die Zahl der Gefährder so hoch bleibt, dann können wir gar nicht genug Polizisten einstellen, um sie alle zu überwachen. Deshalb ist gute Sozialpolitik harte, echte und wichtige Sicherheitspolitik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen keine Scheinpolitik und keine Symbolpolitik, sondern Politik mit Weitsicht. Eine Politik, die vorsagt, die über den Tag hinaus denkt – das wäre heute notwendig. Aber wenn ich mir anschau, was Sie machen, wie Sie mit der fundamentalen Klimakrise, den großen Flucht-

und Migrationsbewegungen, der großen Investitionslücke, die wir schließen müssen, damit unsere Gesellschaft eine Zukunft hat, und mit der Zunahme rechtspopulistischer Umtriebe umgehen, dann stelle ich mir die Frage: Was macht eigentlich diese Regierung?

Wir wissen doch: Wenn eine Regierung handlungsunfähig und zerstritten wirkt, dann erhalten rechtsextreme und rechtspopulistische Organisationen Zulauf.

Da ignoriert der Innenminister de Maizière, was die Bundeskanzlerin und der Kanzleramtsminister Altmaier vorgeben, und arbeitet auf eigene Rechnung. Da redet der CSU-Vorsitzende von Notwehr gegenüber der eigenen Bundesregierung. Da vergleicht ein Finanzminister Schutzsuchende Menschen mit Naturkatastrophen und denunziert die Kanzlerin als die Auslöserin des Ganzen. Da taumelt ein Vizekanzler auf der Suche nach Schlagzeilen zwischen Pegida-Besuch und „Pack“-Beschimpfung, zwischen Menschenrechten und Abschottung, bis den SPD-Beobachtern nur noch das Grausen kommt. Da stellt sich ein Ministerpräsident von der CSU hin und maßregelt die Bundeskanzlerin auf offener Bühne, als wenn sie ein Schulmädchen wäre, und dann hat er noch nicht einmal die Größe, sich bei ihr zu entschuldigen.

Wissen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, nun könnte man sich als Opposition darüber freuen, dass man es mit so einer zerstrittenen, so einer armseligen und so einer handlungsunfähigen Regierung zu tun hat. Aber dafür sind die Probleme wirklich zu ernst.

Die Probleme sind wirklich zu groß, als dass wir uns eine zerstrittene Regierung leisten können. Deshalb: Reißen Sie sich endlich zusammen! Machen Sie Schluss mit diesem Theater!

Unser Land hat wirklich große Aufgaben vor sich. Wir müssen die vielen Schutzsuchenden bei uns integrieren, und wir müssen unverzüglich damit anfangen. Ja, Frau Merkel, wir schaffen das. Aber es muss auch geklärt werden, wie wir das schaffen, und dazu braucht es nicht nur Anregungen der Opposition, sondern dazu braucht es auch Beschlüsse der Bundesregierung. Deshalb kann ich nur sagen: Stimmen Sie unseren Anträgen zum Haushalt zu. Wie wäre es denn mit 600 Millionen Euro mehr für Integrationskurse, wie wir sie beantragen und gegenfinanzieren?

Wie wäre es denn mit 350 Millionen Euro mehr für die Jobcenter, wie wir sie beantragen und gegenfinanzieren?

Oder wie wäre es mit einem 2-Milliarden-Paket für den sozialen Wohnungsbau – der sowieso

dringend notwendig ist –, wie wir es beantragen und gegenfinanzieren?

Sie haben doch selbst gesagt: Die Randbedingungen sind gut, die Zinsen sind so niedrig wie nie, und unsere Steuereinnahmen sind entsprechend gut. – Ja, darüber kann man sich freuen, aber man muss auch etwas daraus machen. Man darf keinen Haushalt vorlegen, der keinen Mut hat, kein Herz und keinen Plan. Machen Sie endlich was, und reden Sie nicht bloß!

Frau Merkel, ich gebe gerne zu: Ich freue mich wirklich – und wir werden oft dafür getadelt, dass wir Frau Merkel zu sehr loben –, dass Sie dem Sperrfeuer aus Ihren eigenen Reihen bisher standgehalten haben.

Aber wenn Sie es zulassen, dass die jüngsten Planungen für ein neues Asylgesetz umgesetzt werden – geplant sind Schnellverfahren, die quasi jeden Flüchtling treffen können, eine Aussetzung des Familiennachzugs, Abschiebung auch schwerkranker Flüchtlinge –, dann, Frau Merkel, zeigt Deutschland leider kein freundliches Gesicht mehr, sondern dann zeigt es eine hässliche Fratze. Überlegen Sie sich das also noch einmal gut, und verhindern Sie das.

Überlegen wir uns doch einmal, was das Aussetzen des Familiennachzugs perspektivisch bedeutet:

Das Aussetzen des Familiennachzugs bedeutet perspektivisch, dass sich Frauen und Kinder auf den gefährlichen Weg machen, vielleicht über das Mittelmeer, und ein Teil von ihnen unter Umständen ertrinkt. Wollen wir das verantworten? Ich will das nicht verantworten. Ich glaube, das kann man auch nicht verantworten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU, Sie behaupten doch immer, dass Ihnen die Familie wichtig ist. Das kann doch nicht nur für deutsche Familien gelten. Artikel 6 Grundgesetz gilt für alle Familien. Geben Sie sich einen Ruck, seien Sie anständig, und sorgen Sie dafür, dass Frauen und Kinder nicht auf den lebensgefährlichen Weg über das Mittelmeer gezwungen werden. Das kann nicht deutsche Politik sein. Das darf nicht deutsche Politik sein.

Während die Regierung gelähmt zu sein scheint, der Kanzleramtsminister und Flüchtlingskoordinator auf der einen Seite und der Innenminister auf der anderen Seite gegeneinander arbeiten, schufteten draußen im Lande Unmengen Menschen. Ich muss sagen: Ich

bin den Ehrenamtlichen wirklich sehr dankbar für all das, was sie leisten, und ich bin auch den Hauptamtlichen sehr dankbar für all das, was sie leisten; denn sie beweisen jeden Tag all denen, die das Kippen der Stimmung herbeireden wollen, die herbeireden wollen, dass wir das nicht schaffen: Doch, wir schaffen das; wir können das, und wir packen das.

Es ist häufig von der Bekämpfung von Fluchtursachen die Rede. Es fliehen Menschen aus vielen Ländern. Wir haben Probleme mit dem islamistischen Terror in vielen Ländern und Bürgerkriege in vielen Ländern. Schauen wir uns Mali an, wo die Bundeswehr bereits im Einsatz ist. Man muss klar sagen: Die Bundeswehr gibt sich sehr viel Mühe. Wir unterstützen diese Einsätze. Ich danke den Soldaten dafür, dass sie diese schwierige und zum Teil auch sehr gefährliche Aufgabe wahrnehmen. Es gibt auch eine ganze Reihe ziviler und ehrenamtlicher Helfer, die diesem Land auf die Beine helfen wollen. Ich war vor kurzem in Mali und habe mir das angeschaut. In Mali läuft vieles richtig. Was in Mali aber nicht in Gang kommt, ist die einheimische Wirtschaft. Eines der Hauptprodukte von Mali ist Baumwolle. Des Weiteren werden dort andere landwirtschaftliche Produkte produziert.

Jetzt ist es so, dass die Baumwolle und die landwirtschaftlichen Produkte Malis nicht konkurrenzfähig sind. Warum sind sie nicht konkurrenzfähig? Dafür, dass die Baumwolle Malis nicht konkurrenzfähig ist, sind nicht wir verantwortlich. Dafür ist nicht Europa verantwortlich, sondern dafür sind die USA verantwortlich. Die USA haben in den vergangenen 20 Jahren 30 Milliarden US-Dollar an ihre Baumwollfarmer bezahlt. Dass die anderen landwirtschaftlichen Produkte Malis nicht konkurrenzfähig sind, das liegt an uns, an Europa. Wir zahlen 50 Milliarden Euro Subventionen, und mit unseren subventionierten Lebensmitteln, wovon ein erheblicher Anteil exportiert wird, machen wir die Wirtschaft in Ländern wie Mali kaputt.

Wenn wir in vielleicht 10 oder 15 Jahren hier stehen und darüber sprechen, warum der Einsatz in Mali schiefgegangen ist – das kann hoffentlich verhindert werden –, warum es nicht gelungen ist, dieses Land zu stabilisieren und zu wirtschaftlichem Wohlstand zu führen, obwohl wir doch einen Bundeswehreininsatz hatten, obwohl wir diesen Bundeswehreininsatz ausgeweitet haben, obwohl wir viel Entwicklungshilfe

**Besonnenheit
und kluge
Analyse
bedeuten
natürlich nicht
Untätigkeit.**

**Man darf
keinen Haushalt
vorlegen, der
keinen Mut hat,
kein Herz und
keinen Plan.**

gezahlt haben, obwohl wir uns doch alle Mühe gegeben haben, dann könnte man bei folgender Ursache landen: Weil man sich nicht an die Subventionen für die industrielle Landwirtschaft bei uns und in den USA herangetraut hat. – Das ist schlichtweg ein Problem. Man muss die Probleme halt an den Ursachen anpacken.

Wenn es in einem Land keine ökonomische Entwicklung gibt, dann kann das daran liegen, dass wir die ökonomische Entwicklung in diesem Land mit subventionierten Produkten kaputt machen. Da können Sie von der CSU lachen und schreien; das macht es nicht besser. Es sollte doch in unserem Interesse sein, dass es diesem Land besser geht.

Schauen Sie sich doch einfach einmal die Tatsachen an.

Dass Sie dieses Problem nicht angehen, ist aus Ihrer Sicht ja zu verstehen: Da muss man sich mit Lobbyisten anlegen, und es wird kurzfristig ökonomische Auseinandersetzungen geben.

Das mag alles lästig und schwierig sein; aber man muss doch dafür

sorgen, dass die Probleme an der Wurzel angepackt werden. Wir sollten nicht nur dafür sorgen, dass es einen ordentlichen Bundeswehreininsatz in Mali gibt, sondern auch dafür, dass die einheimische Wirtschaft von Mali die Chance hat, zu funktionieren. Deswegen sollten wir aufhören, diese einheimische Wirtschaft mit subventionierten Produkten aus Europa, aus Deutschland und aus den USA kaputtzumachen.

Ein weiteres Beispiel. Schauen wir uns den Umgang mit Saudi-Arabien an. Navid Kermani hat uns darauf hingewiesen, dass das Lehrmaterial, das in Saudi-Arabien verwendet wird, und das Lehrmaterial, das bei ISIS verwendet wird – die haben sogar Schulen –, zu 95 Prozent identisch sind. In Saudi-Arabien wurden dieses Jahr schon mehr Menschen geköpft als im Territorium des sogenannten „Islamischen Staats“, den man, glaube ich, besser Da'isch nennen sollte.

Saudi-Arabien ist das Zentrum des Wahhabismus, einer islamistischen Ideologie, die von der Ideologie der Terroristen kaum zu un-

terscheiden ist. Aus Saudi-Arabien wird nach allem, was man erkennen kann, ISIS finanziert. In Saudi-Arabien haben Frauen fast keine Rechte. In Saudi-Arabien ist das Ausüben anderer Religionen bei schwerster Strafe verboten. Menschenrechtler wie Badawi werden ausgepeitscht und zu barbarischen Strafen verurteilt. Saudi-Arabien exportiert diese fundamentalistische Ideologie in viele Länder. Saudi-Arabien führt im Jemen einen barbarischen Krieg mit vielen zivilen Toten.

Wenn man sich das anschaut – das ist einfach nur eine nüchterne Aufzählung –, dann müsste man doch denken: Das ist ein Land, auf das die Bundesregierung, auf das der demokratische Westen massiv Druck ausüben sollte, sein Verhalten zu ändern. – Aber was ist der Fall? Die Bundesregierung behandelt Saudi-Arabien als engsten Verbündeten, liefert dorthin Waffen und kauft dort billiges Öl. Wenn wir diese Politik nicht verändern, die nach diesem ganz alten und schlechten Muster „He may be a bastard, but he is our bastard“

funktioniert, dann werden wir nie in der Lage sein, die Probleme wirklich anzupacken.

Als allerletzten Punkt schaue ich mir an, wie Sie Klimapolitik machen. Ja, Sie sprechen davon, dass wir das 2-Grad-Ziel einhalten müssen. Ja, wir wissen, dass wir das 2-Grad-Ziel einhalten müssen, dass wir es dringend einhalten müssen, weil sonst unsere eigenen Lebensgrundlagen zerstört werden. Das sagt uns die gesamte Wissenschaft. Sie sagen es ja selbst, Frau Merkel. Wenn ich mir die Politik in der Bundesrepublik Deutschland anschau, muss ich sagen: Es passiert viel zu wenig im Kampf gegen den Klimawandel in Deutschland. Wir geben jetzt 1,6 Milliarden Euro als Subventionen für die Braunkohle. Im Bereich des Verkehrs und der Mobilität passiert überhaupt nichts; das wundert einen vielleicht nicht bei diesem Minister. Im Bereich der Wärmedämmung kommen wir nicht voran.

Sie werden Ihre Ziele, die Sie sich in Ihrer ersten Koalition selbst gesetzt haben, ganz massiv verfehlen. Das alles geschieht in der Bundesrepublik Deutschland, der viertgrößten Industrienation. Es hilft doch nichts, wenn Sie auf

den großen Konferenzen immer nur nett lächeln, sich feiern lassen, sich als Klimakanzlerin darstellen, und dann, wenn Sie nach Hause kommen, von Dekarbonisierung und Klima-

schutz nichts mehr wissen wollen. Klimaschutz ist konkret. Klimaschutz fängt in den einzelnen Ländern an. Handeln Sie endlich! Sorgen Sie dafür, dass wir zu einer anderen Mobilität kommen, dass wir zu einer anderen Energieversorgung kommen und dass es endlich mit der Wärmedämmung vorangeht.

(Anhaltender Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Thomas Oppermann, SPD:

Wir dürfen nicht kopflos agieren



Thomas Oppermann (*1954)
Wahlkreis Göttingen

Die Terrorangriffe der letzten Tage und Wochen, gestern in Tunesien, dann in Mali, in Frankreich, auf der Sinai-Halbinsel, haben die Menschen weltweit verunsichert und ein großes Mitgefühl ausgelöst. Insbesondere die Terroranschläge in Paris vor zehn Tagen haben die französische Gesellschaft schwer getroffen. Deshalb möchte ich gleich am Anfang meiner Rede der Bundeskanzlerin, aber auch dem Vizekanzler meinen Dank aussprechen. Sie haben sofort unmissverständlich klargemacht: Wir stehen an der Seite von Frankreich. Wir haben eine tief empfundene Freundschaft und Solidarität mit Frankreich. Präsident Hollande hat uns um unseren Beistand

gebeten. Es ist völlig klar, dass wir unseren Beitrag dazu leisten werden.

Ich finde, es war eine besonnene Entscheidung des französischen Präsidenten, sich nicht auf den Bündnisfall nach Artikel 5 des NATO-Vertrages zu berufen, sondern auf die Beistandsklausel nach dem EU-Vertrag; denn das Bündnis gegen den IS muss breiter angelegt werden als die NATO. Dieser Kampf kann nur erfolgreich sein, wenn auch Russland, wenn auch Regionalmächte wie Iran und Saudi-Arabien eingebunden werden, es also eine breite Allianz der internationalen Staatengemeinschaft gibt.

Diese Allianz droht jetzt durch den Abschuss eines Kampfflugzeuges an der syrisch-türkischen Grenze gefährdet zu werden. Frank-Walter Steinmeier hat nach dem Terroranschlag von Paris an den Wiener Verhandlungen teilgenommen und gesagt: Nach diesem Terroranschlag ist die Welt ein bisschen näher zusammengerückt. – Die Allianz gegen den IS-Terror schien in greifbarer Nähe zu sein. Jetzt darf die Welt aber nicht wieder auseinanderrücken.

Auch wenn es für uns alle schwer verständlich ist, wie es in einer solch angespannten Lage dazu kommen konnte, dass trotz

wiederholter Grenzverletzungen ein Flugzeug abgeschossen wird, muss doch klar sein: Der Stellvertreterkrieg auf syrischem Boden kann doch nur beendet werden, wenn es jetzt nicht zu einer Ausweitung des Konfliktes kommt, indem sich die Stellvertreter selbst gegenseitig attackieren.

Deshalb muss alles für eine Deeskalation dieses Konfliktes getan werden. Das ist eine Chance, die auf keinen Fall vertan werden darf.

Diese Art der Terroranschläge – mit Selbstmordattentätern – gibt es schon lange. Aber das ist für uns in Europa eine neue Erfahrung. Den Terroristen der RAF ging es darum, die Repräsentanten des Staates zu treffen. Als al-Qaida das Attentat gegen das World Trade Center durchführte, ging es auch darum, ein Symbol des internationalen Finanzkapitalismus zu treffen. Als der Terroranschlag gegen Charlie Hebdo durchgeführt wurde, ging es auch darum, die Pressefreiheit und die Meinungsfreiheit zu treffen. Aber bei den Anschlägen vom 13. November dieses Jahres ging es nicht mehr um Symbole oder Institutionen. Es ging darum, die Menschen direkt in ihrem Alltag zu treffen: in Cafés und Restaurants, beim Fußballspiel oder bei Konzertveranstaltungen. Das war ein direkter Angriff auf unsere Gesellschaft.

Das war ein direkter Angriff auf unsere Gesellschaft.

Ich kann verstehen, wenn jetzt auch Menschen bei uns Angst haben und unsicher sind. Aber das darf nicht dazu führen, dass wir jetzt kopflos agieren; denn genau das wollen die Terroristen. Sie wollen Angst verbreiten. Das dürfen und werden wir nicht zulassen.

Die Bilder, die uns vom vergangenen Wochenende aus Paris erreicht haben, machen auch Mut. Die Berliner Schaubühne hatte in den letzten Tagen ein Gastspiel in Paris. Die Befürchtung, dass viele Theaterkarten zurückgegeben werden, traf nicht ein. Im Gegenteil: Die Anrufer wollen nicht stornieren, sondern mit ihrem Besuch ganz bewusst ein Zeichen des Widerstandes gegen den Terror setzen. Unser stärkstes Argument gegen den Terror ist es, keine Angst zu haben, hat Barack Obama gesagt. Das ist richtig. Wir müssen entschlossen handeln. Aber vor allem müssen wir besonnen bleiben.

Deshalb möchte ich Ihnen, Herr de Maizière, ausdrücklich für das danken, was Sie letzte Woche bei der BKA-Tagung gesagt haben – ich zitiere sinngemäß –: Welches Extrem in der Sicherheitspolitik gerade überwiegt, hängt von der gefühlten Bedrohungslage ab, oft auch von dem Bedürfnis nach Stimmungsmache. Ich warne allerdings davor, von einem Extrem

in das andere zu fallen. Egal aus welcher Richtung der Wind weht: Wir müssen Kurs halten, mit Maß und Mitte. – Herr de Maizière, ich kann mich Ihren Worten nur anschließen. Wir werden unsere freiheitliche Gesellschaft entschlossen, aber mit Maß und Mitte verteidigen.

„Besonnen handeln“ heißt für mich: Wir dürfen die Debatte über die innere Sicherheit nicht auf dem Rücken der Flüchtlinge austragen. Natürlich kann niemand ausschließen, dass sich auch ein Terrorist oder Krimineller unter die Flüchtlinge mischen. Es gab ja auch den Verdacht. Offenkundig hat es sich aber um eine gelegte Spur gehandelt.

All das rechtfertigt in keinem Fall einen Generalverdacht gegen Flüchtlinge. Wir dürfen die Opfer, die vor dem Terror zu uns fliehen, nicht zu Tätern machen.

Ein Ziel der Terroristen ist es auch, die moderaten und gemäßigten Muslime in Misskredit zu bringen. Deshalb ist es richtig, dass Navid Kermani sagt: Dagegen müssen sich auch die Muslime zur Wehr setzen. – Er hat sie aufgefordert, dagegen aufzubegehren, dass Terroristen im Namen ihrer Religion handeln, und das tun auch die meisten gemäßigten Muslime in diesem Lande.

Es passiert viel zu wenig im Kampf gegen den Klimawandel in Deutschland.

Wir dürfen die Opfer, die vor dem Terror zu uns fliehen, nicht zu Tätern machen.

Im Übrigen müssen wir der Tatsache ins Auge schauen: Der islamistische Terror ist in vielen Bereichen ein hausgemachtes, ein europäisches Problem. Die Drahtzieher der Anschläge von Paris sind in Europa geboren und aufgewachsen. 750 Deutsche sind nach Syrien gereist, um für den IS zu kämpfen. Nicht 750 Syrer sind nach Deutschland gereist, um hier Terroranschläge auszuüben, sondern umgekehrt: 750 Deutsche sind nach Syrien gegangen. Über 420 hochgefährliche, gewaltbereite Islamisten leben in Deutschland. Manche von ihnen müssen die Sicherheitsbehörden rund um die Uhr im Auge haben.

Das alles erfordert ein hohes Maß an Wachsamkeit. Dies ist ein Kraftakt für unsere Polizei. Wir können froh sein, dass sie es mit großem Einsatz, mit Geschick und auch mit ein bisschen Glück geschafft hat, uns bisher vor schweren Terroranschlägen zu bewahren. Dafür möchte ich allen Mitarbeitern der Sicherheitsbehörden ganz ausdrücklich danken.

Auch deshalb ist es richtig, dass wir jetzt 3 000 neue Stellen für die Bundespolizei schaffen. Ich finde es gut und bin froh, dass die Zeit, in der die Finanzminister von Bund und Ländern bei der Polizei Stellen abbauen konnten, endgültig der Vergangenheit angehört.

Zur Besonnenheit gehört für mich aber auch, dass nicht nach jedem Terroranschlag eine Grundsatzerdebatte über die exakt definierte Rolle der Bundeswehr in unserem Grundgesetz geführt wird.

Wir wollen und wir brauchen keine Militarisierung der inneren Sicherheit. Soldaten werden für ganz andere Sachen ausgebildet als die Polizei. Deshalb bleibt es dabei: Die Polizei ist zuständig für die innere, die Bundeswehr ist zuständig für die äußere Sicherheit.

Was wir in diesen Zeiten neben einer guten Polizei dringend brauchen, sind funktionierende Nachrichtendienste, die sich mit ihren Partnern austauschen und Fundamentalisten und potenzielle Gewalttäter im Blick haben. Dass wir starke Nachrichtendienste wollen, kann man daran sehen, dass wir im Haushalt erhebliche Mittel für zusätzliches Personal bereitstellen.

Was wir aber nicht brauchen, ist ein Bundesnachrichtendienst, der den französischen Außenminister Laurent Fabius abhört, meine Damen und Herren. Was ist das für ein grotesker Vorgang!

Einmal abgesehen davon, dass sich so etwas unter Freunden nicht gehört: Wer so etwas macht, ist ganz offenkundig nicht auf die

eigentlichen Gefahren fokussiert, die unserem Gemeinwesen im Augenblick drohen.

Es gibt sehr viele Mitarbeiter beim BND, die unter schwierigen Bedingungen hervorragend arbeiten und denen ich dafür danken möchte. Es ist aber auch im Interesse dieser Mitarbeiter, wenn ich sage: Es muss bei diesem Nachrichtendienst einiges anders werden.

Ich kann die Kritik der Opposition verstehen, aber wir können den BND nicht komplett neu aufbauen. Wir müssen die Reformen im laufenden Betrieb vornehmen. Ich bin froh, dass wir darüber eine Einigung in der Koalition haben. Die Fachleute haben sich geeinigt.

Es ist klar: In einem demokratischen Staat haben Nachrichtendienste kein Recht auf ein Eigenleben. Sie dürfen nur das tun, was demokratisch legitimiert ist. Deshalb muss der BND-Präsident wissen, ob es in seiner Behörde Eigenmächtigkeiten gibt, und er muss sie abstellen, wenn es sie gibt. Für den Präsidenten muss es eine Aufsicht geben, die sicherstellt, dass er das auch tut.

Meine Damen und Herren, die größte Gefahr für unsere innere Sicherheit sind ganz sicher nicht die Flüchtlinge, die ins Land kommen, sondern die eigentliche Gefahr droht, wenn wir es versäumen, diese Flüchtlinge gut zu integrieren. Was nicht passieren darf, ist, dass jetzt weitere Parallelgesellschaften entstehen, die zu sozialen Brennpunkten werden. Ein Molenbeek darf es in Deutschland nicht geben. Wo es das im Kleinen schon gibt, müssen wir gezielt etwas dagegen unternehmen. Gut integrierte Flüchtlinge sind am besten gegen Salafisten und Hassprediger immunisiert.

Integration ist die große innenpolitische Herausforderung für ein ganzes Jahrzehnt. Sprache, Kita, Schule, Ausbildung, Arbeit, Wohnung, aber auch Werte und Regeln, das ist das ABC der Integration. Dieses ABC muss auf jeder Stufe durchbuchstabiert werden. Wir sagen ganz klar: Da dürfen wir nicht kleckern, sondern da müssen wir klotzen.

Wir haben aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt. Was wir heute investieren, wird sich schon in zehn Jahren doppelt auszahlen. Was wir heute versäumen, das lässt sich nicht mehr nachholen. Deshalb: Ran an die Sache!

Wir müssen auch mehr Anreize schaffen, damit sich Integration lohnt. Kriegsflüchtlinge haben hier eine Schutzzeit von zunächst drei Jahren. Wir müssen ganz klar sagen: Wer es in drei Jahren

schafft, unsere Sprache zu lernen, wer es schafft, eine Ausbildung zu machen, wer es schafft, seinen Lebensunterhalt zu verdienen, der muss eine dauerhafte Perspektive, unabhängig von seinem Flüchtlingsstatus, bekommen. Aber diejenigen, die das nicht schaffen oder auch nicht wollen, müssen sich darauf einstellen, dass sie gegebenenfalls in ihre Länder zurückkehren müssen, wenn dort wieder sichere Lebensverhältnisse herrschen. Ich finde, wir brauchen auch in der Integrationspolitik klare Maximen: fördern und fordern. Alle müssen wissen, woran sie sind. Jeder hat hier eine Chance. Das sollten wir beherzigen und es nicht wieder so machen wie beim letzten Mal.

Die Antwort auf die Frage, ob wir Flüchtlinge mit Bleiberecht gut integrieren können, hängt auch davon ab, ob es uns gelingt, von den hohen Zahlen an Flüchtlingen herunterzukommen. Im November dieses Jahres sind 180 000 Flüchtlinge gekommen. Das ist fast so viel wie im ganzen letzten Jahr. Wir müssen die Geschwindigkeit des Zuzugs deutlich verringern.

Viele europäische Länder, ja fast alle europäischen Länder wollen sich nicht an der Aufnahme von Flüchtlingen beteiligen; die Bundeskanzlerin hat darauf hingewiesen. Wir müssen weiter darum kämpfen, dass es zu einer fairen Verteilung der Flüchtlinge, aber auch der Verantwortung dafür in Europa kommt. Die Länder, die bisher aufnahmefähig waren, wie Schweden, erklären inzwischen, dass ihre Kapazität erschöpft ist. So kann es im nächsten Jahr nicht weitergehen.

Deshalb müssen wir uns auf drei Dinge konzentrieren, die uns helfen können, das Problem an der Wurzel zu packen. Erstens: die Befriedung des syrischen Bürgerkrieges durch die Verhandlungen in Wien. Daran muss natürlich weiter gearbeitet werden, trotz des Rückschlages, den wir gestern erlebt haben. Zweitens: die Verbesserung der Lage von Flüchtlingen in der Krisenregion, in den Flüchtlingslagern, wo sich im Augenblick die meisten Flüchtlinge aufhalten. Drittens: die Sicherung der EU-Außengrenzen, unter anderem mithilfe der Türkei.

Zur Sicherung der Außengrenzen. In der Tat spielt die Türkei dabei eine Schlüsselrolle. Im Augenblick kommen über 80 Prozent der Flüchtlinge über die Türkei und den Balkan nach Europa. Die türkisch-griechische Grenze ist praktisch offen. Die Schleuser haben dort allein das Heft in der Hand. Das kann so nicht bleiben. Das müssen wir zwischen zwei NATO-Partnern in der Tat ändern; denn nur mit sicheren Außengrenzen können wir verhindern, dass

es zu einer Renationalisierung der Grenzen in Europa kommt. Schengen können wir nur verteidigen, Reisefreiheit wird es in Zukunft nur geben, wenn wir es schaffen, zu sicheren Außengrenzen zu kommen.

Wenn uns die Türkei jetzt hilft, die Außengrenzen zu sichern, dann würden die Flüchtlinge zunächst in der Türkei bleiben. Dort sind sie zwar vor Bürgerkrieg geschützt und sicher; aber natürlich kann die Türkei allein nicht alle Flüchtlinge aufnehmen, nur um die anderen Länder in Europa zu verschonen. Die Türkei hat schon jetzt mehr Flüchtlinge aufgenommen als alle anderen Länder in Europa zusammen. Das muss man – bei all der Kritik, die immer wieder an der Türkei geäußert wird – auch einmal anerkennen. Das ist eine große Leistung, die Respekt verdient.

Wenn also die Türkei uns hilft, die europäischen Außengrenzen zu sichern, dann müssen wir der Türkei im Gegenzug auch helfen, und zwar nicht nur finanziell, sondern auch, indem wir ihr einen Teil der Flüchtlinge abnehmen. Das können wir in der Tat über Kontingente nach dem Resettlement-Verfahren laufen lassen. Damit können wir mehrere Probleme auf einmal lösen: Erstens. Wir würden die Kontrolle über die Außengrenzen zurückgewinnen. Zweitens. Die chaotische Einwanderung von Flüchtlingen würde in ein geordnetes Verfahren unter Beteiligung des UNHCR überführt oder dadurch ersetzt. Drittens. Die Schleuserkriminalität würde ausgeschaltet. Viertens. Bei diesem Verfahren haben nicht nur kräftige junge Männer, sondern auch Frauen und Kinder eine faire Chance, als Flüchtlinge in Europa aufgenommen zu werden.

Diesen Weg sollten wir verfolgen. Der könnte funktionieren. Die Debatte über abstrakte Obergrenzen führt überhaupt nicht weiter. Sie führt insbesondere nicht dazu, dass ein einziger Flüchtling weniger nach Europa kommt.

Meine Damen und Herren, wir stellen in diesem Haushalt 8 Milliarden Euro für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen zur Verfügung. Zusätzlich werden 400 Millionen Euro für humanitäre Hilfe und 800 Millionen Euro für wirtschaftliche Zusammenarbeit bereitgestellt. Wir haben zusätzliche Milliarden für Investitionen in die Infrastruktur – insbesondere für den Ausbau von schnellen Netzen sowie für den sozialen Wohnungsbau – bereitgestellt. Damit kümmern wir uns darum, dass dieses Land auch in Zukunft stark bleiben kann.

Aber wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, als ob wir damit die Probleme in Deutschland

schon gelöst hätten. Was wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, daran halten wir auch fest. Wir wollen, dass für Frauen und Männer gilt: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, und werden entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Wir wollen die Teilhabe behinderter Menschen. Wir wollen das überkommene Fürsorgesystem abschaffen und die Teilhabe behinderter Menschen in diesem Land verbessern. Damit wollen wir auch die UN-Konvention zum Schutz der Behinderten umsetzen, meine Damen und Herren.

Wir werden auch Leiharbeit und Werkverträge vernünftig regulieren.

Natürlich sind Werkverträge ein unverzichtbares Instrument in unserem Wirtschaftsleben. Wir wollen sie deshalb nicht abschaffen; aber wir müssen dem Missbrauch eindeutige Grenzen setzen. Insbesondere in der Fleischindustrie wie auch in einigen anderen Branchen werden Werkverträge benutzt, um die Schutzmechanismen unseres Arbeitsrechtes praktisch auszuhebeln. Wenn am Ende ganze Belegschaften nicht mehr auf der Basis von Arbeitsverträgen, sondern von Werkverträgen arbeiten, dann ist das mit dem eigentlichen Zweck eines Werkvertrages nicht mehr vereinbar. Es hat damit nichts, aber auch gar nichts zu tun. Diese Werkvertragsunternehmen sind in Wirklichkeit Scheinselbstständige. Das ist ein so offenkundiger Missbrauch in unserer sozialen Marktwirtschaft, dass wir den sofort stoppen müssen.

Auch bei der Leiharbeit gibt es Unternehmen, die über viele Jahre hinweg ganze Teile ihrer Produktion über Leiharbeit fertigen. Dabei geht es nicht mehr um die Abfederung von Auftragsspitzen – dafür ist die Leiharbeit einst eingeführt worden –, sondern nur noch darum, Löhne zu drücken und Festanstellungen zu vermeiden. Ich finde, Andrea Nahles hat hier sehr vernünftige Vorschläge gemacht, die genügend Flexibilität für Unternehmer vorsehen, mit denen wir aber in der Lage sind, die schwarzen Schafe zu stoppen.

Meine Damen und Herren, wir werden die Flüchtlingskrise nur dann gut bewältigen, wenn wir uns jetzt auch um die Menschen in Deutschland kümmern. Sie dürfen nicht den Eindruck bekommen, dass sie wegen der Flüchtlingskrise zurückstecken müssen. Sie dürfen nicht das Gefühl bekommen, dass die Lösung ihrer Probleme auf die lange Bank geschoben wird. Lassen Sie uns daran gemeinsam arbeiten.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Volker Kauder, CDU/CSU:

Europa darf nicht gefährdet werden



Volker Kauder (*1949)
Wahlkreis Rottweil – Tuttlingen

Bevor ich mich mit dem Haushalt und den Auswirkungen für unser Land beschäftige, möchte ich dem Kollegen Bartsch noch einen Hinweis mitgeben. Es ist sehr gut und freut mich, dass Sie offensichtlich mehr in die Bibel als in das Kapital von Karl Marx schauen. Das ist durchaus richtig.

Aber Sie müssen schon noch ein bisschen mehr machen. Ich bin bereit, Ihnen dabei zu helfen.

Denn als Sie einige Zitate gebracht haben, haben Sie ein ganz wichtiges vergessen, und zwar Matthäus 7,3: „Warum siehst du den Splitter im Auge deines Bruders, aber den Balken in deinem eigenen Auge bemerkst du nicht?“ Das ist der entscheidende Punkt, Herr Kollege Bartsch.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir führen heute die Debatte über den Bundeshaushalt, und zwar die Generaldebatte über die wesentlichen und wichtigen Festlegungen in diesem Haushalt. Ich möchte zunächst einmal dem Finanzminister und unseren Haushaltspolitikern dafür danken, dass sie es trotz der großen Herausforderungen, die mit diesem Haushalt verbunden sind, geschafft haben, an dem ausgeglichenen Haushalt festzuhalten und dieses Ziel auch nicht aus den Augen zu verlieren.

Lieber Thomas Oppermann, es ist völlig richtig, wenn wir sagen: Es gibt die große Aufgabe, die Flüchtlingskrise zu bewältigen. Aber daneben steht das Land nicht still, sondern es findet auch eine ganze Reihe anderer Dinge statt. Vor diesem Hintergrund ist eine wichtige Botschaft – das ist ein zentrales Thema, das auch mit den Zukunftsperspektiven der jungen Generation zu tun hat –: Wir halten daran fest, dass wir alles daransetzen wollen, diesen ausgeglichenen Haushalt auch in den nächsten Jahren zu erreichen.

Das ist zunächst einmal unser Ziel. Ob es dann irgendwann einmal, wenn es zu Naturkatastrophen oder anderen großen Herausforderungen kommen sollte, eine andere Situation geben kann, ist das eine. Aber an dem großen Ziel festzuhalten, ist das andere.

Bei unserem Ziel, mit unserem Haushalt auch die Politik in diesem Land zu gestalten, wird deutlich, wo die Schwerpunkte liegen. So sind Forschung und Wissenschaft ein zentrales Thema. Aber auch die Infrastruktur ist ein zentrales Thema. Ja, wir haben Mittel – das hat keiner für möglich gehalten – für den Straßenbau zur Verfügung gestellt. Nun wünsche ich mir, dass die Mittel dort auch eingesetzt werden. Ich kenne eine ganze Reihe rot-grün oder grünrot regierter Bundesländer, die trotz der vielen Mittel bisher noch keinen einzigen Spatenstich bekommen haben. Dies ist natürlich nicht in Ordnung.

Wenn wir Mittel zur Verfügung stellen, müssen wir auch dafür sorgen, dass sie innerhalb der Struktur des Föderalismus dort ankommen, wo sie ankommen sollen.

Wir wollen ein anderes großes Ziel erreichen, obwohl uns viele nicht zutrauen, dass uns das gelingt. Ich spreche von der digitalen Infrastruktur. Ich bin zuversichtlich, dass es Alexander Dobrindt gelingt, das Ziel, das wir vorgegeben haben, zu erreichen, bis 2018 bzw. bis 2017 in jeden Haushalt das schnelle Internet zu brin-

gen. Das muss jetzt vor allen Dingen angepackt werden.

– Da brauchen Sie gar nicht hineinzurufen. Auch hier brauchen wir die Landesregierungen. Diese müssen ein bisschen schneller als bisher in die Pötte kommen.

Es bleibt natürlich auch dabei, dass wir in der Wirtschafts- und der Sozialpolitik die Dinge machen, die notwendig sind und die wir vereinbart haben. Gerade wenn man über den Haushalt und seine großen Herausforderungen spricht – auf das Thema Flüchtlinge komme ich gleich noch zu sprechen –, muss doch jedem klar sein: Ob wir noch 2016 und 2017 diese Aufgabe auch unter finanziellen Gesichtspunkten meistern können, hängt auch damit zusammen, dass wir gute Steuereinnahmen haben. Deswegen kann ich nur jeden davor warnen, zu glauben, dass dies ein Selbstläufer ist und dass das irgendwo festgeschrieben ist. Wir haben alles dafür zu tun, dass die Wirtschaft auch in Zukunft so gut läuft, dass Arbeitsplätze erhalten werden und die Steuereinnahmen weiterhin fließen. Ich rate dringend davon ab, zu glauben, dass nun der Zeitpunkt gekommen ist, die Wirtschaft ein bisschen mehr zu testen, weil es uns jetzt gut geht. Das führt nicht zum Erfolg. Das wollen wir auch nicht, und das werden wir auch nicht mitmachen.

Damit bin ich bei einem Thema, das bereits Thomas Oppermann angesprochen hat. Ja, wir haben in den Koalitionsverhand-

lungen erkannt, dass bei Werkverträgen und Leiharbeit Handlungsbedarf besteht. Deswegen haben wir im Koalitionsvertrag eine Vereinbarung dazu getroffen. Wir haben schon im Koalitionsvertrag sehr konkrete Regelungen bei der Leiharbeit gefunden, die in ihrer Dichte fast schon ausreichen, um einen Gesetzentwurf vorzulegen. Dazu kann ich nur sagen: Wir werden uns natürlich an den Koalitionsvertrag halten. Wir sind treu im Einhalten des Koalitionsvertrages. Aber eines sage ich auch: So treu wir im Einhalten des Koalitionsvertrages sind, so hart werden wir sein, wenn jemand glaubt, darüber hinausgehen zu können. Das darf auf keinen Fall geschehen.

Ich sage klipp und klar: Gesetzentwürfe, die über den Koalitionsvertrag hinausgehen, haben in dieser Koalition keine Chance.

Natürlich stehen das Flüchtlingsthema und die Fragen, wie wir mit den Flüchtlingen umgehen und welche Sorgen und Nöte die Menschen haben, im Vordergrund. Wir alle sind betroffen von den Terrorattacken, die in unseren europäischen Nachbarländern, aber auch in anderen Regionen der Welt, vor allem in Nahen Osten, stattfinden. Wir müssen uns die Frage stellen, wie das beendet werden kann; dies ist das eine große Thema. Die andere entscheidende Frage lautet: Wie gehen wir mit den Herausforderungen durch die hohe Zahl der Flüchtlinge um?

Wir werden zunächst einmal das Ziel, den Zuzug zu reduzieren, nicht erreichen, wenn es nicht gelingt, die Terror- und Bombenattacken in den Gebieten zu verringern, aus denen Flüchtlinge kommen. Deswegen ist es zwingend notwendig, dass wir in Syrien jetzt zu Ergebnissen kommen. Es ist auch notwendig, dass dies schnell

geschieht. Ich weiß, wie schwer das ist. Trotzdem muss man sich das vornehmen; denn die Menschen werden nicht Monate darauf warten, dass sie nicht mehr mit Fassbomben beworfen werden. Wenn das nicht aufhört, dann werden alle ins Laufen kommen. Mir haben die Bischöfe von Aleppo gesagt: Wir wollen, dass unsere syrisch-orthodoxen Christen in Syrien bleiben. Wir wollen keine christenfreien Zonen im Orient.

Aber wenn es so weitergeht, dass Aleppo von beiden Seiten beschossen wird, einmal von den Truppen, die Fassbomben werfen, auf der anderen Seite vom IS, dann kann doch niemand glauben, dass die Menschen in dieser Stadt bleiben.

Deswegen muss sich daran etwas ändern. Wenn von der Linken Zwischenrufe kommen, dann kann ich nur sagen: Es wäre mir hundertmal lieber gewesen, die Russen hätten mit uns gemeinsam eine Aktion gemacht und nicht alleine losgeschlagen, was den Flüchtlingsstrom aus Aleppo noch einmal hat größer werden lassen.

Deswegen rate ich dringend dazu, dass keiner glauben möge, dass westliche oder östliche Mächte allein, auf eigene Faust und in Verfolgung eigener Interessen dort zu einem Erfolg kommen. Es ist notwendig – ich bin dem Außenminister für seine Bemühungen dankbar –, dass wir hier zu gemeinsamen Aktionen kommen.

Wir haben immer wieder auf einen Umstand – die Situation in den Flüchtlingslagern – hingewiesen. Trotzdem sind wir in dieser Hinsicht nicht so erfolgreich wie nötig. Frau Bundeskanzlerin, ich bitte darum, wenn man jetzt wieder auf internationaler Ebene zusammenkommt, dies mit noch größerem Nachdruck zu formulieren. Einer unserer Kollegen, Tobias Zech, war mehrfach im Libanon unterwegs. Er hat darüber einen Bericht abgeliefert. Er schreibt aus seinen Erfahrungen:

All das zeigt eines: Es sind nicht irgendwelche Tweets oder Aussagen, die in Deutschland abgesetzt werden, die die Flüchtlinge zu uns bringen. Es ist die pure Not, die sie in verzweifelte Aktionen wie die Flucht auf Schlepperbooten über das Mittelmeer treibt. Viele der Flüchtlinge sind schon einige Jahre im Libanon. Ihre Rücklagen sind aufgebraucht, und sie sehen keine Möglichkeit mehr, sich dort durchzubringen. Sie würden – wenn dort ein lebenswürdiges Leben möglich wäre – gern bleiben und auf ein Ende der Auseinandersetzungen in Syrien warten, um wieder in ihre Heimat zurückkehren zu können. Aber so, wie es



Der Plenarsaal während der Generaldebatte zum Haushalt 2016

momentan aussieht, haben sie keine Hoffnung. Und die Flucht in Richtung Europa ist ihr letzter Strohhalm.

Da kann ich nur sagen: Genau dies muss geändert werden. Es darf nicht bei der Schlussfolgerung bleiben, von der Tobias Zech spricht, sondern es muss den Menschen in den Flüchtlingslagern eine Perspektive gegeben werden, schneller als es bisher geschehen ist. Sonst werden alle kommen wollen, um sich in Sicherheit zu bringen.

Die Bundeskanzlerin hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die Lösung natürlich an den europäischen Außengrenzen liegt und dass die Türkei dabei eine Schlüsselrolle spielt. Viele haben gar nicht geglaubt, dass man auf diesem Weg zu einem Erfolg kommen kann. Ich würde schon darum bitten, dass wir bei allem, was wir machen, uns immer auch ein bisschen Zeit geben. Wir haben das Asylpaket I verabschiedet. Kaum war es verabschiedet, hat jeder gesagt, es sei noch gar nichts passiert. Auch der Kölner Dom ist nicht an einem Tag oder in einem Jahr erbaut worden. Wir stellen manchmal zeitliche Anforderungen, die beim besten Willen nicht einzuhalten sind.

Aber jetzt, wenn wir uns die Zahl der Flüchtlinge aus dem Westbalkan anschauen, sehen wir, dass das Asylpaket I wirkt: 16 Flüchtlinge aus dieser Region ka-

men im letzten Monat, während es in den Monaten zuvor Tausende waren. Da können wir der Bevölkerung doch auch einmal sagen – ganz im Gegensatz zu dem, was Herr Hofreiter gesagt hat –: Wir handeln, und wir sind handlungsfähig. – Unser Handeln zeigt auch Erfolge, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das sehen wir an der Zahl der Flüchtlinge aus dem Westbalkan.

Was das Asylpaket II angeht, hoffe ich doch, Herr SPD-Parteivorsitzender, dass die Parteivorsitzenden das auch umsetzen, was sie miteinander vereinbart haben.

Thomas Oppermann und ich haben gesagt: Wenn jemand unser beider Hilfe braucht, sind wir gerne bereit, mitzuhelfen, damit auch das Asylpaket II auf den Weg kommt und erfolgreich wird.

Aber natürlich liegt der Schlüssel in der Türkei. Ich bin sehr froh, Frau Bundeskanzlerin, wenn man darauf hinweist, dass am Sonntag der EU-Türkei-Gipfel stattfinden soll. Gerade eben lief über die Ticker, dass Erdogan gesagt hat, er werde seinen Beitrag dafür leisten, dass keine neuen Ströme über die Türkei nach Europa kommen, er werde seinen Beitrag dazu leisten, die Außengrenze zu sichern. Na also, das ist doch endlich einmal ein Wort, und ich hoffe, dass diesem Wort auch Taten folgen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bundeskanzlerin

hat in ihrem Beitrag auf die Aufgaben Europas hingewiesen. Ich habe an diesem Pult mehrfach über den Zustand geklagt, nicht über den, in dem sich Europa befindet, sondern über den, in dem sich Europa durch das Verhalten der Nationalstaaten befindet.

Nun muss auch in den Nationalstaaten deutlich werden: Solidarität kann es nicht nur geben, wenn es um das Geld geht, wenn man Geld von Europa haben will, sondern Solidarität ist auch dann notwendig, wenn man einen eigenen Beitrag dazu leisten muss.

Auch das muss man einmal klar und deutlich formulieren. Man muss sich jetzt sehr schnell darüber einig werden: Wie kann die Außengrenze überhaupt gesichert werden? Wer soll dies tun? Darüber muss sich Europa Gedanken machen.

Es steht mehr auf dem Spiel, als man allgemein in der Diskussion in unseren Wahlkreisen hört. Es steht nämlich tatsächlich die Zukunftsfähigkeit Europas auf dem Spiel. Wenn ich Töne höre wie „Um jedes europäische Land machen wir einen Zaun“, dann ist dieses Europa, das wir uns gewünscht haben, wirklich am Ende.

Deswegen muss die europäische Außengrenze gesichert werden; nicht die Nationalstaaten müssen ihre Grenzen sichern. Da muss jetzt eine ganze Reihe von Dingen schnell passieren. Warum sollen

wir nicht darüber nachdenken, ob wir in Europa eine eigenständige Lösung brauchen? Günther Oettinger hat Vorschläge dazu gemacht, wie die EU-Außengrenzen gemeinsam besser geschützt werden können – zum Beispiel durch eine Grenzsicherungsagentur –; denn offenkundig kann Griechenland seine EU-Außengrenze nicht allein sichern.

Ich kann nur noch einmal sagen: Europa muss sich mit ganzer Kraft den großen und nicht den kleinen Herausforderungen widmen.

Wenn es nicht so ernst wäre, müsste man lachen, richtig laut lachen: Während wir uns darum bemühen, das große Thema Flüchtlinge zu bearbeiten, kommt die Europäische Kommission rechtzeitig zu Weihnachten auf die Idee, sich darüber Gedanken zu machen, wie hoch die Flamme einer Kerze sein darf, und will dies regulieren. Dazu kann ich nur sagen: Da tickt es da oben bei einigen wohl nicht mehr richtig.

Insofern ist es schon richtig, wenn die Bundeskanzlerin sagt: Wir müssen in diesen Fragen in Europa vorankommen. Da wünsche ich viel Erfolg. Wenn dieses Europa diese Aufgaben nicht lösen kann und damit das Signal in

die Welt sendet: „Auf Europa braucht ihr nicht mehr zu setzen; denn die kriegen nichts hin“, dann sind Fragen der wirtschaftlichen Zukunft für unser Land ganz neu zu beurteilen. Europa ist nämlich nicht nur Friedenssicherung, sondern Europa ist vor allem für uns und die zukünftigen Generationen auch die Sicherung des ökonomischen

Wohlstands. Auch Deutschland mit seiner Größe und mit seiner Stärke wird allein den Wettbewerb mit China und anderen asiatischen Ländern nicht bestehen.

Deswegen rede ich so leidenschaftlich dafür: Gefährden wir Europa nicht! Aber Europa muss auch wissen, dass es jetzt eine große Aufgabe hat. Es geht um die Existenz dieses Europas. Dafür wollen wir kämpfen, und wir wollen alles dafür tun, dass dies gelingt. Frau Bundeskanzlerin, viel Kraft und Erfolg dabei, dass die Nationalstaaten endlich kapieren, dass Europa nicht nur die Summe von Einzelinteressen, von Egoismen der Nationalstaaten ist, sondern ein bisschen mehr.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der SPD)

Roland Claus, DIE LINKE:

Eine gerechtere Besteuerung muss möglich sein



Roland Claus (*1954)
Landesliste Sachsen-Anhalt

Frau Bundeskanzlerin, eine beachtliche Zahl Ihrer Aussagen hat heute auch die Zustimmung meiner Fraktion erhalten.

Aber Ihre Positionen werden doch abgewertet, wenn namhafte Vertreter der CDU genau das Gegenteil erzählen – so wie gestern Günther Oettinger, der eine Einschränkung des Asylrechts per

Grundgesetzänderung gefordert hat. Frau Merkel, wir müssen Sie fragen: Was gilt denn nun?

Auf einen Makel in der Rede von Frau Bundeskanzlerin will ich auch noch hinweisen. Sie hat es nämlich völlig vergessen, die vielen guten Vorschläge der Fraktion Die Linke in den Haushaltsberatungen zu loben.

Deshalb muss ich auf unsere Vorschläge eingehen, aber auch auf einige Einlassungen in der Haushaltsdebatte zu Positionen der Linken.

Da muss ich natürlich mit dem Kollegen Volker Kauder anfangen, der gestern überaus lautstark immer und immer wieder – ich weiß gar nicht, wie oft – den DDR-Vergleich bemüht hat. Was es eben sollte, den ausgestreckten Zeigefinger auf meine Fraktion zu richten, wenn man Russland kritisiert, das war auch nicht ganz zu verstehen.

Ich glaube, Sie leiden da ein

bisschen unter einem Phantom-schmerz, Herr Kauder.

Die Linke wird nie verleugnen, dass ein Teil ihrer Wurzeln in der DDR liegt. Aber die DDR gibt es seit mehr als 25 Jahren nicht mehr. Herr Kauder, ohne die DDR hätten Sie vermutlich Schara Wagenknecht und Dietmar Bartsch nicht kennengelernt. Aber ohne die DDR hätten Sie vermutlich auch Angela Merkel und Joachim Gauck nicht kennengelernt.

Sie würden also, Herr Kauder, ohne die DDR völlig ohne Freund- und Feindbild dastehen. Deshalb ein bisschen mehr Demut!

Die Linke hat zahlreiche Vorschläge in diese Beratung eingebracht, und es sind alle Vorschläge von dieser Welt. Vielleicht denken Sie, es sei leicht, in der Linksfraktion Haushaltsbalance zu wahren.

Deshalb ärgern wir uns, wenn plumpe Unterstellungen zu unseren Vorschlägen gemacht werden.

Es muss doch möglich sein, den enormen Reichtum in den Händen weniger gerechter zu besteuern, als dies bisher der Fall ist.

Wir haben ein Zukunftsprogramm zur Integration der hier Benachteiligten und der zu uns Geflüchteten vorgeschlagen. Wir wollen damit die soziale Spaltung der Gesellschaft überwinden und unsere humanistische Verantwortung wahrnehmen. Ja, wir wollen erreichen, dass „Armut trotz Arbeit“ überwunden wird. Ja, wir wollen, dass Kinder kein Armutsrisiko bleiben, dass Bildungsgerechtigkeit einzieht – durch eine große BAföG-Reform –, dass kleine und mittelständische Unternehmen faire Chancen im wirtschaftlichen Wettbewerb bekommen, dass endlich auskömmliche Renten in Ost und West gezahlt werden und dass Kriege und Rüstungsexporte abgeschafft werden, meine Damen und Herren.

Dabei ist das Markenzeichen linker Haushaltspolitik nicht etwa, neue Schulden zu machen, sondern gerechte Steuern einzuführen. Das wäre an der Zeit.

Wir sagen – und weisen dies nach –, es wäre in der Tat möglich, die Einnahmen des Bundes um mehr als 50 Milliarden zu erhöhen und diese für soziale Ge-

rechtigkeit, für Bildungsaufgaben und für Friedfertigkeit einzusetzen.

Ich wiederhole hier: Die teuersten Flüchtlinge in Deutschland sind in der Tat die Steuerflüchtlinge.

Die Linke macht hier in den Beratungen viele Vorschläge, mit deren Umsetzung der Einstieg in einen Politikwechsel möglich wäre. Wir maßen uns nicht an, als Einzige zu wissen, wo es langgeht. Aber wenn Sie Deutschlands Zukunft gestalten wollen, kommen Sie an einer sozialen Modernisierung der Gesellschaft und auch an diesen Vorschlägen nicht vorbei. Nur Mut, Sie könnten das schaffen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen außerdem noch Johannes Kahrs (SPD), Gerda Hasselfeldt (CDU/CSU), Aydan Özoğuz (SPD), Rüdiger Kruse (CDU/CSU), Sonja Steffen (SPD), Harld Petzold (Die Linke), Marco Wanderwitz (CDU/CSU), Tabea Rößner (B90/Die Grünen), Martin Dörmann (SPD) und Ulle Schauws (B90/Die Grünen).

Allgemeine Finanzdebatte / 138. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages am 24. November 2015

Dr. Gesine Löttsch, DIE LINKE:

Vermögen müssen gerecht besteuert werden



Gesine Löttsch (*1961)
Wahlkreis Berlin-Lichtenberg

Nach den eindringlichen Worten des Präsidenten zu Beginn unserer Sitzung fragt man sich natürlich: Wird diese Bundesregierung ihren Aufgaben gerecht? Wir als Linke müssen diese Frage leider mit Nein beantworten. Diese Bundesregierung wird ihren Aufgaben überhaupt nicht gerecht.

Die Bundesregierung und die Koalition aus Union und SPD stellen sich in der Öffentlichkeit als Panikorchester dar.

Die Dirigentin Merkel wird vom Orchester ignoriert, und der CSU-Vorsitzende Seehofer gibt unaufgefordert ein schräges Solo nach dem anderen. Finanzminister Schäuble hat den Taktstock schon fest in der Hand und gibt den Schattenkanzler. Es vergeht keine Woche, Herr Schäuble, in der Sie nicht mit boshaften Formulierungen die Stimmung gegen die Flüchtlinge anheizen. Sie haben von „Lawinen“ gesprochen, als es um Flüchtlinge, also Menschen, ging. Ich finde, das ist mit einem christlichen Menschenbild nicht vereinbar, meine Damen und Herren.

Sie, Herr Schäuble, haben verfassungswidrige Vorschläge unterbreitet; zum Beispiel haben Sie den Einsatz der Bundeswehr im Innern gefordert. Mindestens einmal in der Woche ruft Herr Seehofer den Notstand aus und sieht die Belastungsgrenze erreicht. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, ich fordere Sie auf: Reden Sie lieber über die Ursachen der Flucht! Reden Sie über Krieg, über Elend, und lassen Sie uns gemeinsam da-

ran arbeiten, dass es in dieser Welt keinen Krieg mehr gibt.

Wer nun den Haushalt liest, muss relativ unaufgeregt feststellen, dass im Haushalt von Notstand keine Rede sein kann. Die Unterbringung und die Versorgung von Flüchtlingen führen nicht dazu, dass der Finanzminister neue Schulden aufnehmen muss.

Er kann das alles aus den laufenden Einnahmen finanzieren.

Das sah 2008, in der Finanzkrise, ganz anders aus: Innerhalb einer Woche wurden 480 Milliarden Euro zur Rettung von maroden Banken bereitgestellt. Die Steuerzahler wurden für die Kasinokosten der Banken zur Kasse gebeten, und die Staatsverschuldung schoss in die Höhe. Das war ein echter Notstand; aber damals haben weder Seehofer noch Schäuble dieses Wort in den Mund genommen, und sie waren nicht der Meinung, dass bei 480 Milliarden Euro eine Belastungsgrenze erreicht sei. Damals hätte man von einem Notstand sprechen müssen!

Die Koalitionsfraktionen sagen nun, dass sie für 2016 circa 7,5 bis 8 Milliarden Euro für die Flüchtlinge bereitgestellt hätten. Ich sage

Ihnen: Das ist nicht ganz richtig; denn die neuen Stellen für die Bundespolizei zum Beispiel sind ja nicht in erster Linie für die psychologische Betreuung der Flüchtlinge gedacht. Die Bundespolizisten sollen auch dafür sorgen,

dass Flüchtlinge abgeschoben und die Grenzen dichtgemacht werden. Ich finde, das ist nicht die richtige Priorität. Die richtigen Prioritäten für mehr Sicherheit in unserem Land sind Integration und die Beendigung einer nicht friedlichen Außenpolitik.

Besonders die Auseinandersetzung um die Sprachkurse für Flüchtlinge finde ich sehr bezeichnend. Finanzminister Schäuble meinte, dass die Flüchtlinge nicht nur 1,39 Euro pro Monat für die Sprachkurse zahlen sollen, sondern 36 Euro. Die Begründung, die aus dem Finanzministerium zu hören war, hieß – ich zitiere –: Der Spracherwerb schaffe erst „die elementare Voraussetzung dafür ...

im späteren Verlauf auch andere Angebote in Anspruch zu nehmen“. Was ist denn das für eine Begründung?

Herr Schäuble, ich frage Sie: Wie viel Geld haben Sie von den Bankvorständen zurückgefordert, als wir die schlimmste Finanzkrise nach dem Zweiten Weltkrieg erlebten? Wenn es um Hartz IV, Kindergeld, Flüchtlinge und Alleinerziehende geht, werden Sie zum Pfennigfuchser. Wenn es aber um Ihre CDU-Klientel geht, die Vermögenden, dann kennt Ihre Großzügigkeit keine Grenzen. Wann wollen wir endlich für eine gerechte Besteuerung der Vermögenden in unserem Land sorgen?

Ich finde, das ist die Aufgabe der Stunde.

Die von der SPD eingeführte Abgeltungsteuer war ein Geschenk an die, die hohe Kapitaleinkünfte haben. Allein die Dividendenkönigin des Jahres 2015, Frau Schaeffler und ihre Familie, haben nach Berechnungen der Wirtschaftswoche 549 Millionen Euro an Ausschüttungen eingestrichen.

Es ist doch nicht gerecht, dass Kapitaleinkünfte steuerlich besser behandelt werden als Arbeitseinkünfte. Wir als Linke fordern die sofortige Abschaffung der Abgeltungsteuer. Dann hätten wir wesentlich mehr Geld in der Kasse.

Mit dem Bundeshaushalt versucht die Bundesregierung nur die allernötigsten Aufgaben abzuschließen. Doch es wäre jetzt an der Zeit, einen Haushalt zu beschließen, der unsere Zukunft absichert. Die Linke hat deshalb ein Investitionsprogramm für die Zukunft vorgeschlagen. Ein solches Programm würde die Erfüllung von

zwei Aufgaben gleichzeitig möglich machen: Modernisierung unserer Gesellschaft und Integration von Flüchtlingen.

Sie alle wissen: Wir haben in Deutschland einen riesigen Investitionsstau. Investitionen in Wohnungen, Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Theater und Schwimmhallen sind für alle gut. Sie schaffen Arbeitsplätze für die Menschen, die schon hier sind, und für die, die als Flüchtlinge zu uns kommen. Für solch ein Programm – das kann ich nur noch einmal unterstreichen – müsste man keine neuen Schulden aufnehmen, wenn man Vermögen gerecht besteuern würde.

Ihre Angst, meine Damen und Herren, insbesondere von der Union, vor der Macht der Vermögenden setzt die Zukunft unserer Gesellschaft aufs Spiel. Gerechtigkeit geht anders.

(Beifall bei der LINKEN)

Eckhardt Rehberg, CDU/CSU:

Bundesmitten müssen auch in den Kommunen ankommen



Eckhardt Rehberg (*1954)
Wahlkreis Mecklenburgische Seenplatte II – Landkreis Rostock III

Kommen wir zum Bundeshaushalt, zu in Zahlen gegossener Politik.

Frau Löttsch, wir als Regierungsfractionen nehmen gerne das Lob entgegen, dass wir die Herausforderungen des Jahres 2016 und der nächsten Jahre ohne neue Schulden meistern. Das ist Politik, die CDU, CSU und SPD am 12. und 13. November gemeinsam im Haushaltsausschuss beschlossen haben. Wir haben in wichtigen Politikbereichen die Grundlage der Bundesregierung durch Aufschläge verstärkt.

Wir werden im Jahr 2016 8 Milliarden Euro für das Thema „Herausforderung Flüchtlinge/Asylbewerber“ ausgeben. Davon geht

fast die Hälfte an Länder und Kommunen. Hier ist die Herausforderung nicht mehr die Höhe der Mittel, die der Bund bereitstellt, sondern die Herausforderung ist in vielen Ländern – nicht in Bayern, nicht im Saarland und nicht in Mecklenburg-Vorpommern –, dass das Geld, das wir als Bund an die Länder ausreichen, auch bei den Kommunen ankommt. Das sehe ich als gemeinsame große Herausforderung an.

Wir geben mehr als jeden zweiten Euro des Bundeshaushalts für Soziales aus. Im Jahr 2015 sind es 153 Milliarden Euro. Dieser Betrag wird im Jahr 2019 auf 172 Milliarden Euro aufwachsen. Gleichzeitig, Frau Kollegin Löttsch, investieren wir in die Zukunft. Ich mache das nur an zwei Beispielen klar: Im Bereich Bildung und Forschung steigern wir die Ausgaben des Jahres 2014 bis zum nächsten Jahr von 14 Milliarden Euro auf 16,4 Milliarden Euro – plus 2,4 Milliarden Euro –, und im Verkehrsbereich erhöhen wir die Mittel von 10,2 Milliarden Euro auf 12,3 Milliarden Euro. Das heißt, in den letzten drei Jahren wurden keine neuen Schulden aufgenommen, sondern es wurden Investitionen in Wachstum und Beschäftigung, Bildung und

Forschung und in die Verkehrsinfrastruktur getätigt. Wir haben, liebe Frau Löttsch, überhaupt keinen Nachholbedarf – weder die CDU noch die CSU noch die SPD –, wenn es um die Sicherstellung der Zukunft in Deutschland geht.

Ja, wir meistern die Herausforderungen. Schon im Jahr 2015, in diesem Jahr, geben wir 5 Milliarden Euro mehr aus. Es werden 2 Milliarden Euro für Flüchtlinge und zusätzliche Mittel für den Energie- und Klimafonds bereitgestellt. Wir entlasten Familien – Stichworte: Kinderfreibetrag und Kinderzuschlag – dieses Jahr um 750 Millionen Euro. Im nächsten Jahr wird die Entlastung der Familien gesamtstaatlich 5,5 Milliarden Euro kosten, den Bund 2,5 Milliarden Euro. Da kann man nun wahrlich nicht davon reden, dass sich die Regierungsfractionen nicht den Herausforderungen stellen, sondern – ganz im Gegenteil – das ist Ausgewogenheit: zwischen investieren, Wachstum und Beschäftigung generieren und dabei die soziale Balance nicht aus den Augen verlieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor wenigen Tagen jährte sich

Fortsetzung auf nächster Seite

die Kanzlerschaft von Angela Merkel zum zehnten Mal. In der Zeit der Regierung Merkel – das gilt sowohl für die Große Koalition von 2005 bis 2009 als auch für die Koalition von 2009 bis 2013 und für diese Große Koalition – hat der Bund Länder und Kommunen mehr unterstützt als je zuvor, und das bei Aufgaben, für die der Bund eigentlich nicht zuständig ist; der Bundesrechnungshof kritisiert uns dafür.

Trotz der Herausforderung durch die Flüchtlinge werden wir das Zugesagte in den Jahren 2015 bis 2018 einhalten. Das heißt, wir werden an Länder und Kommunen insgesamt Mittel in Höhe von 13 Milliarden Euro überweisen. Das kommunale Investitionsprogramm hat ein Volumen von 3,5 Milliarden Euro. Zusätzlich werden den Ländern – ungebunden über die Verteilung der Umsatzsteuerpunkte – weitere Mittel in Höhe von 9,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt.

Hinzu kommen 18,5 Milliarden Euro im Rahmen der Zuweisungen. Dabei geht es um Leistungen der Grundsicherung im Alter, Entflechtungsmittel, BAföG usw. usf. Auch hier wieder ein Appell an

uns alle – über alle Fraktionsgrenzen hinweg –: Achten wir in den Ländern – dort, wo wir Verantwortung tragen, aber auch dort, wo wir in der Opposition sind – darauf, dass diese Mittel wirklich dort ankommen, wo sie hingehören! Von diesen 18,5 Milliarden Euro gehören nämlich 11,5 Milliarden Euro eigentlich den Kommunen. Dieses Geld darf nicht zur Sanierung von Länderhaushalten zweckfremdet werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch das, glaube ich, muss einmal gesagt werden: Für die Jahre 2014 bis 2020 wird ein Aufwuchs der Steuereinnahmen um 152 Milliarden Euro prognostiziert. Davon entfallen 64 Milliarden Euro auf den Bund, gute 60 Milliarden Euro auf die Länder und 21,4 Milliarden Euro auf die Kommunen. Das heißt, von 1 Euro Steuermehreinnahmen bekommt der Bund 44 Cent, Länder und Kommunen aber 56 Cent. Wenn jetzt schon wieder neue Forderungen von den Ländern an den Bund herangetragen werden – Stichwort: Unterbringung von Asylbewerbern –, muss klar und deutlich gesagt werden: Wahr ist, dass der Bund in seinen Liegen-

schaften 125 000 Flüchtlinge untergebracht hat, und auch die Herbringungskosten für diese Liegen-schaften hat der Bund getragen. Das führt bei der BIWA zu Mindereinnahmen von rund 315 Millionen Euro. Deswegen: Wenn die Länder die Herausforderung der Unterbringung und Integration der Flüchtlinge als nationale Aufgabe betrachten – so haben sie sie ja bezeichnet –, dann erwarte ich von den Ländern, dass sie auch ihren Beitrag zur Erfüllung dieser nationalen Aufgabe leisten und nicht immer auf den Bund zeigen. Hier ist auch ein Stückchen Eigenverantwortung gefragt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in der Koalition gemeinsam vereinbart – das war 36 Stunden vor den Terroranschlägen in Paris –, dass wir die Nachrichtendienste personell und materiell massiv unterstützen werden. Ich glaube, das war ein guter, wichtiger und richtiger Schritt zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und zur Bekämpfung des Islamismus, wofür zusätzliches Personal und zusätzliche Technik eingesetzt werden sollen. Ich will jetzt aber nicht näher darauf eingehen. Ich glaube, hier hat die Koalition vorausschauend gehandelt, ohne einen situationsbezogenen Anlass gehabt zu haben.

Frau Löttsch, Sie werden den Terrorismus nicht mit irgendwel-

chen Friedensstiftungen bekämpfen können.

Wir werden die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt massiv weiter aufbauen. Deshalb stellen wir im Einzelplan des Innenministeriums fast 1 Milliarde Euro zusätzlich für die innere Sicherheit zur Verfügung. Ich glaube, auch hier haben wir vorausschauend gehandelt, ohne dass es dafür einen Anlass gegeben hat.

Ich denke, dass dies nicht nur deutlich macht, wie wichtig der Regierungskoalition die innere Sicherheit ist, sondern das ist auch eine Wertschätzung unserer Sicherheitsbehörden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf mich an dieser Stelle wirklich ganz herzlich beim Koalitionspartner bedanken. Ich glaube, Johannes Kahrs, jeder findet sich in dem, was wir am 13. November gemeinsam beschlossen haben, wieder.

Ich will nur einige wenige Punkte nennen, die für die Unionsfraktion wichtig waren. Ich glaube, es war ein wichtiges Zeichen, dass wir die schwierige Situation der Landwirte etwas abmildern. Wir werden 78 Millionen Euro an zusätzlichen Mitteln für die landwirtschaftliche Unfallversicherung bereitstellen. Das ist nicht nur, wie manche suggerieren, eine Hilfe für die Landwirte in Bayern, sondern das ist eine Hilfe von Kap Arkona

bis nach Garmisch-Partenkirchen. Zusätzlich werden wir 30 Millionen Euro für ein Programm für die ländlichen Räume bereitstellen. Ich glaube, gerade mit Blick auf die ländlichen Räume, auf die strukturschwachen Räume ist dies eine gute Hilfe, um auch dem demografischen Wandel entgegenzutreten.

Lassen Sie mich ein Letztes sagen, was nicht nur mir persönlich, sondern auch vielen Kolleginnen und Kollegen in der Unionsfraktion seit vielen Jahren ein Anliegen ist: Ich stehe dazu – und das gilt auch für unsere Fraktion –, dass wir 70 Jahre nach Kriegsende eine symbolische Anerkennung für sowjetische Kriegsgefangene im Bundeshaushalt festgelegt haben. Ich glaube aber, genauso richtig ist es, dass wir auch den zivilen deutschen Zwangsarbeitern, die während des Zweiten Weltkrieges und danach zwangsverschleppt worden sind – egal wohin –, eine symbolische Anerkennung zuteilwerden lassen. Ich glaube, 70 Jahre nach Kriegsende ist beides richtig gewesen: eine symbolische Anerkennung für sowjetische Kriegsgefangene und eine symbolische Anerkennung für das Leiden der zivilen deutschen Zwangsarbeiter.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Anja Hajduk, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN:

Auf Sicht fahren, das führt zum Scheitern



Anja Hajduk (*1963)
Landesliste Hamburg

Die Beratungen für den Haushalt 2016 waren sicherlich ganz besondere Haushaltsberatungen. Sie standen von der ersten Lesung im September an bis heute unter dem Megathema und der Herausforderung der großen Flüchtlingsbewegungen und fanden unter den Gesichtspunkten der daraus folgenden Aufnahmebereitschaft unseres Landes und der Integration statt.

Ich will hier sagen: Die Bundes-

regierung und die Große Koalition haben hier, anders als in den Vorjahren – das darf man leider nicht vergessen –, endlich reagiert: Im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge werden deutlich mehr Stellen – es sind mehrere Tausend – bereitgestellt, und Integrationsmaßnahmen werden in einem deutlich erhöhten Ausmaß finanziert. Viele verschiedene Projekte sind bereits angepackt worden. Das heißt, Sie haben sich bewegt. Sie haben sich auch dahin gehend bewegt, Länder und Kommunen strukturell zu unterstützen. Aber – das muss man ebenfalls ganz nüchtern sehen –: Sie kommen nicht aus dem Modus heraus, nur auf Sicht zu fahren. Da Sie nur auf Sicht fahren, werden wir, wenn es so weitergeht, die Aufgaben nicht lösen. Auf Sicht fahren, das führt zum Scheitern.

Ich will das an einigen Beispielen deutlich machen. Im Einzelplan 06 des Innenministeriums finden sich Mittel für Integration und Sprachkurse. Sie sagen: Wir

machen da eine ganze Menge. Wir erhöhen die Mittel um 250 Millionen Euro und landen damit bei über 550 Millionen Euro. – Aber man muss ganz nüchtern sehen: Der Innenminister selber hat uns dargelegt, sein eigentlicher Bedarf liege bei zusätzlich 570 Millionen Euro. Sie wissen selber, dass Sie nur die Hälfte von dem einstellen, was nötig ist. Dieses Auf-Sicht-Fahren ist ein Blindflug. Hier brauchen wir eine ehrliche Weitsicht.

Ein anderes Beispiel. Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau werden erhöht. Das ist eine richtige Maßnahme und auch ein wichtiges Thema mit Blick auf die Akzeptanz in der Gesellschaft. Wir schaffen Wohnraum für Flüchtlinge, aber auch für die Menschen in der Gesellschaft, die Unterstützung brauchen. Sie stellen dafür zusätzlich 500 Millionen Euro ein. Damit kommen wir auf einen Betrag von 1 Milliarde Euro. Wir wissen aber: Wir brauchen im kommunalen Wohnungsbau ein

Programm, das 2 Milliarden Euro umfasst. Auch dies ist wieder ein Beispiel dafür, dass Sie auf Sicht fahren. Dieser Betrag wird nicht reichen.

Das dritte Beispiel, das ich hier nennen muss, ist der Bereich Kita und Bildung. Auch hier brauchen wir ein besser ausgestattetes Programm. Ich sage Ihnen: Wir Grünen legen Ihnen zu diesem Haushalt ein Paket in Höhe von 5,2 Milliarden Euro vor, um die Herausforderungen im Zusammenhang mit Flucht und Integration zu bewältigen, aber auch um die gesellschaftliche Akzeptanz im Bereich Wohnungsbau und Bildung zu schaffen. So ein Programm kann man solide gegenfinanzieren. Wir wollen, dass Sie uns hier folgen.

Ein anderer Punkt. Es wird viel über Fluchtursachen diskutiert. Da muss ich Sie fragen, Herr Schäuble: Wann, wenn nicht jetzt, da wir über Fluchtursachen und internationale Verantwortung reden, wäre es Zeit für eine ambitionierte Klimapolitik und eine glaubwürdige globale Entwicklungszusammenarbeit? Das würde für Deutschland bedeuten, einen Auf-

holplan zu entwerfen, bis 2020 das ODA-Ziel von 0,7 Prozent zu erreichen und einige Tage vor Paris gleichzeitig das Versprechen einzulösen, die internationale Finanzierung des Klimaschutzes durch einen Beitrag der Geberländer in Höhe von 100 Milliarden Euro zu verstetigen.

Wir Grünen legen Ihnen einen Plan vor, wie wir bis 2020 die ODA-Quote von 0,7 Prozent und einen deutschen Beitrag von 7 bis 8 Milliarden Euro für den Klimaschutz erreichen können. Das ist alles mit unserem Haushalt finanzierbar. Die Zahlen in Ihrem Haushalt stagnieren aber. Sie bleiben bei einer ODA-Quote von 0,4 Prozent. Sie brechen dieses wichtige internationale Versprechen.

Ich sage Ihnen: Sie wissen doch, wir müssen die anderen Geberländer mitnehmen. Wir mussten zur Kenntnis nehmen – darüber haben wir gesprochen –, dass die nötige Finanzierung der Flüchtlingscamps in den Nachbarländern der von Flucht betroffenen Regionen, also im Libanon und in Jordanien, durch den internationalen Geberkreis nicht geleistet wird.

**Ich sage Ihnen:
Sie wissen doch,
wir müssen die
anderen Geberländer mitnehmen.**

Deswegen spreche ich diesen Punkt an. Deutschland muss hier glaubwürdig vorgehen und die anderen Länder mitnehmen. Wir können das.

Wir dürfen darüber aber nicht nur reden, sondern das muss sich im Haushalt 2016 und im Finanzplan abbilden.

Noch ein weiterer Blick auf den Haushalt. Wir müssen doch die

Frage stellen, ob diese Haushaltspolitik die richtige Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft ist. Herr Rehberg, Sie haben gesagt: Hier haben wir keinen Nachholbedarf.

Das kann nur daran liegen, dass Sie die dem Haushalt zugrunde liegende Situation nicht wirklich ehrlich

analysieren. Wir haben sehr gute Rahmenbedingungen – das wissen

wir –: Die Beschäftigungslage ist wegen der demografischen Situation gut. Die Zinsen sind niedrig. Das aktuelle Wachstum beschert uns hohe Steuereinnahmen.

Aber richtig ist auch, dass wir seit über 20 Jahren auf Kosten unserer Substanz leben. Von 1992 bis 2012 hat sich das private Nettovermögen auf mehr als 10 Billionen Euro verdoppelt. Gleichzeitig ist das staatliche Nettovermögen um 800 Milliarden Euro auf nahezu null geschrumpft. Das liegt daran, dass wir zu wenig investieren und zu wenig analysie-

ren, welcher ständigen Wertverzehr es im Haushalt gibt.

Wir brauchen mit Blick auf den Haushalt endlich eine ehrliche Vermögensbilanz. Zusätzlich zur Schuldenbremse brauchen wir eine Investitionsregel, die das Abschmelzen des öffentlichen Vermögens verbietet.

Einen entsprechenden Antrag legen wir Ihnen ebenfalls vor. Und wir brauchen eine wirkliche Investitionsoffensive in Deutschland.

Mein Fazit ist: Sie haben keinen verlässlichen Plan in der Integrati-

onspolitik. Sie haben kein Herz für die globale internationale Zusammenarbeit, und Sie haben überhaupt keinen Mut für die notwendige Investitionsoffensive, die unser Land braucht. So wird das nichts! Schauen Sie auf unsere Anträge. Die können Sie bis Freitag noch beschließen. Dann würde es nach vorne gehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen mit Blick auf den Haushalt endlich eine ehrliche Vermögensbilanz.

Johannes Kahrs, SPD:

Der Haushalt bildet die Realität ab



Johannes Kahrs (*1963)
Wahlkreis Hamburg-Mitte

Wir haben jetzt von zwei Oppositionsrednern gehört, was man sich alles wünschen kann.

Kollege Rehberg hat gesagt, was geht. Was die Opposition hier aufgezeigt hat, hat, so finde ich, weder Perspektive, noch ist es finanzierbar oder mit eigenem Handeln unterlegt. Deswegen sage ich: Nett gesprochen, wenig Substanz.

Wir Sozialdemokraten zeichnen uns in dieser Koalition mit der CDU/CSU dadurch aus, dass wir hier substanzielle Vorschläge vorlegen und diese dann so finanzieren, dass am Ende keine neuen Schulden dabei herauskommen.

Ich glaube, mehr kann man kaum machen. Dem Kollegen Rehberg möchte ich für die gute und fruchtbare Zusammenarbeit danken. Gleichzeitig glaube ich, dass das, was wir vorgelegt haben, ein guter Haushalt ist. Es ist ein Haushalt, der die Realitäten und nicht jedes „Wünsch-dir-was“ abbildet.

Es weiß doch ein jeder, dass wir nur mit den vorhandenen Zahlen planen und rechnen können. Das heißt zum Beispiel, dass wir von 800.000 Flüchtlingen ausgehen. Dafür haben wir entsprechende Vorkehrungen getroffen. Wir werden uns vornehmen, die Zahl der

Flüchtlinge im nächsten Jahr deutlich zu senken. Es ist, glaube ich, jedermann klar, dass es in den Jahren 2016 und 2017 nicht so weitergehen kann wie in diesem Jahr. Auch ist jedem klar, dass wir dafür gemeinschaftlich arbeiten müssen.

Wir wissen aber gleichzeitig, dass wir den Menschen, die eine Bleibeperspektive haben, Integrationsmaßnahmen bieten müssen, damit sie hier ankommen und wir mit ihnen nicht die Probleme bekommen, die es in anderen Ländern gibt. Dazu ist es wichtig, dass sie eine Perspektive haben und sich hier wohlfühlen.

Wir müssen beides tun: Auf der einen Seite muss die Zahl der Flüchtlinge deutlich gesenkt werden, und auf der anderen Seite müssen wir denjenigen, die hier bleiben, eine Integrationsperspektive bieten. Das ist gute Politik. Das ist die Aufgabe in den nächsten Monaten. Wenn wir das nicht schaffen, werden wir – übrigens auch mit diesem Haushalt; das muss man ehrlich sagen – ein deutliches Problem haben. Deswegen hoffen wir, dass die Bundesregierung das, was sie plant, vernünftig hinbekommt. Dazu müssen die Vorschläge aber auch ausgewogen und umsetzbar sein. Nur wenn das funktioniert, steht dieser Haushalt.

Wir haben im letzten Jahr gezeigt, dass wir flexibel sind und entsprechend reagieren können. Im Notfall können wir über Nachtragshaushalte nachsteuern. Deswegen muss man jetzt kein Kaffeesatzlesen betreiben. Man muss auch nicht darüber reden, was vielleicht noch alles kommen könnte und was man vorausschauend machen könnte. Jeder weiß doch, dass das nicht zielführend ist.

Haushaltsklarheit und Haus-

haltungswahrheit heißt, dass wir hier Zahlen vorlegen, von denen wir glauben, dass sie auch noch im nächsten Jahr richtig sind. Wenn es anders kommen sollte, werden wir reagieren. Nichts ist in Bronze gegossen, und nichts fällt einfach vom Himmel. Vielmehr geht es hier darum, praktische Politik zu machen, die auch finanzierbar ist. Wir müssen im Großen helfen, und zwar ganz konkret, und gleichzeitig die versprochenen Maßnahmen umsetzen.

Eine solide Finanzpolitik – das haben wir ja gesehen – zahlt sich aus. Von den beiden Rednern der Opposition haben wir gehört, dass die Umstände gut sind. Sie sind aber nur deshalb gut, weil wir etwas dafür getan haben. Die erfolgreiche Arbeit von Rot-Grün unter Gerhard Schröder ist eine der Grundlagen, von denen wir heute noch zehren. Aber auch andere positive Entwicklungen haben zu den jetzigen Haushaltszahlen geführt.

Gleichzeitig müssen wir aber im Blick behalten, dass die Gelder, die wir investieren, auch an der richtigen Stelle ankommen. Deshalb reagieren wir, wo nötig, mit Nachtragshaushalten. Das haben wir 2015 gezeigt. Wir haben die Länder und die Kommunen entlastet. Der Kollege Rehberg hat recht: Das, was wir den Ländern und Kommunen geben, muss aber am Ende auch da ankommen, wo es nach unserer aller Überzeugung ankommen muss. Das muss man sich dann im Ergebnis ganz genau ansehen.

Anfang nächsten Jahres werden wir darüber diskutieren müssen, wie sich die Maßnahmen der letzten Koalitionsregierungen in Bezug auf die Unterstützung von Ländern und Kommunen strategisch und grundsätzlich auf den Bundeshaushalt auswirken. Die

Prognosen zeigen nämlich, dass die Steuereinnahmen steigen, zumindest bei den Ländern. Auch bei den Kommunen steigen sie leicht. Beim Bund sinken sie. Das heißt, in Zukunft wird es auch darum gehen, den Bundeshaushalt zu stärken, statt davon auszugehen, dass der Bund nur zur Finanzierung von Ländern und Kommunen da ist.

Auch das ist nämlich ein Teil der Wahrheit. Der Bund ist nicht unbegrenzt belastbar, und wir müssen dafür sorgen, dass der Bundeshaushalt weiter solide bleibt. Auch das gehört zu einer vernünftigen Finanzplanung.

Der Kollege Rehberg und ich haben uns in dieser Großen Koalition vorgenommen, dass wir das Anfang nächsten Jahres mit dem Bundesfinanzminister einmal durchdeklinieren, um zu sehen, wie groß der Spielraum des Bundes in den nächsten Jahren überhaupt noch ist, und das bei diesen guten Voraussetzungen. Wenn die Voraussetzungen sich verschlechtern, weil vielleicht die Zinsen und der Ölpreis wieder steigen und die wirtschaftliche Entwicklung in eine andere Richtung geht, dann wird man vielleicht zu ganz anderen Maßnahmen kommen müssen.

Auch das gehört zur Wahrheit: Wir können nicht wie die Opposition einfach sagen: „Wir verteilen auf ewig, und es wird schon weiterhin so gut bleiben“, sondern wir müssen in guten wie in schlechten Zeiten entsprechend reagieren. Wir müssen einen Haushalt vorlegen, der beidem gerecht wird.

Ein Blick in den Haushalt zeigt, dass wir zum Beispiel im Etat des Bundesaußenministers 400 Millionen Euro zusätzlich zur Bekämpfung der Fluchtursachen vorgesehen haben. Ich halte das für vernünftig, und ich möchte mich insbesondere bei den Berichterstattern für den Etat für wirtschaftliche Zusammenarbeit bedanken.

Es sind viele Hundert Millionen Euro für die Bekämpfung der Fluchtursachen umgeschichtet worden.

Das heißt, wir haben Schwerpunkte gesetzt und das Geld konzentriert und vernünftig eingesetzt. Ich glaube, dass das eine gute Sache ist, die uns gemeinschaftlich gelungen ist. In allen Haushalten ist es notwendig, darauf zu achten, dass das Geld gezielt dort eingesetzt wird, wo es gebraucht wird. Vielleicht kann man auch die eine oder andere liebevoll gewonnene Ausgabe darauf überprüfen, ob sie weiterhin sinnvoll und zeitgemäß ist.

Gleichzeitig haben wir alles dafür getan, damit insbesondere diejenigen in diesem Land, die helfen und Arbeit leisten, unterstützt werden. Wir haben viel dafür getan, dass die Arbeit von Freiwilligen und Ehrenamtlichen koordiniert und unterstützt wird. Ich möchte mich ganz herzlich dafür bedanken, dass wir das mit allen Fraktionen so vernünftig und im Konsens hinbekommen haben.

Ich glaube aber auch, dass es wirklich wichtig ist, dass wir etwas für die Bundespolizei getan haben. Die Bundespolizei ist bei Einsätzen vor Ort ständig gefordert: vom Fußballspiel am Wochenende bis hin zu irgendwelchen Demonstrationen. Teilweise werden die Polizisten in Hundertschaften durch die ganze Republik gefahren. Weil wir der Meinung sind, dass in diesem Bereich etwas getan werden muss, wollen wir hier investieren, insbesondere in die Anschaffung von drei neuen Schiffen für die Bundespolizei. Dem Kollegen Rehberg und der Kollegin Hagedorn sei Dank. Ich halte das als Zeichen der Anerkennung für notwendig.

Gleichzeitig haben wir auch das THW unterstützt. Wir haben 200

Fortsetzung auf nächster Seite

Eine solide Finanzpolitik – das haben wir ja gesehen – zahlt sich aus.

neue Stellen für das THW und eine Erhöhung der Selbstbewirtschaftungsmittel um 8 Millionen Euro für dieses Jahr und die nächsten beiden Jahre vorgesehen.

Wir haben gleichzeitig die Erstattung der Verdienstauffälle der ehrenamtlichen Helfer vorgese-

hen. Ich glaube, dass diese Hilfe bei denjenigen, die vor Ort helfen, ankommt. Das ist doch praktische Politik. Diese Politik findet sich im Haushalt wieder.

Wir wollen den Bundesfreiwilligendienst mit 10 000 neuen Stellen ausbauen. Ich glaube, dass

man das gar nicht hoch genug einschätzen kann, weil man dadurch flexibel reagieren kann. Wir hoffen, dass das auch entsprechend ankommt. Wir haben aber auch für den sozialen Wohnungsbau und für viele andere Dinge Geld vorgesehen.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Wir müssen aber aufpassen, dass auch die Dinge, die wir uns außerdem vorgenommen haben, wie die Neuordnung des Arbeitsmarkts oder die Einführung des Bundesteilhabegesetzes, umgesetzt werden. Die Menschen in diesem

Land würden es nicht verstehen, wenn wir uns nur um Flüchtlinge und Integration kümmern, aber die wesentlichen anderen Aufgaben in diesem Land liegen bleiben.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dr. Axel Troost, DIE LINKE:

Viele alte Probleme spitzen sich dramatisch zu



Axel Troost (*1954)
Landesliste Sachsen

Die Flüchtlingsströme haben vieles, aber nicht alles verändert. Wir haben nach wie vor viele alte Probleme, die sich jetzt aber dramatisch zu spitzen.

Wir haben seit Jahren kaputtgesparte Verwaltungen, die nun mit der zunehmenden Zahl an Flüchtlingen erst recht überfordert sind.

Wir haben ausgeblutete Kommunen, die schon seit Jahren ihre Infrastruktur vernachlässigen und jetzt vor einer Fülle neuer Bedarfe stehen.

Wir haben uns nicht nur um die Flüchtlinge zu kümmern, die ab dem nächsten Jahr auf den Arbeitsmarkt kommen, sondern wir müssen uns auch um die Millionen Langzeitarbeitslosen und Niedriglöhner kümmern, weil diese Menschen es erstens verdient haben und weil wir zweitens keine zunehmende Anzahl an Rechtsradikalen auf unseren Straßen und in unseren Parlamenten haben wollen.

Für Soforthilfen an die Kommunen, für sozialen Wohnungsbau, für Bildung, Berufsqualifikation und Arbeitsmarktprogramme brauchen wir kurzfristig Gelder, und zwar wesentlich mehr als bisher vorgesehen. Die staatseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau,

KfW, hat einen wunderbaren Bericht fertiggestellt, in dem sie die Bedarfe im Einzelnen beschreibt. Es ist faktisch notwendig, diese Gelder wahrscheinlich ab dem nächsten Jahr über Kredite zu finanzieren. Ob dabei die schwarze Null eingehalten wird oder nicht, ist aus unserer Sicht völlig uninteressant.

Denn diese Investitionen werden sich, wenn sie halbwegs vernünftig durchgeführt werden, politisch und finanziell auszahlen. Wenn wir jetzt anfangen, keine Ausgaben zu tätigen, um die sinnlose Symbolpolitik der schwarzen Null zu verteidigen, wird sich das bitter rächen.

Noch mehr zur Finanzierung: Die Flüchtlingsfrage ist eine gesamtdeutsche Aufgabe, für welche der Bund in der Pflicht ist. Wir haben für diese Aufgabe ein aus unserer Sicht optimales Finanzierungsinstrument, nämlich den So-

lidaritätszuschlag. Angesichts der neuen und der alten Aufgaben wäre es aus unserer Sicht grundlegend falsch, den Soli abzuschaffen oder auslaufen zu lassen. Wir haben auch den grundgesetzlichen Auftrag zu erfüllen, die wirtschaftliche Abkopplung strukturschwacher Gebiete in Ost und West zu verhindern.

Wir haben einige Kommunen, denen es einigermaßen gut geht. Aber die Mehrzahl der Kommunen ist finanziell wirklich schlecht dran. Schon seit 14 Jahren leben unsere Kommunen bei Schulen, Straßen, Turnhallen und vielem anderen aus Finanznot auf Verschleiß, sind Abschreibungen auf kommunaler Ebene größer als die Investitionen. Deswegen brauchen wir zusätzliche Gelder.

Damit bin ich bei der Steuerpolitik. Unser Steuersystem ist in den letzten 20 Jahren immer ungerechter und defizitärer geworden. Das bringt mich zur Erbschaftsteuer; denn hier erwarten wir in den nächsten Monaten entsprechende Veränderungen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, insbesondere lieber Kollege Kahrs, euer Parteivorsitzender Sigmar Gabriel hat im Bundeskabinett dem Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Erbschaftsteuer zugestimmt. Weil dieser Entwurf schlecht gemacht ist, wird er jetzt im parlamentarischen Verfahren neu aufgerollt. Er ist aber nicht nur handwerklich, sondern auch politisch schlecht gemacht.

Seit der Reform unter Peer Steinbrück ist die Erbschaftsteuer für wirklich Reiche zu einer „Dummensteuer“ verkommen. Nur wer einen schlechten Steuerberater hat, muss überhaupt noch zahlen.

Ab zweistelligen Millionenbeträgen sind Erbschaften und Schenkungen nahezu steuerfrei, weil sie als Betriebsvermögen fast immer verschont werden. Ihr Gesetzentwurf wird daran nichts ändern.

Über 99 Prozent der Erbschaften mit Betriebsvermögen wären quasi automatisch steuerbefreit. Wenn das nicht automatisch geht, dann ist das mit einem kreativen Anwalt durchaus so gestaltbar. Damit können weiter wie bisher gi-

gantische Vermögen steuerfrei in die nächste Generation übertragen werden – Kollege Kauder, auch Ihre Aufregung wird an den Fakten nichts ändern –, um dann zur Erwirtschaftung von Renditen und damit zur weiteren Vermögenskonzentration genutzt zu werden. Im Ergebnis wird die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter

aufgehen. Der Gesetzentwurf, der bisher vorliegt, ist daher völliger Murks.

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD: Wenn ihr jetzt nicht versucht, ein Gesetz mit einer linken Handschrift

zu machen – was wollt ihr denn dann überhaupt in der Regierung? Es geht nicht nur darum, dass mit diesem Gesetzentwurf Milliarden Euro an Steuereinnahmen für die Länder verschenkt werden, es geht darum, dass ihr an der ungleichen Vermögensverteilung nichts verändert und der weiteren Konzentration von Reichtum sogar noch Vor-schub leistet.

Ein kleiner Geldadel von 1 Prozent der Bevölkerung besitzt schon jetzt mehr als ein Drittel des gesamten Vermögens in der Bundesrepublik.

Ein Gesetzentwurf, der dieses Problem jetzt nicht angeht, ist eine Kapitulation. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, gerade in dieser Frage: Wenn ihr kämpft, dann könnt ihr verlieren, aber wenn ihr nicht kämpft, dann habt ihr schon verloren, und das geht zulasten der Länder und Kommunen.

Wir müssen versuchen, eine wirkliche Veränderung bei der Erbschaftsteuer herbeizuführen. All denen, die hier so herumschreien, sage ich: Es hat in der letzten Woche – unter anderem vom DIW und dem Wirtschaftsdienst organisiert – einen Kongress zur Frage der Reichtumsentwicklung und der Reichtumsbesteuerung hier in Berlin gegeben. Leider war von Ihnen keiner anwesend. Sonst hätten Sie Fakten bekommen, die belegen, dass die Schere zwischen Arm und Reich in der Bundesrepublik Deutschland immer weiter auseinandergeht.

(Beifall bei der LINKEN)



Die vergleichsweise gute wirtschaftliche Entwicklung stabilisiert die Staatsfinanzen.

© picture alliance/prisma

Unser Steuersystem ist in den letzten 20 Jahren immer ungerechter geworden.

Dr. Wolfgang Schäuble, CDU, Bundesminister der Finanzen:

Wir müssen ein bisschen auf Sicht fahren



Wolfgang Schäuble (*1942)
Bundesminister

Die Bemerkungen des Kollegen Troost veranlassen mich, zunächst einen Hinweis darauf zu geben, dass wir in einem nicht einfachen weltwirtschaftlichen Umfeld sind und dass die grundlegende Herausforderung, vor der wir bei allen politischen Entscheidungen stehen, ist, dass wir unter den Bedingungen dieser immer enger werdenden weltweiten Verflechtung, die wir Globalisierung nennen, eine solide, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung gewährleisten müssen. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere wirtschaftliche und finanzpolitische Linie so ist, dass wir uns die soziale Absicherung, den sozialen Standard und unser Lebenshaltungsniveau erwirtschaften können. Das ist unter den Bedingungen der Globalisierung außergewöhnlich anspruchsvoll und kompliziert.

Wir stehen im Wettbewerb um nahezu jeden Arbeitsplatz, auch auf globaler Ebene. Die Globalisierung ist eine große Herausforderung an unsere Wettbewerbsfähigkeit. Darum geht es auch in inhereuropäischen Debatten. Deswegen ist es auch so kompliziert, bei der Frage der Besteuerung von Substanz nationale Regelungen zu treffen; denn diese können dazu führen, dass das Steuersubstrat nicht mehr vollständig im Inland ist, die Arbeitsplätze verlagert werden und die Wirtschaftsleistung nicht mehr hier erbracht wird. Wir sind daher bei der Substanzbesteuerung auf die Regeln der Klugheit angewiesen, denen zu folgen auch sonst gar nicht falsch ist. Was Sie gesagt haben, würde vielleicht zu mehr Gleichheit führen, aber auf der

Wir stehen im Wettbewerb um nahezu jeden Arbeitsplatz, auch auf globaler Ebene.

Grundlage, dass alle gleich arm sind. Das ist nicht die Politik, mit der wir unsere Herausforderungen bewältigen können.

Sie haben vielleicht heute Morgen, um ein aktuelles Beispiel zu nennen, von den Überlegungen eines großen amerikanischen pharmazeutischen Unternehmens gelesen, ein anderes pharmazeutisches Unternehmen für einen Milliardenbetrag – da wird auch den Linken schummerig – zu übernehmen und gleichzeitig den Firmensitz nach Irland zu verlegen, aus Gründen, die absehbar sind. Das zeigt, wie unendlich wichtig und zugleich schwierig es ist, in den globalen Bemühungen nicht nachzulassen. Wir haben im Rahmen der OECD und beim G-20-Gipfel in Antalya mit der Verabschiedung der BEPS-Grundsätze wichtige Ergebnisse erreicht. Aber wir sind erst am Anfang. Wir müssen darauf achten, dass unsere Steuerbasis nicht erodiert und dass unsere wirtschaftliche Leistungskraft, die die Voraussetzung dafür ist, dass wir unsere Aufgaben bewältigen können, nicht nachlässt.

Das müssen wir bei der Erbschaftsteuer wie bei allen steuerlichen Fragen berücksichtigen.

Die zweite Bemerkung, die ich machen möchte, ist: Das weltwirtschaftliche Umfeld ist nicht ganz so schön. Ja, Frau Hajduk, wir sind noch in einer ganz guten Lage. Es ist übrigens eigentlich nicht so schlecht, dass die Globalisierung gerade angesichts dieser außergewöhnlichen Herausforderung, die wir vor ein paar Monaten in dieser Geschwindigkeit, in diesem Ausmaß nicht vorhergesehen haben, in einem solchen Maße konkret wird. Die Geschwindigkeit haben wir alle miteinander noch vor ein paar Monaten nicht vorhergesehen. Die Kritik, dass wir doch den finanzpolitischen Handlungsspielraum hätten, darauf zu reagieren, akzeptiere ich gern. Ich finde noch immer, es ist gar nicht schlecht, dass wir dazu in der Lage sind.

Wir können übrigens im kommenden Jahr diese Aufgabe ohne neue Schulden erfüllen; das habe ich schon bei der Einbringung des Bundeshaushaltes Anfang September – damals habe ich von „wenn möglich“ gesprochen – gesagt. Ich

habe Anfang September ebenfalls gesagt – ich will es wiederholen –, dass ich nach wie vor der Meinung bin – ich glaube, ich bin darin mit den Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen völlig einig –, dass die Frage, was zur Bewältigung dieser Herausforderung notwendig ist, erste Priorität hat und dass die Frage, ob wir das nur mit Schulden oder ohne schaffen, die zweite Priorität hat. Das heißt aber nicht, dass wir uns in allen anderen Bereichen ebenfalls alles leisten können. So sind Prioritäten nicht zu verstehen. Das spiegelt dieser Haushalt wider, und deswegen ist es ein guter Haushalt.

Ich verweise auf die Überschüsse, die wir in diesem Jahr durch die von Ihnen beschriebene Entwicklung haben. Lassen Sie mich mit allem Respekt, kurz bevor die Kommunen und die Länder völlig verarmt sind, darauf hinweisen: Wenn die Steuereinnahmen für den Bund sprudeln, müssen sie denknötwendig – die Prozentrechnung ist so – in paralleler Weise auch für Länder und Gemeinden steigen. Wer das bestreitet, hat wenig Ahnung.

Wenn wir es im kommenden Jahr ohne ein neues Defizit schaffen, dann schaffen wir dies nur – auch das muss klar sein –, weil wir die Überschüsse aus diesem Jahr im Bundeshaushalt des kommenden Jahres verwenden. Dass unsere Handlungsspielräume deswegen nicht größer werden, ist richtig. Insofern ist es gut, dass wir in diesem Haushalt rund 8 Milliarden Euro zusätzlich für die Bewältigung dieser großen Herausforderung einsetzen. Die Hälfte dieser Summe geht an die Länder. Sie erhalten als Vorabzahlung 3,637 Milliarden Euro. Spitz abgerechnet wird am Ende des Jahres. Die endgültige Summe hängt von der Antragsdauer und vom Umfang des weiteren Zugangs ab, den keiner kennt. Wir hoffen, dass er zurückgeht, Herr Kahrs; aber noch wissen wir es nicht.

Auch deswegen müssen wir ein bisschen auf Sicht fahren. Daran ist nichts Schlechtes. Diejenigen, die sagen: „Egal was passiert: Wir haben unseren Plan“, sind in der Geschichte immer gescheitert. Diejenigen, die auf Sicht fahren, haben der Menschheit sehr viel mehr Gutes ermöglicht.

Auch daran muss man gelegentlich erinnern. Daher hat mich Ihr Vorwurf, Frau Hajduk, dass wir auf Sicht fahren, wirklich überrascht.

Ich finde, es ist eher ein Kompliment. Wir sind in der Lage, auf die Realität zu reagieren, und sagen nicht: Was kümmert uns die Realität? Wir haben doch unseren Plan. – Das ist lange versucht worden, mit desaströsen Ergebnissen. So zu handeln, dazu rate ich

Weil wir den Haushalt insgesamt oder jetzt den Einzelplan des Bundesfinanzministeriums bereden, würde ich gern noch eine Bemerkung machen – neben den Themen der Migration, der inneren Sicherheit und den vielen Stellen, die die Polizei und die Sicherheitsdienste dringend brauchen und die sie auch in einem hohen Maße bekommen –: Das Problem werden auch da, wie beim BAMF, nicht die Stellen sein – das habe ich immer gesagt –, sondern die Menschen, die die Stellen besetzen; denn die müssen erst dafür ausgebildet werden. Deswegen haben wir beispielsweise mit Blick auf die Kontrolle der Schwarzarbeit gesagt: Wir müssen die Geschwindigkeit des weiteren Ausbaus reduzieren. Wir haben die Zöllner gebeten, auf freiwilliger Basis zum BAMF zu gehen. – Die haben das auch in einem hohen Maß und in flexibler Weise getan. Wir brauchen also nicht nur Stellen und Geld; wir brauchen auch die Leute, und wir brauchen solche Vorschriften, dass man effizient arbeiten kann. Da haben wir Spielraum.

Ich will aber noch darauf hinweisen, dass wir an unserem Kurs, den wir zu Beginn des Jahres schon eingeschlagen haben, nämlich Investitionen in die Infrastruktur, in die digitale Infrastruktur, zu verstärken, konsequent festhalten, dass wir das Programm zur Förderung von Investitionen in finanzschwächeren Kommunen konsequent fortsetzen, dass das 10-Milliarden-Zukunftsinvestitionsprogramm konsequent fortgeführt wird. Darüber hinaus haben wir im Zuge dessen jetzt auch noch die Mittel für den sozialen Wohnungsbau – eine Aufgabe, die nach dem Grundgesetz den Ländern zusteht – von 500 Millionen Euro auf 1 Milliarde Euro jährlich erhöht. Darüber hinaus sind wir seit der letzten Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten mit den Ländern im Gespräch, ob wir für den Mietwohnungsbau auch noch Steueranreize setzen. Bisher hat der Bundesrat immer gesagt, er sei nicht bereit, irgendeiner Steuermaßnahme, die zu einer Minderung der Einnahmen führt, zuzustimmen. Nachdem diese Position aufgege-

ben worden ist, haben wir vereinbart: Wir führen jetzt zwischen Bund und Ländern Gespräche, ob wir auch noch begrenzte steuerliche Anreize zur Förderung des Mietwohnungsbaus setzen können. – Das heißt, wir arbeiten an allen Stellen daran, auch die Investitionstätigkeit zu verstärken. Es geht darum, dass wir bei begrenzten Mitteln – damit hat es die Haushaltspolitik immer zu tun – unsere Aufgaben erfüllen können.

Im Übrigen will ich daran erinnern, dass wir bei der Aufstellung des Bundeshaushalts, schon bei den Eckwerten im Frühjahr, und bei der mittelfristigen Finanzplanung, die mit dem Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt durch das Kabinett beschlossen wird, die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit in einem Maße erhöht haben, das alle Beteiligten überrascht hat. Wir erhöhen diese Mittel konsequent. Das war in den abschließenden Beratungen nicht mehr der zentrale Schwerpunkt, weil das vorher schon enthalten war.

Was die Finanzierung der Klimaschutzmaßnahmen angeht: Zur Vorbereitung auf den Pariser Gipfel haben wir gerade in Antalya und zuvor in Peru beraten. Wir haben einen Bericht bekommen, der zeigt, dass wir, was die Einhaltung der Zusage dieser 100 Milliarden Euro ab 2020 betrifft, auf einem guten Weg sind, dass die Bundesrepublik bei dieser Entwicklung Vorreiter ist und dass der Anteil der öffentlichen Mittel dabei besonders hoch ist. Natürlich haben wir begrenzte Mittel, aber wir setzen sie zielgerichtet ein, und wir handeln konsequent.

Dann will ich eine Bemerkung machen – wir fahren insofern auf Sicht, ich habe das im Haushaltsausschuss schon erwähnt, als mein Einzelplan dort abschließend beraten worden ist –: Ich weiß gar nicht, ob die Mittel, die im EU-Haushalt für 2016, der ja erfreulicherweise vergangene Woche zum ersten Mal einstimmig verabschiedet worden ist, für die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern und mit den Ländern aus der Region, aus der die Flüchtlinge kommen, zur Verfügung gestellt worden sind, ausreichend sind; ich habe da meine Zweifel. Aber auch da muss ich auf Sicht fahren. Es kann sein, dass der europäische Haushalt im kommenden Jahr zusätzliche Mittel braucht, die – das habe ich im Haushaltsausschuss erläutert – nicht aus dem mittelfristigen Fi-

Fortsetzung auf nächster Seite

werden können. Das kann dann bedeuten, dass wir auch dafür zusätzliche Mittel in unserer nationalen Finanzpolitik unterbringen müssen.

Dass wir die Mittel für den UNHCR enorm aufgestockt haben, dient ja genau dem Ziel, dass wir in einer globalen Zusammenarbeit – das kann Europa nur gemeinsam meistern – in einer besseren Lage sind, mit den Migrations-, den Wanderungsbewegungen weltweit so umzugehen – man muss ja vorsichtig formulieren –,

Der Kampf für ein leistungsfähiges Europa bleibt eine Herausforderung.

dass daraus nicht andauernde und sich vergrößernde Stabilitätsrisiken entstehen. Das ist die eigentliche Herausforderung. Dem dient unsere Politik, und dem dient auch unsere Finanzpolitik.

Dazu will ich dann doch die Bemerkung machen: Voraussetzung dafür ist, dass wir wirtschaftlich leistungsfähig sind, dass wir die finanziellen Voraussetzungen haben und die Instrumente bewahren, um auch in der Zukunft handlungsfähig zu sein, und dass wir diese Politik auch

wieder und wieder in Europa durchsetzen; denn wenn Europa insgesamt nicht mehr Solidarität, mehr Wettbewerbsfähigkeit und mehr Leistungsstärke entwickelt, dann wird Europa angesichts dieser globalen Herausforderungen seine Aufgabe nicht erfüllen können. Die Bundesregierung tut alles, um Europa zu stärken. Wir zeigen europäische Solidarität. Aber wir fordern sie auch von anderen ein.

Wir müssen es bei der Umsetzung der Regeln zum internationalen Steuerrecht – BEPS habe ich erwähnt – machen. Wir müssen es genauso machen bei der Finanzmarktregulierung; wir müssen darauf achten, dass die Finanzmarkt-

regulierung weitergeht.

Aber wir müssen auch darauf achten, dass jedes Mitgliedsland in Europa seine Verpflichtungen erfüllt. Das neue Beispiel haben wir jetzt mit dem Thema Einlagensicherung. Wenn wir über das Thema Bankenunion reden, dann muss klar sein, dass die europäischen Systeme so gemacht werden, dass die Mitgliedstaaten in ihrer Entschlossenheit, das umzusetzen, wozu sie sich verpflichtet haben, nicht geschwächt werden. Sonst schafft man ordnungspolitisch die falschen Anreize. Was geschieht, wenn man Ländern die Möglichkeit bietet, sich auf das Risiko anderer zu verschulden, das haben wir in der Euro-Krise zu

lange erlebt.

Im Übrigen haben wir gerade am Montag die nächste Tranche für Griechenland in Höhe von – wenn Sie es zusammenrechnen – 12 Milliarden Euro freigegeben. Also: Der Kampf für ein leistungsfähiges Europa, das in dieser globalen Herausforderung unsere Aufgaben mit leisten kann, bleibt eine Herausforderung. Wir leisten mit unserer Finanzpolitik dazu einen wesentlichen Beitrag. Auch dafür bitte ich das Hohe Haus weiterhin um Unterstützung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dr. Tobias Lindner, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN:

Ein Haushalt der verpassten Chancen



Tobias Lindner (*1982)
Landesliste Rheinland-Pfalz

Wir haben vor gut zehn Wochen, Anfang September, diese Haushaltsberatungen mit der ersten Lesung hier im Hohen Hause begonnen. Viele von uns standen damals noch unter dem Eindruck der Bilder, die wir unter anderem aus München gesehen haben, wo an einem Wochenende mehr als 10 000 Menschen in unserem Land Zuflucht gesucht haben und freundlich empfangen worden sind. Am 9. September hat die Bundeskanzlerin hier an diesem Platz gesagt – ich zitiere wörtlich –:

Ich bin überzeugt, dass wir es nicht nur können, sondern dass wir, wenn wir es gut machen, wenn wir es mutig angehen, wenn wir nicht verzagt sind, sondern Ideen suchen, wenn wir kreativ sind, letztlich nur gewinnen können.

Meine Damen und Herren, ich stimme der Bundeskanzlerin an dieser Stelle zu.

Wenn wir dann an diesen Haushaltsplan, den wir heute beraten, diesen von Ihnen selbst gewählten Anspruch legen, wenn wir uns die-

sen Haushaltsplan anschauen, dann müssen wir leider feststellen:

Sie sind nicht mutig gewesen, Sie waren nicht vorausschauend, Sie waren verzagt, und Sie treten auf der Stelle.

Dieser Haushalt, meine Damen und Herren, ist ein Haushalt der verpassten Chancen, und ich sage: Es ist leider ein Haushalt der verpassten Chancen.

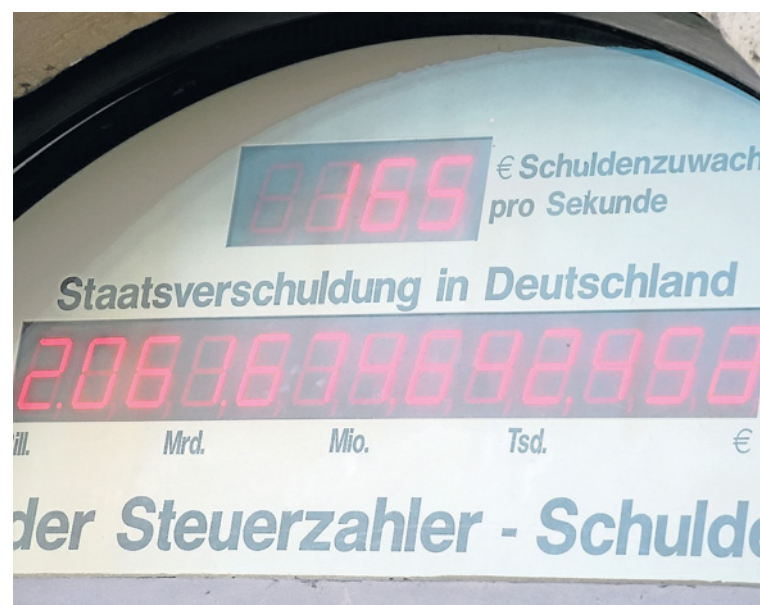
Lieber Johannes Kahrs, du hast ja über Nachtragshaushalte gesprochen und meinstest: Na ja, wenn dann etwas anfällt bei dem Auf-Sicht-Fahren, dann korrigieren wir das. – Das hat aber nicht nur nichts mit Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit zu tun, sondern das nimmt den vielen Ehrenamtlichen in diesem Land, das nimmt den Hilfsorganisationen, die Fluchtursachen bekämpfen sollen, das nimmt den Ländern und Kommunen die Planungssi-

cherheit, die sie jetzt bräuchten angesichts der großen mittel- und langfristigen Aufgabe, die Integration in unserem Land erfolgreich zu bewältigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Großen Koalition, bevor Sie sich jetzt hier gegenseitig irgendetwas zurufen müssen:

Wir geben ja durchaus zu, dass Sie nicht nichts gemacht haben. 3 Milliarden obendrauf zum Entwurf – das ist nicht nichts. Aber Sie haben die Arbeit eingestellt, wenn es darum geht, zu bedenken: Was kommt denn nach der Unterbringung in der Erstaufnahmeeinrichtung? Was heißt denn erfolgreiche Integration, Spracherwerb, Bildung, Integration in den Arbeitsmarkt?

Da können Sie eben heute schon sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die vorgesehenen Mittel nicht ausreichen wer-



Konto etwas überzogen: Die Schuldenuhr des Bundes der Steuerzahler Mitte Juni 2015

den. Unter anderem deshalb schlagen wir ein Programm für sozialen Wohnungsbau in einem Umfang von 2 Milliarden Euro vor, weil wir wissen, dass wir heute das Geld in die Hand nehmen müssen, damit wir morgen und übermorgen die Wohnungen haben, die wir in diesem Land brauchen.

Sie investieren in diesem Haushalt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Großen Koalition, nicht nur zu wenig, nein, Sie investieren leider auch falsch. Sie hecheln der schwarzen Null hinterher und fahren dabei dieses Land auf Verschleiß, und Sie geben das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dabei nicht gut aus. Ja, es ist richtig: Sie haben die humanitäre Hilfe erhöht; das erkennen wir an. Aber wenn Sie wahrnehmen, wie groß die Herausforderung ist, wenn Sie wahrnehmen, dass weltweit über 60 Millionen Menschen auf der Flucht sind – so viel wie nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr –, wenn Sie wahrnehmen, dass Deutschland in der Vergangenheit immer etwa 9 bis 10 Prozent der humanitären Hilfe gestemmt hat, und wenn Sie dann den Bedarf sehen, der weltweit besteht, dann ist klar, liebe Kolleginnen und Kollegen: Es ist eben nicht genug, was Sie in diesen Haushaltsplan einstellen. Und wenn wir über den UNHCR reden: 25 oder 30 US-Dollar, die ein Flüchtling im Nahen Osten im Monat für die Lebensmittelversorgung hat, werden niemanden davon abhalten, sein Land zu verlassen und sich auf den Weg nach Europa zu machen. Das ist ein Versagen vor den Herausforderungen unserer Zeit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Jetzt reden wir einmal darüber, was es heißt, Geld der Bürgerinnen und Bürger gut auszugeben. Herr Schäuble, der Bundesrechnungshof hat Ihnen letzte Woche mit seinen Bemerkungen eine ganze Menge ins Stammbuch ge-

schrieben. Er hat nicht nur festgestellt, dass der Bund bei der Besteuerung von Körperschaften jährlich auf mehr als 600 Millionen Euro an Steuereinnahmen verzichtet, die ihm eigentlich zustehen, nein, er hat auch festgestellt, dass Sie überhaupt kein Konzept haben, wenn es um Onlineeinkäufe bei ausländischen Unternehmen geht.

An dieser Stelle sollten vielleicht auch Sie, Herr Dobrindt, Ihre Ohren spitzen. Ihrem Haus wirft er unter anderem vor, dass Sie Neubauprojekte beginnen, obwohl es keine abgeschlossenen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen gibt. Statt das Geld in die Hand zu nehmen und unsere öffentliche Infrastruktur zu erhalten, statt Schienenstrecken zu reparieren, statt Schlaglöcher zu stopfen, beginnen Sie Bauprojekte, von denen Sie noch nicht einmal wissen, ob sie wirtschaftlich sind. Nein, so geht man nicht ordentlich mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler um, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir Grüne haben Ihnen in diesen Haushaltsberatungen gezeigt, wie ein Haushalt aussehen würde, der vorausschauend und gerecht ist. Wir haben über 400 Änderungsanträge zu diesem Haushalt gestellt. Wir wollten, dass umweltschädliche Subventionen gestrichen und neue Prioritäten gesetzt werden. Auch wir wären dabei ohne Schulden ausgekommen und hätten die Weichen in diesem Haushalt Richtung Zukunft gestellt.

Sie haben uns heute einen Haushalt der verpassten Chancen vorgelegt. Wir werden Ihnen in dieser Woche zeigen, wie ein Haushalt, der vorausschauend, gerecht, mutig und zukunftsorientiert ist, aussehen könnte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Carsten Schneider, SPD:

Steuerdumping muss bekämpft werden



Carsten Schneider (*1976)
Landesliste Thüringen

Als wir im September mit den Haushaltsberatungen begonnen haben, hatten wir drei Ziele: erstens, die nachhaltige Finanzpolitik fortzusetzen und die Herausforderungen, die vor uns liegen, möglichst ohne neue Schulden zu bewältigen; zweitens, die humanitären Katastrophen, die dazu geführt haben, dass sich viele Flüchtlinge zu uns auf den Weg gemacht haben, zu bewältigen, ihnen Obdach zu geben und vor allen Dingen sie – langfristig – nicht nur unterzubringen, sondern auch zu integrieren; drittens, der Investitionsschwäche des Staates, die von Frau Hajduk angesprochen wurde, zu begegnen. Ich stelle fest: Mit dem Vorschlag, den wir Ihnen hier präsentieren können, werden wir all diesen drei Punkten gerecht.

Ich will mich bei den Kolleginnen und Kollegen des Haushaltsausschusses ganz herzlich bedanken. Es war schwere und harte Arbeit, aber sie ist gelungen. Ich sage der Koalition, aber auch der Opposition: Es ist in so schwierigen Zeiten, wo man sich auch in einer Koalition das eine oder andere Mal streitet – in manchen Parteifamilien etwas intensiver –, gut gewesen, dass ihr solide wart und einen Haushalt vorgelegt habt, dem man unbedingt zustimmen kann.

Wir haben – Kollege Rehberg ist darauf eingegangen – noch einen vierten Punkt eingearbeitet, und das war vor den Anschlägen in Paris. Uns war klar, dass 1 Million Flüchtlinge in diesem Land eine besondere Stresssituation für die Bevölkerung und damit auch für die Frage der gesellschaftlichen Sicherheit darstellen. Wir haben aus diesem Grund Mittel sowohl für Maßnahmen der Repression als auch für solche der Prävention verstärkt, sowohl bei den Nachrichtendiensten als auch bei den Programmen, die auf Demokratie und Toleranz zielen. Ich glaube,

dass das kluge Entscheidungen in einer nicht einfachen Situation waren.

Wir haben die Investitionen noch einmal deutlich verstärkt. Das können wir nur, weil wir in einer sehr guten wirtschaftlichen Lage sind. Ich habe mir heute die Zahlen des Statistischen Bundesamtes noch einmal angesehen. Woher kommt das Wachstum eigentlich? Es ist zum ganz großen Teil binnenmarktgetrieben. Die Binnennachfrage steigt: der private Konsum um 0,6 Prozent, der staatliche Konsum um 1,3 Prozent. Die Ursachen hierfür liegen in höheren Tarifabschlüssen und in der Einführung des Mindestlohns, den wir Sozialdemokraten durchgesetzt haben. Ich warne alle davor, die Frage des Mindestlohns mit der Frage der Flüchtlinge zu verknüpfen; das wäre ein Spaltpilz für die Gesellschaft. Das Wachstum hat ferner damit zu tun, dass wir die Steuern dort, wo es zu zusätzlichen Belastungen durch die kalte Progression kam, gesenkt haben und dass wir die steuerlichen Freibeträge erhöht haben. Wir haben insbesondere auch die Freibeträge für die Alleinerziehenden, die seit 2004 nicht mehr angepasst worden waren, auf über 1 800 Euro deutlich erhöht. Auch hier finden sich die Leitlinien der Sozialdemokraten wieder.

Wir werden in diesem Jahr eine Rentenerhöhung von 4 bis 5 Prozent haben; auch sie ist dank der guten wirtschaftlichen Lage möglich. Das sind im Schnitt monatlich 60 Euro mehr, die bei den Rentnerinnen und Rentnern ankommen.

Natürlich werden wir in den nächsten Jahren vor finanziellen Belastungen stehen. Es gibt Kollegen, die zu mir kommen und sagen: Die fetten Jahre sind vorbei. – Das mag sein. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass wir das Geld, die finanziellen Ressourcen zur Verfügung stellen, die notwendig sind, um die Flüchtlinge zu integrieren und zu befähigen, nicht Leistungsempfänger, sondern Leistungsträger zu werden. Dann haben wir eine Rendite, die nicht nur humanitär, sondern auch gesellschaftspolitisch sinnvoll ist.

Da gibt es natürlich immer die Frage: Wo kommt das Geld eigentlich her? Kollege Troost hat die Frage der gerechten Verteilung angesprochen. Das ist natürlich für Sozialdemokraten immer zentral: Wer zahlt hier eigentlich wie viel? Es gibt da auch Unterschiede in

der Koalition; das ist ganz klar. Aber wir haben zwei wahnsinnig große Schritte gemacht, die ich mir nicht hätte träumen lassen.

Der erste Schritt ist der automatische Informationsaustausch über Banknoten und Vermögen. Da will ich mich bei Bundesfinanzminister Schäuble ausdrücklich bedanken. Der automatische Informationsaustausch führt dazu, dass Privatvermögen nicht mehr versteckt werden kann. Über 90 Länder auf der Welt haben das Abkommen unterzeichnet. Es gab in Deutschland prominente Fälle, in denen die Betroffenen ihr Geld in der Schweiz geparkt haben und auf die Zinsen keine Steuern zahlen wollten. Wenn man so viel Geld hat, dass man Zinsen erhält, und dann nicht mal hier die Steuern zahlt, ist das asozial. Dem haben wir jetzt einen Riegel vorgeschoben; dieses Geld muss künftig versteuert werden.

Jetzt sind wir bei der Frage des Steuersatzes. Ich sage Ihnen für die Sozialdemokraten ganz klar: Die Abgeltungsteuer bringt – anders, als Frau Löttsch es gesagt hat – nicht bei den Dividenden einen Vorteil, aber bei den Zinserträgen, weil ein Steuersatz von nur 25 Prozent vorgesehen ist, während die Einkommensteuer im Zweifel höher sein kann. Das müssen wir so schnell wie möglich beseitigen.

Wir wollen, dass die Einkom-

men aus Zinsen und Kapitalerträgen genauso besteuert werden wie die Einkommen aus Arbeit.

Die Frage ist: Wieso ist es eigentlich dazu gekommen? Der erste Grund war eine Initiative der oftmals von vielen Leuten geschmähten Vereinigten Staaten von Amerika. Sie haben mit dem FATCA-Abkommen sehr hart dafür gesorgt, dass die Banken ihre Bücher offenlegen; auch andere Länder haben dann zugestimmt.

Der zweite Grund war eine politische Entscheidung in Deutschland. Mit dem deutsch-schweizerischen Steuerabkommen hätten wir den Ablasshandel für ewig festgeschrieben, und es hätte niemals einen automatischen Informationsaustausch gegeben.

Ich will auch sagen: Da war Norbert Walter-Borjans als Finanzminister von NRW derjenige, der am meisten getrieben hat. Ich bin froh, dass er sich an dieser Stelle durchgesetzt hat und wir dieses Abkommen verhindert haben. Damit haben wir jetzt bei allen Einkommen die gleiche Grundlage der Besteuerung und keine Verstecke mehr.

Der zweite Meilenstein, den wir erreichen werden, betrifft BEPS. Wir hatten Schlupflöcher bei den privaten Vermögen, und wir haben sie immer noch bei internationalen Konzernen, die ihre Steuerlast mehr oder weniger in die Länder schieben, in denen die geringsten Steuersätze gelten. Es ist erstens asozial gegenüber der Gesellschaft – ich sage das ganz klar

–, wenn Unternehmen die legale Möglichkeit nutzen, Absprachen mit Staaten zu treffen, um ihre Steuerlast auf 1 oder 2 Prozent zu reduzieren.

Es führt zweitens zu einer Wettbewerbsverzerrung. Nehmen wir nur Amazon. Es ist nicht nur ein Buchhändler, aber wir nehmen mal das Beispiel Bücher. Mein Buchhändler in Erfurt oder in Weimar zahlt vor Ort nicht nur Miete für die Räume in Innenstadtlage – das ist nicht billig

–, sondern auch den vollen Satz der Körperschaftsteuer. Er zahlt den vollen Satz, weil er keine Absprachen mit dem Finanzminister oder den Beamten in Luxemburg darüber treffen kann, wie viel Steuern er zu zahlen hat. Amazon kann das, Amazon konnte das. Ich bin dem Europäischen Parlament sehr dankbar, dass es das Thema der legalen Steuergestaltung innerhalb der Europäischen Union ganz oben auf die Agenda gesetzt hat, es transparent gemacht hat. Wir brauchen jetzt die politischen Mehrheiten im Europäischen Parlament, aber auch im Bundestag, um es internationalen Konzernen so schwer wie möglich zu machen, ihre Steuerlast in Niedrigsteuerländer zu verschieben. Dieses Steuerdumping werden wir Sozialdemokraten immer bekämpfen. Ich hoffe, wir haben den Bundestag da auch an unserer Seite.

Beifall bei der SPD sowie des Abg. Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]

Wir brauchen jetzt die politischen Mehrheiten im Europäischen Parlament.

Ralph Brinkhaus, CDU/CSU:

Die »Schwarze Null« ist nichts Selbstverständliches



Ralph Brinkhaus (*1968)
Wahlkreis Gütersloh I

Nachdem die Haushaltsdebatte irgendwie zur Steuerdebatte mutiert ist, muss man vielleicht mal eines

klarstellen: Es hat keine Bundesregierung, kein Finanzminister so viel gegen internationale Steuerhinterziehung und -verkürzung getan wie unser Finanzminister Wolfgang Schäuble. Das gehört auch zur Wahrheit dazu, meine Damen und Herren.

Ich würde gerne über den Haushalt reden und möchte meine Ausführungen unter drei Überschriften subsumieren. Die erste Überschrift ist „Lob und Dank“, dann kommen „Vorsicht“ und „Zuversicht“.

Fangen wir mit Lob und Dank an. Wir nehmen es mittlerweile als Selbstverständlichkeit hin, dass wir wieder einmal trotz aller Fährnisse und Gefahren einen Haus-

haltsplan mit einer schwarzen Null vorgelegt haben. Das haben Generationen unserer Vorgänger nicht hingekriegt. Das ist etwas Besonderes. Dass etwas Besonderes gelungen ist, liegt nicht nur an der guten Wirtschaftsleistung, die wir in diesem Land haben, liegt nicht nur an den niedrigen Zinsen, sondern liegt auch an der vorausschauenden und guten Haushaltspolitik.

Wenn man sich überlegt, welche Rucksäcke wir uns dabei noch aufgeladen haben: Wir haben diese schwarze Null nämlich geschafft ohne Steuererhöhung, ohne neue

Fortsetzung auf nächster Seite

Steuern, und – Sie haben darauf hingewiesen – wir haben die Steuern durch den Abbau der kalten Progression und durch die Erhöhung der Freibeträge sogar gesenkt. Wir haben sehr viel Geld an die Kommunen und Länder gegeben; Kollege Rehberg hat darauf hingewiesen. Wir haben die Investitionen erhöht, auch für die Kommunen. Wir geben mehr Geld für Bildung und Forschung aus. Und wir tragen als einziges Land in Europa, vielleicht neben Schweden, eine unglaubliche Last infolge der Menschen, die zu uns kommen. Allein im nächsten Jahr wird die Zusatzbelastung des Bundeshaushaltes – je nachdem, wie man es rechnet – 8 bis 9 Milliarden Euro betragen.

Für all das gilt allen Beteiligten mein großes Dankeschön; denn das war nicht einfach. Unsere Haushälter mussten kurzfristig improvisieren, sie mussten priorisieren, sie mussten umschichten. Sie mussten vor allen Dingen ganz viel Nein sagen. Das muss man den Haushältern hoch anrechnen; denn die Kunst, Nein zu sagen, ist nicht ganz einfach. Dafür braucht man ein dickes Fell und einen breiten Rücken, und beides haben sie. Dafür ganz herzlichen Dank.

Die zweite Überschrift lautet „Vorsicht“. Wir müssen in der Tat vorsichtig sein, weil in diesem Haushalt natürlich Risiken enthalten sind, und zwar nicht nur auf der Ausgabenseite – Thema Migration, Thema innere Sicherheit, Thema äußere Sicherheit –, sondern auch auf der Einnahmenseite. Es ist nicht selbstverständlich, dass die Steuereinnahmen so gut sind. Deswegen müssen wir viel Kraft darauf verwenden, dass das so bleibt und dass wir unseren Wirtschaftsstandort stärken.

Wir müssen aber auch vorsichtig sein, dass wir uns insgesamt nicht übernehmen. Ich hatte in

den letzten Wochen ein Gespräch mit einem ausländischen Kollegen. Er fragte mich: Was packt ihr Deutschen euch eigentlich alles in euren Rucksack hinein? Im weiteren Verlauf dieses Gesprächs wurde klar, was er meinte: Wir sind der größte Nettozahler innerhalb der Europäischen Union, wir stabilisieren mit unseren Garantien maßgeblich die Euro-Zone, wir haben eine sehr ehrgeizige Energiewende, die viel kostet, auf den Weg gebracht, und wir haben umfangreiche Sozialpakete in den Bereichen Rente, Krankenhaus und Pflege auf den Weg gebracht. Wir sind nicht nur dabei, der Einwanderungsströme in irgendeiner Art und Weise, auch mit finanziellen Mitteln, Herr zu werden und eine vernünftige Finanzausstattung zu gewährleisten, sondern wir investieren auch in innere Sicherheit.

Da stellt sich schon die Frage: Was können wir eigentlich noch tragen? Was kann man noch draufpacken? Der ausländische Kollege hat mir dann gesagt: Das könnt ihr so lange stemmen, solange eure Wirtschaftsleistung gut ist. Aber was macht ihr eigentlich, wenn es mit der Wirtschaft bergab geht? Und er sagte noch etwas – und das ist ganz entscheidend –: Das ist dann nicht nur euer Problem, sondern das ist auch unser Problem, weil ihr mit eurer Wirtschaft die Lokomotive in Europa seid. Ihr zieht den Karren in Europa. Wir im Rest von Europa sind darauf angewiesen, dass eure Wirtschaft und euer Land funktionieren. – Das sollten wir immer beachten, wenn wir uns wieder etwas Neues in unseren Rucksack hineinpacken.

Wir müssen auch vorsichtig sein, weil die ersten Stimmen laut werden, die fordern, dass die nationale Schuldenbremse oder die europäische Schuldenbremse, der Fiskalpakt, wegen der Migration,

wegen der inneren Sicherheit und wegen der äußeren Sicherheit gelockert oder ausgesetzt werden sollen. Meine Damen und Herren, es ist die Entscheidung dieser Generation, zu sagen: Wir nehmen in unserem Land Einwanderer und Flüchtlinge auf. Es ist die Herausforderung dieser Generation, dass wir Probleme mit der inneren und äußeren Sicherheit haben. Andere Generationen treffen neue Entscheidungen. Sie werden vor neuen Herausforderungen stehen: Klimawandel, Rohstoffknappheit und was sonst noch kommen mag. Deswegen ist es meines Erachtens nicht legitim, die Belastungen, die wir heute haben, auf die nächste Generation zu verschieben. Wir sollten daher nicht darüber nachdenken, an der Schuldenbremse oder am Fiskalpakt zu rütteln.

Wir müssen aber auch vorsichtig sein, weil – der Bundesrechnungshof hat es uns schriftlich gegeben – mittlerweile eine große Unwucht bei den Bund-Länder-Finanzbeziehungen entstanden ist.

Worum geht es? Wir geben sehr viel Geld aus – Eckhardt Rehberg hat es ausgerechnet: von 2010 bis 2018 mehr als 125 Milliarden Euro –, um Länder und die Kommunen seitens des Bundes zu unterstützen. Bei den Regionalisierungsmitteln, also den Mitteln für den öffentlichen Schienenpersonennahverkehr, haben wir noch einmal kräftig etwas draufgelegt. Meine Damen und Herren, das kann nicht so weitergehen. Wir müssen da wieder Klarheit reinbringen. Wir müssen klare Verhältnisse schaffen. Deswegen müssen wir die Bund-Länder-Finanzbeziehungen neu ordnen. Das ist auch im Sinne unseres Bundeshaushaltes eine ganz wichtige Aufgabe.

Wir müssen vorsichtig sein, weil es in der Politik eine ungünstige

Entwicklung gibt. Natürlich ist es wichtig, dass wir im Moment sehr viel über Migration reden. Wir haben aber die Tendenz – das gilt auch für die Medien –, eine serielle Ein-Thema-Politik zu betreiben. Im August haben wir nur über Griechenland gesprochen, jetzt sprechen wir nur über Migration und demnächst vielleicht – leider – nur über innere Sicherheit. Wir dürfen bei all den Herausforderungen nicht vergessen, das Ganze im Blick zu behalten – nicht nur die Haushaltskonsolidierung, sondern auch die anderen großen Projekte –: die Euro-Stabilisierung, die geplante Energiewende, die soziale Gerechtigkeit in diesem Land. Vor allem aber müssen wir dafür sorgen, dass wir diesen Wirtschaftsstandort zukunftsfähig halten. Deswegen müssen wir über den Tellerrand hinausschauen.

Die dritte Überschrift lautet „Zuversicht“. Wir können eigentlich zuversichtlich sein, weil wir auch in diesem Haushalt noch Reserven haben. Damit meine ich nicht, dass wir irgendwo kürzen sollten, sondern ich meine, dass wir anfangen sollten, jeden Euro effektiver und effizienter auszugeben, damit wir für jeden Euro mehr Autobahn bekommen, damit wir für jeden Euro, den wir in das System stecken, eine bessere Integration der Langzeitarbeitslosen bekommen, damit wir mit jedem Euro, den wir investieren, mehr gegen den Klimawandel und für die Energiewende tun und, und, und. Ich glaube, das sind große Aufgaben. Da haben wir noch einiges zu erledigen.

Ich bin auch deswegen zuversichtlich, weil ich an unsere starke Wirtschaft glaube. Wir haben eine gesunde Wirtschaft, bestehend aus familiengeführten mittelständischen Unternehmen, großen Unternehmen, kapitalmarktorientierten Unternehmen. Das Thema Erbschaftsteuer ist schon angesprochen worden, lieber Axel Troost. Wir müssen aufpassen, dass wir diese Struktur nicht kaputt machen; denn diese Struktur ist die Basis für unseren wirtschaftlichen Erfolg, für hohe Steuereinnahmen und für gute Haushaltsergebnisse.

Ich bin zuversichtlich, dass wir im Bereich Migration gute Entscheidungen treffen werden. In den vergangenen fast 70 Jahren haben wir es immer geschafft, gute Entscheidungen zu treffen. Ich bin davon überzeugt, dass wir die Balance finden werden zwischen unserem berechtigten Anspruch auf Menschlichkeit, Humanität und Nächstenliebe auf der einen

Seite und dem genauso berechtigten Anspruch darauf, das Ganze zu ordnen, zu steuern, zu reduzieren und zu begrenzen. Das ist eine große Aufgabe, der wir uns im nächsten Jahr stellen müssen.

Letztlich bin ich zuversichtlich, wenn ich mir anschau, was dieses Land in den letzten sieben Jahren geleistet hat: Wir hatten 2008 eine Bankenkrise, danach eine Wirtschaftskrise, danach eine Euro-Krise und eine Staatsverschuldungskrise. Das, was Angela Merkel in ihren Regierungserklärungen immer wieder gesagt hat, ist richtig: Wir gehen aus diesen Krisen stärker hervor, als wir hineingegangen sind. Das ist eine großartige Gemeinschaftsleistung der Menschen in diesem Land.

Erst recht stolz bin ich auf das, was wir in den letzten sieben Monaten geleistet haben, in denen viele Menschen sich aus ganz unterschiedlichen Gründen entschieden haben, zu uns zu kommen. Wann hat es das in der Weltgeschichte schon einmal gegeben, dass binnen eines halben Jahres fast 1 Million Menschen aufgenommen wurden, die noch dazu nicht aus der unmittelbaren Nachbarschaft kommen – sie kommen nicht aus Holland, Frankreich oder so –, sondern aus anderen Erdteilen mit einer anderen Kultur, mit ganz unterschiedlichen Ansprüchen? Wir alle zusammen, die Politiker, die Hauptamtlichen und die Ehrenamtlichen, haben es geschafft, dass jeder von ihnen ein Dach über dem Kopf hat, dass er genug zu essen hat, dass er Bekleidung und eine medizinische Versorgung hat. Ich glaube, das ist etwas, worauf wir stolz sein können. Das sollten wir nicht immer wieder kleinreden.

Meine Damen und Herren, ich wünsche mir, dass wir diese Zuversicht bei aller Vorsicht und allen berechtigten Zweifeln bezüglich dessen, was in den nächsten Jahren passieren wird, mit in das kommende Haushaltsjahr nehmen; denn Zuversicht ist das, was wir am dringendsten brauchen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen außerdem noch die Abgeordneten Hans-Ulrich Krüger (SPD), Bartholomäus Kalb (CDU/CSU), Lothar Binding (SPD) und Carsten Körber (CDU/CSU).



Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) spricht während der Debatte zum Haushalt 2016.

© dpa

leicht
erklärt!

Anschläge in Paris

Terroristen in Europa



Anschläge in Paris



In Frankreich ist vor etwa 2 Wochen etwas Schlimmes passiert.

Genauer: In der Haupt-Stadt Paris.

Und zwar:

Terroristen haben dort Menschen angegriffen.

Und viele davon getötet.

Seitdem machen sich in Europa viele Leute Sorgen.

Im folgenden Text steht genauer, was passiert ist.



Zum Beispiel:

- Sie entführen Leute.
- Oder sie töten sie.
- Sie sprengen Dinge in die Luft. Auch dabei sterben oft Leute.

Diese Aktionen nennt man „Terror-Anschläge“.

Oder einfach nur „Anschläge“.

Die Terroristen wollen damit anderen Menschen Angst machen.

Und so ihre Ziele erreichen.

Was ist ein Terrorist?



Das Wort „Terrorist“ hört man häufig in den Nachrichten.

Oft wird das Wort so erklärt:

Terroristen nennt man Menschen, die gewalttätige Dinge tun.

Was ist in Paris passiert?



In Paris gab es gleichzeitig mehrere Terror-Anschläge.

Das war am 13.11.2015.

Dabei starben über 100 Menschen.



In einem Fußball-Stadion spielte die deutsche National-Mannschaft gegen die französische.

3 Männer wollten im Stadion Bomben zünden.

Aber sie kamen nicht rein.

Darum explodierten die Bomben an verschiedenen Orten vor dem Stadion.

Mehrere Personen fahren mit einem Auto durch Paris.



Und sie schossen mit Gewehren auf Menschen.

Zum Beispiel auf der Straße.

Und in Gast-Stätten.

3 Männer stürmten in ein Rock-Konzert.



Sie schossen mit Gewehren auf das Publikum.

Die Polizei wollte sie aufhalten.

Da sprengten sie sich mit Bomben in die Luft.

Folgen für Frankreich



In Frankreich versuchen die Polizei und andere Behörden herauszufinden, was passiert ist.

Sie wollen die Täter finden.

Und sie wollen herausfinden, ob Frankreich noch in Gefahr ist.

Darum hat die Regierung von Frankreich bestimmt: Ab sofort gibt es einen „Ausnahme-Zustand“.

Ausnahme-Zustand ist schwere Sprache.

Damit meint man:



In Ländern wie Frankreich oder Deutschland haben die Menschen viele Rechte.

Zum Beispiel:

- Niemand darf einfach so das Haus von jemandem durchsuchen.

- Kein Mensch darf einfach so eingesperrt werden.

- Leute dürfen sich in Gruppen auf der Straße treffen.

Zum Beispiel für Demos.

Manchmal ist ein Land aber in sehr großer Gefahr.



Dann kann die Regierung den Menschen einige Rechte wegnehmen.

Und zwar für eine bestimmte Zeit.

Und der Polizei kann sie mehr Rechte geben.

Damit sie die Gefahr schneller beseitigen kann.

Das soll aber nur in besonders schlimmen Fällen passieren.

Es soll also eine Ausnahme sein.

Darum nennt man das dann auch „Ausnahme-Zustand“.

In Frankreich bedeutet das im Moment zum Beispiel:



- Die Polizei darf Wohnungen durchsuchen.

Dafür braucht sie normalerweise die Erlaubnis von einem Richter.

Im Moment geht es aber auch ohne Erlaubnis.

- Einige Personen stehen unter Haus-Arrest.

Das heißt, sie dürfen ihre Wohnungen nicht verlassen.



Die meisten Menschen in Frankreich finden den Ausnahme-Zustand in Ordnung.

Sie sagen:
Er ist wichtig für die Sicherheit.

Einige finden ihn aber schlecht.

Sie sagen:
Es ist nicht gut, wenn man den Leuten ihre Rechte wegnimmt.

Der „Islamische Staat“

Eine besonders wichtige Frage für Frankreich ist, wer die Anschläge gemacht hat.

Die Polizei und andere Behörden glauben, dass der „Islamische Staat“ Schuld daran ist.

Und der „Islamische Staat“ hat das auch zugegeben.



Was ist der „Islamische Staat“?

Der „Islamische Staat“ klingt zwar wie der Name von einem Land.

Das ist damit aber nicht gemeint.

Der „Islamische Staat“ ist der Name von einer Terror-Gruppe.

Abgekürzt heißt sie auch: IS.

Das wichtigste Ziel vom IS ist:
Er möchte ein eigenes Land gründen.

Daher hat er auch seinen Namen.

Das Ziel möchte der „Islamische Staat“ auf verschiedene Arten erreichen.

Zum Beispiel:

Soldaten vom IS kämpfen in verschiedenen Kriegen.

Und erobern so Land.

Und der IS macht Terror-Anschläge.



Der Name vom IS

Der Islam ist eine Religion.

Die Mitglieder von der Religion nennt man auch: Muslime.

Der „Islamische Staat“ hat zwar das Wort „Islam“ im Namen.

Das heißt aber nicht, dass alle Muslime seiner Meinung sind.

Denn der „Islamische Staat“ hat sehr veraltete Vorstellungen vom Islam.

Zum Beispiel:

Der IS denkt, dass man Menschen mit einer anderen Meinung töten darf.

Moderne Muslime denken das aber nicht.

Darum sagen

die allermeisten Muslime:

Die Leute vom „Islamischen Staat“ sind Verbrecher.

Und sie wollen

nichts mit dem IS zu tun haben.



Folgen für Europa

Die Anschläge von Paris haben aber nicht nur Folgen für Frankreich.

Sondern für ganz Europa.

Denn in vielen Ländern sind die Menschen nun besorgt.

Sie fragen sich,

ob bei ihnen vielleicht auch Anschläge stattfinden könnten.



Deswegen haben einige Länder besondere Maßnahmen getroffen.

Zum Beispiel:

- Die Polizei überprüft Menschen an den Grenzen stärker.

Vor allem an den Grenzen zu Frankreich.

- In großen Städten sind mehr Polizisten unterwegs.

- Es gibt auch mehr Polizei an öffentlichen Orten.
Zum Beispiel an Bahnhöfen.

- Und es gibt mehr Kontrollen bei großen Veranstaltungen.
Zum Beispiel bei Fußballspielen.



Anschlag in Deutschland?



Die Anschläge von Paris sind jetzt über 2 Wochen her.

Seitdem gab es Hinweise auf weitere Anschläge.

In anderen Ländern von Europa.

Auch in Deutschland.

Und zwar in Hannover.

Am 17.11.2015.



Da sollte es ein Fußballspiel geben.

Und zwar zwischen Deutschland und den Niederlanden.

Aber die Polizei sagte das Spiel ab.

Denn: Eine ausländische Behörde hat der Polizei einen Tipp gegeben.

Und zwar, dass vielleicht ein Anschlag stattfinden soll.

Genauer: Dass Terroristen Bomben im Stadion zünden wollen.

Und außerhalb vom Stadion.



Die Polizei hat aber keine Bomben gefunden.

Im Moment versucht die Polizei, mehr herauszufinden.

Zum Beispiel:

- Ob wirklich jemand einen Anschlag geplant hat.
- Was bei dem Anschlag passieren sollte.
- Wer den Anschlag geplant hat.

Terroristen in Belgien?



Viele Sorgen macht sich im Moment auch die Polizei in Belgien.

Genauer:
In der belgischen Hauptstadt Brüssel.



Die Polizei vermutet, dass 2 von den Tätern von Paris in Brüssel sind.

Und dass sie dort vielleicht einen ähnlichen Anschlag wie in Paris planen.

Darum gibt es in Brüssel im Moment auch einen Ausnahme-Zustand.

In Europa überlegen also gerade viele Länder, wie sie mit den Folgen von den Anschlägen umgehen sollen.

Denn auf der einen Seite müssen die Regierungen die Leute schützen.

Und die Menschen wollen ohne Angst leben.

Auf der anderen Seite wollen sie aber auch ihre Rechte behalten.



Weitere Informationen in leichter Sprache gibt es unter:
www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in leichte Sprache übersetzt von:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache:
<http://tny.de/PEYPP>

Die Bilder sind von Picto-Selector und:
Titelbild: dpa/picture-alliance

Beilage zur Wochenzeitung
„Das Parlament“ 49/2015

Die nächste Ausgabe erscheint am
7. Dezember 2015